

## SONDERANGEBOTE AN UNSERE ABONNENTEN

Am 28. Juni 1983 ist es zehn Jahre her, daß die CHILE - NACHRICHTEN Nr. 1 herausgekommen sind. Dieses Datum nehmen wir zum Anlaß, endlich eine schon länger geplante Aktion zur Reduzierung unserer Lagerbestände zu machen. Deshalb bieten wir ausschließlich unseren Abonnenten zur Bestellung gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck oder Briefmarken) folgende "Pakete" aus unserem Vertriebsprogramm an:

### Argentinien-Paket: (Paket 1)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft  
1981 145 S.

Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie zurück  
Eine Dokumentation zur Repression in Argentinien und den deutsch-argentinischen Beziehungen 1983 91 S.

zusammen statt DM 13,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

### Atom-Paket: (Paket 2)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft  
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft  
1980 159 S.

zusammen statt DM 14,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

### Kirchen-Paket: (Paket 3)

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit (Dokumente und Aufsätze über Basiskirche in der Dritten Welt und Europa) 1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika  
1979 208 S.

zusammen statt DM 17,-- (incl. Porto) DM 12,-- (incl. Porto)

### Grosses Paket: (Paket 4)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft  
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft  
1980 159 S.

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit  
1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika  
1979 208 S.

Chile - der Mut zu überleben  
1978 40 S.

Chile - der Wille zu überleben  
Serie mit 12 Postkarten von Stoffbildern aus Elendsvierteln in Santiago

Bolivien - ein Volk im Widerstand  
1981 192 S.

zusammen statt DM 50,-- (incl. Porto) DM 30,-- (incl. Porto)

### Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 9 (Paket 5)

LN 95 - LN 105 (Juli 1981 - Juli 1982)

zusammen statt DM 35,-- (incl. Porto) DM 25,-- (incl. Porto)

Das Angebot gilt bis zum 1.10. 1983, jedoch nur solange der Vorrat reicht.



Ich bestelle Paket: ...

einsenden an LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61

Name, Anschrift: .....

Scheck/Briefmarken liegen bei.

Unterschrift: .....

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

## DOPPELNUMMER 118/119

### 11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Sept./Okt. 1983

Solidaritätspreis DM 6,-



## CHILE: WEG MIT PINOCHET! DEMOKRATIE JETZT!

### Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**CHILE:** Minimalforderung: Weg mit Pinochet! / Auf der Suche nach Veränderung / Rückblick: Chile vor 10 Jahren — **GUATEMALA:** Militärdiktatur und kein Ende? — **MEXIKO:** Linkskoalition in Juchitán abgesetzt — **PERU:** Der Herbst der "Demokraten" — **BRASILIEN:** Massenproteste gegen Austeritätsprogramm — **BOLIVIEN:** Das Volk fordert Brot und Mitbestimmung

## INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:.....	3
— CHILE: Die Minimalforderung ist: Weg mit Pinochet! .....	5
Auf der Suche nach Veränderung .....	11
Kongress-Nachlese Münster 1983 .....	16
2. Feministisches Treffen Lateinamerikas .....	21
"Die Frauenbewegung ist ein Faktor der sozialen Veränderung" .....	22
Rückblick: Chile vor 10 Jahren .....	28
— MITTELAMERIKA: Hoffen auf Henry? .....	33
— GUATEMALA: Militärdiktatur und kein Ende? .....	35
Ein Jahr danach .....	42
SPD-MDB preist Guatemalas Demokratie .....	48
— MEDIEN: Mittelamerika im "Internationalen Frühschoppen" ...	50
— NICARAGUA: Kooperativen .....	53
— MEXIKO: Zur aktuellen Lage .....	63
Linkskoalition in Juchitán abgesetzt .....	64
Nuclear, no gracias? .....	69
— JAMAICA: 21 Jahre politische Unabhängigkeit .....	70
— BRASILIEN: Massenproteste gegen Austeritätsprogramm .....	74
— PARAGUAY: Nazis in Paraguay .....	81
— BOLIVIEN: Das Volk fordert Brot und Mitbestimmung .....	85
— PERU: Der Herbst der "Demokraten" .....	95
Zustände wie im Mittelalter .....	108
— SOLIDARITÄT: Grüne gegen Entwicklungshilfe für Argentinien .....	111
Ateneo Libertad .....	112
Bücherei für Masaya .....	114
Chile-Demonstration .....	116
— REZENSIONEN .....	117
— LESERBRIEFE .....	120
— ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	125
— TERMINE .....	127

### Impressum

LATEIN-AMERIKANACHRICHTEN  
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Redaktionsschluß dieser Nummer: 25.8.1983

### Abo-Preise:

1983: DM 40,- / Übersee-Luftpost DM 65,-  
1984: Individuelles Abo DM 45,-/Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 60,-/Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postcheckkonto Berlin-West 682 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

### EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

## Zu diesem Heft

In diesem September jährt sich der Militärputsch Pinochets in Chile zum zehnten Mal. Für uns ist das Anlaß, in diesem Heft besonders ausführlich über Chile zu berichten. Aus gleichem Anlaß haben wir zusammen mit den "Blättern des iz3w" und dem "ila-info" als gemeinsames Projekt ein einmaliges Sonderheft zu Chile zusammengestellt, das dieser Nummer für alle Abonnenten beigelegt ist.

Unsere traditionelle Sommerpause im August hat dazu geführt, daß sich soviel Informationen angesammelt haben - also das Gegenteil von einem Sommerloch - daß wir uns entschieden haben, aus diesem Heft eine Doppelnummer zu machen. Das kommt uns auch insofern entgegen, als wir im September mit den Berliner Chile-Tagen alle sehr viel zu tun haben und so mehr Zeit für die Erstellung der nächsten Nummer haben, die dann in der zweiten Oktoberhälfte erscheinen wird.

Die Fortsetzung der Serie über die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt ist für dieses nächste Heft geplant. Dafür erscheinen in dieser Nummer Artikel über die Auswirkungen des Drucks des Internationalen Währungsfonds auf Brasilien und Mexiko.

Nachdem in den letzten Heften eine Berichterstattung über Bolivien fehlte, bringen wir diesmal eine ausführlichere Darstellung der aktuellen Situation Boliviens zwischen den Putschdrohungen rechter Kreise und den Forderungen nach Selbstverwaltung in den staatlichen Betrieben und Beteiligung an der Regierung seitens der Gewerkschaften.

Im Juli-Heft haben wir eine Erklärung zu den Verhaftungen von Benny Härlin und Michael Klöckner abgedruckt. Konsequenterweise hat die Redaktion der LN inzwischen beschlossen, sich als Mitherausgeber von "radikal" zur Verfügung zu stellen.

Seit kurzer Zeit erhalten wir zunehmend Leserbriefe auf unsere Artikel, die wir - sofern sie sich nicht auf polemische Beschimpfungen beschränken - gerne abdrucken, weil wir die Funktion der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN, auch ein Diskussionsforum innerhalb der Solidaritätsbewegung zu sein, wiederbeleben wollen.

## Zu unserer Zeitschrift

Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN - früher CHILE-NACHRICHTEN - sind zwar "älter als Pinochet" (Taz v. 28.6.83), haben aber sonst mit diesem Finsterling nichts gemeinsam, außer einer massiven Finanzkrise, die uns und gleichzeitig das mit uns eng zusammenhängende FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE - LATEINAMERIKA (FDCL) kräftig durchschütteln. Anders als bei Pinochet ist bei uns nicht eine terroristische Finanzpolitik Ursache der Krise, sondern erhöhte Kosten durch und nach dem im letzten Jahr notwendig gewordenen Umzug in neue Räume, zusätzlich zu den allgegenwärtigen Kostensteigerungen. Ohne das Archiv des FDCL könnten wir die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN nicht oder zumindest nur sehr viel schlechter machen. Trotzdem mußten wir in einem inzwischen erstellten Sanierungsplan die Zahlungen, die wir an das FDCL für die Archivbenutzung leisten, halbieren, was die Probleme des FDCL vergrößert. Deshalb bitten wir unsere Leser - soweit sie dazu in der Lage sind - das FDCL mit Spenden zu unterstützen (PSchKto.Bln-W 17 69 66 -104). Das FDCL verschickt zum Jahresende steuerabzugsfähige Spendenquittungen.

Weitere Punkte unseres Sanierungsplanes sind die Anhebung der Abopreise zum 1. Jan. um DM 5,- sowie die Einführung eines erhöhten Abopreises für Institutionen, wofür wir schon jetzt um Verständnis bitten. Zusätzlich werden wir ab sofort bis zu zwei Seiten bezahlte Werbung abdrucken, um eine stärkere Anhebung der Preise zu vermeiden.

Langfristig ist für die finanzielle Stabilisierung der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN eine Steigerung der Auflage und der Verkauf unserer Sondernummern zu einzelnen Themen oder Ländern notwendig. Wir verweisen deshalb auf die Materialliste im diesem Heft beigefügten Index für den 10. Jahrgang sowie auf die Sonderangebote auf der Rückseite dieses Heftes.

Unsere Leser können uns also direkt durch das Werben neuer Abonnenten, Übernahme eines Förderabos, Kauf von Sondernummern und früherer Hefte der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN helfen, oder indirekt durch eine Unterstützung des FDCL.

Als Gegenleistung bemühen wir uns, unsere Zeitschrift zu verbessern. Das geht aber nicht von einem Tag zum andern. Als erstes sind wir auf die Beschwerden vieler Leser über beschädigte Hefte eingegangen, indem wir den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN seit Nr. 116 einen stabileren Umschlag gegeben haben. Um den Verkauf in Buchhandlungen zu erleichtern, indem die Hefte äußerlich die graue Unscheinbarkeit verlieren, haben wir - zunächst ganz vorsichtig - bei der letzten Nummer mit Farbe auf dem Umschlag begonnen.

So hoffen wir, mit Hilfe unserer Leser auch die zweiten zehn Jahre unserer Arbeit leisten zu können, die nach realistischer Einschätzung leider auch in dieser Frist nicht überflüssig geworden sein wird.

## NICARAGUA

Stadtparkasse Frankfurt  
Spendenkonto Nr. 1800  
8000 Frankfurt/M. 1, Hanauer Landstraße 147-149

Selbstbestimmung und Frieden für Nicaragua! In einer Zeit, in der hier Raketen stationiert werden, wird Nicaragua von Norden und Süden angegriffen.

Wie hier versuchen die USA auch dort ihre Politik gegen den Willen der Mehrheit der Menschen durchzusetzen.

Die Agrarreform, die diesen Namen auch verdient, die Alphabetisierungskampagne, das neue Mietrecht und der Ausbau der medizinischen Leistungen sollen wieder rückgängig gemacht werden.

Wir versuchen, unsere Solidarität mit Nicaragua entgegenzusetzen. Helfen Sie mit beim Aufbau des Gesundheitswesens am Rio San Juan.

Fordern Sie kostenlose Informationen an.

medico  
international

## andenbuch

Lateinamerikanische Bücher und Schallplatten

Wir sind ein von Netzwerk  
gefördertes Projekt und  
bieten in spanischer und  
deutscher Sprache:

Taschenbücher  
Ethnologik  
wissenschaftliche  
Literatur  
Kinderbücher  
Periodika  
Schallplatten



## über und aus Lateinamerika



Wir planen Lesungen,  
Musikveranstaltungen,  
und Ausstellungen  
mit Werken latein-  
amerikanischer Künstler.

Nollendorffstr. 21a  
1 000 Berlin 30

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 10<sup>00</sup> - 18<sup>00</sup>  
Sa 10<sup>00</sup> - 15<sup>00</sup>

## CHILE

### Die Minimalforderung ist: Weg mit Pinochet!

Für den 11. September, den zehnten Jahrestag des blutigen Militärputsches haben die chilenischen Oppositionsparteien zum nun schon sechsten nationalen Protesttag aufgerufen. Die Proteste haben in verschiedener Hinsicht eine neue Qualität gewonnen. Für die Militärdiktatur geht es jetzt um's Ganze. Die Kabinettsumbildung mit dem Ziel einer politischen "Öffnung" stellt den letzten Versuch dar, Zeit zu gewinnen, um schließlich doch alles beim Alten zu belassen. In Wirklichkeit stellt sich längst die Frage: Wer oder was kommt nach Pinochet? Die gemeinsame Minimalforderung der gesamten Opposition lautet: Demokratie hier und jetzt!

### Der 11. August

Weit über zwanzig Tote durch Schußverletzungen, mehr als hundert Verletzte und ungefähr tausend Verhaftete, das ist der traurige Saldo, den der vierte nationale Protesttag am 11. August hinterlassen hat. 18.000 schwerbewaffnete Soldaten und Polizisten hatten vom Diktator Pinochet den Auftrag erhalten, allein in der Hauptstadt Santiago mit äußerster Energie für die Aufrechterhaltung der "öffentlichen Ruhe" zu sorgen. Seit dem Abend des 10. August glied die Stadt in weiten Teilen einer von feindlichen Truppen besetzten Stadt.

Am Vormittag des 11. August fanden an mehreren Stellen Santiagos, an Universitäts-, Krankenhaus- und Gerichtsgebäuden friedliche Protestdemonstrationen von Studenten, Rechtsanwälten, Ärzten, Pflegern und Krankenschwestern statt, die von Polizeikräften sofort gewaltsam unterdrückt wurden. Für den Abend und die Nacht verhängte dann die Regierung eine totale Ausgangssperre. Da die Schulen ohnehin kaum besucht waren, blieben sie am Nachmittag von vornherein geschlossen.

Um 20 Uhr fand dann, wie allgemein vereinbart, erneut das große Kochtöpfeschlagen, das sogenannte "Caceroleo" statt, lauter und kräftiger noch als an den vorangegangenen Protesttagen und so, daß auch die Lautsprecher der Armeelastwagen mit ihrer Marsch- und Folklore-Musik nicht dagegen durchdringen konnten. Allein die Schüsse und Maschinengewehrsalven der Soldaten, die doch für "Ruhe" sorgen sollten, konnten das Schlagen der Kochtöpfe übertönen. Besonders in den Elendsvierteln im Westen und Süden von Santiago wurden mit solchen Schüssen und Salven viele Menschen zur letzten Ruhe gebracht, erschossen in ihren Häusern, teils sogar in ihren Betten, getroffen häufig von Schüssen, die die dünnen Blech- und Bretterwände der Elendshütten durchschlagen hatten.



In den Elendsvierteln hatten sich die Bewohner teilweise trotz der Ausgangssperre auf die Straße gewagt und mit Autoreifen Feuer angezündet oder kleinere Barrikaden gebaut. Aber von gewaltsamen Angriffen gegen die Streitkräfte, von denen die Regierung zur Erklärung der vielen Toten sprach, konnte keine Rede sein. Angesichts der Übermacht der Soldaten und Polizisten war jede Herausforderung selbstmörderisch. Und drei der Toten waren Kinder unter zehn Jahren.

Der General Osvaldo Hernández Pedreros, der die Toten als das dauerliche Ergebnis der notwendigen Reaktion der Streitkräfte auf die Angriffe von Subversiven bezeichnete und damit seine Verantwortung als Befehlshaber im sogenannten "Notstandsgebiet" vermindern wollte, wurde von dem Juntamitglied und Luftwaffenchef General Fernando Matthei Lügen gestraft. Matthei, der Santiago zweimal im Hubschrauber überflogen und einmal im Auto durchquert hatte, berichtete vor der Presse:

"Was ich aus der Luft und vom Boden her gesehen habe, war Ruhe. Ich habe in den Straßen Feuer und Sperren gesehen, aber nicht in den Hauptstraßen, sondern in Gäßchen. Während meiner Rundfahrt am Boden war niemand auf den Straßen. Als wir uns zurückzogen, kamen höchstens Kinder heraus. Aber in den Stadtvierteln, die ich besucht habe, gab es in keinem Augenblick eine Konfrontation. Ich habe in den Straßen des Viertels um den Flughafen "El Bosque", wo wir Wache zu halten hatten, keine Person gesehen, sodaß unsere Streitkräfte ( die Luftwaffe ) nicht geschossen haben, ihre Waffen nicht zu benutzen brauchten und auch in keiner Weise angegriffen wurden. Es gab in diesem Viertel weder Barrikaden noch Steinwürfe gegen uns." Und um gleich deutlich zu machen, mit welchen Rückversicherungsabsichten ein so erstaunliches Maß an Ehrlichkeit von diesem Vertreter der Diktatur entwickelt worden war, fügte Matthei vor der Presse hinzu: "Es ist schon an der Zeit, daß wir uns wieder mit den politischen Parteien verstehen können, daß es wieder eine politische Debatte gibt."

## Pinochet hat nichts zugestanden

Man sieht bei diesen Sätzen förmlich, wie der Luftwaffenchef in seinem Hubschrauber vorsichtig vom sinkenden Schiff der Diktatur abhaut und sich als Vorkämpfer politischer Zugeständnisse einen ruhigen Landeplatz am sicheren Gestade der zukünftigen Demokratie zu sichern versucht. Solange aber der Präsident General Pinochet nicht von seinem Posten beseitigt ist, wird es keine echten politischen Zugeständnisse geben. Alle bisherigen Ankündigungen von weitreichenden Veränderungen hatten nur den einen einzigen Zweck, nämlich die Beibehaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse zu sichern.

Als während der 1848er Revolution in Berlin der damalige Justizminister Savigny, ein bekannter Vertreter der sogenannten historischen Rechtsschule, dem Volk, das auf dem Schloßplatz versammelt war, auseinanderzusetzen versuchte, daß der König ja viel mehr bewilligt habe, als je verlangt worden sei, sagte ihm ein Arbeiter: "Alter, das verstehst du nicht, man hat nichts bewilligt." Und der Historiker Franz Mehring, der diese Geschichte berichtet, meint dazu, daß diese Antwort "mehr an historischem Sinn enthielt, als die gesamte historische Schule jemals hat mobil machen können". Genauso verhält es sich mit den sogenannten Zugeständnissen der Regierung, mit denen die internationale Presse gefüttert wird, von denen aber in Chile jedermann weiß, daß es gar keine Zugeständnisse sind.

Da war zunächst, um der Protestbewegung die Spitze zu nehmen, die Ankündigung, daß noch in diesem Jahr die Beratungen über ein Parteiengesetz unter Hinzuziehung von Vertretern der "demokratischen" Parteien beginnen würden. Daran war absolut nichts Neues, denn die von der Diktatur durchgesetzte Verfassung sieht vor, daß so ein Parteiengesetz vor 1989 verabschiedet werden muß, damit es dann, vielleicht auch schon vorher inkrafttreten kann. Wenn man bedenkt, daß die Verfassungskommission der Diktatur insgesamt sieben Jahre für ihr Werk gebraucht hat, konnte Pinochet diese Ankündigung leichten Herzens zugestehen, ohne seine Herrschaft zu gefährden. Wahlen würde es auch so erst 1989 geben.

## Das neue Kabinett

Der nächste Schritt war die Kabinettsumbildung am Vorabend des vierten nationalen Protesttags vom 11. August. Durch die Ablösung des Generals Montero, eines bedingungslosen Vasallen Pinochets, als Innenminister und Kabinettschef und seine Ersetzung durch den Zivilisten Sergio Onofre Jarpa Reyes sollte die allgemeine Erwartung geweckt werden, daß nun eine Zeit der politischen "Öffnung" und des Dialogs bevorstehe.

Jarpa ist unter allen Politikern, die in der demokratischen Epoche vor 1973 eine Rolle gespielt haben, eine besondere Erscheinung. In den späteren 30er Jahren war er ein glühender Anhänger der kleinen Gruppe der Nationalsozialisten in Chile gewesen, und bis zur Mitte der 60er Jahre blieb er als fanatisch auftretender Führer kleiner nationalistischer Sekten ein unbedeutendes Licht. Erst als die früher mächtigen Parteien der Konservativen und Liberalen durch den Aufschwung der Christdemokratie zu kleinen Gruppen reduziert worden waren und ihnen ein politisches Überleben nur noch durch einen Zusammenschluß aller konservativen, liberalen und nationalistischen Kräfte möglich schien, schlug Jarpas große Stun-

de. Er wurde der Führer und Hauptscharfmacher der neugegründeten Nationalen Partei, in der sich die gesamte rechte Opposition gegen den Präsidenten Frei sammelte, und dann - in Konkurrenz mit Frei - der schärfste Gegner Allendes. Als die Militärs unter Pinochet seinem Wunsch entsprechend endlich putschten, hatte Jarpa nichts Bilergeres zu tun, als von sich aus die Nationale Partei aufzulösen. Die Liberalen und Konservativen aus dieser Partei arbeiten heute wenigstens teilweise mit den Vertretern anderer Parteien in der Opposition zusammen. Jarpa hingegen, der der Diktatur lange Jahre als Botschafter in Argentinien gedient hat, läßt sich jetzt zum wichtigsten innenpolitischen Repräsentanten der Diktatur machen.

Zunächst war angekündigt worden, daß dem neuen Kabinett fast nur Zivilisten angehören würden, um den Willen zur "Öffnung" glaubhaft zu machen. Nicht einmal daran hat sich Pinochet gehalten. Noch immer werden fünf Ministerien von Generälen und eins von einem Admiral besetzt gehalten. Und wer geglaubt haben mochte, daß neue Schritte eingeleitet würden, um mit der wirtschaftlichen Situation fertig zu werden, der mußte nun mitansehen, daß an die Spitze des Wirtschaftsministeriums wieder ein ausgesprochener Chicago Boy getreten ist: Andrés Passicot aus dem Kreis um den ehemaligen Zentralbankpräsidenten Alvaro Bardón.

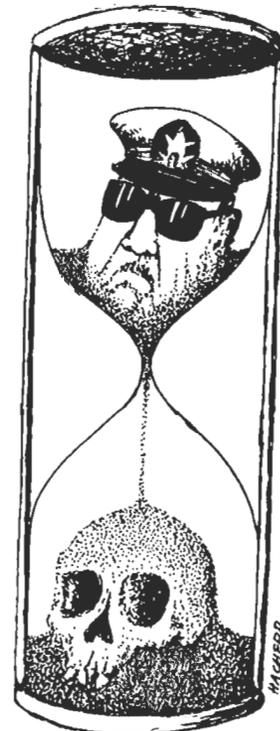
### Demokratische Verfassungsfeinde

Neue Listen mit Exilierten, denen die Heimreise erlaubt wird, und die Aufhebung der Zensur für Bücher ändern ebenfalls nichts Wesentliches an den bestehenden Machtverhältnissen. Bei der herrschenden Wirtschaftslage ist der Kauf von Büchern eine Sache für die obersten Einkommenschichten, und selbst bei einer Beschleunigung der gegenwärtigen Praxis der Rückreiseerlaubnis würde es noch Jahre dauern, bis alle Chilenen das selbstverständliche Menschenrecht genießen dürften, das Land ihrer Väter wieder zu betreten.

Innenminister Jarpa muß nun immerhin zeigen, daß er der richtige Mann ist, um eine "Öffnung" durchzusetzen. Und so lautet sein neuester Vorschlag, auf verfassungsmäßigem Wege über ein Plebiszit eine Vorverlegung der für 1989 vorgesehenen Parlamentswahlen einzuleiten. Damit entspricht Jarpa einer in Chile geläufigen und von Pinochet schon zweimal angewandten Praxis, gesellschaftliche Auseinandersetzungen, in denen es um die Macht im Staate geht, in Wahl- und Abstimmungskämpfe einfließen zu lassen, bei denen die Regeln von einer Seite diktiert werden und jedes denkbare Ergebnis zu einer Betätigung der herrschenden Machtverhältnisse führen muß.

Warum kann sich die Opposition mit diesem Zugeständnis in keiner Weise zufrieden geben? Nun, erstens würde die Diktatur selbst darüber bestimmen, wann vorgezogene Wahlen stattfinden sollten. Das könnte 1984 sein, es könnte aber auch 1987 sein. Zweitens würde nur das Parlament neugewählt und nicht auch der Präsident des Landes. Drittens würde an der Machtlosigkeit des Parlaments, wie sie jetzt in der Verfassung festgeschrieben ist, nichts geändert. Und schließlich würde eine Ablehnung der Verfassungsänderung nur bedeuten, daß die Verfassung in Kraft bleibt so, wie sie ist.

Der Hauptkern der von Pinochet durchgesetzten Verfassung ist die Verhinderung jeder wirklichen demokratischen Selbstbestimmung. Insofern ist sie eine im Kern antidemokratische Verfassung, und insofern wird heute in Chile jeder, der es mit der Demokratie ernst meint, automatisch zum Verfassungsfeind. Die Wiederherstellung der Demokratie kann nur durch einen Bruch mit der geltenden Verfassung geschehen. Die Forderung "Weg mit Pinochet!" ist nur die Kurzfassung des Verlangens nach einem völligen Bruch mit dem in der Verfassung mit ihren diktatorischen Sondervermögen festgeschriebenen System der Willkür. Es ist die notwendige Minimalforderung eines jeden Demokraten.



### Eine neue Qualität

Mit den Protesttagen der letzten Monate hat der politische Prozeß in Chile in mancherlei Hinsicht eine neue Qualität gewonnen. Und ein wesentliches Kennzeichen dieser neuen Qualität ist die Tatsache, daß zum ersten Mal in den ganzen zehn Jahren seit dem Putsch das Zentrum der Macht, nämlich die Person Pinochets wirklich in Frage gestellt wird.

Während der ganzen zehn Jahre ist faktisch alle Kritik, die in öffentlichen Diskussionen vorgetragen wurde, immer nur gegen bestimmte Einzelpolitiker, gegen einzelne Funktionäre oder Minister gerichtet gewesen. Der in Wirklichkeit Verantwortliche für das Desaster der Wirtschaftspolitik und für die Mißachtung der Menschenrechte wurde nie beim Namen genannt. Die Person des Präsidenten war absolut sakrosankt. Unterschiedlich war allenfalls das Maß der Ehrerbietung; manche Zeitungen sprachen grundsätzlich nur von "Seiner Exzellenz", andere blieben etwas nüchterner.

Das hat sich heute völlig geändert. Die von allen Seiten erhobene Forderung richtet sich auf den Rücktritt Pinochets. Gabriel Valdés, der Präsident der Christdemokratischen Partei, konnte es sich bei einem Essen zu seinen Ehren, bei dem er die Gründung der "Demokratischen Allianz" verkündete, leisten, offen den Rücktritt Pinochets als notwendig hinzustellen.

Diese Demokratische Allianz, in der mit der Ausnahme der Kommunisten alle großen Parteien - offiziell allesamt streng verboten - zusammenarbeiten, tritt jetzt ganz offen als die treibende Kraft bei den Protesttagen auf. Würden die Protesttage im Mai und Juni noch von den Zusammenschlüssen der Gewerkschaften organisiert und vor allem von den sozialen Bewegungen vielfältigster Art getragen, so haben sich mit der Zeit die Parteien, die vom Elan der Massen zunächst eher überrascht waren, inzwischen den Freiraum erkämpft, der nötig ist, um selbst Initiativen zu ergreifen. Zuerst waren daran eine eher rechte Gruppierung ( PRODEN = Projekt der nationalen Entwicklung ) und eine eher linke ( das Demokratische Manifest ) beteiligt. Nun aber hat man in der Demokratischen Allianz zusammengefunden. Ihre Hauptaufgabe kann nur der Sturz der Diktatur und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse sein. Welches Bündnis dann die erste demokratische Regierung tragen wird, ist eine Frage der Zukunft. Dann wird sich auch die Frage stellen, in welchem politischen Bündnis die Massen des Volkes ihre Interessen werden aufgehoben sehen können.

Man darf insgesamt nicht übersehen, daß sich in den Protesten sehr unterschiedliche Motivationen niederschlagen. Manche sehen darin eine Gelegenheit, den allgemeinen Aufstand voranzutreiben, andere wollen die Militärs zum Rückzug in die Kasernen bewegen, einige sehen eine Chance zu einem Putsch gegen Pinochet, wieder andere wollen die Regierung nur zu Verhandlungen zwingen, und manche benutzen auch nur die Gelegenheit, um durch Androhung von verstärktem Druck dieses oder jenes Schäfchen ins Trockene zu bringen. Vorläufig sieht es so aus, als ob die vereinheitlichende Eigendynamik der Protesttage die Beteiligten zu einem weiteren gemeinsamen Vorgehen bewegen, ja sogar zwingen könnte. Wenn jetzt die Parteien das Ruder an sich gerissen haben, so lastet auf ihnen eine große Verantwortung. Würden sie die gegenwärtige von der Basis getragene soziale Bewegung zu einem Spielball parteipolitisch-taktischer Geplänkel machen, so hätte Pinochet schließlich doch noch leichtes Spiel und könnte, wie von ihm vorgesehen, bis 1997 überdauern.



## SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

Politisches und kulturelles Engagement von Jugendlichen ist als solches bisher kaum zum Thema in den Lateinamerika-Nachrichten oder in anderen Dritte-Welt-Zeitschriften gemacht worden. Der folgende Artikel, geschrieben von einem Chilene und einer Deutschen, die lange in Chile war, gibt einen Überblick über die Probleme der Jugendlichen dort unter den Bedingungen von Diktatur und Wirtschaftskrise und beschreibt ihre vielfältigen Widerstandsformen.

Ursprünglich sollte der Artikel, der sicher die ausgetretenen Pfade der an großer Politik orientierten Berichterstattung verläßt, in dem Chile-Sonderheft erscheinen, das gleichzeitig mit diesem Heft gemeinsam von izbw, ila und LN produziert wurde. Wir überlassen es unseren Lesern, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob der ultimative Einspruch, mit dem Vertreter des izbw die Aufnahme des Artikels in das Sonderheft verhindert haben; politisch und inhaltlich gerechtfertigt war. Wir waren nicht dieser Meinung, haben aber das Sonderheft an diesem Punkt nicht scheitern lassen wollen.

## Auf der Suche nach Veränderung

### Chilenische Jugendliche antworten auf die Diktatur

Chile ist ein junges Land; 60% seiner Einwohner sind jünger als 30 Jahre. Sie alle haben einen großen und entscheidenden Teil ihres Lebens unter der Diktatur gelebt. Die, die heute in Chile heranwachsen, sind die erste Generation an der man ablesen kann, ob die Politik von Vereinzelung und Konkurrenzdenken, die die Diktatur durchzusetzen versucht, "Früchte trägt".

Natürlich ist die chilenische Jugend kein homogenes Ganzes. 20% der Jugendlichen haben - zumindest bis jetzt - nicht die Probleme, vor die die übrigen 80% gestellt sind. Diese 20% gehören zu den Familien, die von der Wirtschaftspolitik der Junta profitieren. Und auch die übrigen 80% leben zum Teil sehr unterschiedliche Realitäten, abhängig davon, ob sie auf dem Land oder in den städtischen Elendsvierteln leben oder Studenten sind. Trotzdem gibt es Probleme und Verhaltensweisen, die gerade für die nicht begünstigten 80% allgemein sind, die hier betrachtet werden sollen.

Über die Jugendlichen in Chile zu schreiben, über ihre Situation und Rolle während der Diktatur, bedeutet nicht, daß mitten im Kampf, den das chilenische Volk gegen die Diktatur führt, Generationsbarrieren aufgebaut werden sollen. Der Charakter des Kampfes, den die Arbeiter und andere soziale Sektoren gegen das Regime führen, das ihnen ihre Zukunft vorenthält, ist einheitlich und total, gilt für Junge und Alte gleichermaßen. Und trotzdem geschieht unter den Jugendlichen etwas Eigenständiges, vielleicht Neues, das zu beobachten lohnt.

Jugend heute in Chile bedeutet viele Dinge gleichzeitig: Frustration, Ohnmacht, Ungewißheit, Widerspenstigkeit und trotzdem Hoffnung; eine Generation auf der Suche nach Veränderung, die täglich notwendiger wird, vielleicht ein Potential für eine soziale Explosion.

Die Teilnahme der Jugendlichen an den Straßendemonstrationen - die Mehrzahl der Toten und Verwundeten bei den Protesten der letzten Monate waren Jugendliche - ist eine offene Herausforderung an die Drohungen der Diktatur - und an die Anweisungen der Parteien, daß der Protest friedlichen Charakter haben sollte. Hier sind offensichtliche Anzeichen dafür, daß es eine Kraft gibt, eine zurückgehaltene Energie, die einen Ausweg aus ihren Frustrationen sucht, und die nicht von den traditionellen Führungen kanalisiert werden konnte oder kann.



### Veränderungen der äusseren Bedingungen für die Jugendlichen

Der Staatsstreich von 1973 bedeutete neben vielem anderen das Ende aller Jugendorganisationen, wie z.B. Kultur- und Freizeitzentren, Schülerräte etc. Das Regime verkündete, daß die Jugend sich einzig und allein dem Studium zu widmen habe. Alle die politischen und kulturellen Studentenorganisationen wurden aufgelöst, die nicht von der Regierung kontrolliert wurden. Damit wurde den Jugendlichen die Möglichkeit genommen, auf irgendeine Weise am politischen Leben teilzunehmen.

Die Universitäten trieben die Anforderungen für die Aufnahmeprüfung und die Studiengebühren in die Höhe, womit ein klassenspezifischer Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen garantiert wurde. Von den etwa 135 000 jährlichen Schulabgängern bewarben sich etwa 100 000 an den Universitäten. Früher gab es ca. 45 000 Studienplätze jährlich, heute sind es nur noch 20 000. Gleichzeitig mit der Verknappung der Studienplätze sind kommerzielle "Bildungsinstitute" entstanden, an die die Jugendlichen auszuweichen versuchen, sofern sie das notwendige - meist noch höhere Schulgeld - aufbringen können. Die Schülerräte wurden aufgelöst, in den höheren Schulen verschärften die Lehrer Kontrolle und Disziplin. In den Elendsvierteln entstand eine Kette von Überwachung und Repression um diejenigen Organisationen, die sich in einer Solidaritätsarbeit mit den Arbeitslosen, den Angehörigen Verhafteter oder Verschwundener, für Kinderküchen usw. engagierten.

Ein Großteil der Jugendgruppen, denen es gelang, unter den Bedingungen der Diktatur neu zu entstehen, arbeitet vor allem im Bereich kultureller Solidarität. Veranstaltungen, Konzerte, Festivals etc. finden immer im Umkreis der Kirche statt, dem einzigen Ort, wo es möglich ist, eine solche Arbeit durchzuführen. Das

schützende Dach der Kirche wurde zum Ausgangspunkt, von wo aus die Arbeiter und vor allem die Jugendlichen und die Frauen ihre Organisationen wieder aufbauten und neue gründeten.

Die steigende Arbeitslosigkeit und der konstante Rückgang der Arbeitslöhne drängte und drängt jährlich eine enorme Anzahl von Jugendlichen aus dem normalen Rahmen von Ausbildung und Arbeit, womit das alltägliche Bild des Elends in seinen verschiedensten Facetten Tag für Tag zunimmt.

Die Gruppen von gelangweilten Jugendlichen an den Straßenecken sind ein Kern der wachsenden Kriminalität, des zunehmenden Alkoholismus, der steigenden Prostitution und Drogensucht, und sie sind ein Teil des Stadtbildes geworden, an das sich die Chilenen scheinbar gewöhnt haben. Der Teil der Realität der Jugendlichen, der nicht so deutlich sichtbar ist, spielt sich in einem Zuhause ab, das weitgehend zerstört ist, oder sie einem enormen Druck und immensen Spannungen aussetzt. Bei der Suche nach einem Ausweg wissen sie, daß sie dabei auf elterliche oder gesellschaftliche Hilfe verzichten müssen.

### Anwachsen der Jugendorganisationen

In diesen Rahmen fügt sich das starke Anwachsen der Jugendorganisationen, zunächst in den Elendsvierteln, dann in den Universitäten. Oft waren es die Aktivitäten dieser Jugend- und Kulturgruppen, die in ihren kulturellen Solidaritätsveranstaltungen die beste Öffentlichkeitsarbeit leisteten. Z.B. veranstalteten sie eine endlose Reihe kleiner Aktionen im gleichen Moment im ganzen Land, oder sie organisierten eine Reihe von Großveranstaltungen, wo mehr Personen als irgendwo sonst zusammenkamen. Z.B. die Solidaritätsfestivals von San Miguel, die 1975 und 1976 stattfanden, oder das Festival "Ein Lied für Jesus", das in den drei Jahren, in denen es stattfand (1977, 1978, 1979) eine der wichtigsten Jugend-Kultur-Veranstaltungen war. Oder auch die zahllosen Veranstaltungen in den Gemeindehäusern, wo etliche Jugendliche zusammenkommen, die nach Anhaltspunkten suchen, um ihre Situation zu verändern und die eigene Würde wiederzuerlangen, die unter dem Gefühl zerbricht, für nichts und für niemanden nützlich zu sein ...



Auch wenn die Krise des sozio-ökonomischen Modells der Diktatur heute mit einzigartiger Vehemenz auch die Mittelschicht angreift, sind es doch zweifellos die Jugendlichen aus den Elendsvierteln oder vom Lande, die am härtesten von der Politik der Regierung betroffen sind. Die Unsicherheit und Ungewißheit über die Zukunft, wenn sie Schüler oder Studenten sind, und in der Gegenwart, wenn sie arbeitslos sind, sowie die ständige polizeiliche Kontrolle und Repression im Elendsviertel bedeuten einen permanenten Spannungszustand. Augenscheinlich hat dies dazu beigetragen, daß sich viele für radikale Lösungen entschieden haben, bis hin zur radikalsten individuellen "Lösung" - Selbstmord.

Zu den kollektiven Lösungen, die die Bewußteren unter ihnen anstreben, gehören die Jugend- und Kulturzentren, die in gewisser Weise eine Projektion dessen sind, was vor dem Staatsstreich existierte. Aber in ihrem Charakter und in ihrer Vorgehensweise sind sie neu. Schließlich haben die politischen Bedingungen selbst sie gezwungen, ihre Arbeitsmethoden zu perfektionieren und ihre Ziele neu zu bestimmen. Wenn wir z.B. ein Röntgenbild der aktuellen Strukturen machen würden, würden wir entdecken, daß eines der dringendsten Anliegen, das in ihren Statuten zum Ausdruck kommt, der demokratische Charakter der Gruppe ist; dies wird mit besonderer Sorgfalt betont, und die Befolgung dieser Statuten wird argwöhnisch beobachtet.

Dieser Tatbestand ist neu, denn während der Regierung der Unidad Popular wurde automatisch von der Voraussetzung ausgegangen, daß alles, oder fast alles demokratisch sei, einfach deswegen, weil eine neue Zeit angebrochen war, und der gute Wille deshalb schon ausreiche.



Im Allgemeinen bezeichnen sich diese Gruppen als solidarisch, kreativ im künstlerischen Sinn und unterhaltend im Sport und im Zusammensein. Viele von ihnen organisieren kulturelle oder sportliche Veranstaltungen, wo dank angemessener Werbung und des gewonnenen Prestiges, zahlreiches Publikum hinkommt. Die Aktivitäten dieser Gruppen sind unterschiedlich, werden immer vielfältiger und haben das Ziel, daß die Mitglieder der Organisationen Raum zum Atmen und eine Möglichkeit, sich trotz der Umstände weiterzuentwickeln, finden. Zu dem breiten Spektrum der Aktivitäten gehören die Treffen, auf denen sich die Mitglieder unter-

einander kennenlernen, Spaziergänge, gemeinsame Besuche von Museen, Konzerten oder Theater, Turniere in "Baby-Fußball", Schach, etc. Zeichenwettbewerbe für Kinder bieten auch eine Gelegenheit, die Kinder und Mütter des Viertels in das Tun der Gruppe miteinzubeziehen. Es gibt Künstlerwerkstätten für Musik, Folklore, Tanz, Theater, Literatur und Poesie und oft Mal- und andere Werkstätten, in denen sie eigene kleine Jugend- und Stadtteilzeitungen herstellen. Oft entstehen auch Kurse für technische oder handwerkliche Ausbildung, sowohl für Kunsthandwerk, als auch für Handwerke wie Elektriker, Tischler, Klempner etc.. Es werden zudem Kurse zur Universitätsvorbereitung organisiert, an denen alle die teilnehmen können, die die akademische Eignungsprüfung ablegen wollen, ein Examen, das für den Eintritt in die Universität notwendig ist. Alle diese Aktivitäten sind von einer intensiven Diskussion über das Geschehen im Lande und den möglichen Verlauf, den dies nehmen wird, durchdrungen.

Sowohl in Santiago als auch in Valparaíso oder Concepción haben diese Organisationen große Verbreitung gefunden, während sie in Städten wie Antofagasta, Temuco und Valdivia hauptsächlich im universitären Rahmen zu finden sind.

Von den unzähligen kulturellen Jugendorganisationen, die im Laufe dieser Jahre in Chile entstanden sind, sind viele auch wieder verschwunden; aber es bleibt das Wissen, daß es auch unter den Bedingungen, die die Diktatur aufzwingt, möglich ist, sich zu organisieren und schon jetzt einen Teil der zukünftigen Alternative aufzubauen.

Die Probleme, vor denen diese Gruppen stehen, entstehen allerdings nicht nur aus den repressiven Maßnahmen des Regimes, sondern auch aus dem Mangel an Erfahrung, aus Mangel an Mitteln, um z.B. die Künstlerwerkstätten weiter zu entwickeln, und aus dem Unverständnis der politischen Parteien, die nur auf die Gruppen zukommen, wenn es gilt, eine kulturelle Veranstaltung zu organisieren, die ihre Popularität unter Beweis stellen soll, oder wenn das Image eines Künstlers der Gruppe für Propagandazwecke nützlich sein könnte. Gerade deswegen zeigen viele Gruppen eine gewisse Müdigkeit und Unzufriedenheit gegenüber den Parteien und deren Mitgliedern, die in der Organisation mitarbeiten und die auf eine Weise, die sie immer noch nicht überwunden haben, versuchen, die Gruppe in eine der Parteizellen zu verwandeln. Hinzu kommt die Schwierigkeit, die Position der Christdemokraten, die ihnen das Recht auf die gewalttätigen Demonstrationen während der letzten Protesttage abgesprochen haben und die Aktionen als "zerstörungswütige Akte von isolierten Unverantwortlichen"(?) bezeichnet haben.

Trotz der genannten Probleme bestehen viele dieser Gruppen weiter. Das Kräfteverhältnis in den Schülerzentren ist offen zugunsten der Regimegegner verschoben, in den Oberschulen nehmen die Schülerzentren und Kulturgruppen immer mehr zu, in den Elendsvierteln suchen die Jugendorganisationen eine bessere, ständige Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen im Stadtteil, die sich bisher meist auf einzelne Aktionen beschränkt hatte.

Für andere bleibt noch das Gefühl, daß kein Land in Sicht ist, daß es keine Zukunft gibt; und das Gefühl, eingeschlossen zu sein, blockiert zu sein, ist so stark, wie das der Ohnmacht.

Die Frage "Was werde ich tun, wovon werde ich leben?" stellt sich immer bedrohlicher angesichts der Situation, daß bereits jeder Dritte arbeitslos ist.

Als Randgruppe des wirtschaftlichen Lebens, ausgeschlossen vom politischen Geschehen des Landes wird der Kampf um Veränderung für diese Jugendlichen existentiell.

Es sind schon viele, die keine Angst mehr vor der Repression haben, und es sind schon viele, die auf die eine oder andere Weise u.a. organisatorische Erfahrungen gesammelt haben auf der Suche nach neuen Antworten: auf diesen historischen Augenblick!

Dies kann der Anfang sein für eine wirkliche Veränderung ...  
Hoffen wir auf einen guten Durchzug im Kamin!

## Kongress-Nachlese Münster 1983

„Für Chiles Freiheit.  
Kongreß gegen Militärdiktatur  
und Imperialismus in Chile  
und Lateinamerika“  
24. - 26. Juni 1983 in Münster

„Por la libertad de Chile.  
Congreso contra la dictadura militar  
y el imperialismo en Chile  
y América Latina“  
24. al 26. de Junio 1983 en Münster

Büro/Oficina: Frauenstr. 3-7, D-4400 Münster, Tel. 0251/45606, Telefon während der Kongreßtage (24.-26.6.1983) 0251/832066

An die  
Lateinamerika Nachrichten

Liebe Freunde,

die Lektüre Eurer Kommentierung des Chile-Kongresses in Münster hat bei uns eine Mischung aus Überraschung und Ärger ausgelöst, die wir Euch und den Lesern der LN in einigen Punkten verdeutlichen wollen.

1. Eine erste Schwierigkeit liegt in der Form Eurer Auseinandersetzung mit dem Kongreß in der letzten Ausgabe. Ein langes Interview mit einem chilenischen Teilnehmer des Kongresses und ein halbseitiger redaktioneller Vorspann, der in beiläufigem Ton eine vernichtende Kritik am Kongreß formuliert. Glaubt Ihr wirklich - noch unabhängig von der Ebene inhaltlicher Kritik - mit einem solchen Vorgehen der politischen Bedeutung des Kongresses gerecht geworden zu sein? Ist das, was Ihr in der Juli-Ausgabe bringt, wirklich alles und das Wichtigste, was Ihr über den Kongreß zu berichten habt?

2. Ihr kritisiert formal - ohne inhaltlich ausgewiesenen Beleg - die Reden der Großveranstaltungen, beklagt die Programmstruktur des Kongresses, in der - natürlich - die Zeit für die Einzelreden knapp bemessen war. Das Irre ist, daß diese Kritik von Seiten eines Mitveranstalters des Kongresses vorgetragen wird, der genau diese Kongreßkonzeption (mit allen vorher bekannten notwendigen Konsequenzen: viele Reden zur Wahrung der Repräsentanz aller auf dem Kongreß vertretenen Parteien etc.) mitgetragen hat. Wenn also Euer bössartiger Satz stimmt, daß in Münster "alter Wein - nicht einmal in neue Schläuche" gefüllt wurde, dann seid Ihr dafür mitverantwortlich.

3. Im Zentrum der Vorbereitung des Kongresses standen Bemühungen um die Beteiligung möglichst ALLER Sektoren der chilenischen Linken. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung war keineswegs selbstverständlich, ist aber letztlich gelungen. Die politische Bedeutung dieses Vorganges ist von den chilenischen Parteien aufgegriffen worden, indem sie mit Ausnahme von Luis Corvalán und Pascal Allende durch ihre Spitzenleute vertreten waren. Wir halten es für unangemessen und ausgesprochen überheblich, die Beiträge von Almeyda, Sule, Montes, Ramírez, Díaz, Garretón, Cuevas u.a. mit Beschreibungen wie "ermüdend", "zu lang" und "zu langweilig" abzutun.

4. Es ist schlicht nicht wahr, daß die Repräsentanten der chilenischen Linken auf dem Kongreß nostalgische Rückschau hielten. Sie sind von uns - auch in Eurem Namen - zu einem Kongreß eingeladen worden, dessen Anlaß der 10. Jahrestag des Putsches war. Dennoch war es keineswegs so, daß die Protesttage vom Mai und Juni lediglich als "Aufhänger" für "alte Parolen" dienten. Der Kongreß stand vielmehr unter dem Eindruck des 14. Juni und der zeitgleich verlaufenden Streikbewegung in Chile, wobei jedoch alle Redner euphorischen Optimismus vermieden und davor warnten, die Beute schon zu verteilen, bevor die Schlacht gewonnen ist.

5. Dieser Gedanke führt zu einer Kritik des von Euch veröffentlichten Interviews. Sowohl die Fragen als auch die Antworten kreisen um die unterstellte Schwäche der Exilbewegung, um die "zweitrangige" Bedeutung der linken Parteien und um eine künftige Regierung. Dabei gerät das Hauptproblem völlig in den Hintergrund: WIE kann der baldmöglichste Sturz der Diktatur erreicht werden? Um genau diese Frage ging es aber letztendlich auf dem Kongreß.

Im Übrigen, wen repräsentiert Euer Interviewpartner in seinen Attacken auf die Exilbewegung und die politischen Organisationen der chilenischen Linken? Ein Intellektueller, der die Regierung der UP mit ultralinken Positionen kritisierte, weder in der Exil- noch in der Solidaritätsbewegung je wirklich verankert war und heute sozialdemokratische Konzepte verfolgt, ist wohl kaum der berufene Interpret der chilenischen Volksbewegung.

6. Ein letzter Punkt. Ihr berichtet selbst von der großen Resonanz, die der Kongreß gefunden hat. Alle Tendenzen der chilenischen Linken waren präsent. Parallel dazu kam es bei der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zu einer breiten Zusammenarbeit bundesdeutscher Organisationen und Gruppen in der Chile-Solidarität, die im Rückblick auf die langjährige Zersplitterung der Chile-Solidarität sicher auch nicht selbstverständlich war. Wenn all diese günstigen Voraussetzungen letztlich doch nur dazu führten, daß alter Wein in alte Schläuche gefüllt wurde, entsteht die Frage, wie denn überhaupt Solidaritätsarbeit mit Perspektive stattfinden kann. Es entsteht der fatale Eindruck, daß Ihr an der Fortführung dieser gemeinsamen Arbeit gar nicht sonderlich interessiert seid, Euch lieber mit der Rolle der "kritischen Beobachter" der Szene begnügt.

Mit freundlichen Grüßen  
für die Vorbereitungsgruppe  
Leo Siepelmeyer

### Erwiderung auf ein Interview mit Francisco D.

Es ist nicht 'alles Gold was glänzt', noch hat jeder, der aus Chile zu uns kommt, automatisch die Wahrheit für sich gepachtet, selbst wenn es sich um einen Assistenten "bei einem sehr bekannten deutschen Professor" handelt. Es ist so, daß die Leute, die uns hier von Zeit zu Zeit in diesem Exil in Deutschland besuchen, ihre eigenen Vorstellungen und vor allem eine eigene ideologische Betrachtungsweise haben, nach der sie die Ereignisse in der Heimat und die politische Aktivität der Chilenen im Ausland beurteilen. So kann die Nähe zum Geschehen nur ein Anhaltspunkt sein, interessanter ist jedoch eine Diskussion über politische Einschätzungen, die unabhängig vom Wohnort des betreffenden Diskussionspartners geführt wird. Die an Eurer Zeitung mitarbeitenden Sozialwissenschaftler sollten wissen, daß die "teilnehmende Beobachtung" nicht immer zu richtigen Urteilen führt. Zudem ist fraglich, ob der in dem Interview Befragte, den wir zu kennen glauben, wirklich so tief in den "täglichen Problemen des chilenischen Volkes" drinsteckt. Der chilenische Sozialwissenschaftler Antonio Cavalla Rojas, ein Mitglied der Christlichen Linken (IC), sagt in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift 'Análisis' in Bezug auf einige Intellektuelle der 'Sozialistischen Konvergenz': "Das Schlimme ist, daß unter ihnen (den Intellektuellen, d. Verf.) eine Gruppe auffällt, die auf Grund ihrer Klassenherkunft, Parteizugehörigkeit sehr großen Abstand zur täglichen Wirklichkeit und der Volksbewegung haben und trotzdem gerne im Namen der Volksbewegung sprechen." Die Logik der Argumentation von Francisco D. erweist sich als Indiz dafür, daß es sich hier um einen der von Cavalla genannten Fälle handelt.

Über alte Bilder und die Rekonstruktion der Vergangenheit

Wie allen an der Organisation des Kongresses "Für Chiles Freiheit" Beteiligten - zu denen sich auch das FDCL als aktiver Teilnehmer an allen Vorbereitungsphasen zählen muß - bekannt war, mußte das Thema der Unidad-Popular-Regierung zwangsläufig eine besondere Stellung in dieser Veranstaltung einnehmen. Es kann wohl niemand bestreiten, daß jede ernsthafte Analyse der derzeitigen Lage in Chile ohne eine kritische Betrachtung des Höhepunktes der Entwicklung der Volksbewegung, nämlich der drei Jahre der Allende-Regierung unzureichend ist. Diese heutige Haltung von uns im Ausland lebenden Chilenen darf jedoch nicht mit dem geistigen Zustand in den ersten Jahren des Exils, dem 'Nachtrauern über Vergangenheit', verwechselt werden. Glücklicherweise gehört dies der Vergangenheit an, was sich u.a. darin zeigt, daß die meisten Solidaritätsgruppen und Chilenen, die am Kongress teilgenommen haben, eine kontinuierliche Arbeit zur Unterstützung des heutigen Kampfes des chilenischen Volkes leisten. Seit langem helfen die an dem Kongress in Münster beteiligten Gruppen den Gewerkschaften, die Ihr in der Juli-Nummer Eurer LN erwähnt (S. 16 - 17), sowie anderen Organisationen, die die "soziale Bewegung" in ihrem Kampf gegen die Diktatur stützen.

Nun gut, sieht man sich das Programm des Kongresses in seiner Gesamtheit an, muß man ehrlicherweise zugeben, daß der Schwerpunkt aller Beiträge auf der aktuellen Situation lag.

Zu dem Eindruck, alles drehte sich um die Parteien

Daß Francisco D. während seines Aufenthaltes in der BRD als Assistent des bekannten deutschen Professors keinerlei Interesse an einer Beteiligung an der Chile-Solidaritätsbewegung zeigte, erklärt sicherlich seine Unkenntnis über die politische Arbeit der Exilchilenen.

Auf Grund der Bedingungen und Umstände des Exils in den ersten Jahren nach dem Putsch zeichnete sich die Solidaritätsarbeit dadurch aus, daß sie in ihrer Mehrheit entscheidend von Companeros getragen wurde, die einer linken chilenischen Partei angehören. Eine große Zahl nicht politisch organisierter Chilenen - zu denen auch der Verfasser dieses Briefes gehört - schlossen sich freiwillig dieser Arbeit an; es gibt, wie Ihr wißt, sogar Deutsche, die Mitglieder chilenischer Parteien geworden sind. Es steht also unumstößlich fest, daß die linken Parteien Chiles die Solidarität mit Chile wesentlich gestärkt haben.

All dies bedeutet, daß sich die gesamte Chilearbeit ganz wesentlich um die Hilfe für die jeweiligen Parteien im Land selber dreht. Sieht man sich einmal die Hilfsaktionen und die von Exilchilenen im Ausland publizierten Zeitungen an, stellt sich heraus, daß das Hauptaugenmerk auf der Unterstützung der im Widerstand gegen die Diktatur befindlichen gesellschaftlichen Organisationen liegt.

Dies alles deutet darauf hin, daß die Exilchilenen, trotz der großen Entfernung und all ihrer Probleme die Ereignisse in der Heimat aus größter Nähe verfolgen.

Die Tatsache, daß heute die gesellschaftlichen Organisationen in Chile unterstützt werden, deutet keineswegs auf eine zweitrangige Rolle der politischen Parteien in der aktuellen Situation hin: bei genauer Betrachtung der kommunalen, gewerkschaftlichen, studentischen, usw. Gruppen würde Francisco D. vielleicht mit Überraschung entdecken, daß i.a. ihre Führungsgremien der einen oder anderen politischen Organisation zuzuordnen sind. So weit, so gut, aufgrund der von der Diktatur geschaffenen Bedingungen ist ein Kampf gegen sie eher realisierbar, der von der sozialen Bewegung ausgeht und in dem die Mobilisierung des Volkes für seine konkretesten Bedürfnisse einen breitesten Zusammenschluß ermöglicht. Die Zurückweisung der politischen Parteien in eine zweitrangige Position ist nichts weiter als eine auf die Unkenntnis der Realität zurückgehende, optische Täuschung. Mit diesen Ausführungen sollte der Ansicht widersprochen werden, daß Exilierte per se nicht in der Lage sind, die Dynamik der Ereignisse in Chile realistisch zu beurteilen. Es ist keine Frage der Entfernung, denn wenn es möglich wäre, könnten weder die LN noch irgendjemand anderes von hier aus die Lage einschätzen.

Der bewaffnete Kampf und der Defaltismus einiger linker Gruppen

Warum kann der Volksaufstand in Chile nicht siegreich sein? Nach Meinung von Francisco D., weil "die Streitkräfte auf dieser Ebene ... sehr viel besser vorbereitet sind, und die Probleme viel besser LÖSEN (Hervorhebung d. Verf.) können als die Volksbewegung". Hier wird also von der Unmöglichkeit einer Rebellion ausgegangen, ohne auf die Bedingungen einzugehen, unter denen dieser Weg gangbar wäre. Genau dieses Argument wurde von unseren "neuen chilenischen Sozialdemokraten" verwandt und geht von der Vorstellung aus: was heute nicht realisierbar ist, kann auch nicht schon heute vorbereitet werden. Letztendlich wird sogar die Möglichkeit bestritten, daß es zu einem Volksaufstand kommen kann. Dies widerspricht der Denkweise der ganzen chilenischen Opposition. Es gibt keine Veröffentlichung in Chile - einschließlich "El Mercurio" - die noch nicht die Aufmerksamkeit der Regierung mit Einschätzungen wie "die institutionalisierte Gewalt des Regimes ruft neue Gewalt hervor, falls es nicht bald zu Änderungen kommt" auf sich gezogen hat. In der Mai-Ausgabe von "Análisis" behauptet J. Lavandero, die derzeitige Situation könne nur noch einige Monate weitergehen. Die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes gegen die Diktatur ist durchaus realistisch. Vor kurzem sagte León Vilarín, "dem Volk kann es egal sein, ob es verhungert oder durch eine Kugel getötet wird."

Schließlich sei hier auf die Beispiele Kuba, Nicaragua und El Salvador hingewiesen: wären sie von der Einschätzung des Francisco D. ausgegangen, befänden sie sich heute unter der Herrschaft der Familien Somoza bzw. Batista.

Versteckte Wünsche

Was schlägt uns Francisco D. vor? "Die uneingeschränkte Demokratisierung ... wie es früher war". Dies heißt nichts anderes als daß sich die chilenische Linke mit einer politischen Orientierung begnügen soll und ihre Forderungen bestimmte Grenzen nicht überschreiten dürfen. Dabei sollte man sich allerdings vor Augen halten, daß es das, was bis September 1973 als Demokratie verstanden wurde, möglich machte, daß Teile der Armee seit Ende der 60er Jahre offen faschistoide Positionen vertraten.

Francisco D. fordert uns im Grunde auf, von jetzt ab auf den Kampf um die Macht zu verzichten, um in Chile eine wirkliche Demokratie zu erreichen. Einige Linke haben vollständig das Vertrauen in die Kräfte unseres Volkes verloren, wenn sie behaupten, "das Dümme, was die Linke machen könnte, wäre, die Regierung aus dem Stand heraus zu übernehmen oder nur einen Anspruch darauf anzumelden".

Zum Schluß ein Zitat:

Zum Schluß dieser Stellungnahme soll noch einmal der Artikel von Cavalla aus der Juli-Ausgabe von "Análisis" zitiert werden, um die eigentliche Absicht von Francisco D. offenzulegen:

"Es ist wahrscheinlich, daß die meisten Leser der ANALISIS merken, daß wir mit all diesen Predigten aufgefordert werden, den Marxismus aufzugeben. Mehr noch: wir werden aufgefordert, eine Mode zu übernehmen (die des demokratischen Pazifismus bestimmter europäischer Theoretiker), ohne Rücksicht auf jegliche Tradition ... guter zeitgenössischer Politikwissenschaft. Der ideologische Kampf muß rücksichtslos geführt werden, mit neuem Respekt gegenüber der Erneuerung, aber ohne vor ihnen (den o.a. Intellektuellen, d. Verf.) einen Millimeter zurückweichen. Damit sie wirklich das sind, was sie Gott sei Dank, sind: eine kleine Minderheit von Schreihälsen, die 'Verwirrung' verstand, wenn sie von Erneuerung sprach, und 'Esoterik', wenn sie Sozialismus sagte."

## Anmerkungen der LN-Redaktion

Die Diskussion um unseren Beitrag zum Münsteraner Kongreß - im wesentlichen bestehend aus der Veröffentlichung eines Interviews mit Francisco D., sowie eines kurzen Vorspanns dazu - ist nun doch um einiges polemischer ausgefallen als wir erwartet hatten.

Es ist klar, daß unsere Kritik am Kongreß gleichzeitig eine Selbstkritik ist, da wir Mitveranstalter des Kongresses waren. Diese Eigenschaft enthebt uns aber nicht der Pflicht, Ereignisse des Kongresses, die uns im Nachhinein als frag-, mindestens aber als diskussionswürdig erscheinen, auch offen auszusprechen. Wir bekennen uns also offen zu unserer Mitverantwortung.

Es verwundert uns allerdings schon etwas, daß in der Erwidierung auf das Interview mit Francisco D. diesem quasi das Recht abgesprochen wird, sich kritisch zu äußern - und zwar mit dem Argument, er stecke nicht "tief genug in den täglichen Problemen des chilenischen Volkes". Wer, so ist hier zu fragen, hat denn da allem Anschein nach "automatisch die Wahrheit für sich gepachtet?" Wir sind doch seit Jahren mehr oder weniger darauf angewiesen, die chilenische Realität von Leuten interpretiert zu bekommen, die nun wirklich auch "ihre eigene ideologische Betrachtungsweise" haben - obwohl sie gezwungenermaßen sehr viel weiter von den täglichen Problemen des chilenischen Volkes entfernt sind.

Die Frage, "wen repräsentiert Euer Interviewpartner?" und die Feststellung, er sei "wohl kaum der berufene Interpret der chilenischen Volksbewegung", kommen pedantischer Oberlehrermentalität bedenklich nahe. Als ob wir vorher nach irgend einer "Legitimität" zu fragen hätten, die im Übrigen auch bei manch einer der bekannten und anerkannten politischen Strömungen höchstens in einem sehr formalen Sinn vorhanden ist. Wenn die chilenischen Parteien, die zugegebenermaßen in einer denkbar ungünstigen Position sind (Untergrund im Inneren und weltweit verstreutes Exil) auf Kritik restriktiv oder, wo das nicht geht, beleidigt reagieren, dann schneiden sie sich selbst von einem lebendigen Strang ab, der für ihre zukünftige Entwicklung von essentieller Wichtigkeit ist.

Wir bestreiten nicht, "daß der Schwerpunkt aller Beiträge des Kongresses auf der aktuellen Situation" lag. Wir bestreiten aber, daß diese konkret genug waren, um die tatsächlichen aktuellen Probleme Chiles diskutieren zu können.

Wir bestreiten nicht, "daß die linken Parteien Chiles die Solidarität mit Chile wesentlich gestärkt haben", aber wir bestreiten, daß die Parteien die einzigen sozialen Kräfte sind, die die heutige Protestbewegung vorantreiben.

Wir hoffen schließlich, daß der Abdruck dieser drei Beiträge einiges zur Klärung der Diskussion beigetragen hat!

## 2. Feministisches Treffen Lateinamerikas und der Karibik

Vom 19. bis 22. Juni fand in der Nähe der peruanischen Hauptstadt Lima das "2. feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik" statt. Fast 600 Frauen aus zehn Ländern diskutierten vier Tage lang über Erfahrungen und Perspektiven der lateinamerikanischen Frauenbewegung.

Der Tagungsort, ein Wochenenderholungszentrum mit Schwimmbad und Grünanlagen und die - für lateinamerikanische Verhältnisse besonders ungewohnte - fast völlige Abwesenheit von Männern schufen ein eher künstliches Klima, das von manchen Teilnehmerinnen herb kritisiert wurde, gleichzeitig aber die (Ausnahme-) Bedingungen für eine offene und freundschaftliche Atmosphäre bot, in der auch kontroverse Themen mit dem deutlichen Bestreben diskutiert wurden, Spaltungen oder Frontenbildung zu vermeiden.

Drei Tage lang behandelten die anwesenden Frauen eine Vielzahl von Themen in kleinen Arbeitsgruppen, einige mehr auf Selbsterfahrung und den Austausch von persönlichen Erfahrungen ausgerichtet, andere dienten vor allem der Verständigung über berufliche oder wissenschaftliche Überlegungen. Daneben gab es ein breites kulturelles Programm mit Theater, Filmen, Video und Musik. Ganz zu schweigen von ad-hoc-Arbeitsgruppen, spontanen Festen und einer Unzahl von Einzelgesprächen, die viele Frauen gegen Ende der Tagung veranlaßten, von dem "großartigen Netz, das wir hier geknüpft haben, zu sprechen.

Obwohl das Treffen ausdrücklich nicht als Kongreß konzipiert war, auf dem Resolutionen verabschiedet werden, hatte die Vollversammlung am letzten Tag doch das Bedürfnis, die immer wieder aufgetauchten Übereinstimmungen in einigen Erklärungen festzuhalten. Dazu gehörte ein Manifest farbiger Frauen, die für zukünftige Treffen eine stärkere Berücksichtigung des Problems der rassischen Diskriminierung in Lateinamerika forderten; und schließlich eine Erklärung, die den am heftigsten umstrittenen Punkt des Treffens in einer für alle akzeptablen Form ausdrückte: die Frauen, die vor allem politisch (z.B. in Parteien oder Gewerkschaften) engagiert sind und diejenigen, die ihre Aktivitäten als Feministinnen in den Vordergrund stellen, einigten sich darauf, daß die Frauenbewegung in Lateinamerika eine "soziale und politische Bewegung" sei. "Der Kampf der lateinamerikanischen Frau kann nicht vom Kampf aller ausgebeuteten Gesellschaftsschichten getrennt werden, die im Rahmen der allgemeinen Krise eine Veränderung der sozialen und ökonomischen Strukturen fordern. ... Es gibt keinen Sozialismus ohne Frauenbefreiung, aber auch keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus."



## Die Frauenbewegung ist ein Faktor der sozialen Veränderung

Das folgende Gespräch führte eine Frau aus der Redaktion der LATEIN-AMERIKA NACHRICHTEN mit einer Chilenin während des "2. feministischen Treffens Lateinamerikas und der Karibik" in Lima, Peru am 22.7.83.

FRAGE: Kannst Du uns bitte etwas über die Geschichte der Frauenbewegung in Chile erzählen, und vor allem über den Zusammenhang zwischen Frauenbewegung und politischer Bewegung in Chile heute?

ANTWORT: Heute schon von einer Frauenbewegung in Chile zu sprechen, ist sehr anspruchsvoll. Ich will nicht behaupten, daß das, was heute in Chile existiert, keine Bewegung ist, denn Ideen sind auch schon Bewegung; aber etwas anderes ist es, wenn man die Zahl der Personen betrachtet, die sich um eine bestimmte Position herum aktiv organisieren. In mehr oder weniger systematischer Form ist der Feminismus in Chile vor vier Jahren zum ersten Mal aufgetaucht, und zwar zuerst bei berufstätigen, intellektuellen Frauen, die alle in der Zeit der Unidad Popular linken Parteien angehört hatten. Wie kam das? Den Militärputsch in Chile können wir, wenn wir ehrlich sind, nicht nur als Sieg der Militärs, des Imperialismus, der transnationalen Unternehmen sehen. Er ist auch eine Niederlage, eine Niederlage der Linken, d.h. ihrer ganzen Einstellung gegenüber der Gesellschaft. Die Militärs hatten nicht nur einfach mehr Panzer und Streitkräfte; wir müssen auch die Schwächen der Linken untersuchen. Dieses Nachdenken über die Vergangenheit hat innerhalb der chilenischen Linken zu tiefen Krisen geführt, und auch in den einzelnen Genossen tiefe Krisen in ihrem Verhältnis zu den Parteien verursacht. Ich würde sagen, in gewisser Weise entsteht der Feminismus aus dieser Krise der Linken, und aus der Einsicht, daß wir versucht hatten, der Gesellschaft ein marxistisch-leninistisches Modell überzustülpen. Und daß dieses Modell auch unsere Wahrnehmung der Realität blockiert hatte.

In dieser Zeit begann in Chile, nicht in der gesamten Linken, aber in einigen Sektoren, eine neue Wertschätzung der Dinge, die wir verloren hatten, z.B. der Demokratie, die eben nicht einfach eine Konstruktion der Bourgeoisie war, sondern - jedenfalls in Chile - von den Volksmassen erkämpft worden war. Denn die chilenische Bourgeoisie ist sehr inkonsequent, und schließlich hat sie zu den Mitteln von Diktatur und Faschismus gegriffen. Wir fingen an, in Chile den demokratischen Staat zu schätzen, den wir zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht zu würdigen gewußt hatten.

Daß in Chile der Feminismus unter einem autoritären Regime entstehen konnte, liegt meiner Meinung nach daran, daß bei den Gruppen, die die ersten feministischen Überlegungen anstellten, eine sehr aufrichtige demokratische Überzeugung herrschte. Und als daher die Parteien zerfielen und gleichzeitig die Demokratie wiederentdeckt wurde, ergab es sich, daß die Frauen zum ersten Mal anfangen, über sich selbst nachzudenken. Das starre Schema war gesprengt, diese Rigidität, daß du keine Militante warst, wenn du nicht eine bestimmte Haltung einnahmst, existierte nicht mehr. Da fingen diese intellektuellen und anderen Frauen zum ersten Mal an, nicht den eigenen Nabel zu betrachten, aber sich selbst als Subjekt der

Veränderung zu sehen, und sich selbst als Subjekte wichtig zu nehmen. Und damit begannen alle die wichtigen Überlegungen zum Thema Feminismus.

Ein anderer Aspekt ist, daß die Diktatur mit all ihren autoritären Elementen uns auch alle anderen Formen von Unterdrückung, die wir als Frauen erleiden, deutlicher sichtbar gemacht hat.



FRAGE: Wieviele Möglichkeiten, aktiv zu werden, gibt es unter diesem Regime?

ANTWORT: Wir haben uns Bewegungsspielräume erobert, freie Räume. Von außen ist das schwer zu verstehen. Denn was nach außen dringt, ist schließlich doch sehr schematisch, die Sache ist in Wirklichkeit viel komplexer. Zum Beispiel:

Die Kirche war ein fundamentaler Faktor im demokratischen Kampf in Chile. Sie hat Schutz und bestimmte Freiräume gewährt. Ich bin nicht katholisch, aber ich erkenne an, daß die Kirche ein grundlegender Faktor der demokratischen Opposition gewesen ist, und daß die Kirche die Entwicklung einer sozialen oppositionellen Bewegung unterstützt hat. In den Gemeinden können sich Gruppen von Frauen, Jugendlichen oder Nachbarschaftskomitees treffen. Und auf der Ebene der Theorie hat die Kirche eine Institution gegründet, die sich "Akademie für christlichen Humanismus" nennt, und die gewissermaßen heutzutage die Alternative zur offiziellen Universität ist. Damit ermöglicht die Kirche einen kleinen Freiraum, in dem Christen und Nichtchristen ihre Überlegungen zur chilenischen Realität entwickeln können. Im Fall von uns Frauen hat die Akademie uns die Möglichkeit gegeben, den Kreis für Frauenstudien zu gründen, der sich als feministische Institution versteht. Wir haben also unter dem Schutz der Kirche und der Akademie diesen Studienkreis gegründet, wo wir als Frauen reflektieren und aktiv werden können. Dabei haben wir mit uns selbst viele Probleme gehabt, weil wir oft den Studienkreis mit der Bewegung verwechselt haben.

Die Erwartungen an die Arbeit des Studienkreises waren unterschiedlich. Wir haben schwere Krisen durchgemacht. Aber inzwischen sind wir uns darüber klar, was dieser Frauenkreis bedeutet, daß er eine Institution ist, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Realität der Frau in Chile zu untersuchen. Wir betreiben eine Reihe von Forschungen, und unsere Absicht ist es, über eine nicht-autoritäre Arbeitsweise eine feministische Forschung zu entwickeln. Wir diskutieren viel darüber, worin feministische Forschung besteht, und was das Verhältnis zwischen Frauen und Wissenschaft ausmacht. Durch diese Forschungen wollen wir gewissermaßen einen Querschnitt durch die Lage der Frau in Chile erarbeiten. Denn diese Lage ist nicht einheitlich, die Gesellschaft ist sehr stark hierarchisch gegliedert, und die Unterdrückung wirkt sich in den verschiedenen Sektoren unterschiedlich aus.

Aber daneben soll der Studienkreis auch zu Aktionen dienen und der Entwicklung der Bewegung bestimmte Hilfeleistungen zur Verfügung stellen, z.B. durch Flugblätter oder Unterrichtsmaterial. Wir haben auch eine Theatergruppe, diese Gruppe überlegt nicht nur, wie wir feministisches Theater machen können, sondern spielt auch vor verschiedenen Gruppen, wie vor einiger Zeit mit großem Erfolg bei der Gewerkschaft der Hausangestellten. Auch das mit der Absicht, Diskussionen und Überlegungen über die Unterdrückung der Frau anzuregen. Der Studienkreis steht im Dienst der Bewegung. Er ist eine absolut feministische Institution, von feministischen Frauen gemacht und mit feministischen Zielen.

FRAGE: Welche anderen Gruppen sind neben dem Studienkreis nach dem Putsch entstanden?

ANTWORT: Nach dem Putsch bildeten sich verschiedene Arten von Frauengruppen. So gibt es die Frauen, die vorwiegend im Kampf um die Demokratie engagiert sind. Diese Gruppen haben eine Reihe von Problemen zu bewältigen gehabt. Denn nach dem Putsch - wie auch davor - waren die Frauen der wichtigste soziale Massenfaktor, der den Putsch unterstützte. Und die Angst um die Sicherheit der Familie, die Situation, allein in ihren Häusern zu sitzen, haben die Haltung der unterdrückten Frauen noch verstärkt, ihre reaktionäre Haltung gefördert. Als daher die Frauen, die den Kampf um die Demokratie aufnehmen wollten, mit politischen Parolen ankamen, sind die meisten Frauen sehr erschrocken, und die Bemühungen blieben erfolglos. Um diese Frauen wirklich zu erreichen, mußten sie die besondere Lage der Frauen ansprechen, was ich sehr positiv finde. Sie sind keine Feministinnen, aber sie gehen von der besonderen Lage der Frauen aus. Eines Tages wird sich diese Reihenfolge umkehren.

Manche Frauen haben auch noch andere akademische Alternativen ins Leben gerufen, und es gibt viele Frauen, die ähnliche Prozesse durchlaufen haben wie wir, und sich jetzt als Feministinnen fühlen, jedenfalls in Ansätzen. Diese Frauen - viele von ihnen sind berufstätig - haben Volkserziehungsprojekte mit Frauen aus anderen Sektoren angefangen, eine sehr interessante Arbeit. Es gibt kleine Arbeitsgruppen und Projekte, wir wissen nicht genau wie viele; aber es gibt eine Menge Gruppen, in denen über die Lage der Frau diskutiert wird. Und wir selbst merken dabei, daß der Feminismus nicht, wie behauptet wird, eine Schnapsidee kleinbürgerlicher Frauen ist, sondern daß das Problem auch von den Frauen aus den unteren Volksschichten wahrgenommen und empfunden wird. Denn die Frauen nehmen z.B. Sexualität zum Gesprächsthema, und sie diskutie-

ren viel darüber, was ihre Identität als Frauen ausmacht. Und das, obwohl sie Hunger haben und große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Trotzdem haben die Frauen großes Interesse daran, über sich selbst nachzudenken.

Diese Selbsterfahrungsgruppen haben dazu geführt, daß viele Frauen als Persönlichkeiten sehr gewachsen sind. Und dieses Wachstum, diese Entwicklung hin zu selbständigen Persönlichkeiten macht diese Frauen auch dem System gegenüber viel kritischer. Man sieht noch keine Ergebnisse dieser Entwicklung, aber ich bin sicher, daß Keime vorhanden sind. Der Feminismus in Lateinamerika ist wirklich in der Lage, die verschiedenartige Unterdrückung der unterschiedlichen Gesellschaftssektoren aufzunehmen, und ich glaube, in Chile ist es uns gelungen, eine in sich vielfältige Bewegung zu schaffen, die eng mit der Besonderheit des Landes verknüpft ist.

Wir Frauen, die wir der Meinung sind, daß der Feminismus ein Faktor der sozialen Veränderung ist, und daß es nicht nötig ist, ständig Erklärungen über unsere Absichten zu geben, sondern daß der Frauenkampf an sich ein demokratisches und freiheitliches Moment ist, wir sind vor drei Monaten als Frauenbewegung an die Öffentlichkeit getreten.

Unsere erste öffentliche Aktion war, uns dem nationalen Protest anzuschließen, aber mit unseren feministischen Standpunkten. Wir sind noch nicht viele, aber ich glaube, daß die Idee sich ausbreitet, und daß wir immer mehr werden. Es gibt viele Verständigungsschwierigkeiten, schließlich sind die Kommunikationsmedien in den Händen der Diktatur. Aber die Zahl der Frauen, die während des zweiten nationalen Protesttages Aktionen gemacht haben, etwa 150 bis 200, ist meiner Meinung nach als Ansatz bedeutend.

Während des ersten nationalen Protesttages haben wir lange darüber nachgedacht, wie wir Frauen unseren eigenen Kampf damit verbinden könnten. Es gab eine Reihe von Vorschlägen für Frauen, z.B. daß sie in ihrer Rolle als Konsumentinnen nichts kaufen sollten. Oder in ihrer Rolle als Mütter die Kinder nicht in die Schule schicken. Aber unser Kampf ist noch ein anderer, also riefen wir zum Hausarbeitsstreik auf. Viele haben gesagt, einen Hausarbeitsstreik würde niemand bemerken, und es wäre wichtig, daß die Protestaktionen deutlich sichtbar wären. Aber wir waren der Meinung, daß der Hausarbeitsstreik auch das Bewußtsein der Frauen selbst verändern würde, nicht nur eine politische Aktion sei, sondern den Frauen klarmachen würde, daß ihre Arbeit wirklich Arbeit ist.

FRAGE: Aber ist dieser Bewußtseinsbildungsprozeß nicht eher eine langfristige Entwicklung?

ANTWORT: Natürlich, aber wir meinen, wenn wir nicht heute damit anfangen, werden die Frauen auch nicht für Demokratie kämpfen. Wir sind entschlossen, diese Bewegung zu entwickeln und keine Komplexe mehr deswegen zu haben, denn wir meinen, daß diese Bewegung aufs Engste mit einer demokratischen und freiheitlichen Entwicklung unseres Landes verbunden ist. Es wird immer noch Mißverständnisse geben, aber der Einfluß der Frauenbewegung ist inzwischen so groß, daß sogar die Dachorganisation der Frauenorganisationen, die sich kürzlich gebildet hat, die Bezeichnung MEMCH 83 angenommen hat, das heißt "Movimiento de emancipación de la mujer chilena" (Chilenische Frauenbefreiungsbewegung). Unter diesem Namen existierte in den 30er und 40er Jahren eine Bewegung für das Frauenwahlrecht. Als sie ihr Ziel erreicht hatte, sind die Frauen in die linken Parteien gegangen, und das Thema Frauen verschwand



## Rückblick: Chile vor 10 Jahren

### Die Monate vor dem Putsch

Zum letzten Mal wollen wir hier zehn Jahre - genauer: zehn Jahrgänge - zurückblättern und uns die Ereignisse unmittelbar vor und nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 in Erinnerung rufen. Da die heutigen Vorgänge in Chile wenigstens äußerlich eine ähnliche Dynamik und Dramatik entwickeln wie damals, wird die Rückbesinnung auch zu einem Schlüssel für das Verständnis der aktuellen Auseinandersetzungen. Daß die von der Opposition organisierten nationalen Protesttage immer um den 11. Tag jedes Monats herum stattfinden und daß der sechste dieser Protesttage am 11. September, also am 10. Jahrestag des Putsches veranstaltet wird, ist kein Zufall, sondern ein Hinweis auf die Bedeutung von Gedenktagen in Chile und auch ein Zeichen für den historischen Sinn der chilenischen Opposition.

Die folgenden Zeilen stammen aus der Nummer 5 der Chile-Nachrichten, deren Nachfolge die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN angetreten haben. Der Text wurde am 14. September 1973 geschrieben, also genau drei Tage nach dem Putsch. Es waren dies drei Tage, an denen sich die Nachrichten aus und über Chile nur so überschlugen, Nachrichten über Einzelheiten, hinter deren Dramatik der Kern des Unternehmens von General Pinochet und Konsorten zu verschwinden drohte. Trotzdem ist es, meinen wir, damals gelungen, die eigentliche Dynamik der Konterrevolution richtig zu benennen.

Man kann diesen Text heute noch interessiert lesen, seine Analyse hat sich - leider - als historisch richtig herausgestellt. Nur in drei kleinen Einzelheiten war der Verfasser Sensations- und Propaganda-Meldungen aufgesessen: General Prats marschierte nicht von Süden her mit Soldaten und Arbeitern auf Santiago. Und Carlos Altamirano war nicht ermordet worden, sondern konnte sich verstecken und später aus Chile entkommen. Und schließlich ist auch der wortgewaltige sozialistische Abgeordnete Mario Palestro der Mörderbande entkommen. Diese Nachrichten kamen damals direkt aus Buenos Aires. Wie hätte man sie nachprüfen können?

Hier nun die Darstellung der Ereignisse aus den "Chile-Nachrichten" vom 14. September 1973:

### Zu den letzten Tagen vor dem Putsch

Die putschistischen Neigungen eines sehr großen Teils des Offizierskorps und vieler Generäle waren in der letzten Zeit immer offener geworden. Der Wortlaut der Rücktrittserklärung von General Prats erlaubte in dieser Hinsicht kaum noch einen Zweifel. Die Verhaftung und brutale Folterung von Matrosen, Unteroffizieren und Arbeitern der Marine in Talcahuano und Valparaíso, deren einziges "Verbrechen" darin bestand, das Nichtbefolgen von putschistischen Befehlen untereinander abzusprechen, zeigte überdeutlich, wo die Sympathien der Marine standen. Die Marinejustiz ließ Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, suchen und beantragte die Aufhebung der Immunität des Senators Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, und Oscar Guillermo Garretón, Generalsekretär des MAPU, um ihnen den Prozeß zu machen. Ihr "Verbrechen" bestand darin, die Soldaten zur Nichtbefolgung von Befehlen aufzurufen, die sich gegen die Verfassung richteten. Auch im Heer und in der Luftwaffe waren anlässlich der Rücktritte der Generäle Prats und Ruiz vom Oberkommando putschistische Auffassungen im Offizierskorps und Generalstab manifest geworden. Gleichzeitig wurde aber auch immer mehr bekannt, daß Mannschaften und Unteroffiziere in zunehmendem Maße gegen den Putsch eintraten.

Der Streik der Verbände der Fuhrunternehmer, Einzelhändler, Ärzte etc. wurde derweil mit steigender Härte fortgesetzt und ausgeweitet. Der Chef des Fuhrunternehmerverbandes, León Vilarín, ein Mann, der sich engster Freundschaft mit Eduardo Frei rühmt, erklärt offen, daß "der Streik nur mit der Niederwerfung der Regierung enden wird". Und Edgardo Cruz Mena, Präsident der Ärztekammer, kündigte die Einstellung des Not- und Entbindungsdienstes mit den Worten an: "Natürlich werden Leute wegen Mangels an medizinischer Betreuung sterben; im Krieg muß man töten." Tausenden von prominenten Führern und Anhängern der Unidad Popular wurde in anonymen Briefen ein neues Djakarta angekündigt.

Die Linke antwortete auf alle diese Drohungen mit der größten Massenkundgebung der chilenischen Geschichte. Zum dritten Jahrestag der Präsidentenwahlen am 4.9. marschierten 800 000 Anhänger der Linken (nach neutralen Schätzungen) zum Präsidentenpalast, um Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. Präsident Allende erklärte, er werde zurücktreten, wenn "das Volk" dies von ihm fordere. Die Parole der Faschisten hatte gelautet, Allende blieben nur zwei Alternativen: zurücktreten oder Selbstmord zu verüben.

Die Erklärung Allendes wurde von der Rechten als Ankündigung eines Plebiszits fehlinterpretiert. Am 5. September organisierten die Frauen der Oberklasse einen neuen "Marsch der Kochtöpfe", erklärten sich zum "Volk", forderten aber nun nicht nur den Rücktritt Allendes, sondern direkt seinen Selbstmord. Gleichzeitig fand eine Frauendemonstration der Linken statt. Die Polizei hatte Mühe, beide Gruppen getrennt zu halten.

Die Differenzen innerhalb der Christdemokratischen Partei wurden derweil immer deutlicher. Während der vom Senatspräsidenten Eduardo Frei geführte Flügel der Regierung immer unannehmerere Bedingungen stellte und eine Berichtigung der Regierungspolitik forderte, die praktisch einer Forderung auf Kapitulation gleichkam, wurden auf der Linken der Partei andere Stimmen lauter. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Radomiro Tomić erklärte, daß Berichtigungen der politischen Linie nicht nur auf der Seite der Regierung, sondern auch bei der Opposition nötig seien, wenn man der Krise Herr werden wolle. Schon früher hatte der christdemokratische Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes CUT zur Wachsamkeit gegenüber einem Putsch aufgerufen. Und der Senator Renán de Fuentealba, bis vor kurzem Präsident der Partei, hatte Ende August angesichts der Möglichkeit eines Putsches erklärt: "Ich bin sicher, daß die Christdemokratie, sollte so etwas passieren, kategorisch gegen einen Staatsstreik und gegen die Regierung eintreten würde, die aus diesem Staatsstreik entstehen würde."

Allerdings kontrollierte der Sektor von Frei eine knappe Mehrheit des Parteivorstandes

Allerdings kontrollierte der Sektor von Frei eine knappe Mehrheit des Parteivorstandes und der Senatoren der Partei und eine große Mehrheit der Abgeordneten. In den letzten Tagen vor dem Putsch konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in der Marine. Nachdem der Oberbefehlshaber der Marine von seinem Ministeramt zurückgetreten war, blieb die Frage seines Rücktritts vom Oberbefehl zunächst offen, weil der nachrückende Admiral José Toribio Merino als Faschist bekannt war. Dennoch wurde dieser schließlich zum neuen Oberbefehlshaber ernannt. Der MIR konnte schnell eine ausführliche Dokumentation über die konkreten Putschvorbereitungen vorlegen, die die führende Rolle von Admiral Merino bewies. Am Sonnabend, den 8. September denunzierte auch Altamirano, der immer die Unausweichlichkeit einer direkten Konfrontation behauptet hatte, die konkreten Putschpläne der Rechten. Die gesamte Führung der Unidad Popular verurteilte einmütig die Folterungen in der Marine und die brutal durchgeführten Durchsuchungen der Fabriken nach Waffen.

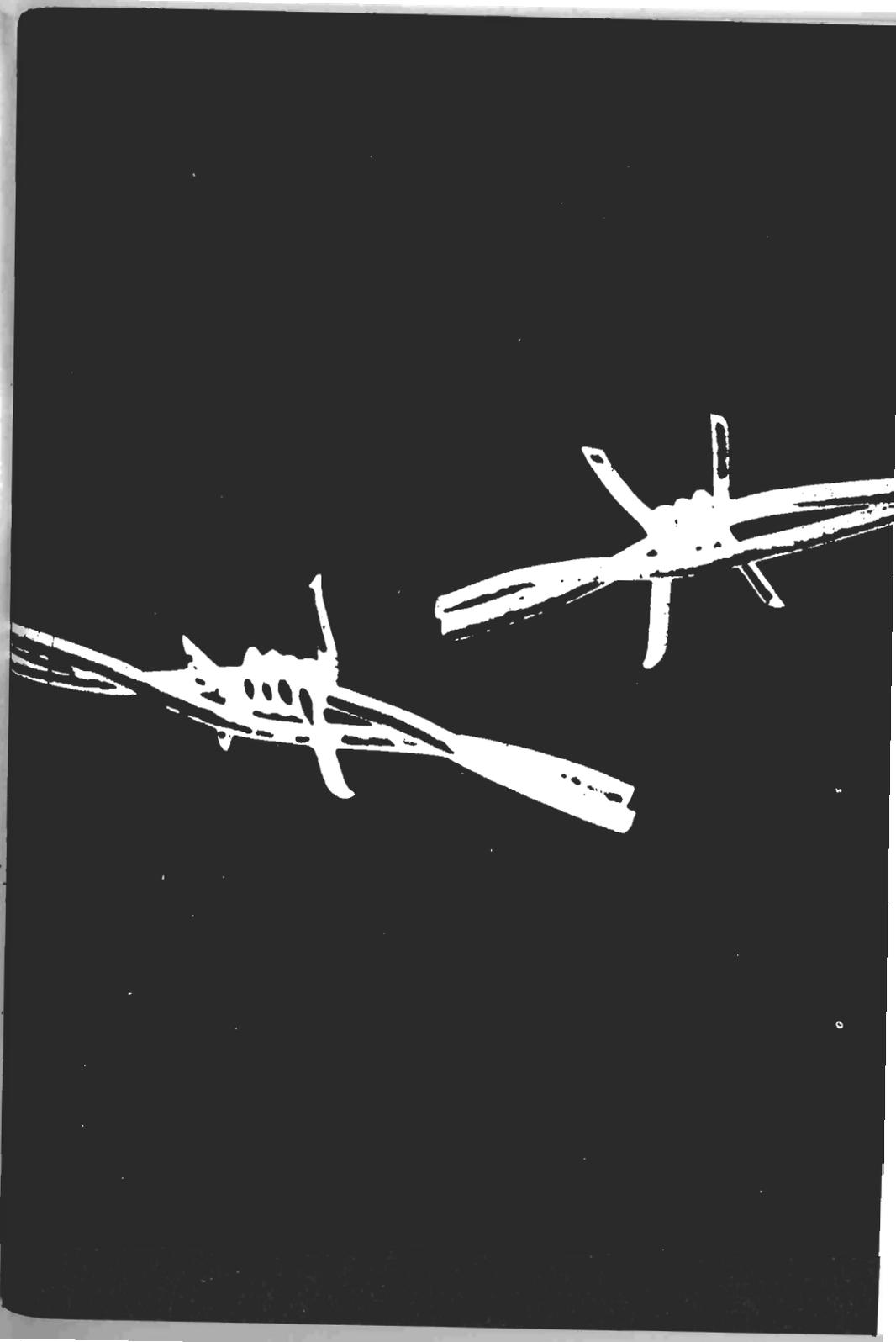
Am Montag (10. September) war es bereits ein offenes Geheimnis, daß ein Putschversuch nahe bevorstand. In einer Zusammenkunft mit den Oberbefehlshabern der drei Waffengattungen, in der Allende Beschwerden gegen die brutalen Durchsuchungen nach Waffen und Folterungen in der Marine vorbringen wollte, wurde er gezwungen, Zugeständnisse zu machen: ein von Linken besetzter Fernsehkanal sollte zurückgegeben werden. Allende wurde gezwungen, selbst die Eröffnung des Prozesses gegen Enriquez, Altamirano und Garretón zu beantragen, --- bei dessen korrekter Durchführung allerdings nur ihre Verfassungstreue bewiesen worden wäre. Die Arbeiter der sozialisierten Textilfabrik EX-SUMAR weigerten sich, eine Waffendurchsuchung ihrer Fabrik durch die Armee zuzulassen. Es kam zu Zusammenstößen. Die Kommunistische Partei rief jetzt zum Widerstand gegen einen bevorstehenden Putsch auf und klagte die Führung der Christdemokraten der Teilnahme an Putschvorbereitungen an. Tatsächlich galt der jetzige Junta-Chef Pinochet, dem jetzt Brasilienfreundliche Neigungen nachgesagt werden, bisher als Sympathisant der Christdemokraten.

#### Nach dem Putsch

Die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen haben, soviel steht fest, ihren wichtigsten Verbündeten, die Regierung der USA, rechtzeitig von ihren Plänen unterrichtet. Die ersten Schritte, die sie unternahmen, ließen noch eine schein-demokratische Lösung durch Rücktritt oder Selbstmord Allendes zu undverraten insofern Rücksicht auf Eduardo Frei und seine Anhänger, wenn nicht sogar dessen direkte Beteiligung an der Planung des Putsches. Aber die Konterrevolution hat ihre eigene Dynamik. Der unbeirrte Widerstand Allendes, seiner persönlichen Mitarbeiter und seiner Garde, sein Aufruf an die Arbeiter zur Besetzung der Fabriken und zum Widerstand machten es für die Putschisten zu einem Gebot der Stunde, auf jeden Schein von Verfassungstreue zu verzichten und ihr Heil im ungehemmten Terror zu suchen. Das erste Bedürfnis, das in dieser Lage entstand, war der Tod Allendes. Und der Widerstand der Arbeiter, so mußte es den Putschisten erscheinen, würde am ehesten gelähmt, wenn Allende als Selbstmörder, als Held einer kurzen Tragödie erscheinen würde. Ein verhafteter oder gar exilierter Allende wäre, im nationalen und internationalen Maßstab, eine ständige Bedrohung und lebendige Anklage gegen die Putschisten gewesen. So mußten Allende und alle denkbaren Zeugen ermordet werden.

Was sind auf kurze und auf lange Sicht die Aussichten der jetzt gebildeten Militärjunta?

Die ersten Kommentare der Weltpresse haben den Charakter von Nachrufen auf die Linke in Chile, von gutwilligem oder böswilligem Tenor. Sie nehmen den Erfolg des Putsches als gegeben an. Tatsächlich hat die Militärjunta zwei bedeutende Vorteile: sie hat schwere Waffen zur Verfügung (Panzer, Flugzeuge, Schiffe) und sie hat das Monopol der Massenmedien Rundfunk und Zeitung in der Hauptstadt Santiago und im ganzen Land.



Aber die Arbeiter wissen, daß sie von der Junta nichts zu erwarten haben, als Unterdrückung und Elend, selbst wenn ihnen das Gegenteil versprochen wird. Und viele Soldaten haben in den letzten Monaten gelernt, daß ihre Interessen nicht identisch sind mit denen der Generäle, sondern mit denen der Arbeiter. Letzte Meldungen besagen, daß General Prats, der ehemalige Oberkommandierende des Heeres, mit Soldaten und Arbeitern vom Süden her auf Santiago marschiert. In den südlichen Vorstädten der Hauptstadt mit ihren großen Industrien konzentriert sich der Widerstand; vor allem im Industriegürtel von Maipú-Cerrillos halten die Arbeiter die Fabriken besetzt. Nur brutalster Terror kann diesen Widerstand brechen. Daß die Junta dazu bereit ist, zeigt die Bombardierung und Zerstörung der Fabrik Ex-Sumar und die Ankündigung, auf alles zu schießen, was sich rührt. In den Kupferminen von "El Teniente", von der im Mai der Streik gegen die Regierung ausging, sprengen jetzt die Arbeiter wichtige Produktionslagen in die Luft, zum Zeichen des Widerstandes gegen die Junta.

Selbst wenn sich die Putschisten gegen den organisierten und systematischen Widerstand der Arbeiter, Studenten und Soldaten mit grausamem Terror durchsetzen können, bleiben die Aussichten grau. Die Militärs sind in Chili nicht auf das Geschäft der Regierung vorbereitet. Und die Zahl der kollaborationsbereiten Experten kann nicht groß sein in einem Land, in dem immer alles von den Parteien abgegangen hat und selbst die rechten Parteien das Risiko einer zukünftigen demokratischen Legitimation nicht ausschließen kann. Selbst wenn die Nationale Partei dieses Risiko auf sich nimmt, sie vertritt nicht mehr als 20% der Wähler. Die Rechte war sich in der Opposition einig, jetzt müssen die alten Rivalitäten wieder aufbrechen. Die Christdemokratie, die bisher kein Wort gegen die Junta verloren hat, hat doch ihre Mitglieder angewiesen, keine führenden Posten in der "neuen Regierung" zu übernehmen.

Scheint es fraglich, ob sich die Junta das nötige Personal für eine dauerhafte eigene Ausübung der Macht sichern kann, so ist es jedoch genauso fraglich, ob eine Übergabe der Macht an den machthungrigen Frei als die einzige Persönlichkeit, die die Rechte integrieren kann, möglich ist ohne wenigstens den Anschein der Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Zustände zu sichern. Die Gefahr, die damit drohen würde, ist ein Wettlauf nach links um die Gunst der etwa 45% Wähler der Unidad Popular. Gerade deshalb bleibt der Militärjunta jetzt nichts übrig als ein ständig sich verschärfender Terror. Und mit diesem Terror wächst der Haß der Arbeiterklasse auf die Mörder ihrer Führer: Salvador Allende, der Präsident, Carlos Altamirano, der Generalsekretär der größten Arbeiterpartei, Mario Palestro, als wortgewaltiger Abgeordneter die Inkarnation des Volkes.

Die Junta mag kurzfristig mit "brüderlicher" und "humanitärer" Hilfe der USA und anderer Staaten die dringlichsten Versorgungsprobleme lösen. Sie mag auch die nötigen Kredite bekommen und das Land so weiter verschulden. Aber um die Produktion zu sichern, braucht sie die Arbeiter. Und die Arbeiter wissen, was sie erwartet: um das nötige Investitionsklima zu schaffen, werden die Preise unaufhaltsam weiter steigen, die Löhne dagegen werden bald stagnieren, die Reallöhne in beispielloser Weise fallen. Von den Rechten, die sich die Arbeiter als erste Schritte auf dem Weg zum Sozialismus erkämpft haben, wird nichts bleiben. Das sind die Aussichten, wenn die Junta sich behaupten kann. Aber kann sie sich behaupten?

Wir wissen in jedem Fall:

Der Kampf geht weiter!

Und wir fordern:

Solidarität für den Sieg

der chilenischen Arbeiterklasse!!!

## Hoffen auf Henry

### Reagans Mittelamerika-Kommission

Mitte Juli hat US-Präsident Reagan die Einberufung einer überparteilichen Mittelamerika-Kommission bekanntgegeben, "um die Politiker der USA in der Region auf die Grundlage von 'Freiheit und Unabhängigkeit der Länder Zentralamerikas' zu stellen" (Frankfurter Rundschau, 11.8.83). Den Vorsitz der Kommission übertrug Reagan Henry Kissinger - einst Sicherheitsberater und Außenminister Nixons; Friedens-Nobelpreisträger! Kissinger gilt als Hauptverantwortlicher für die "Destabilisierungspolitik" der USA gegenüber Chile in der Regierungszeit Allendes, auch wenn sich seine Bemühungen nicht alle mit der gleichen Eindeutigkeit "beweisen" lassen wie die der ITT. Schließlich mag Kissinger aus dem Skandal um die vertraulichen ITT-Dokumente gelernt haben. Die Veröffentlichung der Dokumente im Jahre 1972 machte weitöffentlich, wie ITT & CIA versuchten, Putschisten anzuheuern, um Allendes Präsidentschaft zu verhindern. Gegen die Bemühungen der ITT hatte Kissinger lediglich einzuwenden, daß sie zu wenig professionell waren. Was von Kissinger an Vorschlägen für die Mittelamerika-Politik der USA zu erwarten ist, läßt sich aus seinen Äußerungen zu C H I L E mit wünschenswerter Deutlichkeit ablesen.

*Am 4. September hatte der Sozialist Allende die Präsidentschaftswahlen mit relativer Mehrheit gewonnen, seine Präsidentschaft mußte aber noch vom chilenischen Kongreß bestätigt werden. Wie reagierte Washington?*

Es bestand zwar noch die Hoffnung, daß der chilenische Kongreß seine Unabhängigkeit bewahren und nicht einen Kandidaten zum Präsidenten wählen würde, hinter dem nur eine Minorität stand und der ein radikales, mit Sicherheit antidemokratisches Programm vertrat, während es im Lande eine überwältigende gemäßigte Mehrheit gab; wir wußten jedoch, daß dies unwahrscheinlich war. Ohne von der Möglichkeit einer solchen Lösung wirklich überzeugt zu sein, beschlossen wir, Botschafter Korry zu beauftragen, ganz kühl festzustellen, ob ein militärischer Staatsstreich wahrscheinlich und durchführbar sei und was für oder gegen die Unterstützung "einer wirksamen künftigen chilenischen Opposition gegen Allende" spräche.

*Wie beurteilen Sie nachträglich die Anstrengungen der USA, die Präsidentschaft Allendes zu verhindern?*

Ich glaube, daß wir mit unserer Beurteilung der Gefahren recht hatten, die eine Präsidentschaft Allendes für die Interessen der Vereinigten Staaten und der westlichen Hemisphäre bedeutet hätte... Ich kann der Argumentation nicht folgen, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Grauzone zwischen Diplomatie und militärischer Intervention tätig werden dürfen, in einer Schattenwelt, in der unsere Gegner sich einer politischen Partei, einer viel umfangreicheren Auslandshilfe und zahlloser Tarnorganisationen bedienen, hinter denen sie sich verstecken. Unsere Bemühungen waren amateurhaft, wurden in Panik improvisiert und in Verwirrung ausgeführt. Die "geheimen Operationen" kamen niemals an die Oberfläche; im Gegensatz zu 1964 taten wir zu wenig und handelten zu spät. Allende wurde in sein Amt eingeführt.

Warum reagierte die US-Regierung so besorgt auf eine Präsidentschaft Allendes? Er war nicht nur ein wirtschaftlicher Störfaktor oder ein scharfer Kritiker unserer Politik, sondern eine geopolitische Herausforderung. Chile hatte gemeinsame Grenzen mit Peru, Argentinien und Bolivien, die alle mit radikalen Bewegungen zu kämpfen hatten. Als kontinentales Land hatte ein militantes Chile eine viel bessere Möglichkeit als Kuba, die Stabilität anderer Nationen zu erschüttern und radikale Umsturzversuche zu unterstützen - und Kuba hatte schon genug Schaden angerichtet.



"Keine Insel in der Karibik, sondern ein kontinentales Land: eine geopolitische Herausforderung."

Wie standen Sie zu den Bemühungen der ITT, Allendes Präsidentschaft durch einen Putsch mit Hilfe der CIA zu verhindern?

Sie hatten uns die finanzielle Unterstützung ihres Unternehmens bei unseren Bemühungen, die Übernahme des Präsidentenamtes durch Allende zu verhindern, versprochen. Ich wies sie höflich ab, weil ich es nicht für richtig hielt, daß sich private Unternehmen an solchen Vorhaben beteiligten.

Sie bestreiten eine Beteiligung der USA an dem Putsch 1973 - wie aber reagierten Sie auf Allendes Sturz? Welche Haltung nahm die US-Regierung gegenüber der Militärjunta ein?

Die erste Reaktion aller Mitglieder der Washington Special Actions Group auf Allendes Sturz war zweifellos Erleichterung. Einerseits waren wir überzeugt, daß uns die Entwicklung in Chile geopolitisch nützte, glaubten aber andererseits, daß wir mit der Mehrheit im Kongreß, die konservative Regierungen stets mit großem Mißtrauen betrachtete, Schwierigkeiten bekommen könnten, wenn wir zu enge Beziehungen mit der Junta suchten. Deshalb hielten wir in der Öffentlichkeit eine gewisse Distanz zur Militärregierung, gingen aber inoffiziell auf eine Reihe ihrer Forderungen ein... Damit wurde Chile zum Gegenstand einer innerpolitischen Debatte, die über dieses Thema weit hinausging. Hier wirkten sich sowohl Vietnam als auch Watergate aus. Die Nixon-Regierung war sich im Gegensatz dazu, was unsere Kritiker behaupteten, sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die chilenische Junta mit groben und gelegentlich auch brutalen Mitteln arbeitete. Auf's Ganze gesehen hielten wir aber den Regierungswechsel in Chile für eine gute Sache - sogar im Hinblick auf die Menschenrechte.

Kissinger's Antworten auf unsere Fragen fanden wir in den Chile-Kapiteln seiner Memoiren.

## GUATEMALA

### Militärdiktatur und kein Ende

Seit Monaten nahm die Unzufriedenheit und Kritik auf Seiten der politischen Rechten zu. Ständig kursierten Putschgerüchte, ein Versuch am 27. 6. 83 scheiterte, der Ausnahmezustand wurde erneut auf unbestimmte Zeit verhängt. Wiedereinmal waren die Rechte auf Freizügigkeit, Versammlungs- und Pressefreiheit und das Recht auf Unverletzbarkeit der Wohnung suspendiert. Diesmal wurde allerdings die Verhängung des 'estado de alarma' nicht mit dem 'Kampf gegen die Subversion' gerechtfertigt, sondern dem Diktator Rios Montt ging es um's Überleben. Es half ihm nichts. Am 8.8 zwang ihn der Putsch seines Verteidigungsministers, General Oscar Mejia Victores, zum Rücktritt. Das Gefecht vor dem Regierungspalast dauerte nur eine halbe Stunde. Es forderte den Tod von drei Zivilisten und fünf Mitgliedern der Palastwache. 25 weitere Palastwächter wurden verletzt.

### Rios Montt immer mehr im Abseits

Während der letzten drei Monate vor dem Putsch isolierte sich die Regierung Rios Montt immer stärker. Begrüßten noch sämtliche rechte Parteien und Unternehmerorganisationen den Staatsstreich vom März 82, mit dessen Hilfe Rios Montt selbst an die Macht gelangte, so gab es im Sommer 83 keine Fraktion der Bourgeoisie mehr, auf die er sich berufen konnte. Die Kritik konzentrierte sich dabei im Wesentlichen auf zwei Punkte: (.) auf die Steuer-"Reform", d.h. vor allem auf die Einführung der Mehrwertsteuer (IVA) ab 1.8. 83 und 2.) auf die Frage des endgültigen Wahltermins, der Rückkehr zur Konstitutionalität und damit verbundenen Wiederbeteiligung der Parteien an der Macht. (D.h. der rechten Parteien, denn "links von den Christdemokraten gibt es in Guatemala nur noch Gräber")

Für die Oligarchie, d.h. die Agroindustriellen, Großgrundbesitzer und Unternehmer war die "Subversion" zwischenzeitlich zum untergeordneten Problem geworden, denn mit Einführung der IVA ging es um ihr Geld. Die vom Internationalen Währungsfond verordnete Mehrwertsteuer sieht vor, daß alle Geschäftsleute endlich Steuern bezahlen. Für Luxusartikel soll ein besonderer Importzuschlag erhoben werden. Devisenknappheit und staatliche Devisenkontrolle haben den Import sowieso schon auf ein Minimum heruntergedrückt. Demagogisch verkündete die Regierung, die IVA treffe nur die Wohlhabenden und käme den Mittellosen zugute. Tatsächlich aber stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel - schon vor Einführung der IVA.

So fanden wegen der allgemeinen Unzufriedenheit die Forderungen der rechten Parteien nach raschen Neuwahlen überall Zustimmung. Selbst in der Armee begann es zu rumoren. Aber Rios Montt wollte sich nicht festlegen. Und als der dienstälteste General Echeverría Vielman einen entsprechenden offenen Brief an der Präsidenten veröffentlichte, wurde der hohe Militär prompt aus dem Dienst entlassen. Damit verscherzte sich Rios Montt seine einzig verbliebene Basis. Dies war der Auftakt zum Ende: Am 26. Juni verweigerten 17 Offiziere, Kommandanten in den 'Konfliktgebieten' des Hochlandes, ihrem Obersten Befehlshaber Rios Montt den Gehorsam und forderten rasche Neuwahlen. Kurze Zeit sah es so aus, als gäbe Rios Montt auf. Aber dann entschloß er sich, weiter an der Macht festzuhalten. 20 Offiziere und

Mitarbeiter aus verschiedenen Ministerien wurden entlassen, das Kabinett umgebildet. Einzelnen Forderungen der Öffentlichkeit gab der Präsident nach, denn er hoffte, so die Wellen nochmals glätten zu können. Umsonst. Er hatte - wie der Staatsstreich vom 8.8. zeigte - keinen entscheidenden Rückhalt mehr bei den Streitkräften.

### Katholiken gegen Rios Montt

Die freundlichen Worte, die der Bischof Ramiro Pellecer sofort für den neuen Präsidenten fand, machen deutlich, wie sehr von dieser Seite schon lange ein Wechsel im höchsten Amt des Staates gewünscht wurde. Der erzkonservative hohe katholische Klerus hatte naturgemäß von Anbeginn an ein gespanntes Verhältnis zu dem evangelikalischen Sektenprediger Rios Montt.

Die katholische Mehrheit des Landes zeigte sich auch zunehmend irritiert von dem ideologischen Kampfesifer des Diktators, der sich selbst als einen Gesandten Gottes betrachtete und dessen moralisierenden Ansprachen wöchentlich über den Fernsehschirm flimmerten.

Die unverhohlene Bevorzugung seiner fundamentalistischen Glaubensbrüder erboste die Katholiken unter den Bürokraten und auch die Bischöfe kritisierten den großen Einfluß der Mitglieder der 'Kirche des Worte' in der staatlichen Administration.

Als Rios Montt sich offen hinwegsetzte über die Fürbitte der Bischöfe und des Papstes für sechs junge Männer, die vom Sondergericht zum Tode verurteilt worden waren, schlug die Empörung hohe Wellen. Die konservative Kirchenführung rückte in den folgenden Monaten immer näher an die rechten Parteien heran, immer unverblümter wurde ihre Kritik.



USA: Drahtzieher des Putsches

Ausschlaggebend aber für den Sturz war - darüber sind sich alle einig - die wachsende Unzufriedenheit der Reagan-Administration mit ihrem Bündnispartner. Der eigensinnige Präsident schlug bisweilen kritische Töne an, wenn es um die Vorbereitung der Kanonenbootpolitik im mittelamerikanischen Raum ging; er unterstützte die Friedensbemühungen der Condadora-Gruppe und er verweigerte sogar den US-Militärs eine Militärbasis auf guatemaltekischem Boden einzurichten.

Zwar nahmen guatemaltekische Soldaten weiterhin teil an gemeinsamen Trainingscamps in Honduras, die von us-amerikanischen Ausbildern geleitet wurden, hohe Militärs wurden weiterhin in Panamás Kanalzone ausgebildet und der Diktator setzte sich ein für die Wiederbelebung des mittelamerikanischen Militärbündnisses, aber er war für die Militärstrategen des Pentagon in der jetzt so angespannten Lage ein zu unsicherer Kandidat geworden. Er war einer, der mit seinen Eigenmächtigkeiten (Contadora-Engagement) und nationalistischen Floskeln nicht in die von Reagan verfolgte Mittelamerika-Politik paßte. Die USA wollten einen Präsidenten, der ihre Interventionspolitik aktiv unterstützte.

Nach dem Putsch erklärte César Toledo, Mitglied des guatemaltekischen Staatsrates, daß es die Weigerung Rios Montts gewesen sei, an militärischen Aktionen von Honduras aus gegen Nicaragua teilzunehmen, sowie eigene Truppen zu den US-Basen in Honduras abzukommandieren, die den Ausschlag gegeben hätte. - Gerüchte besagten, die USA-Regierung hätte bereits 10 Tage vor dem Putsch Kenntnis davon gehabt.

Der Presse gegenüber bestritt der neue Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit, Coronel Pablo Nuila, eine Komplizenschaft der USA. Auch der State-Department-Sprecher John Hughes negierte jede Verantwortung des Pentagon. Nicht dementiert wurde hingegen später die Pressemeldung, wonach der stellvertretende Militärattaché der US-Botschaft, William



Mercado sich im guatemaltekischen Regierungspalast aufgehalten haben soll, während Rios Montt seine Rücktrittserklärung unterzeichnete. Ebenso mußte wenige Tage später das Weiße Haus bestätigen, daß es zwei Tage vor dem Putsch zu einem Treffen zwischen General Mejia, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Honduras und dem Verteidigungsminister von El Salvador auf dem us-amerikanischen Flugzeugträger 'Ranger' gekommen war. Mit von der Partie war der Vize-Chef des Kommando-Süd der US-Armee in Panamá, General Fred Woerner. Wohl kaum alles Zufälle.

Wie eng die Freundschaft des neuen Präsidenten zu den USA-Repräsentanten ist, zeigt auch, daß Mejia schon einen Tag nach dem Putsch dem US-Botschafter Chapin die Aufwartung machte. Man habe das Regierungsprogramm diskutiert, sagte Chapin später vor Journalisten. Insbesondere habe man über den Wunsch Mejias gesprochen, einen engeren Dialog mit den Vertretern der US-Regierung zu führen.

### Wer ist der neue Mann?

In Militärkreisen wird er geschätzt als "harter Konservativer". Er ist Katholik, 52 Jahre alt. Während der Regierung Rios Montt bekleidete er zunächst das Amt des Vize-, dann des Verteidigungsministers. Er ist bekannt für seine ultrarechten Positionen und seine lichtvollen "arroganten" (Long) Äußerungen: So qualifizierte er eine Delegation des us-amerikanischen Kongresses als "Repräsentanten der EGP" (Guerrillaarmee der Armen). Der Vorsitzende des Unterausschusses für Auslandshilfe im us-amerikanischen Repräsentantenhaus, der demokratische Abgeordnete Clarence Long, berichtete von einem Zusammentreffen mit Mejia vor einigen Monaten. Hierbei seien ihm die abschätzigen Bemerkungen Mejias zu den Bedenken in den USA hinsichtlich der Lage der Menschenrechte und der indianischen Bevölkerung derart unangenehm aufgefallen, daß er, Long, gegen eine Gewährung der Militär- und Wirtschaftshilfe stimmen werde.



Oscar Mejía Victores ist seit 35 Jahren Berufssoldat. Er ist Fallschirmspringer und er verfügt über breite Sympathie im Offizierskorps. 1955 erhielt er eine spezial-counter-insurgency-Ausbildung bei den US-Truppen in der Kanalzone von Panamá. In den 60er Jahren erhielt er eine weitere Ausbildung an der Militärakademie von Mexiko.

Er ist ein alter Mitstreiter des von Rios Montt gestürzten Diktators Lucas García, dessen Stellvertretender Verteidigungsminister er war. Auch sagt man ihm gute Kontakte zu rechtsradikalen Partei MLN nach. Wie es heißt, steht er deren Vorsitzenden Mario Sandoval Alarcón nahe. (Und dieser wiederum ist bekannt wegen seiner engen Verbindungen zu den paramilitärischen Todesschwadronen).

In seiner ersten Radioansprache nach der Machtübernahme, versprach Mejia, mit aller Härte durchzugreifen, um die "leninistisch-kommunistische Subversion, die die Freiheit und Souveränität des Landes bedrohe", endgültig und ein für allemal zu eliminieren.

Als Verteidigungsminister war er bereits mitverantwortlich für die anti-guerrilla-Kampagne von Rios Montt, in deren Folge über 15000 indianische Zivilisten getötet und Hunderttausende ins Exil getrieben wurden. Er ist ein Verfechter der harten Linie im Kampf gegen die demokratische Opposition des Landes und entsprechend ist von ihm in der Menschenrechtspolitik auch keinerlei Veränderung zu erhoffen. Die guten Kontakte zur MLN bürgen dafür.

### Angekündigte Maßnahmen

In seinem Regierungsprogramm und nachfolgenden Erklärungen, zeigte Mejia bereits, wo's lang geht:

1. Die Großgrundbesitzer haben nichts zu befürchten: es wird keinerlei Agrarreform geben.
2. Das Steuersystem auf dem Land soll modifiziert werden.
3. Die Mehrwertsteuer und Luxussteuer (IVA) wird verringert.
4. Die liberalistische Wirtschaftspolitik soll weiter ausgebaut werden. Die von Rios Montt berufenen Minister für Ökonomie, für Finanzen und für Landwirtschaft, alles Mitglieder oder direkte Vertreter der Unternehmerverbände bzw. der Großgrundbesitzer, verbleiben weiter in ihren Ämtern.

Damit erfüllt er die Forderungen der Agroexportbourgeoisie, des stärksten Sektors der herrschenden Klasse.

5. Der Wahltermin für die konstituierende Versammlung soll vorgezogen werden.

Ein Eingehen auf die allseitigen Forderungen der rechten Parteien und des hohen Klerus sowie der Streitkräfte.

6. Am 12. August kündigte er eine drei-monatige Amnestie an für politische Gefangene - ebenso wie es Rios Montt bei Amtsantritt getan hatte. Eine bekannte Farce, da offiziell nie jemand wegen politischer Delikte im Gefängnis ist.
7. Die national und international heftig kritisierten "Sondergerichte" sollen zum 1. September aufgehoben werden. (Wie gemeldet wird, arbeiten sie deshalb auf Hochtouren, um noch so viel "Fälle" wie möglich zu erledigen.)
8. Der Ausnahmezustand soll so schnell als möglich aufgehoben werden.

## Forderungen der Parteien, Kritik von Jungen Offizieren

In den Tagen nach dem Putsch gab es einige innenpolitische Anzeichen, daß doch nicht alles so glatt über die Bühne geht, wie es zunächst den Anschein hatte.

Eine Gruppe 'Junger Offiziere' gab am 9.8. eine Radioerklärung ab, in der es hieß: "Wir akzeptieren den Regierungschef nicht, der uns aufgezwungen wurde. Er ist verantwortlich für Massaker." Mit dieser Stellungnahme bisher unbekannter junger Offiziere wird zum ersten Mal von Seiten aktiver Militärs kritisch Stellung bezogen zu den Massenmorden an der indianischen Bevölkerung. Offensichtlich beginnt sich also innerhalb der Streitkräfte eine neue Entwicklung zaghafte anzubahnen. Ohne diese z.Z. zu überbewerten, gilt es, eine solche Entwicklung im Auge zu behalten. Auch bei dem Sturz des blutigen Diktators Ubico 1944 sowie der Wegbereitung zur Demokratie (die schon 10 Jahre später ebenfalls durch Militär unter Anleitung des CIA beendet wurde) waren junge Offiziere beteiligt.

Auch von Seiten der Parteien wurden Ansprüche laut: MLN-Führer Sandoval Alarcón forderte die schnelle Einsetzung einer Übergangsregierung unter Beteiligung von Zivilisten. Bei der Vorbereitung der Wahlen sollten so die Parteien bereits mit einbezogen sein. Die gut organisierten Rechten versprechen sich viel von den Wahlen. Sie wollen endlich auch mal ohne Hindernisse über die Fleischtöpfe im Lande verfügen.

Mejia wird - will er im Amte bleiben - geschickter taktieren müssen als sein gestürzter Vorgänger. Erste Kostproben gab er bereits: Am 15.8. revidierte er seine Zusage hinsichtlich der Vorverlegung des Wahltermins für die konstituierende Versammlung. Es bleibt beim alten Termin. Offensichtlich spielt er auf Zeitgewinn. Ebenso unverhofft ist seine Ankündigung, nun doch am Treffen der Contadora-Gruppe mit den Repräsentanten der mittelamerikanischen Staaten teilnehmen zu wollen. Von Diplomaten sowie der Presse wird dies als geschickter Propagandaschritt gewertet. Schließlich hätte es ein schlechtes Bild abgegeben, wenn sich Guatemala als einziger Staat Mittelamerikas explizit von den Friedensbemühungen ausgeschlossen hätte.

## Für die Opposition hat sich nicht verändert

Die linke Opposition im Exil ist sich einig in der Einschätzung, es werde sich mit General Mejia nichts grundsätzlich ändern. In ihrer ersten Stellungnahme nach dem Putsch erklärte die Vereinigung der militärischen Widerstandsorganisationen URNG, daß von der neuen Regierung eine noch aggressivere Politik zu erwarten sei als die von Rios Montt verfolgte. Mejia sei fest eingebunden in die interventionistischen Pläne der USA in Mittelamerika, namentlich gegen Nicaragua. Die URNG machte Mejia und das militärische Oberkommando mitverantwortlich für Genozid und Menschenrechtsverletzungen im Lande. Auch die Opposition unterstreicht die Rolle der USA bei dem Putsch: Mit der gleichen Dreistigkeit, mit der die Reagan-Administration alles getan habe, um Rios Montt zu unterstützen und vor der Welt seine Verantwortung für das Massenmorden herunterzuspielen, unterstütze sie jetzt General Mejia.

Die vier militärischen Widerstandsorganisationen scheinen sich von den Rückschlägen, die ihnen Rios Montts neue anti-guerilla-Strategie zugefügt hatte, erholt zu haben. Auch ideologische und taktische Uneinigkeiten untereinander scheinen überwunden. Darauf deuten nicht nur ihre eigenen Verlautbarungen hin, sondern auch die gemeinsamen Operationen, wie sie beispielsweise von der ORPA und den FAR in Chimaltenango durchgeführt werden. Zudem wird von verstärkten und erfolgreichen Schlägen gegen Militäreinrichtungen berichtet.

Quellen: uno mas uno; Le monde diplomatique; Le Monde; Financial Times; El País; The Guardian; NZZ; TAZ; FAZ; IDES in der Zeit vom 8.8. bis 18. 8. 1983



## Ein Jahr danach

Im Oktober alarmierte eine Nachricht die Welt. Über 5.000 Flüchtlinge hatten sich in Choatalum (Kreis San Martin Jilotepeque) geschlossen dem guatemaltekischen Heer übergeben. Aufgrund der internationalen Öffentlichkeit passierte den Indigenas aus Choatalum nichts, im Gegenteil, die Regierung Rios Montt spielte den Wohltäter, schickte Hilfsmittel, um die mittlerweile auf über 8.500 angewachsene Gruppe zu versorgen, auch Ärzte und Nahrung wurden gestellt, um den vor der "Subversion geflohenen" zu helfen. - Diese Hilfe allerdings hielt nicht lange vor. Was danach geschah und wie es ihnen heute geht, ist kaum bekannt. In einem knappen Reiseeindruck und Interviews mit Betroffenen wird versucht, Genaueres darüber herauszufinden, wie die Situation damals war und was aus den Menschen heute geworden ist.

### Choatalum heute: ein Wehrdorf

Einer der wenigen Reisenden, der kürzlich in diese Gegend gelangte, beschreibt, wie es heute aussieht, da, wo früher Choatalum war: Schon der Weg ist schwer zu finden. An einer Weggabelung nördlich außerhalb des Dorfes San Martin Jilotepeque mußten die Reisenden mehrfach nachfragen bei den indianischen Bauern, die vom Markt kamen. "Ja, da rechts entlang", weist man den Fremden die Richtung. Auf dem linken Weg, da kommen und gehen viele Bauern, denn es ist Markttag. Aber rechts: niemand. Auf der Fahrt auf dem miserablen, kaum passierbaren Feldweg begegnen ihnen ganze fünf Leute. "Wir sehen kein Haus, auch nicht an den Berghängen. Ein sehr ungewöhnliches Bild für diese dichtbesiedelte Gegend des Hochlandes.

Dann sind wir da. An einer Kurve ein Schild: Willkommen im Neuen Choatalum: Kurz darauf ein Schlagbaum. Ein freundlicher, aber bewaffneter Zivilpatrullero kommt ans Auto: "Schönen guten Tag, auch, wie geht's denn?" Er notiert sich Namen und Autonummer, möchte wissen, ob wir ins Militärlager wollen. Nein, nein, also dahin bestimmt nicht, wir seien nur Touristen und wollten mal gucken. "Kann man denn den Ort besuchen?" - "Klar, jetzt ist alles ruhig. Wir haben die Gegend wieder voll im Griff. Letztes Jahr haben sich hier alle Guerilleros übergeben - um die 7.000 - und sind nun auf Seiten des Heeres." Warum heißt es denn jetzt "Neues Choatalum", fragen wir vorsichtig. Nun, vorher wohnten die Leute weit verstreut hier in der ganzen Gegend. Jetzt hat man sie alle an diesem Ort konzentriert. So habe man bessere Kontrolle über das Gebiet.

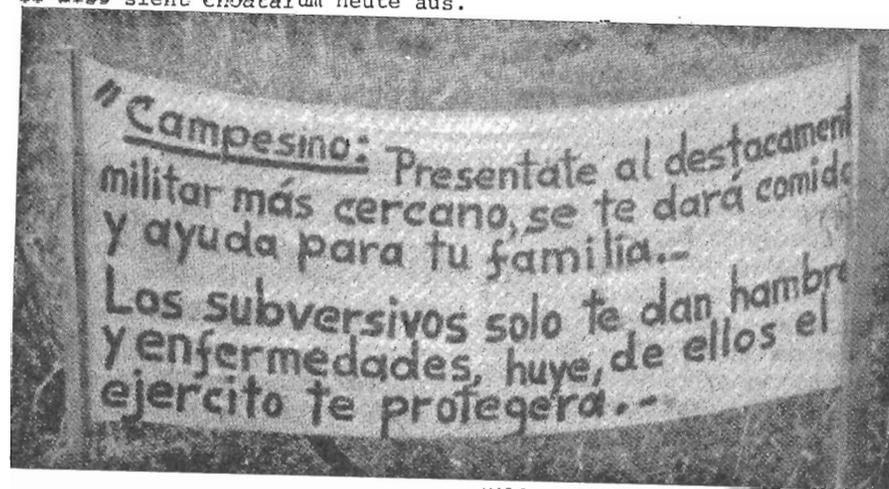
Ein Junge von vielleicht 12 Jahren, lässig die M 10 über der Schulter, läßt den Schlagbaum hoch. Wir fahren ein. Alle Hütten haben neues Wellblech als Dach. Die Holz- oder Bambuswände sind teils auf verkohlten Fundamenten wiederaufgebaut. Bei der Kirche lassen wir das Auto stehen. Weiter kommt man nur mit einem guten Jeep. Hier hört die "Straße" auf. Wir gehen in die Kirche, was

soll man auch anderes tun. Vom Platz vor der Kirche übersieht man das ganze Dorf. Die Häuser liegen eng beieinander, in der Talkuhle gibt es drei grössere Fertiggbauten - wohl die Schule. Aber wir sehen bis auf drei junge Mädchen keine Leute, ein gespenstisches Bild.

Links oben bewegt sich etwas. Die blau-weiße Fahne Guatemalas weht über dem Militärlager. Gut geschützt, auf einem Hügel, haben sie das Dorf und das ganze Tal im Blickfeld. Den Wachposten nach ist das Lager groß. Wir trauen uns nicht näher ran.

Uns geht die trostlose Stimmung ans Herz. Das ist also die Befriedung Guatemalas a la Rios Montt, bzw. Reagan. Leblose Dörfer, zusammengepferchte Bevölkerung unter Bewachung der Zivilpatrouillen und des Heers. Schnell machen wir uns wieder auf den Weg. Der Schlagbaum geht hinter uns runter. Wir atmen etwas auf und lassen Choatalum, eines dieser strategischen Musterdörfer, hinter uns zurück."

So also sieht Choatalum heute aus.



Campesino: Geh zum nächsten Militärposten, man wird Dir und Deiner Familie Essen und

Hilfe zukommen lassen. Von den Subversiven bekommst Du nur Hunger und Krankheiten. Flieh! Die Armee wird Dich beschützen.

### Einst: Eine militante Dorfgemeinschaft

Ein kurzer Rückblick hilft das Heute besser zu verstehen. Im Kreis San Martin Jilotepeque wurde vor rund 7 Jahren die FAR und später auch die EGP aktiv. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand damals die Agitation, Propagandaaktionen für den bewaffneten Widerstand und die Unterstützung der Bewohner in ihren Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Wie überall im Hochland Guatemalas, hatten sie recht bald eine breite Unterstützung unter den Indigenas. Viele lokale Gruppen entstanden z.T. organisierten sich ganze Dorfgemeinschaften. 1979 wurde das "Comité de Liga de Campesinos" gegründet als ein Teil der "Frente Campesino", die zusammen mit der "Frente Obrero" den Gewerkschaftsverband "Central Nacional de Trabajadores" (CNT) bildet. Kooperativ-Läden wurden eingerichtet und kleine Maismühlen, um den Frauen die Arbeit zu erleichtern. In San Martin Jilotepeque gibt es keinen Großgrundbesitzer, die Mehrheit der Bevölkerung sind Subsistenzbauern.

Als 1980 die ersten bewaffneten Aktionen der Guerilla begannen, war die halblegale Arbeit der lokalen Gruppen und des "Comité de Liga de Campesinos" nicht mehr möglich. Die Aktivisten mußten in den Untergrund gehen. Doch wie arbeitet man illegal in einem Dorf, wo jeder jeden kennt? Als die Repression unter Lucas García zunahm, besonders in den Dörfern, wo es offensichtlich war, daß sie die Guerilla unterstützten, blieben den Indigenas nur 2 Möglichkeiten: sich zur Wehr zu setzen oder sich zurückzuziehen, wenn das Militär kam. Die Guerillaorganisationen, also FAR und EGP, hatten zwar viel Sympathie und viel Zulauf, doch sie konnten die Dörfer nicht schützen. Es fehlte vor allem an Waffen und an politisch-militärischen Kadern. Während sich das Heer systematisch Dorf für Dorf vornahm und nach dem Prinzip der verbrannten Erde, suchten sie Schutz bei den revolutionären Organisationen. Doch welche Aufgabe für eine Guerilla, so viele Menschen mit Nahrung, Kleidung, Medizin zu versorgen und dazu noch diese und sich selbst militärisch zu schützen in einem Gebiet, das noch keine befreite Zone war. In Gruppen zu 200-300 Leuten aufgeteilt, auf der Flucht vor den Soldaten, tat die Guerilla ihr Möglichstes, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

In dieser Zeit entstand aus den Strukturen des "Comité de Liga de Campesinos" das "Comité para la Defensa del Altiplano". Es ver-

suchte, die Flüchtlinge in den Bergen mit dem Notwendigsten zu unterstützen. Geld wurde besorgt, eingekauft und der Transport organisiert. Trotz dieser und internationaler Hilfe war der Unterhalt so vieler Menschen auf Dauer nicht zu garantieren. Unterernährung, Krankheit und Tote, vor allem unter den Kindern, gehörten zum täglichen Bild. So entschloß man sich zu dem schweren Schritt der Übergabe in Massen. Die Organisationen im Ausland taten ihr Bestes, damit die Geschehnisse in Choatalum bekannt wurden. Dies bot den Flüchtlingen gewissen Schutz vor Übergriffen des Militärs. Man berichtet von "nur" 15 Personen, die aus dem Lager in Choatalum verschwunden sind. Natürlich gab es Verhöre über Lager, Schlupfwinkel und Kontakte der Guerilla. Offensichtlich aber bekamen die Offiziere keine brauchbaren Informationen, denn es gab danach keine "großen Schläge" des Heeres.

### Was tun mit hungrigen Indianern?

Was der Regierung Kopfzerbrechen bereitete war die Frage: Was nun? Der Unterhalt von 8.500 Menschen kostet viel Geld. Also wurden die Indigenas nach wenigen Wochen in ihre Heimatdörfer zurückgebracht. Als erstes organisierte das Heer dort die Zivil-Patrouillen unter Aufsicht von "comisionados militares", Spitzel, Überläufer und Leute., die schon immer auf der Seite der Regierung standen. In der ersten Zeit kamen noch Hilfsgüter in die Dörfer, doch dann wurde es immer weniger. Als die Bewohner die versprochene Hilfe reklamierten, wurden sie abgewiesen: "Wenn ihr monatelang in den Bergen mit der Guerilla hungern könnt, dann könnt ihr das jetzt auch". Es fehlt vor allem an Saatgut und Düngemittel, um zumindest für die Zukunft das Überleben zu sichern. Selbst der Repräsentant der Cakchiquel-Indigenas im Staatsrat klagte, daß die Erde in Chimaltenango und hauptsächlich im Kreis San Martín Jilotepeque derart ausgelaugt sei, daß ohne Düngemittel nichts mehr produziert werden kann. Dafür braucht man aber Geld. Für Baumwoll-Pflanzer ist es leichter Kredite von der Regierung zu erhalten, als für Campesinos, die Nahrungsmittel produzieren wollen.

So hat sich heute für die Menschen die Situation derart zugespitzt, daß sie sich kaum noch von der Zeit in den Bergen unterscheidet.

Für eine Familie gibt es höchstens 0,5 kg Mais pro Tag. Das bedeutet 2 Tortillas für jeden Erwachsenen (der absolute Mindestbedarf für eine Familie liegt zwischen 1,5 und 2,5 kg pro Tag). Die Möglichkeit, Arbeit zu finden, ist in diesem Gebiet ausgeschlossen.

Die Indigenas in diesen Dörfern wieder zu reorganisieren, ist für die Guerilla im Moment so gut wie unmöglich. Das Hauptproblem stellt die PAC ("Patrulla de Autodefensa Civil") dar. Ihre Mitglieder kennen jeden, der im Dorf ein- und ausgeht. Sie haben Möglichkeiten der Bespitzelung, die das Militär nie haben kann. Die PAC geht hart gegen jeden Verdächtigen vor und übergibt ihn dem Heer. Aber auch Vorstöße wie z.B. Versäumen der Wachzeiten werden streng bestraft. Das Schlimmste ist die "Bartolina", eine Art Brunnen, wo der Bestrafte mehrere Tage, bis zum Hals im Wasser, zubringen muß. Daneben gibt es auch "materielle Anreize": für jeden Guerillero zahlt das Militär eine Kopfpfremie von 500 Quetzales.

Sicher ist, daß die Einheiten der Guerilla - im Gegensatz zur offiziellen Propaganda - in Chimaltenango nicht vernichtet sind. In den letzten Wochen berichteten die guatemaltekischen Tageszeitungen sogar öfter wieder über militärische Zusammenstöße dort. Doch hat sich die Taktik der Guerilla verlagert. Zum Schutz der

Zivilbevölkerung gibt es keine Dorfbesetzungen, bewaffnete Propagandaaktionen und Überfälle auf Militärkasernen mehr. Doch die logistischen Bedingungen sind schwieriger geworden. In San Martín Jilotepeque können die Sympathisanten mit ihren Organisationen kaum Verbindung aufnehmen. Die Versorgung der Guerilla kommt aus weiter entfernt liegenden und nicht so kontrollierten Dörfern. Dort drückt auch mal die PAC ein Auge zu oder versteckt sich aus Angst, wenn Guerilleros kommen.

Trotz dieser starken Kontrolle sieht Martín vom "Comité para la Defensa del Altiplano", der seit einiger Zeit in der Hauptstadt leben muß, die Situation im Kreis San Martín Jilotepeque nicht so schwarz. "Unsere Leute haben ein Jahr mit der Guerilla in den Bergen gelebt, das prägt und schult. Ab und an entziehen sich Leute der Kontrolle und kommen unter großen Schwierigkeiten in die Stadt, um uns vor dort zu erzählen. Sie sagen", fügt Martín mit einem verschmitzten Lächeln hinzu, "daß sie sich mit dem Gesicht, aber nicht mit dem Herzen übergeben haben".

### Neues Leben in der Hauptstadt

Martín berichtet auch, daß damals, vor einem Jahr, einige Familien sich nicht ergaben: die Zellenleiter, Vorsitzende örtlicher Organisationen oder Kooperativen, die Aktivisten der Massenorganisationen der Guerilla. Sie waren zu bekannt; hätten sie sich ergeben, es wäre ihr sicherer Tod gewesen. Doch auch sie konnten nicht in den Bergen bleiben. Und so gingen sie nach und nach in die Hauptstadt. Das "Comité de Defensa del Altiplano" (Komitee zur Verteidigung des Hochlandes) sorgte für eine Bleibe und für Nahrung. Insgesamt kamen so achtzig Familien nach Guatemala-Stadt. Sie teilen nun mit den Slumbewohnern Hunger, Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeit, sich in einer anderssprachigen Welt zurechtzufinden, denn die Mehrheit dieser Cakchiquel-Indianer spricht nur unzureichend Spanisch. Hinzu kommt die ständige Bedrohung durch die Razzien in den Elendsvierteln.

Ihr Vorteil ist, daß sie alle organisiert sind. Sie alle sind Mitglied des Comité de Defensa del Altiplano, das zur Bauernorgani-

sation "Liga Campesina" der Gewerkschaft CNT (Confederacion Nacional de Trabajadores) gehört. Die CNT verfügt über zwei Flügel, die "Frente Obrero" (Arbeiterfront), in der Fabrik- und Plantagenarbeiter organisiert sind und die "Frente Campesino" mit Subsistenzbauern als Mitgliedern.

Die 80 Familien sind zu je fünf Familien in Basisgruppen zusammengefaßt mit je einem Verantwortlichen. Für alle Basisgruppen gibt es vier Hauptverantwortliche, die vom "Comité" monatlich 200 Quetzales (= 500 DM) für ihren Lebensunterhalt bekommen. Aus Sicherheitsgründen ist die Organisation klandestin, d.h. ein Verantwortlicher kennt nur seine 5 Familien und den Hauptverantwortlichen. Wo die anderen wohnen, bleibt ihm unbekannt. Doch trotz aller Sicherheitsmaßnahmen schweben die Familien in ständiger Angst, entdeckt zu werden. Anfang Juni sind drei Mitglieder des "Komitees" verschwunden, unter ihnen ein Basisgruppenleiter. Sofort mußten die ihm bekannten Familien umziehen, was große finanzielle Probleme mit sich bringt.

Die Basisgruppen werden an Propagandaaktionen der CNT beteiligt, wie z.B. Flugblätter verteilen, Parolen malen u.ä. Die letzte große Aktion war die Erinnerung an den dritten Jahrestag der Entführung von 27 CNT-Funktionären am 21. Juni 1980. Außerdem trifft man sich an "neutralen" Plätzen zur politischen Schulung. Hierzu



werden die Biografien von Che Guevara und A. Sandino benutzt. Es mangelt natürlich am Notwendigsten, so gibt es z.B. nur ein Schulungsbuch pro Gruppe.

Das "Komitee" versucht das Überleben dieser Gruppe zu organisieren, mit dem Ziel, daß diese Flüchtlinge in der Stadt Möglichkeiten bekommen, den Leuten in ihren Heimatdörfern im Kreis San Martin Jilotepeque zu helfen. Dort fehlt es an allem und es gibt in diesem Gebiet von Kleinstbauern kaum andere Arbeit. Die Mitglieder des "Komitees" finden noch immer Mittel und Wege mit ihren Vertrauensleuten in den Dörfern Kontakt aufzunehmen. Hilfe muß vor allem in Form von Geld kommen, denn Lieferungen von Saatgut, Lebensmitteln oder Dünger fallen auf und die PAC (Zivilpatrouillen) und das Heer schöpfen Verdacht. Schwieriger ist die Kontrolle über kleine Mengen Geld, mit denen sich die Capesinos alles Notwendige kaufen können.

Die Gruppe hat als erste Maßnahme, um das eigene Überleben zu sichern, eine kleine Tortilla-Produktion begonnen. In vier "Häusern" werden Tortillas (Maisfladen) gebacken und verkauft. Das Startkapital für Mais und Holz beschaffte das "Komitee". Natürlich ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn es gibt viele, die Tortillas backen. Die Konkurrenz ist groß und der Verdienst klein. Doch trotz dieser Schwierigkeiten sichern so einige wenige das "tägliche Brot" von einigen mehr.

Um eine neue Einnahmequelle zu schaffen, kam der Gedanke, die bekannten guatemaltekischen Webwaren von den Frauen herstellen zu lassen und zu verkaufen. Seit zwei Monaten arbeiten nun etwa zwanzig Frauen an einer Bestellung eines europäischen Solidaritätskomitees. In Zusammenarbeit mit mehreren Solidaritätsgruppen könnte so der Lebensunterhalt von einem großen Teil dieser achtzig Familien gesichert werden.

Die bundesdeutschen Komitees sind zur Zusammenarbeit aufgerufen.  
Quelle: Von unserem Korrespondenten/dentin

## SPD-MdB preist Guatemalas Demokratie

"Man atmet Frieden in Guatemala", verkündete er vor der guatemaltekischen Presse. Zwar "gibt es immer noch einige Verletzungen der Menschenrechte hier....aber man kann nicht verneinen, daß es eine beachtliche Verbesserung der Situation gibt". Diese und andere Äußerungen stammen nicht etwa vom Propagandaministerium des Pentagon, sie stammen vielmehr vom SPD-MdB Günter Herterich, der als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages auch dieses Jahr wieder Guatemala besuchte. Am 25.7.1983 hielt er im Nobel-Hotel Camino Real eine Pressekonferenz ab, die die Militärs und den damals noch amtierenden Ex-Diktator Rios Montt entzückt haben muß.

Nicht nur kennzeichnete er die politische Situation im Lande des Militärdiktators als "gut", sondern er hob sogar die "demokratische Öffnung" als "sehr positiv" hervor - des gerade wieder neu verhängten Ausnahmezustandes ungeachtet und ohne ein Wort zu verlieren über all die Verschwundenen und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen.

So urteilte Herr Herterich: "Damit wirkliche Demokratie im Lande herrscht, sind 3 Konditionen notwendig. 1. daß alle Guatemalteken am Prozeß der demokratischen Öffnung teilnehmen, der von der Regierung gut eingeleitet wurde. 2. daß das Militär die zivile Macht respektiert sowie die Harmonie zwischen Militärs und Zivilen herstellt, dessen Basis der Respekt ist. 3. daß man soziale und ökonomische Reformen einleitet, wie die Agrarreform, die mehr Gerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums bringen soll."

Günter Herterich ist nicht zum ersten Mal in Guatemala. Ende Juli 1982 überzeugte er sich schon einmal persönlich von der politischen Lage des Landes. Seine damalige Stellungnahmen dort wie auch nach seiner Rückkehr in die BRD gaben Anlaß für zahlreiche Proteste. Herr Herterich war schon seinerzeit der Ansicht, daß "Präsident Rios Montt eine Politik verfolge, in der den Menschenrechten ein bevorzugter Platz eingeräumt wird" (prensa libre). Angesichts des gerade damals neu verhängten Ausnahmezustandes und des verschärften militärischen Einsatzes gegen die indianische Zivilbevölkerung auf dem Lande eine geradezu skandalöse und menschenverachtende Äußerung. Diese wurde noch unterstrichen von seiner Feststellung: "Rios Montt versteht es, die guerilla intelligenter zu bekämpfen". Damals schon kündigte Herterich wirtschaftliche Hilfe an und plädierte dafür, Rios Montt genügend Zeit zu geben, um mit der guerilla fertig zu werden. Auf Einwände, die sich auf die 10.000de unschuldiger Opfer bezogen, hatte er nur ein Achselzucken (vgl. Protestbrief W.Mengen vom 22.10.1982).

Nur ein Jahr später, nach den internationalen Veröffentlichungen von Zeugenberichten beim Völkertribunal in Madrid und öffentlicher Anklage durch internationale und nationale Menschenrechtskommissionen, stellt sich dieser Bundestagsabgeordnete wieder mit den gleichen Behauptungen ins Rampenlicht. Herterich, der im Namen der SPD auftritt, schweigt nicht nur zu den zahlreichen Entführungen - allein im Juni wurden 2 Führer der Gewerkschaft CNT und 5 Dozenten der San Carlos Universität entführt, von den Entführungen weniger prominenter ganz zu schweigen - er schweigt auch dazu, daß die Regierung nicht den kleinsten Versuch unternahm, die Morde und Entführungen von Dutzenden von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten aufzuklären, ja, daß die Schwesternpartei der SPD, die PSD, wegen fortlaufender Repressalien weiterhin nicht offen arbeitet. Nicht einmal das Schicksal der eigenen Genossen scheint ihm ein Wort des öffentlichen Protestes wert zu sein.

Die Mitgliedschaft dieses Mannes im Auswärtigen Ausschuß des Bundestag ist ein Skandal, ein solcher Mann ist als Abgeordneter völlig ungeeignet.

Quellen: Prensa libre 26. 7.; El Grafico 26.7.; Stellungnahme Informationsstelle Lateinamerika e.V. 12.10.82



# MEDIEN

## Mittelamerika im "Internationalen Frühschoppen"

ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Informationsstelle Lateinamerika e.V.

An den  
Westdeutschen Rundfunk  
5 000 Köln

Informationsstelle  
Lateinamerika  
9.8.1983

Betr.: Internationaler Frühschoppen vom 7.8.1983  
Thema "Brennpunkt Mittelamerika"

Sehr geehrter Herr Höfer,

der o.g. "Frühschoppen war eine ausgezeichnete Plattform zur Rechtfertigung der US-amerikanischen Interventionspolitik in der zentralamerikanischen Region. Herzlichen Glückwunsch dafür!

Ihr Konzept war ebenso genial wie einfach: man nehme geeignete Journalisten, die eine derartige Politik von gemäßigt bis reaktionär vertreten und gebe einen dazu, der einer US-Interventionspolitik gefühlsmäßig ablehnend gegenübersteht, ohne dies sozial und politisch begründen zu können. Ausgewogenheit nennt man das.

Und was haben diese Herren so von sich gegeben?

Sie stellen das Problem in der "Hemisphäre" der USA einfach auf den Kopf, indem sie in Analogie zur US-Politik behaupten, es sei vor allem und zuallererst ein Ost-West-Konflikt und danach gebe es so etwas wie soziale Ursachen. Die Beweiskette ist dann sehr einfach: Reagans Politik in Mittelamerika wird zur Antwort auf die wachsende Macht einer marxistisch-leninistischen Diktatur in Nicaragua, die frecherweise eine etwas entgegenkommende Politik unter Cartér zu ihren schändlichen Zielen ausgenutzt hatte. Die Tatsache, daß Herr Reagan und sein Beraterstab eine neue - offensive - politische Strategie in der "Hemisphäre" verfolgen, mit der die USA ihrerseits versuchen, den Völkern Mittelamerikas eine aufkommende eigenständige nationale und soziale Initiative neuerlich zu entreißen, wird mit einer unscheinbar anmutenden politischen Linienführung

zur historischen Lüge. Die "big-stick"-Politik Reagans wird zur Antwort auf "linksdiktatorische" Tendenzen in Nicaragua formuliert, obwohl jedermann die einschlägigen Studien, die als Grundlage der Neuorientierung der US-Politik dienten, nachlesen kann. Da steht es nämlich ganz anders, zumindest für die, die genau lesen können (wollen): hinter einem plumpen und missionarischen Antikommunismus schillert allenthalben tiefe Sozialfeindlichkeit hervor. Eine götzenhaft angebetete Freiheit der Kapitalbewegung wird zum allgemeingültigen Freiheitsbegriff hochstilisiert (und die Reagan-Politik verläuft nicht nur in Mittelamerika in diesen Bahnen).

Afghanistan ist auf seine Art auch ein Ost-West-Konflikt. Aber dort wie in Mittelamerika wird ein sozialer Konflikt von den Interessen jeweils EINER der beiden Supermächte diktiert.

Es handelt sich in jedem Falle um einen Konflikt zwischen einer Supermacht und den sozialen und nationalen Interessen eines Volkes. Die sozialemanzipatorischen Kämpfe und Forderungen vieler Völker der Dritten Welt als Ost-West-Konflikt darzubieten, ist nichts anderes als der Versuch der Supermächte, alle "befreundeten" Nationen in ihre Interessenkonflikte einzubeziehen. Es ist irgendwie bezeichnend, daß auch der Ostblock - wenn auch vorsichtiger - Mittelamerika als "Ost-West-Konflikt" betrachtet. Sie sollten sich vielleicht in diesem Sinne einmal fragen, warum wohl die "Contadora-Gruppe" sich gebildet hat?!

Nun, Herr Höfer, die von Ihnen angestellten Journalisten haben sich prächtig im Sinne der US-Supermacht geschlagen. Als Herr Whittacker einmal ganz schüchtern versuchte, auf seine Art den nationalen und sozialen Charakter der gärenden Region herauszustellen, wurde er von Gresman bis Koch belehrt, daß die USA schließlich ein Recht auf Ordnung in "ihrem Hinterhof" hätten. Herrn Koch störte es dann keinesfalls, die politisch bedeutenden Kräfte, die da etwas dagegen haben - z.B. die Sozialistische Internationale, oder die Herren Wischnewski oder Lafontaine - der "typisch deutschen" Weltverbesserungsmentalität zu bezichtigen. (Er übersah, daß die SI nicht deutsch, sondern international ist. Das macht aber einem Herrn Koch nichts aus.)

Herr Jordan, der die eingangs erwähnte historische Lüge zur Bestimmung der Reagan'schen Politik einbrachte - und diese Lüge wird als ideologische Rechtfertigungsgrundlage aller US-Maßnahmen in Mittelamerika weltweit Verbreitung finden - entblödet sich auch nicht, aus Nicaragua einen waffenstarrten Kriegsmoloch zu machen: "Jeder 20. Bürger Nicaraguas ist heute bewaffnet." Daß sich in Händen privater US-Bürger 200 Millionen Schußwaffen befinden oder, daß auch die schweizer Milizionäre "ihr" Gewehr im Schrank haben, scheint ihm keiner Überlegung wert zu sein. Offensichtlich sind diese Gewehre alle in Händen der richtigen Bürger, die ihrem Staat zustimmen. Vielleicht könnte das in Nicaragua auch so sein?!

Nur müßte dann halt zugegeben werden, daß die Sandinistenregierung eine entschieden breitere Basis im Volk hat, als die sandinistenfeindliche Propaganda es wahrhaben möchte.

Warum haben aber die Sandinisten eine soziale Verankerung in Nicaragua? Doch nicht, weil sie sich von kubanischen Ideologien beeinflussen lassen, sondern weil sie die ungesteuerten und auseinanderdividierenden Kräfte des nicaraguanischen Volkes so zu lenken versuchen, daß daraus eine soziale Einheit entsteht, die den Menschen eine Lebensgrundlage gibt.

Haben die Sandinisten kein neues Schulprogramm in Gang gesetzt? Haben sie keinen nationalen Gesundheitsdienst installiert? Versuchen sie etwa nicht (recht und schlecht) mit allen Kräften, Möglichkeiten und Fähigkeiten eine gesamtgesellschaftliche Wirtschaft ans Laufen zu bringen?

Das alles wollen bestimmte Interessen nicht wahrhaben, so wenig wie die Tatsache, daß Nicaragua sich bewaffnen MUSS, will es eine Zerschlagung von außen verhindern. Nicaragua hat keine Aggressionsarmee, es könnte daher Honduras überhaupt nicht angreifen. Dies hat der ehemalige US-Offizier Buchanan mit Zahlen bestätigt. Ein Manöver der US-Armee in Honduras kann daher nur die Ziele haben, Honduras in gesicherte US-Abhängigkeit zu bringen und Nicaraguas Wirtschaftsschwierigkeiten zu verschärfen, indem man es zu Waffenkäufen zwingt - ein längerfristiges Programm zur Destabilisierung des Landes.

Auch hier steht die Argumentation auf dem Kopf. Während die USA Abermillionen Dollars als Rüstungshilfe in die maroden mittelamerikanischen Diktaturen pumpen, während sie Honduras und auch Costa Rica zu militarisieren versuchen, schreit alle Welt - und auch die von Ihnen dargebotenen Journalisten - "Gebietet der waffenstarrenden Diktatur Nicaraguas Einhalt!"

Das ist in der Tat sehr perfide, vor allem auch deshalb, weil der Zwang zur Aufrüstung in Nicaragua, die damit fehlenden finanziellen und personellen Kräfte in der Wirtschaft sowie die Organisation der gesamten Abwehrkräfte gegen die versammelten internationalen Konterrevolution, das Leben des kleinen Landes tatsächlich einschneidend zu verändern beginnen.

Das ist schlimm im Sinne aller der Menschen in Europa oder in der Bundesrepublik, die darauf hofften, in Nicaragua einen einigermaßen harmonischen Entwicklungsprozeß mitunterstützen zu können. Das ist besonders schlimm für die Masse der Menschen in Nicaragua, die einmal mehr in ihrer Geschichte durch äußere Gewalt in Not und Elend gestürzt werden.

Aber derartige soziale Probleme als echte menschliche Probleme zu erkennen, waren die von Ihnen hergebrachten Journalisten in ihrer arroganten Selbstgefälligkeit an keiner Stelle in der Lage, von Gresman bis zu Jordan nicht.

Was Ihre Kollegen mit ihrer machtanmaßenden Vorstellung in dieser Republik angerichtet haben, werden auch Sie, Herr Höfer, moralisch mitzuverantworten haben, zumal es bei Ihnen gelegen hätte, einem (von Gerüchten umgebenen) Herrn Koch, als Gegengewicht einen Journalisten mit politisch-sozialem Problemverständnis entgegenzusetzen (Sollten Sie etwa keinen solchen Journalisten kennen?)

Ihre Sendung am 7. August war ein Stückchen politische "Wende". Unsere eigene Geschichte wird es Ihnen nicht danken. Wundern Sie sich aber bitte vor allem dann nicht, wenn viele Menschen in Lateinamerika nicht nur den Yankee-Imperialismus, sondern auch formal immer so saubere Menschen wie Sie aus ganzem Herzen verabscheuen.

## Kooperativen in Nicaragua



Dies ist mein Land  
Dies ist mein Wasser  
Nicht ein Scheiß Yankee  
Wird Nicaragua  
betreten

### Einleitung

Ich denke, daß wir uns hier als Linke oder fortschrittliche Menschen in Europa mit unserer Solidaritätsarbeit inhaltlich mehr und besser mit den befreiten Ländern auseinandersetzen müssen. Es geht nicht nur um direkte materielle Hilfe und finanzielle Unterstützung, sondern auch um eine Zukunft, an die wir angesichts der geballten Ansammlung von Atomraketen und der aktuellen Kriegsgefahr kaum noch zu glauben wagen, die aber von den Companeros in Cuba, Nicaragua, El Salvador konkretes Ziel ist.

Diese Zukunft heißt: menschlicheres Leben für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, Marginalisierten, Kriminalisierten etc. Genug zu Essen, Platz zum Leben, Arbeit und bessere Lebensbedingungen für alle.

Was heißt das für uns hier in Europa?

Diese und etliche andere Fragen stellte ich mir nach dem Besuch einiger Kooperativen in der Nähe von Masaya im Januar 83. Durch Gespräche mit den Bauern und Vertretern von Procampo wurde mir die Bedeutung der Agrarreform als eine der grundlegenden Bedingungen für eine neue Gesellschaft deutlich und in diesem Sinne habe ich versucht, meine Erfahrungen und Gedanken in einem Artikel zusammenzufassen.

### Die Kooperative "Oscar Robelos I"

Mit 2 1/2 Stunden Verspätung bringt mich Humberto von Procampo in Masaya zu der Kooperative "Oscar Robelos I", die etwa 3 km von Masaya entfernt liegt. Die 25 Arbeiter sind schon längst auf den Arbeitseinsatz vorbereitet. "Mach Dir keine Sorgen, die fangen erst um 9 Uhr an", meint Humberto, leicht belustigt über mein europäisch-deutsches Pünktlichkeitsempfinden. Und so ist es auch. Die Bauern sind zwar schon seit 6 Uhr versammelt, aber weil die Maschine erst in Gang gesetzt werden muß und die Arbeitsaufteilung besprochen werden muß, hat die Arbeit noch nicht angefangen. Ich frage nach der Begrüßung, welche Arbeit es denn für mich gäbe. Wladimir, Mitglied der dreiköpfigen Direktion, die jede Kooperative hat, sagt mir ernsthaft: "Wir haben hier keine Arbeit für Dich. Du kannst ja was mit den Frauen zusammen kochen!" Auf meinen heftigen Protest hin, daß ich ja schließlich zum Arbeiten und nicht zum Kochen hierhergekommen sei, meint er mit einem feinen Lächeln: "Na gut, Du kannst ja die Maiskolben in die Säcke füllen!"

Auf einer gefliesten Tenne ist ein riesiger Haufen mit Maiskolben aufgetürmt. Sie werden in Säcke gefüllt und zu einer Maschine getragen, dort in einen Trichter geleert und maschinell entkernt. Die Maiskolben fallen in Säcke, die auf der gegenüberliegenden Seite des Trichters in einer Sondervorrichtung aufgehängt werden, während die Reste des Maiskolbens seitlich herausgepusht werden. Die Aufteilung der Arbeit wurde schon um 6 Uhr früh gemeinsam besprochen. Einige Companeros füllen den Mais in die Säcke, andere tragen die vollen Säcke zur Maschine, andere stapeln die gefüllten Maissäcke aufeinander. Nur zwei Männer wissen, wie man den Traktor bedient, an den die Maschine angehängt ist. Die genaue Beschreibung des Arbeitsablaufes mag langweilen, aber es ist genau das, was die Kooperativenmitglieder detailliert morgens in aller Ruhe und mit großer Genauigkeit besprechen. Diese gemeinsamen Planungen werden mit Stolz durchgeführt, denn dafür wurde schließlich gekämpft. Wladimir gibt letzte Anweisungen. Dabei ist nichts von autoritärem Verhalten zu spüren. Keine Hektik, kein Streß oder Zeitdruck - die Arbeit wird gemacht, bis sie fertig ist. Mit Witzeleien und Sprüchen beginnt die Arbeit.

Ich fülle mit Wladimir Säcke voll. Zuerst dachte ich, daß das überhaupt nicht anstrengend sei, aber nach zwei Stunden spüre ich sowohl die Sonnenhitze als auch die feinen Härchen der Maiskolbenblätter, die langsam in alle Hautporen und Atemorgane eindringen, zusammen mit Staub- und Sandwolken, die vom Wind herangetragen werden. Das erzeugt ständigen Husten- und Juckreiz. Wladimir arbeitet ruhig und gelassen, nach zwei bis drei Sackfüllungen wird erstmal kurz verschauft. Alles hat seinen Rhythmus und seine Bedeutung, selbst das Einfüllen der Säcke will gekonnt sein. Man muß so viele Maiskolben wie möglich mit beiden Händen greifen und möglichst nichts da-

neben schmeißen.

Mir gehen etliche Gedanken durch den Kopf. Gedanken über Nicaragua und Deutschland/Europa. Nicht nur der Ozean liegt zwischen beiden Kontinenten sondern Welten, Kulturen ... Mais: Grundnahrungsmittel aller Bauern, aller Armen der gesamten Kontinente von Mexiko bis Feuerland. Denke, wie wenig wir wirklich von dem verstehen, was diese Revolution bedeutet, wie weit weg wir von diesen Bauern sind, von ihrem Denken und Fühlen. Mais heißt: Überleben und Leben. Mais heißt, mit Fantasie und jahrhundertelange alter Tradition etliche Getränke und verschiedene Nahrungsmittel herzustellen ... mir geht durch den Kopf, mit wieviel Liebe, Stolz und Genauigkeit mir ein Mitglied der Kooperative diese Getränke und Gerichte aufzählte und deren Zubereitung beschrieb - ein Mann erzählte mir das - ich denke über die Rolle der Frauen nach, den mühsamen Tagesablauf, den sie haben (dazu später mehr). Ich hatte nach diesen 6 Stunden Arbeit wirklich das Gefühl, etwas mehr VERSTANDEN zu haben, um was es hier in Nicaragua geht und nicht nur in Nicaragua. Ich fing an, zu begreifen, was es für einen Campesino heißen muß, wenn er sagt: das ist meine Erde, das ist mein Wasser, und kein Yankee-schwein wird Nicaragua betreten! Was es heißen muß, erstmalig in seinem Leben zusammen mit den anderen Companeros entscheiden zu können, wie das von ihnen besetzte, bzw. das ihnen übergebene eigene Land bebaut wird, wie die Arbeit organisiert wird, an wen die Produkte verkauft werden, wie effektiv und ökonomisch gearbeitet wird, damit das wichtigste Ziel: genug zu Essen für jeden Bauern und für jeden Nicaraguaner erreicht wird.

Wladimir erzählt, wie die Situation hier auf der Kooperative nach dem Triumph war:

"Die Situation der Kooperative ist aus dem 19. Juli entstanden. Seit dem Tod der Diktatur übernahm das Volk die Macht. Diese Farm gehörte einem Capitan Selvo. Das Volk begann, sich zu organisieren, weil die Dirigentes dem Volk gezeigt hatten, wie es in der Lage ist, Land zu übernehmen. So entstand die Kooperative Oscar Robelos I. Das ist der Name eines gefallenen Helden, der in der Kompanie war, die die Kooperative gründete. Am 5.7. gaben wir ihr diesen Namen. Von jetzt an begannen wir mit der Bestellung des Bodens und lernten etwas über Organisation und Entwicklung der Arbeit. Wir fingen mit 32 Personen an. Zu dieser Zeit organisierten sich mit uns Maurer, Schuster, Schneider und andere Companeros anderer Sparten. Die sandinistische Bauerkooperative identifizierte sich aber nur mit der landwirtschaftlichen Produktion. Man erlaubte uns, daß die Genossen, die schon ein Gewerbe beherrschten und dadurch den Arbeitsprozeß aufhielten, sich in ihren Gewerkschaften organisieren sollten. So blieben nur noch 25 Personen hier. 25 Männer, 25 Companeros, 25 Arbeiter, Besitzer dieser Finca. Dafür kämpfen wir: zu siegen, zu überleben und zu produzieren!"

Ich frage, in welchem Zustand sie die Finca bei der Besetzung vorfanden. Wladimir: "Hier (zeigt auf einen Schuppen, dem das Dach fehlt) war ein Labor. Ein Labor, wo verschiedene Chemikalien hergestellt oder verteilt wurden, was direkt zum Abfüllen benutzt wurde, irgendwelche Medikamente, aber die Guardia nahm das beste mit - was wir hier vorfanden, waren nur zerstörte und nicht mehr herzustellende Dinge, nur das Haus, was wir gerade sehen, ist in Ordnung, aber andere Dinge für die Kooperative oder was die Hacienda vorher hatte, gab es nicht, weil die Guardia alles mitgenommen hatte. Wir haben angefangen, das Haus zu renovieren und dieses Jahr werden wir den Schuppen wieder aufbauen." Die Kooperative hat eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 185 manzanas (1 manzana = 0,6 ha). Davon werden 100 m. mit Mais, 40 m. mit

Bohnen und 40 m. mit Reis bebaut.

"Das zum Beispiel wird von der Directiva besprochen. Wenn die Directiva übereinstimmt, wird eine Vollversammlung gemacht. (Die Directiva besteht aus drei Personen, die von den Kooperativenmitgliedern selbst aus ihren Reihen gewählt werden - also Vertrauensleute, d.V.) Dann wird der Arbeitsplan erklärt und wenn alle einverstanden sind, wird er durchgeführt und wenn keine Übereinstimmung unter den Companeros herrscht, werden bestimmte Irrtümer verbessert und man versucht zu erreichen, daß alle übereinstimmen... Diese Arbeitspläne macht man im April, sie werden im September ungültig, weil die Ernte eingeholt wird. Die neuen Pläne werden im September gemacht, wegen der Nachernte - man diskutiert, wieviel Bohnen gesetzt werden, wieviel Kakao und Reis. Neue Pläne werden gemacht... hier mit allen in der Kooperation."

Wladimir erzählt mir dann noch einmal, wie es früher für die Bauern ausgesehen hatte. Daran wird deutlich, welche Bedeutung die jetzige Situation für die Bauern hat.

Wladimir: "Wir haben vorher alle als Peones gearbeitet - als Tagelöhner. Landarbeiter. Wir bekamen bis zu 20 Cordobas bezahlt. Die Großgrundbesitzer hatten eine Technik entwickelt: sie hatten einen Vertrauensburschen, dem sie 2 Cord. mehr gaben. Sie wurden hochgesetzt, damit sie die Leute antreiben sollten - es gab Companeros, die sich der Arbeitsweise angingen, und es gab welche, die das nicht taten. Wer die Arbeitshetze mitmachte bekam 20 Cord., und wer nicht mitmachte bekam 15 Cord."

Das war also die Unterdrückung in der Vergangenheit. Der Überschuß, die Selbstbestimmung der Produktion, Kritik und Selbstkritik - all das sind Erfolge der Kooperativen und alle Companeros genießen das hier."

Am ersten Tag, als ich die Kooperative besuchte, waren die Bauern gerade dabei, den Gewinn dieses Jahres auszurechnen und über dessen Verteilung zu diskutieren. Zu diesem Zweck kommen die Vertreter der UNAG bzw. von Procampo vorbei und helfen beim Rechnen. Dieses Jahr erreichten die Companeros, daß jeder 6 Säcke mit Reis, 25 Säcke mit Mais und einen Gewinn von 10.000 Cord. (für jeden einzelnen bekommen sollte. Sie überlegten sich, was sie mit weiteren Überschüssen machen werden und wollen einen Fond anlegen für die kritischen Zeiten ca. April bis August, wenn nicht geerntet werden kann. Der Sommer ist die Zeit der Pause. Dann werden andere Arbeiten gemacht, beispielsweise die Instandsetzung des Hauses, Schulungen oder Kurse werden besucht oder die Erweiterung der Finca in Angriff genommen.

Ein sehr strakes Problem ist unter anderem, daß die meisten Kooperativmitglieder teilweise 1 bis 2 Stunden zu Fuß gehen müssen, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen; so wünschen sich die Leute, direkt bei der Finca zu wohnen. Aber das kann nicht so schnell organisiert werden, es fehlt noch an Mitteln.

Ein weiterer Erfolg dieses Jahres ist, daß die Kooperative in der Lage war, den gesamten Bankkredit zurückzuzahlen, der durch den Verkaufserlös von Mais, Reis und Bohnen inclusive des Gewinns für jeden Einzelnen zustande gekommen war.

Die Erzeugnisse werden an ENABAS (Empresa Nacional de Alimentos Basicos), eine staatliche Verteilerstelle verkauft und von dort aus zu stabilen Preisen weiterverteilt. Der Vorteil des Verkaufs an ENABAS liegt für die Kooperativen vor allem darin, einen sicheren Abnehmer und feste Preise zu haben. So ist die Kalkulation für das folgende Produktionsjahr einfacher.

Wladimir: "Weder die Regierung noch die Direccion der UNAG verbieten den Kooperativen, daß sie auf dem Markt verkaufen... Wir wenigstens sind uns darüber im Klaren, wie der Handel mit Grundnahrungsmitteln funktioniert. Wir wissen, wenn wir auf dem Markt verkaufen,

füllen wir die Taschen von einem Haufen Spekulanten und in diesem Fall ist es besser, daß wir zu ENABAS gehen - die Companeros können ihren Mais, ihre Produkte dort verkaufen, wo es ihnen am günstigsten erscheint, sie können an ENABAS verkaufen, sie können alles verschenken, sie können auf dem Markt verkaufen... das liegt bei ihnen. Das ist die Freiheit des Handels - sowohl für die Kooperativen als auch für das ganze Volk."

In Gegenden, wo ENABAS den aufkauf nicht übernehmen kann, wegen mangelnder Transportmöglichkeiten und Mangel an Geld, kaufen die Privathändler zu Dumpingpreisen, d.h. die Bauern werden übers Ohr gehauen. Zur Zeit hat ENABAS einen Marktanteil von 60%.

## Formen der Kooperativen

1982 gab es in Nicaragua rund 4000 Kooperativen mit über 60 000 Mitgliedern, d.h. ungefähr die Hälfte der Klein- und Mittelbauern waren in Kooperativen organisiert. Davon waren aber nur 10% CAS (Cooperativas Agricolas Sandinistas), sandinistische Produktionskooperativen wie die Kooperative Oscar Robelos I. Die CAS sind die am weitesten entwickelte Form der kollektiven Organisation. Sie sind gekennzeichnet durch gemeinsamen Besitz an Land und Produktionsmitteln. Das Kollektiv bestimmt gemeinsam über die Betriebsführung, die Verwendung der Kredite und die Verteilung der Gewinne. Die CAS werden meist aus Gruppen ehemaliger Saisonarbeiter oder Landarbeiter gebildet. Diese erhielten staatliche Ländereien oder Ländereien, die im Zuge der Agrarreform von schlecht produzierenden Großgrundbesitzern enteignet wurden.

Die Bauern, die schon Land besaßen, schlossen sich selten in CAS, sondern überwiegend in CCS (Cooperativas de Credito y Servicio), Kredit- und Dienstleistungskooperativen zusammen. Diese Kooperativen behalten den individuellen Landbesitz bei, die Bauern erhalten Kredite und staatliche Dienstleistungen (technische Beratung etc) gemeinsam. Die angestrebte Umwandlung dieser CCS, in denen oft kaum gemeinschaftliche Aktivitäten über den gemeinsamen Empfang des Kredites hinaus bestehen, in CAS, erweist sich als äußerst schwierig. Die Kleinbauern sind kaum dazu zu bringen, ihren Besitz dem unsicheren Experiment einer Produktionskooperative zur Verfügung zu stellen. Besonders problematisch ist das, wenn sie über sehr unterschiedlich großen Landbesitz verfügen. Objektive Hindernisse liegen aber auch darin, daß die Landstücke oft weit verstreut liegen, was eine gemeinsame Produktion unmöglich macht.

In dieser Situation wird versucht, die Bauern vorsichtig zu mehr gemeinschaftlicher Produktion zu bewegen. Es sollen Zwischenformen zwischen CCS und CAS entstehen. In den Kooperativen des "Surco muerto", von denen es bisher nur wenige gibt, sollen die Bauern das Land zwar gemeinschaftlich bewirtschaften, aber die einzelnen Landstücke durch eine tote Furche (surco muerto) getrennt halten. Oder es wird zusätzliches Land an die CCS vergeben, das z.B. von den Kindern gemeinsam bewirtschaftet wird. Auch Kredite für Neuinvestitionen sollen in den CCS wenn möglich nicht an Einzelbauern, sondern an die Gemeinschaft vergeben werden, so daß z. B. ein Traktor dann von allen gemeinsam genutzt wird. Aber solche Investitionen, wie auch der Aufbau von Verkaufsstellen für einfache Konsumgüter in den Kooperativen oder andere gemeinschaftliche Dienstleistungen stoßen schnell an die Grenze der staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten. So schätzt man im Agrarministerium, daß sich ein Umwandlungsprozeß der CCS in CAS in 10 Jahren nicht vollzogen haben wird.

## Die Kooperative "Benjamin Mercado"

Die Kooperative "Benjamin Mercado" ist ein Beispiel für eine schon erfolgte erfolgreiche Umwandlung einer CCS in eine CAS. Aus einem Gespräch mit mit den Companeros der Kooperative erfahre ich etwas über den Prozeß innerhalb der Gruppe:  
 "Wir arbeiteten zwei Jahre individuell,... die Ländereien gehörten vorher verschiedenen Besitzern. Wir waren überall verstreut. Der eine lebte hier, der andere dort, also war es auch schwer, sich zu treffen. Vielleicht waren die Treffen deshalb nicht erfolgreich, weil die einen noch am Arbeiten waren und die anderen nicht kommen konnten. Aber als wir sahen, daß es besser für uns war, die Erde kollektiv zu bearbeiten, fingen wir an, uns für die CAS zu entscheiden und zu überlegen, wie wir die Arbeit machen würden - in welcher Form. Das war für uns ein Erfolg, eine Sache zu machen, die nie einer vorher gesehen hat, in Zonen zu arbeiten, die vorher nur den Reichen zugänglich waren, nur dem Kapitalisten, der Geld hatte. Für uns war das Leben unmöglich. Wenn wir heute sagen, daß das Leben unmöglich ist, so war es vorher viel schlimmer. ... Ich war bis 1975 Lohnarbeiter, ich arbeitete für den Patron. Dann kam ich später dazu, darüber nachzudenken, wie wir die Erde bebauen müßten. Wenn man heute die Erde bearbeitet, weiß man, daß etwas übrig bleibt, wenigstens etwas, ein Teil der Ernte. So bewegte ich mich, arbeitend, bis zum Kampf. So haben wir angefangen, die Leute zu gewinnen, wir haben versucht, ihnen klarzumachen, wofür wir kämpfen. Früher haben wir Land gemietet, überall verstreut - jeder auf seiner Parzelle, der eine in Mazatepe, der andere woanders.



Mitglieder der Kooperative "Benjamin Mercado"

Jetzt fühlen wir uns ruhig, wir sagen uns, es wird für alle reichen. Alle Leute treffen sich, man erzählt sich, was gemacht wurde, alle Leute kennen sich, man kennt sich aus. Alles kommt uns zugute, alles hat Bedeutung, Wichtigkeit für uns. Man erreicht was, mit viel Mühe und Opfern. Wir haben dort ein Gebäude. Es ist für die zeitweilige Benutzung der Kooperativenmitglieder. Aber in Zukunft, wenn alle hier wohnen, soll es uns als Schule dienen und als Versammlungsraum. Das ist der Vorschlag der Organisation. Für uns ist das alles harte Arbeit - wir werden fortfahren, diese Arbeit zu machen, das ist unser Vorschlag.

Die Kooperative hier war eigentlich für 30 Leute. Wir haben mit 30 Leuten angefangen - dann bemerkten wir, daß wir uns im Kreise drehten. So blieben 20 Companeros übrig. Es fehlten aber noch Leute (diese Kooperative hat viel Land d.V.), um den Boden zu verteilen, sprachen wir mit anderen Companeros von San Juan de Concepcion, die auch schon vorher auf Kooperativen gearbeitet hatten und die derselben Organisation wie wir angehören, der UNAG. Wir sagten ihnen, daß wir eine Anzahl von Leuten brauchen für die Bearbeitung der Böden. Sie entschieden sich, mit uns zu arbeiten. Aber als wir Position bezogen (gemeint ist die Wahl der Organisationsform CAS d.V.) haben wir uns mit den Companeros gestritten und so blieben wir 20.

Die Ausgangsbasis war schlecht. Es gab keine Wohnmöglichkeit, kein Wasser, kein Licht, so haben wir angefangen, wo es das gab, hier, mit der Finca!"

Die Bauern hatten die denkbar schlechtesten Bedingungen vorgefunden bei der Übernahme dieser Finca. Es gab nicht einmal "agua potable", also Wasser, das in großen Tonnen von weit entfernt liegenden Brunnen geholt wird. Die hauptsächliche Probleme waren, daß sie nicht wußten, was sie mit dem Land machen sollten. Auch mußten die Verantwortlichen für die Finanzen und die Produktion oft von ihrer Arbeit weggehen, um ihre organisatorischen Aufgaben zu erfüllen. Dadurch gab es Zeitverluste und das wirkte sich auf die Ernte aus. Die Mitglieder hatten zunächst ihre Ländereien durch surco muertos voneinander abgetrennt. Aber nach zwei Jahren Diskussionen und Problemen entschieden sie sich für die Abschaffung der surco muertos, um das Land wirklich kollektiv zu bearbeiten.

## Die Organisationen der Bauern

Die Bauern und Landarbeiter waren zunächst, so sie organisiert waren, alle in der ATC (Asociacion de Trabajadores del Campo), der sandinistischen Landarbeitergewerkschaft organisiert. Es gab jedoch einige Probleme, weil die Interessenlage der Landarbeiter sich von der der Kleinbauern, die Land besaßen, unterschied. So entstand die UNAG (Union Nacional de Agricultores y Ganaderos), die Bauernvereinigung, die ca. 50 000 Mitglieder umfaßt. Die UNAG ist die politische Interessenvertretung der Klein- und Mittelbauern. Procampo als staatliche Organisation übernimmt die technische und wirtschaftliche Beratung und Betreuung der Kooperativen. (Beispielsweise bei der Ausrechnung des Gesinns, Anwendung von Maschinen, Düngemitteln, neuen Produktionsformen etc. kommt regelmäßig jemand von Procampo vorbei). Sowohl Procampo als auch die UNAG haben zuwenig technische, personelle und finanzielle Möglichkeiten, um besonders den abgelegenen Gebieten ihre Unterstützung zu gewährleisten.

## Die Kooperative "Larga Espada"

Diese Kooperative ist jetzt Produzent von Grundnahrungsmitteln, war vorher unter Somoza ein Viehzuchtbetrieb und soll dazu wieder umgewandelt werden. Die dazu nötigen Gebäude (Ställe, Wassertränke, Futtersilo) sind noch einigermaßen erhalten und es geht nun darum, die Voraussetzungen für die Haltung von Vieh (vor allem Kühe) zu schaffen. Dazu muß Weideland angelegt werden. Ein Plan existiert hierfür schon.

Diese Kooperative wurde 1980 gegründet, mit 17 Mitgliedern und einem Gebiet von 50 Manzanas. Die vorgefundene Finca litt an Wassermangel, weil der Brunnen von den Somozisten total zerstört worden war und das Vieh weggetrieben worden war. Die Zufahrtswege sind auch jetzt noch in einem schlechten Zustand. In den Jahren 81 und 82 wurde die Produktion erhöht, die Mitglieder sicherten ihre Selbstversorgung und die Bankkredite konnten zurückgezahlt werden.

Da die Ernte 82 schlecht war, mußten die Companeros ihre Grundnahrungsmittel sowie die traditionellen Waren kaufen und dafür ihren Verdienst ausgeben, sodaß nicht viel übrigblieb. Die Bauern bleiben immer auf der Finca zusammen, d.h. vier Tage in der Woche und am Wochenende im Turnus. Aus diesem Grunde haben sie eine Frau engagiert, die ihnen das Essen kocht. Sie nutzen die Zeit nach der Arbeit (von 6-7 und von 7-8 abends) um sich weiterzubilden, was durch die Anwesenheit eines Studenten, der ihnen lesen und schreiben sowie Rechnen beibringt, möglich ist. Ich frage, ob es ihnen was ausmacht, so selten bei ihren Familien zu sein. Antwort: "An das haben wir uns schon während des Kampfes gewöhnt. Wir sind sehr gut daran gewöhnt und vielleicht in Zukunft werden wir einen Ort haben, an dem alle Familien zusammen leben und arbeiten."

Frage: "Die Frauen bleiben also zuhause?"

Antwort: "Ja, die Frauen bleiben bei ihren kleinen Kindern, arbeiten, kämpfen dort zuhause, denn sie helfen uns auch, zu überleben."

Frage: "Wie machen sie das?"

Antwort: "Nun gut, die gehen zum Markt, kaufen, verkaufen, machen Dienstleistungen, versorgen die Tiere im Haus, ihre Schweine und Hühner..."

Da auch auf dieser Kooperative nur Männer arbeiten, frage ich im Verlaufe des Gesprächs, warum es keine Frauen als Kooperativenmitglieder gibt. Antwort: "Nun gut, vielleicht wollten sie nicht bei uns eintreten, aber wir hätten es gewollt, es ist wichtig wegen der Küche, der Betreuung des Viehs... es gibt viele Formen für Frauenarbeit hier."

Frage: "Warum arbeiten die Frauen nicht auf dem Feld?"

Antwort: "Das gefällt uns nicht!"

Frage: "Warum?"

Antwort: "Weil, es ist wahr, daß sie arbeiten kann, vielleicht mehr, schneller als wir. Aber wir schicken sie, andere Dinge zu tun. Aber die Frau arbeitet auch hier auf dem Feld, genauso wie wir, sie hat mehr Fähigkeit, mehr Bewegung, kann mehr Behendigkeit in der Arbeit heißen."

Frage: "Aber würde es euch nicht gefallen, daß die Frau genauso wie ihr arbeitet, beispielsweise auch in der Bedienung von Maschinen?"

Antwort: "Ja, perfekt, wenn eine Frau an der Maschine arbeiten kann, aber hier kann das niemand... In der Zukunft werden wir vielleicht eine Companera suchen, die uns hilft, die Produktion voranzutreiben, weil wir sowieso mehr Mitglieder haben wollen, so ungefähr 25... Wenn man gleich arbeiten kann, perfekt, wenn ich vorgehe, geht die Frau hinterher, wenn die Frau arbeitet, gehe ich hinterher, das gleiche also und, wie schon gesagt, zwischen der Frau, die in der Schlacht kämpft und der Frau, die in der Produktion kämpft, gibt es keinen Unterschied."

Frage: "Ihr wollt die Kooperative also um Frauen erweitern?"

Antwort: "Natürlich, du weißt doch, daß die Frau die Seele des Gesprächs ist und das ist sehr wichtig."

Zu diesem Thema habe ich sehr unterschiedliche Auskünfte erhalten. Häufig wurde mir gesagt, daß Feldarbeit nichts für Frauen ist, aber helfen die Frauen bei der Ernte. Leider hatte ich kaum Gelegenheit, mit Frauen selber darüber zu sprechen. Allerdings mußte ich in diesen Gesprächen mein durch den europäischen Feminismus geprägtes Denken wirklich sehr versuchen zu vergessen, denn die Bedingungen sind zu unterschiedlich, um auf die üblichen Mann-Frau-Rollenkisten schließen zu können. Auf der Kooperative "Oscar Robelos" beispielsweise sprach ich mit einem Campesino, der jeden Tag seine beiden älteren Kinder mit auf die Arbeit nimmt, um seine Frau zu entlasten. Haushalt ist eine Ganztagsbeschäftigung - angefangen beim Feuermachen, Holzsuchen und-hacken, Wasser holen, Mais mahlen und Tortilla machen bis zum Waschen, auf entfernt liegenden Märkten einkaufen und sich um die vielen Kinder kümmern. Viele Frauen verdienen sich sogar noch Geld durch Mühnerzucht oder als Marktfrauen.



Mit diesem Ochsengespann wird von dem neuen Brunnen der Kooperative "Larga Espada" Trinkwasser für ein nahegelegenes Dorf geholt.

Es ist klar, daß bei einem derartigen Alltag den Frauen kaum Zeit bleibt, um auf dem Feld mitzuarbeiten. Aus diesem Grunde hauptsächlich organisieren sich die meisten Frauen nicht in den Kooperativen.

Die Frage ist und bleibt natürlich: Was heißt überhaupt Gleichberechtigung? Heißt das, daß die Frau genau dieselben Arbeiten verrichten können muß, wie der Mann und umgekehrt? Oder heißt das Arbeitsteilung, jedoch nicht geschlechtsspezifisch? Und wie soll sowas auf dem Land in Nicaragua aussehen?

Die Antwort wird die Entwicklung in Nicaragua geben.

Was mich immer interessierte, war, herauszufinden, wie die Companeros mit Leistungsunterschieden umgehen. Dazu befragte ich Miguel,

den "dirigente" von "Larga Espada". Miguel: "Wenn es auf dem Land keine gute "direccion" gibt, z.B. bei der Verteilung der Arbeit, daß jeder Companero eine ihm entsprechende Arbeit bekommt, dann gibt es Probleme. Denn, wie du schon sagtest, er gibt faule und starke, und deshalb ist es sicher, daß der Verantwortliche genügend Fähigkeit haben muß, bei der Arbeit auf dem Land, damit die Sache angemessen ist, nicht so 100%, aber ziemlich genau; aber wir versuchen, alle gleich zu behandeln."

Frage: "Was machst du als Verantwortlicher, wenn es Arger gibt?"  
Antwort: "Das ist ganz einfach. Wir gehen auf's Feld und jeder weiß, daß wir arbeiten. Nehmen wir an, dieser Senor hier (zeigt auf einen der ältesten Kooperativenmitglieder) hat so um die 60 Jahre - er kann nicht mehr soviel bringen, wie ein Jugendlicher, aber deswegen, wenn er zurückbleibt, holen wir für ihn auf, damit er, aus unserer Zuneigung, das gleiche bringt; deshalb gibt es garnicht die Kritik, daß einer besser ist als der andere. Das also einerseits, auf der anderen Seite bekommt er eine Arbeit, die für ihn leichter ist, damit er es schafft, muß man das Alter sehen, das er hat im Vergleich zu unserem, damit es nicht im Nachhinein irgendwelche Kritik gibt, daß du weniger arbeitest als ich, es muß immer die Form für die Arbeit gefunden werden, z.B. wenn es um einen Auftrag geht, dann wirst du diesen Auftrag machen, weil dieser Senor das nicht machen kann, weil er nicht so schnell laufen kann. Sie sind sich hier dessen bewußt. Wie sind sie sich bewußt? Daß wir, abgesehen von dem, was wir in Gesprächen und Diskussionen uns bewußt machten, vor allem das Bewußtsein haben müssen, denn ohne Bewußtsein gibt es nichts, und dieses Bewußtsein werden wir haben wie ein Verständnis, daß alles, was wir hier auf der Kooperative machen, nichts Fremdes ist, wir essen alle gleich, wir arbeiten alle gleich, wir teilen alles, und hier glaube ich, gibt es keine Unterschiede."

### Ökologische Fragen

Bei dem Besuch auf der Kooperative "Benjamin Mercado" waren wir an einem kleinen Flugplatz für zwei Sportflugzeuge vorbeigekommen, wo es fürchterlich nach Chemie stank, sodaß mir allein schon vom Vorbeifahren schlecht wurde. Die Anwendung von Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden erfolgt mehr oder weniger nach besten Wissen und Gewissen. Es gibt bisher wenig Aufklärung über die Wirkung der einzelnen Mittel und die Schutzvorschriften werden auch nicht immer befolgt. Allerdings gibt es technische Berater, die bei der Anwendung beispielsweise von Insektiziden, die per Flugzeug über die Felder versprüht werden, anwesend sind.

Mit einem Vertreter von PROCAMPO diskutiere ich später noch über diese Frage und er erklärte mir, daß im allgemeinen versucht werde, die ökologischen Fragen immer miteinzubeziehen. Allerdings fehlt es auch hier, wie überall, an Geld und Fachkräften.

In diesem Zusammenhang interessierte mich auch die Frage, wie Tradition und Technologisierung sich ergänzen bzw. widersprechen. Dazu erzählte mir ein Mitglied einer Kooperative, daß es bei ihnen schon manchmal Differenzen mit Vertretern der technisch-wissenschaftlichen Beratung und den Bauern gab. Die Berater wollten die Bauern dazu bringen, die gesamte Ernte der Ajonjoli (Sesam), ein roter Samen, der Vitamin C enthält und zur natürlichen Färbung von Refrescos und Lebensmitteln verwendet wird, zu vernichten, da diese Pflanze nutzlos sei. Über diese Frage zerstritten sie sich heftig, mit dem Erfolg, daß sie ihr Ajonjoli doch behalten konnten.

Neben der Hoffnung auf Fortschritt und Erhöhung der Produktion durch Technisierung und Mechanisierung existiert zumindest bei den älteren Campesinos eine große Verbundenheit mit der Natur und einfachen Produktionsmethoden. Inwieweit das jahrhundertalte Wissen der Bauern auch als Grundlage für die Weiterentwicklung benutzt wird, wird die Zukunft zeigen.

## MEXIKO

### Zur aktuellen Lage

Nach den fetten Jahren des Erdölrauschs kehrt jetzt mehr als Ernährung in Mexiko ein. Die Folgen der Wirtschaftskrise werden erst jetzt in ihrer ganzen Konsequenz spürbar und sie offenbaren zugleich die sozialen Widersprüche des Landes. In einer Welle von Streiks, Kundgebungen und durch die Stärkung oppositioneller Parteien äußert die mexikanische Bevölkerung ihren Unmut über die Austeritätspolitik des Präsidenten de la Madrid, die dieser in Erfüllung der vom Internationalen Währungsfond (IWF) auferlegten "Stabilitätsmaßnahmen" praktiziert.

Deutlich wird diese Politik ganz besonders im Ausbildungssektor, der wie alle "unproduktiven" Bereiche besonders geschoren wird: Den Arbeitern und Angestellten der Hochschulen gelang es nicht, eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung durchzusetzen. Eine Protestkundgebung der Studenten der Pädagogischen Hochschule in Mexiko-Stadt wurde am 21. Juli mit Stöcken und Schüssen auseinandergetrieben, es gab zahlreiche Verletzte und möglicherweise Tote (Die mexikanische Presse behandelte die Ereignisse mit äußerster Zurückhaltung aus Angst vor Repressalien.) Auf Anweisung von "Oben" sollte offensichtlich eine seit Jahren nicht da gewesene Härte der "Staatsmacht" gezeigt werden.

Bei einer Inflation, die in diesem Jahr voraussichtlich 120 % erreichen wird, werden allgemeine Lohnerhöhungen um die 15 % ausgehandelt. Während die Universitäten wie gesagt leer ausgingen, erhielten die Armeegehörigen bis zu 30 % Aufschlag. Nach einer Studie der Nationalen Universität (UNAM) ist der Mindestlohn (inflationbereinigt, also real) von 96,70 Pesos im Oktober 1976 auf 53,33 Pesos im Mai 1983 abgesackt.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom Juli in fünf nördlichen Bundesstaaten löste Spekulationen über einen möglichen Rechtsbruch aus, nachdem die konservative PAN (Partei der nationalen Aktion) in vielen Gemeinden Chihuahuas und Sonoras eine überwältigende Mehrheit der Stimmen für sich gewinnen konnte. Angesichts der alles andere als revolutionären Politik der PRI (die gegenwärtig regierende Partei der Institutionalisierten Revolution) und ihrer Verfilzung ist es kein Wunder, daß sich große Teile des Mittelstandes (über 60 % der Bevölkerung, vorwiegend Arbeiter, gingen gar nicht erst zu den Urnen) für die PAN entschied, die auf eine massive Unterstützung durch die Massenmedien, insbesondere der TELEVISIA-Fernsehkette und der Regenbogenpresse, stützen konnte.

Daß die Wahlergebnisse so ausfallen konnten, scheint auf einen korrekten Wahlvorgang schließen zu lassen. Zunächst einmal wirkt es erstaunlich, daß die PRI nicht wie gewohnt die Wahlen manipuliert hat. Ist es ein Resultat der "Demokratischen Öffnung", die unter Lopez Portillo eingeleitet worden ist, oder hat die PRI schlichtweg geschlafen?

Sicher ist nur, daß der Norden Mexikos von der Regierung mit Samthandschuhen angefaßt wird. Hier lebt eine vorwiegend creolische Bevölkerung und hier ist aus den Latifundien und der Industrie eine mächtige Bourgeoisie hervorgegangen. Außerdem muß festgestellt werden, daß Wahlsiege der PAN keinen qualitativen Wandel der Politik und der Wirtschaft zur Folge haben. Die Interessen der herrschenden Gruppen, der Caciquen, bestimmen weiterhin weitgehend die Kommunalpolitik.

Ganz anders hingegen ist das Verhalten der Regierung und der PRI bei linken Wahlerfolgen. Wir dokumentieren im folgenden einen Bericht über Juchitan im Staat Oaxaca. Wenn hier die Linke so heftig bekämpft wird, so liegt das nicht nur an den strukturverändernden Ansätzen dieser Gruppen und ihrem immanenten Gegensatz zu den Caciquen. Im Süden Mexikos kommt noch eine rassistische Komponente in die Politik - die bis heute praktizierte Unterdrückung und Entrechtung der indianischen Ethnien. Der Süden Mexikos ist Mittelamerika und die Angst, daß der Funke überspringt geht in gewissen Kreisen um.

## Linkscoalition in Juchitán abgesetzt

Am Mittwoch, den 3. August wurde der Gemeinderat von Juchitan durch den Kongress des Staates Oaxaca seines Amtes enthoben. Damit sind seit Amtsantritt des Gouverneurs von Oaxaca, Pedro Vázquez Colmenares (PRI) vor 3 Jahren, bereits 45 Bürgermeister in diesem Staat abgesetzt worden. Mit dem Sturz der Arbeiter, Bauern und Studentenkoalition des Isthmus (COCEI) ist nun auch ein linkes Projekt getroffen worden, das in ganz Mexiko Sympathie und Anerkennung genoß. (Vgl. LN 104, Juni 1982).

Mit den Stimmen von PRI, PAN und PPS wurde der COCEI-Gemeinderat mit der Begründung abgesetzt, er habe "die Verfassung gebrochen, Geld unterschlagen, Unruhe gestiftet, Gewalt gesät," usw. Die Herren in Oaxaca hatten sich zum richtigen Zeitpunkt diesen Schritt ausgesucht: Am 7. August sollten die Abgeordneten für das Landesparlament und im November die Gemeinderäte gewählt werden. Zunächst einmal wurden die Wahlen vom 7. August für Juchitan auf unbestimmte ausgesetzt.

COCEI-Bürgermeister Leopoldo de Gyves legte Einspruch vor dem 3. Gericht in Salina-Cruz ein und Richter Islas Rodriguez verkündete, "ohne Druck von irgendwelcher Seite" sich der Sache zu widmen und die Entscheidung "zu gelegener Zeit" und "unter strikter Beachtung der Gesetze" herbeizuführen. Zwei Tage später wurde der Einspruch mit dem Argument zurückgewiesen, die Kläger verlangten Schutz vor der Bundespolizei wegen angeblicher Verletzungen ihrer "politischen Rechte statt ihrer individuellen Garantien".

Einen Tag nach der Entscheidung des Kongresses wurde Cesar Augusto Carazco Gomez (PRI) in einem Schulgebäude in Juchitan vor 700 PRI-Leuten und 180 Bundespolizisten als Vorsitzender des Gemeinderates vereidigt. Die COCEI weigerte sich einstweilen standhaft das Rathaus zu räumen und nahm ihre Geschäfte wieder auf.

Am 7. August, als im Staate Oaxaca (außer Juchitan) die Mitglieder des Landesparlamentes gewählt werden sollten, kam es zu einer überwältigenden Solidaritätskundgebung für die COCEI, die an diesem Tage zu einer Volksabstimmung aufgerufen hatte. (S. nebenstehenden Bericht.)

SONNTAG, 7.8. IN JUCHITAN (Mario Benitez in "uno más uno" vom 10.8.83)

Ich wurde Zeuge eines unvergeßlichen Beispiels moralischer Erneuerung (eine häufig benutzte Floskel von Präsident de la Madrid, d.Red.), die meinen Glauben in die unglaublichen Möglichkeiten des mexikanischen Volkes bestärkt hat. Bereits um 12 Uhr mittags war das Zentrum verzaubert. Es waren um die 5000 Frauen mit ihren roten und gelben Blusen (hupiles), ihren knöchellangen Röcken und ihren mit Blumen geschmückten Frisuren. Sie hatten die Grazie und Majestät von Königinnen. Es waren hauptsächlich Händlerinnen, Verkäuferinnen von Früchten, Blumen, Gemüse, Fisch, Leguanen und Gürteltieren, Tacos und Gebratenem... Um 1 Uhr waren es 25.000 Menschen, die sogar auf Bäumen und Dächern saßen und wie ein farbiger Strom Straßen und Plätze überfluteten. Ständig stießen Menschenzüge unter wehenden roten Fahnen aus den Nachbardörfern hinzu. Einige führten verummumt Tänze auf, lachten und riefen Parolen: "El pueblo unido, Polin amigo, el pueblo está contigo (das geeinigte Volk, Freund Polin, - Spitzname von Leopoldo de Gyves -, das Volk ist mit dir.). Eine große verspielte und unschuldige Menschenmenge mit dem brennenden Wunsch nach Befreiung, aber ohne Groll und ohne die bleierne, eiserne Rhetorik der Riesenpartei (PRI, d.Red.)

Als der Abgeordnete Hector Sanchez Lopez an der Reihe war, hielt er zunächst eine Rede auf zapotekisch und ich verstand nur die spanischen Worte: Betrug, betrügerisch - es gibt kein entsprechendes Wort auf zapotekisch.

Aber was bedeutet die Volksabstimmung? Nun, dort war das eilig zusammengerufene Volk, doch das reichte nicht aus, denn der Abgeordnete wollte explizit sein und sich auf die konkreten Vorwürfe beziehen. Der Kongreß und die Regierung in Oaxaca hatten zur Amtsenthebung des Gemeinderates folgende Vorwürfe erhoben: Sie waren unfähig, das Volk zu regieren. Sie haben Mittel veruntreut. Sie haben keine materiellen Leistungen erbracht. Das Volk lehnt seinen Gemeinderat ab. Das Volk und der Gemeinderat sind für die zwei Toten vom 31. Juli verantwortlich. Die 25.000 Juchiteken antworteten mit NEIN und JA (im Falle der materiellen Leistungen) so kategorisch und lautstark, daß man es bis Oaxaca hätte hören müssen, daraufhin fuhr der Abgeordnete fort: "Nun, da das Volk ohne Diskrepanz geantwortet hat, soll das Volk die Anklage erheben." Es folgten die Namen der an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten Entführten und Ermordeten. Er fragte, ob es rechtens sei, den Gemeinderat abzusetzen und ob das Volk einverstanden sei, daß Leopoldo de Gyves weiterhin Bürgermeister bleibe. Jede Frage wurde in der Art eines Spiels ganz natürlich und bestimmt beantwortet. Da verstand ich, wo die Macht dieses Volkes verwurzelt ist: In ihrem Gefühl der Brüderlichkeit, in ihren freundschaftlichen Bindungen, in ihrer traditionellen gegenseitigen Hilfe, in ihrer innigen Beziehung zur Natur, in der tiefen Verschmelzung mit ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrem Freiheitssinn, ihrer Liebe zum Leben, in all den mexikanischen Werten, die wir heillos verlieren.

Die Zapoteken haben uns eine Lehre von Moralischer Erneuerung erteilt, wie sie Präsident de la Madrid propagiert und die vom PRI laufend zunichte gemacht wird. Die PRI reproduziert in Oaxaca die alten und vermoderten absolutistischen Systeme des Porfirismo (die Periode des durch die Revolution gestürzten Diktators Porfirio Diaz, d.Red.), wenn sie auf die Machenschaften und die Infamie der Diktatur zurückgreift. Ich weiß nicht, wo dieser Kampf endet wird. Ich weiß lediglich, daß der nächste Bürgermeister und der nächste Abgeordnete von der COCEI sein werden. (...) Juchitan wird nie eine Niederlage bleiben. Ihr NEIN zum Staatsingriff und zur Raubgier klingen weiterhin in meinen Ohren.



"Das Volk von Juchitán" meinte Bürgermeister 'Polin' de Gyves, "ist sich dessen bewußt, daß der jetzige Gemeinderat ein Resultat seines Kampfes ist und deshalb ist es bereit, diesen Prozeß bis zum Schluß zu verteidigen - nicht also 'Polin', nicht den Vorsitzenden, noch den Rat, sondern den Prozess des Kampfes."

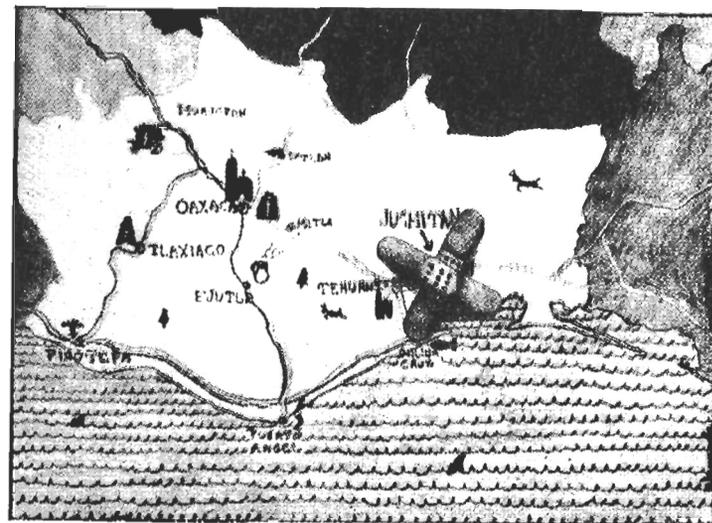
Trotz der tiefen Verankerung der COCEI im Volke von Juchitán steht zu befürchten, daß die COCEI ihren 10. Jahrestag im Untergrund feiern wird. Die vom PRI beeinflusste Staatsanwaltschaft wartet noch auf einen geeigneten Augenblick, um das Rathaus räumen zu lassen. Die PRI diffamiert landesweit auf doppelseitigen Anzeigen (die sie angeblich oft gar nicht bezahlt, mit der Drohung, daß der staatliche Papiervertrieb PIPSA seine Lieferung unterbrechen könnte.) die COCEI und die Freunde der COCEI haben nicht die publizistischen und finanziellen Möglichkeiten, um adäquat zu kontern. Knapp zwei Wochen nach der Amtsenthebung war es in den Medien schon spürbar stiller um Juchitán geworden.

### Chronik der Gewalt in Juchitán

Seit ihrer Gründung im Jahre 1974 ist die COCEI den Großgrundbesitzern und der PRI ein Dorn im Auge. Seitdem war ihnen jedes Mittel recht, um die Linkskoalition zu diffamieren und zu bekämpfen.

Am 20.11.1974 wurde vom Dach des damaligen Bürgermeisters, Mario Bustillos, eine Menschenmenge beschossen, die gegen den Wahlbetrug protestierte, durch den einer der wichtigsten COCEI-Führer und Kandidat auf das Bürgermeisteramt, Héctor Sanchez um seinen Wahlsieg betrogen wurde. Hierbei starb eine schwangere Frau, Lorenza Santiago Esteva. Am Jahrestag dieses Ereignisses 1975 wurde eine Gedenkfeier angegriffen und acht Personen ermordet. Damals konnten die Aggressoren nicht entkommen, einer wurde gelyncht und die anderen beiden verhaftet. Im Mai 1975 bereits wurde Héctor Sanchez unter dem Vorwurf zahlreicher Vergehen 14 Tage in Haft gehalten, dann aber entlassen. Ein Jahr später wurde gegen ihn und zwei weiteren COCEI-Mitgliedern Anklage wegen Mordes erhoben. Auch dieser Vorwurf mußte später fallengelassen werden.

Am 22.2.1977 zerstreuten Polizei und paramilitärische Gruppen eine Kundgebung der COCEI. Zwei Kinder starben auf dem Hauptplatz von Juchitán. Über 100 km von Juchitán entfernt wurden die verstümmelten Leichen von weiteren drei Kundgebungsteilnehmern gefunden.



Dies sind einige der hervorstechendsten Gewaltakte aus der Zeit vor der Amtsübernahme durch die COCEI. Damals ist es dem Kongreß deswegen niemals in den Sinn gekommen, deshalb den PRI-Bürgermeister seines Amtes zu entheben.

Am 16. Nov. 1980 erlangte die COCEI in Koalition mit der PCM (Kommunistische Partei, heute Teil der PSUM - Vereinigte Sozialistische Partei) den Wahlsieg, der jedoch durch Manipulationen verfälscht wurde. Die Wähler fanden sich nicht damit ab. Das Rathaus wurde besetzt und schließlich konnten Neuwahlen durchgesetzt werden, die unter der Aufsicht der Bundesregierung durchgeführt worden sind. So konnten schließlich die Kandidaten der Allianz am 10.3.81 ihre Ämter übernehmen. Seitdem hetzen die örtlichen Casiquien und die PRI wo sie nur können gegen den Gemeinderat von Juchitán. Oaxaca sperrte zeitweilig Gelder und im Januar dieses Jahres versuchte der PRI-Kandidat Teodoro Altamirano mit seinen Leuten gewaltsam das Rathaus einzunehmen. Saldo: 2 Tote.

Je näher der Wahltermin 7. August rückte, desto härter wurden die Auseinandersetzungen. Am 17. Juli hatten etwa hundert Bauern in La Ventosa ein Stück Land besetzt, das sie unter Bezugnahme auf einen Präsidentenerlaß für sich beanspruchten. Obwohl Bürgermeister de Gyves das Hausrecht besaß, wurde das Gelände durch 300 Bereitschaftspolizisten und 80 PRI-Leuten unter der Leitung von Teodoro Altamirano geräumt. Unter Anderen wurde hierbei auch de Gyves verletzt, der anschließend äußerte: "Ich glaube, daß die PRI hiermit ihre Strategie offenbart hat: Provokation, Einschüchterung und Gewalt auf der Grundlage einer Lügenkampagne. Das Ziel? Ich bin davon überzeugt, daß, wenn sich die COCEI provozieren läßt, sofort eine Verfolgung ihrer Funktionäre einsetzt, so daß die Massenbewegung ohne Führung bliebe. Mit dem Anwachsen der Spannungen würde es dann zum Einsatz der Armee und der Bundespolizei kommen, was ja jetzt schon gefordert wird."

In der Tat wurden zwei Tage später 500 Bundespolizisten in Juchitán eingesetzt, die in Privatfahrzeugen von PRI-Leuten und Händlern durch Juchitán patroullierten. Den 15 Ortspolizisten, die dem Bürgermeister unterstehen, wurden die Waffen abgenommen.

Die COCEI rief daraufhin zu einer Massenkundgebung zum Protest gegen die Präsenz der Polizei für Sonntag, den 31. Juli auf. An diesem Tag, an dem gleichzeitig der Wahlkampf für den 7.8. abgeschlossen wurde, kam es zu einem besonders schweren Zusammenstoß zwischen den Widersachern, mit Feuerwaffen, Knüppeln und Steinen, bei dem zwei Menschen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Jede Seite bezichtigte die Andere der Aggression. Erneut wurde der verfassungsmäßige Gemeinderat von Juchitan als Verbrecherbande hingestellt. In den meisten Massenmedien wurde lediglich die PRI-Version wiedergegeben und die COCEI verurteilt. Trotz der massiven Polizeipräsenz und dem Bekanntheitsgrad der Täter wurde niemand verhaftet und zur Verantwortung gezogen. Für den Kongreß in Oaxaca war die Sache klar: Am Mittwoch, dem 3. August wurde der Gemeinderat von Juchitan mit den Stimmen von PRI, PAN und PPS seines Amtes enthoben. Die Wahlen wurden vertagt.

### PRI: Machterhaltung um Jeden Preis

Bei den Wahlen 1980 fielen alle wichtigen Städte des Staates außer der Hauptstadt der Opposition zu. In mindestens 470 der 570 Gemeinden mußte die PRI den Kandidaten akzeptieren, den die Gemeinde vorgeschlagen hatte. (1) Die Verluste von 1980 versuchen der PRI und ihr Gouverneur Vazquez Colmenares dadurch zu verringern, daß sie seitdem ganz legal, versteht sich, kontinuierlich Bürgermeister absagen – bisher 45 mit de Gyves. Eine Gruppe von Soziologen der Universität von Oaxaca erklärten die Mechanismen: "Wirtschaftlich übt die Staatsregierung eine absolute Kontrolle über die Gemeinden aus. Die Überwachung des Gemeindebudgets erfolgt über die Hauptbuchhaltung des Abgeordnetenhauses, der ein guter Freund des Gouverneurs und Ex-Präsident der PRI, Raul Bolanos Cacho, vorsitzt. Fast alle Gemeinden, die von Oppositionellen regiert werden, sind von der PRI der Veruntreuung bezichtigt worden. Sobald solche Anzeigen erstattet werden, veranstaltet der Kongreß Anhörungen, die als Kontroll- und Druckmittel benutzt werden oder zur direkten Bestrafung nicht fügsamer Bürgermeister eingesetzt werden. Dort wo die PRI verloren hat, praktiziert sie eine permanente Offensive zum Boykott der Gemeinden. Beispiel: In Pinotepa Nacional ist der Gemeinderat unter Druck, weil die Händler den versprochenen Umbau des Marktes fordern. Die Gemeinde kann nichts machen, da die Regierung in Oaxaca die Finanzen zurückhält. Oder das Beispiel von Pochutla: Zum Zeitpunkt des Amtsantritts des Bürgermeisters stand die Gemeinde bei der Elektrizitätsgesellschaft (CFE) in Kreide. Das E-Werk drohte mit Stromsperren und prompt stellte die PRI den neuen Gemeinderat als unfähig hin. Aber die Angriffe beschränken sich nicht auf diese Ebene – im letzten Jahr wurden in Magdalena Ocotlán drei Angehörige der PSUM ermordet.

Quelle: Proceso, Uno más uno.

- (1) In vielen zapotekischen und mixe-Gemeinden gibt es noch intakte soziale Strukturen, die parallel zur modernen Hierarchie funktionieren. Hier stellt der Ältestenrat die Kandidaten, die in der Regel von der PRI übernommen werden. Als die PRI den Kandidaten der Gemeinde Telixtlahuaca nicht akzeptierte und einen anderen einsetzen wollte, fertigten die Einwohner eigene Wahlurnen und hielten Parallelwahlen ab. So mußte schließlich die Staatspartei das Ergebnis akzeptieren.

## Nuclear, no gracias?

Mit der Wirtschaftskrise, die Mexiko derzeit durchlebt, ist erneut die Frage nach dem Sinn des Aufbaus einer eigenen Atomindustrie in der Öffentlichkeit aufgeworfen worden. Die Bauarbeiten des Reaktors von Laguna Verde sind für zwei Jahre stillgelegt worden und es wird in Erwägung gezogen, das Atomkraftwerk in ein mit Erdgas betriebenes Wärmekraftwerk umzurüsten.

Eine weitere Entscheidung im Nuklearbereich hat die Gemüter viel mehr erhitzt: Am 8. August wurde der Staatsbetrieb Uranio Mexicano (URAMEX) bis auf weiteres geschlossen. Die Erklärung des URAMEX-Direktors Alberto Escofet schließt mit den Worten: "...Da das Land keine Dringlichkeit bei der Versorgung mit Uran mehr hat, noch URAMEX die Möglichkeiten zur Fortsetzung seiner Programme und Projekte besitzt, ohne dem Land wirtschaftlich zu schaden, auch wenn diese in Zukunft weitergeführt werden müssen, ist die zeitweilige Stilllegung der Arbeit und der kollektiven und individuellen Beziehungen zu dem gewerkschaftlich organisierten Personal von URAMEX notwendig geworden, so daß, je nach den Bedingungen und Notwendigkeiten, diese persönlichen Beziehungen wieder aufgenommen werden können." (Hervorhebung durch die Redaktion).

URAMEX beschäftigt 2.300 zum Teil hochqualifizierte Fachkräfte und widmete sich der Uransuche ihrer Quantifizierung und Verarbeitung.

Die für den Bereich zuständige Gewerkschaft SUTIN (Einheitsgewerkschaft für die Beschäftigten der Nuklearindustrie) ist aus der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft hervorgegangen und ist in Mexiko als einer der kämpferischsten und fortschrittlichsten Gewerkschaften bekannt. SUTIN hatte am 30. Mai bei URAMEX den Streik ausgerufen, um eine 50 %-ige Lohnerhöhung durchzusetzen. Nach drei Wochen beugte sich die Gewerkschaft der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und erklärte sich bereit, bei einer Lohnerhöhung von 15,6 % die Arbeit wieder aufzunehmen. URAMEX-Chef Escofet weigerte sich jedoch, den Betrieb zu übernehmen. Am 26. Juni kündigte Escofet die Schließung von URAMEX und die Entlassung des Personals, machte dann aber einen Rückzieher und erklärte die Bereitschaft, die Firma wieder von den Streikenden entgegen zu nehmen.

Am 8. August, dem Tag der vereinbarten Übergabe des Betriebes und der Wiederaufnahme der Arbeiten, kam dann die "Bombe": URAMEX stellt "zeitweilig" seine Tätigkeit und seine Beziehung zu SUTIN und zu jedem einzelnen Mitglied der Gewerkschaft ein. Als Entschädigung soll maximal ein Monatslohn gezahlt werden.

Diese Entscheidung ist der Versuch, einen maßgeblichen Teil von SUTIN zu beseitigen und er kann nur als der Versuch der Regierung interpretiert werden, gegen eine fortschrittliche Gewerkschaft ein Exempel als warnendes Beispiel für andere zu statuieren.

# JAMAICA

## 21 Jahre politische Unabhängigkeit

"Paßt auf Jamaika auf", soll Ronald Reagan Anfang 1981 gesagt haben, "ein Wunder auf dem karibischen Markt wird geschehen". Heute, zwei Jahre später ist von dem angekündigten Wunder immer noch nichts zu spüren. Im Gegenteil, bei vielen Jamaikanern macht sich Bestürzung breit und am meisten wohl bei 'Zauberer' Premierminister Seaga, als 1983 der IMF-Test nicht bestanden wurde - man war sogar froh, gerade noch einen Rückzahlungsaufschub vom Internationalen Währungsfond erhalten zu haben.

Schon bald nach dem Regierungsantritt von Seaga (Nov.81) setzten sich die ökonomischen Schwierigkeiten der Manley-Regierungszeit fort, und dies verwirrte die Wähler, die der JLP ('Jamaican Labour Party') im Oktober 81 zu einem haushohen Wahlsieg verholfen hatten. "Mismanagement"- und "Kommunismus"-Vorwürfe der Manley-Regierung gegenüber scheinen die Realität doch nicht beachtet zu haben, die landesspezifischen Probleme haben wohl komplexere und tiefer gehende Ursachen. Der Jamaikaner heute muß sich fragen, was sind unsere realen Möglichkeiten und wie können wir diese mit unseren Fähigkeiten und Mitteln nutzen. Um herauszufinden, wie das politische System Jamaika's auf diese Frage in den vergangenen 21 Jahren reagiert hat, ist ein Blick in die jüngere Geschichte des Landes notwendig.

### Vernachlässigung wirtschaftlicher Probleme

Frustriert durch niedrige Löhne und unerträgliche Arbeitsbedingungen erhob sich die Arbeiterschaft in den 30-er Jahren gegen das englische Kolonialregime und erzwang Zugeständnisse wie die Gründung von Gewerkschaften, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Anerkennung von politischen Parteien als ersten Schritt zur Machtübertragung von London nach Kingston. Zentralfiguren dieses Kampfes und heutige Nationalhelden waren Norman Manley, Gründer der PNP ('People's National Party') und Alexander Bustamante, Gründer der JLP.

In den folgenden Jahren wurden die ökonomischen Ursachen der Unruhen während der 30-er Jahre von den politischen Führern mehr und mehr verdrängt, im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stand das Erreichen der politischen Unabhängigkeit. Die traditionelle ökonomische Struktur hatte sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit - im August 1962 - vom Kolonialstaat England nur marginal verändert. Die heimische Landwirtschaft produzierte weiterhin Zucker und Bananen für den Export. Der Abbau von Bauxit und die Tourismusindustrie waren zwar als neue Devisenbringer hinzugekommen, jedoch nicht wie erwartet neue Arbeitsplätze geschaffen und schon längst nicht die



National hero Norman Manley



National hero Alexander Bustamante

alten Besitzstrukturen und damit auch nicht die traditionellen Machtstrukturen verändert. Die Arbeitslosenquote war von 12%(1938) auf 25%(1962) gestiegen, immer noch war weit über die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens im Besitz von knapp 1% der Grundbesitzer. Die weniger fruchtbaren, meist schwer bebaubaren und kaum Überschuß bringenden Böden blieben der Masse der Kleinbauern und Pächter (damals noch ca.70% der Bevölkerung) zur notdürftigen Sicherung des Lebensunterhaltes ihrer Familien. Dem zunehmenden Bevölkerungsdruck aus den ländlichen Gebieten auf die Städte und die nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätze, bedingt durch massive Landkäufe der nordamerikanischen Bauxit-Multis (ein Siebentel der landwirtschaftlichen Nutzfläche) und die immer unrentabler werdenden kleinen Wirtschaftsflächen, blieb das Ventil der Auswanderung - vorzugsweise nach England.

Dennoch überlebte das ökonomische System, durch hohe Investitionen in den Bauxitsektor und die Tourismusindustrie wurden sogar Zuwachsraten erreicht. In erster Linie profitierte davon die Mittelschicht. Die Einkommensunterschiede vergößerten sich, die kulturelle Entfremdung wuchs. 'Black Power Movement' und 'Rastafarianismus' gewannen an Bedeutung, die Mittel- und Oberschicht fühlte sich bedroht, polizeistaatliche Gegenmaßnahmen waren die Folge. Der Höhepunkt dieser sozio-politischen und sozio-kulturellen Auseinandersetzungen war die Ausweisung von Walter Rodney, Gastdozent an der 'University of West-Indies' in Kingston im Jahre 1968 unter Premierminister Shearer, heute Außenminister der Seaga-Regierung - Seaga war 1968 Finanzminister.

Als Norman Manley 1969 vom Amt des Parteivorsitzenden der PNP zurücktrat, konnte er zu Recht sagen, daß seine Generation die politische Unabhängigkeit für Jamaika erreicht habe, mußte aber auch zugestehen, daß die soziale und ökonomische Umstrukturierung des Landes Aufgabe seiner Nachfolger bleiben muß. Sein Sohn Michael Manley übernahm die Parteiführung.

### Hoffnung auf Manley: Modell "Wirtschaftliche Unabhängigkeit"

"Power for the People" war der zentrale Wahlslogan der PNP im Jahre 1972. Und die Jamaikaner betrauten Michael Manley mit dem

Regierungsmandat, um die Mängel in der Regierungspolitik während der 60-er Jahre zu beseitigen. Mit der Erklärung der PNP zum 'Demokratischen Sozialismus' im Jahre 1974 änderte sich auch die Tagesordnung im politischen Geschehen. Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz oder die Arbeitermitbestimmung wurden in Angriff genommen. Auch wurde begonnen, die Wirtschaftsstrukturen zu verändern. Aufbau von Kooperativen in der Zuckerindustrie, die Ausweitung der Staatsbeteiligung im Import, den Bank- und Finanzgeschäften oder die drastische Erhöhung der Bauxitabgaben sind die herausragenden Ereignisse. Im Außenhandel wurde versucht, durch Diversifizierung aus der einseitigen Abhängigkeit vom englisch-amerikanischen Kapital, Know-How und Markt herauszukommen. Sogar mit der Sowjetunion wurden Handelsbeziehungen aufgenommen. Mit der Aufnahme von 'freundschaftlichen Beziehungen' zum benachbarten Cuba erreichte die Verbitterung der besitzenden Klasse ihren Höhepunkt. Sie fürchtete um Beschneidung und Beraubung ihres Status und ihrer Privilegien. Massive Kapitalflucht und eine Auswanderungswelle von Fach- und Führungskräften waren die Folge. Die Bauxit-Multis reagierten auf die Abgabenerhöhung mit Produktionsverlagerungen in andere Länder (z.B. wurden die australischen Bauxitlagerstätten damals erschlossen). Die drastischen Erhöhungen der Erdölpreise leerten die Staatskasse. Zunehmende Enttäuschung der Wählerschaft, die Micheal Manley 1976 noch zu einer zweiten Regierungsperiode verholfen hatte, politische Destabilisierungsversuche von Außen und ein bürgerkriegsähnlicher Wahlkampf verhalfen JLP-Führer Seaga 1980 zum Wahlsieg.

### Hoffnung auf Seaga: Modell "Wirtschaftliche Abhängigkeit"

Seaga's Regierungsübernahme fiel mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan, dem politischen Rechtsaußen und konservativsten Präsidenten, den sich die Amerikaner bisher in diesem Jahrhundert gewählt haben, zusammen. In vollem ideologischen Einverständnis brach Jamaika die diplomatischen Beziehungen zu Cuba ab, erhielt von den USA direkte finanzielle Hilfe von US \$ 234 Mio., eine Summe, von der Manley während seiner ganzen Amtszeit nicht zu träumen wagte. Obwohl kein Bedarf bestand, füllten die USA ihre Bauxitvorräte mit dem 'jamaikanischen Gold' auf, und der IMF machte einen US \$ 650 Mio.-Kredit locker. Dennoch verfünffachte sich das Handelsdefizit von 1980 bis 1982, die landwirtschaftliche Produktion sank um 19%, und die Bauxit-Förderung ging auf Grund der Weltrezession auf die Hälfte zurück.

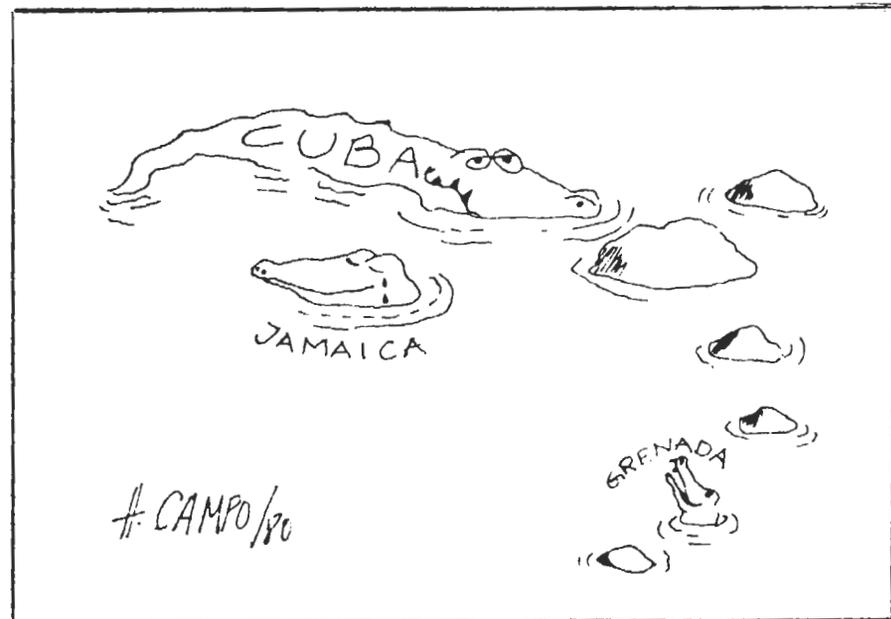


### Neue Strategien sind notwendig

Die vergangenen 21 Jahre haben gezeigt, daß ein Verbleiben im 'Dependenz-Modell' die jamaikanischen Probleme nicht lösen wird. Ebenso wird eine Strategie nach dem Modell des 'Vertrauens auf die eigene Kraft' keine Erfolge zeigen, solange es nicht gelingt, die krassen Klasseengesätze aufzuweichen und aufzulösen. Die besitzende Klasse, die die ökonomische und politische Macht kontrolliert, darf nicht länger an ihren Privilegien festhalten.

Claude Robinson, Pressesprecher unter Michael Manley, fordert die JLP-Regierung auf, endlich auf ausländische Experten und Ratschläge zu verzichten und mehr auf die Fähigkeiten und Qualifikationen der einheimischen Kräfte zu vertrauen. Die PNP muß sich innerparteilich wieder festigen, sollte aber von ihrem in den 70-er Jahren eingeschlagenen Weg nicht abweichen. Der kommunistischen 'Workers Party' empfiehlt er, der Wählerschaft unter Beibehaltung ihrer Ideologie glaubwürdig gegenüberzutreten (vgl. 'Caribbean Contact', August 83).

Vielleicht sollte die PNP ihren Wahlslogan aus dem Jahre 1972 'Power for the People' für die spätestens im Jahre 1985 anstehenden nächsten Wahlen schlicht in 'Power to the People' ändern und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten im Falle eines Wahlsieges angehen.



## BRASILIEN

### Massenproteste gegen Austeritätsprogramm

Im Dezember vergangenen Jahres, nur kurz nach den Wahlen, war es auch für Brasilien soweit: Entgegen den zahlreichen Beteuerungen der Regierung in Brasilia, das Land stehe nicht, wie kurz zuvor Mexiko, vor der Zahlungsunfähigkeit, mußten brasilianische Minister den Gang zum Internationalen Währungsfonds (IWF) antreten. Auf rd. 88 Mrd. US \$ war die Auslandsschuld angestiegen, und nur um Zinsen und Amortisationen für 1983 zahlen zu können, beantragte Brasilien einen "Jumbo"-Kredit von 4,8 Mrd. US \$.

#### Brasilien im Sog des IWF

Damit wurde ein Weg eingeschlagen, der das berühmt-berüchtigte Austeritätsprogramm des IWF auch nach Brasilien brachte und damit die ohnehin schon prekäre Situation der brasilianischen Bevölkerung noch verschärfte. Bereits im Verlauf des Jahres 1982 gab es immer mehr Anzeichen für eine Verschlechterung der ökonomischen Entwicklung des Landes. So hat sich nicht nur der Handelsbilanzüberschuß deutlich verringert, sondern es war auch ein starker Anstieg der Unterbeschäftigung zu verzeichnen sowie ein Sinken der Industriearbeiterlöhne. Letzteres hängt vor allem mit der verstärkt angewandten zwischenbetrieblichen Rotation zusammen, was ein verbreitetes Mittel zur Verringerung der Lohnkosten ist. (1)

Folge und Symptom dieser Entwicklung war auch die verstärkte Inanspruchnahme des "Fundo de Garantia por Tempo de Serviço" (FGTS), eine Art Sozialversicherungsbeitrag, den man sich nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses auszahlen lassen kann. Vermehrte Entlassungen hatten dazu geführt, daß auf diese Form der finanziellen Überbrückung verstärkt zurückgegriffen werden mußte.

Parallel zur Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt war ein Preisanstieg bei Lebensmitteln zu verzeichnen, der sogar noch über der offiziellen Inflationsrate von 100% lag. Eine Untersuchung über das Konsumverhalten der Brasilianer machte dann auch eine wesentliche Veränderung seit 1980 deutlich: nicht nur quantitative Einschränkungen, sondern zusätzlich eine Tendenz zu minderer Qualität bei der Ernährung.

All das war bereits brasilianische Realität, bevor der IWF empfahl, die Brasilianer sollten ihre Gürtel enger schnallen. Anfang Januar 1983 wurde vom Finanzminister und dem Präsidenten der Zentralbank

(1) Der Lohn eines Arbeiters hängt nicht nur von seiner Qualifikation sondern auch von seiner Betriebszugehörigkeit ab. Um diese gering zu halten, tauschen beispielsweise multinationale Autohersteller gerne ihre Arbeitskräfte aus, die zwar in der Branche jahrelange Erfahrungen haben, aber öfter den Betrieb wechseln müssen.

die "Carta de Intenção ao FMI" (Absichtserklärung an den IWF) unterzeichnet, in der sich Brasilien zu jenen Maßnahmen verpflichtet, die der IWF praktisch immer bei der Vergabe von Krediten fordert: Exportsteigerung, um die sich verschlechternden terms of trade in der Außenhandelsbilanz auszugleichen; Freier Kapitaltransfer, um die Profite der Multis zu erleichtern und damit ausländische Investoren anzuziehen; Reduktion des staatlichen Sektors, um intern privates Unternehmertum zu fördern und mangelnde Effizienz der öffentlichen Unternehmen abzubauen; Lohnkontrollen, angeblich um die Inflation zu bremsen.

Da in der Logik des IWF das zentrale Problem der brasilianischen Wirtschaft das Defizit in der Zahlungsbilanz ist, steht seine drastische Verminderung im Vordergrund. Von 3.5 Mrd. US \$ im Dezember 1982 sollte es bereits bis März 1983 auf 1,5 Mrd. US \$ gesenkt werden und im Dezember 1983 ausgeglichen sein. Im einzelnen hat Brasilien dem IWF gegenüber erklärt, mit folgenden Maßnahmen seine Wirtschaft zu stimulieren:

- 1) Erhöhung der Exporte durch eine Verbindung von neuer Wechselkurspolitik und finanzieller sowie technischer Förderung;
- 2) Unterstützung der Landwirtschaft mit dem Ziel, Investitionen und Produktivität zu erhöhen;
- 3) Stärkung eines investitionsfördernden Klimas in der Industrie;
- 4) Änderung der Lohnpolitik;
- 5) Änderung der Preispolitik;

Darüber hinaus sollen die juristischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Gewinne und Tantiemen ausländischer Konzerne leichter transferiert werden können.

Konkret wird sich diese Politik, vor allem der Abbau staatlicher Subventionen, für die Brasilianer in einer Serie von Preiserhöhungen auswirken: für Erdölprodukte, Weizen und Brot, Zucker, Strom, Gas und Telefon und für die Transportkosten. Außerdem führt sie zu Stellenstops im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Unternehmen.

Durch die sinkende Nachfrage geraten wiederum noch mehr Unternehmen in Absatzschwierigkeiten, mit der Folge erhöhter Arbeitslosigkeit, und dies führt erneut zu verschärften Ausbeutungsbedingungen der Arbeitskraft. Diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, und vor allem der Reallohnabbau, wurden von der Regierung inzwischen sogar per Dekret festgeschrieben.

#### Die neue Lohnpolitik

In den letzten vier Jahren der Regierung Figueiredo wurde die Lohnpolitik bereits sechsmal geändert. Nach den großen Streiks von 1979-'81 konzidierte das Regime eine alle sechs Monate erfolgende automatische Lohnerhöhung, die die Inflation ausgleichen sollte. Sie wurde anhand des INPC (Nationaler Verbraucherpreisindex) errechnet: Wer 1-3 Mindestlöhne (1 Mindestlohn = ca. 100 - 120.-DM) verdiente, erhielt 110% des INPC, wer 3 - 10 Mindestlöhne verdiente 100% des INPC, und über 10 Mindestlöhne betrug die Angleichung nur noch 80% des INPC. Außerdem sollte ein eventueller Produktivitätszuwachs zusätzliche Lohnerhöhungen bewirken.

1981 wurde die Inflationsanpassung der oberen Lohnklassen sogar noch weiter eingeschränkt: nur 50% des INPC für diejenigen, die

15 - 20 Mindestlöhne verdienten, und überhaupt keine Inflationsausgleich für die Lohnklassen über 20 Mindestlöhnen.

Bereits im Januar 1983 wurde auf Druck des Ipf die zusätzlichen 10% für die unteren Lohngruppen gestrichen, die Lohnklasse 3-7 Mindestlöhne erhielt nur noch 95% des INPC, die umgruppierte Kategorie 7- 15 Mindestlöhne nur noch 80% und alle darüber liegenden Löhne 50%. Diese Maßnahme mußte per Dekret erlassen werden, da auch viele Abgeordnete der Regierungspartei PDS sie nicht unterstützten. Eine weitere geringfügige Verschärfung des staatlichen Lohnknebelns fand nochmals im Mai '83 statt (Dekret 2026)

Das Dekret 2045 vom 13 Juli '83 jedoch stellt alle bisherigen Lohnkürzungen in den Schatten. Es hebt den differenzierten Inflationsausgleich auf, indem es einheitlich alle Lohnklassen nur noch um 80% des INPC anhebt. Dies soll bis 1985 gelten. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß die Empfänger relativ hoher Löhne gegenüber der alten Regelung profitieren. (80% statt bisher 50%) Außerdem öffnet das Dekret noch eine weitere Hintertür für Kürzungen beim Inflationsausgleich: Unternehmen mit anerkannt wirtschaftlichen Schwierigkeiten brauchen sich nicht an die 80% zu halten. Hinzu kommt, daß der Produktivitätsindex an Steigerungen des Bruttosozialprodukts per Capita gekoppelt wird. Da dies in den vergangenen Jahren jedoch nur "negativ wächst", können sich die Lohnabhängigen auch hiervon keine Verbesserungen versprechen.



From the Gazeta Mercantil.

"Marvellous Delfim, were did you get so much wood to keep the train going?"

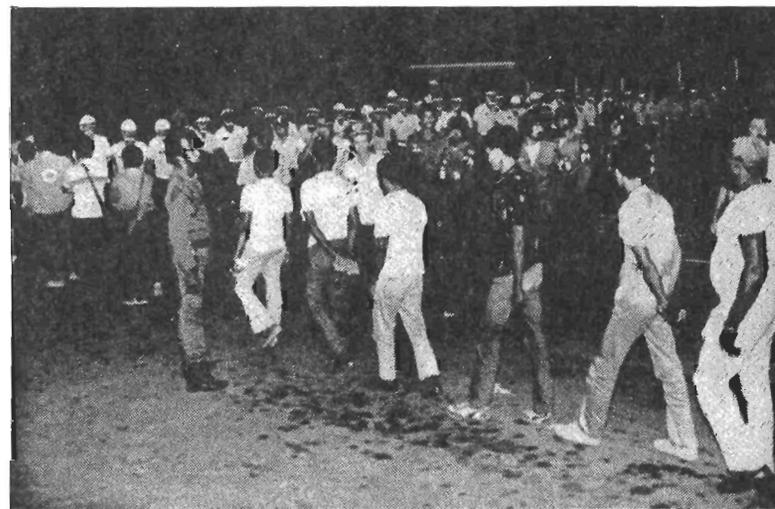
## Neue Streikwelle im Juli

Diese drastischen Maßnahmen waren der Ausgangspunkt für die Streikwelle im Juli, die sich stärker noch als die Streiks der Jahre 1979-'81 auf Forderungen politischen Inhalts konzentrierten. Vor allem wurde die Rücknahme der Dekrete 2024 und 2046 gefordert sowie eine allgemeine Änderung der brasilianischen Wirtschaftspolitik.

Zum erstem mal seit 1964 streikten diesmal die Erdölarbeiter. Am 6. Juli diesen Jahres beschlossen zwei der elf Raffinerien der Petrobras den Streik (Paulinia und Mataripe). Drei weitere schlossen sich an. Auch im Industriegürtel um São Paulo streikte bald 1/4 der Metallarbeiter. Die Versammlung der Streikenden veranlaßte viele Geschäfte zu schließen, da sie eine Wiederbelebung der Plünderungen vom April (siehe LN 115) befürchteten. Anders als die Metallbetriebe in den ABC-Städten gehört dieerdölverarbeitende Industrie zu jenen Wirtschaftssektoren, die unter den Bereich der "nationalen Sicherheit" fallen, da sie die ganze Wirtschaft lahmlegen können. Außerdem besteht dieser Wirtschaftsbereich zu 100% aus staatlichen Betrieben.

Die Regierung antwortete mit 307 Entlassungen und intervenierte drei Gewerkschaften (d.h. ein von der Regierung, resp. Arbeitsministerium ernannter "Interventor" besetzt die Gewerkschaftsleitung). Diese Art der Intervention hat es seit 1981 nicht mehr gegeben.

Wegen innergewerkschaftlicher Differenzen, einer drohenden antigewerkschaftlichen Repressionswelle -das Militär stand bereits in Alarmbereitschaft- und der hierdurch bedingten Stagnation der Streikentwicklung wurde der Ausstand am 11. Juli beendet. Daraufhin einigten sich die Gewerkschaften auf einen allgemeinen Streiktag, den 21. Juli, an dem in ganz Brasilien mobilisiert werden sollte.



Die Militärpolizei treibt Demonstranten in Mataripe (Bahia) zusammen

## Der nationale Streiktag und seine Innergewerkschaftlichen Implikationen

Während sich die Streiks der Petroleiros an konkreten Kürzungen in den Staatsbetrieben entzündeten und die Arbeiterschaft sowohl der Raffinerien als auch der Metallbetriebe, die sich später anschlossen, generell zu den bewußtesten und aktivsten Teilen der brasilianischen Arbeiterschaft gezählt werden, war der 21. Juli als nationaler Streik geplant, in den alle Wirtschaftsbereiche integriert werden sollten.

Eine Aktion mit Generaistreikcharakter, wenn auch nur für einen Tag, hatte es seit 1964 in Brasilien nicht mehr gegeben. Entsprechend intensiv liefen die Vorbereitungen sowohl auf Seiten der Regierung als auch innerhalb der Gewerkschaften.

Um Verlauf und Resultate des Streiks verstehen zu können, ist zunächst auf die angespannte Geschäftigkeit der Bundesregierung in Brasília zu verweisen, wo alles versucht wurde, Druck auf die seit der Wahl '82 oppositionelle Regierung São Paulos auszuüben, wo traditionell die größte Mobilisierung zu erwarten war. Innerhalb der Gewerkschaften trat erneut der, spätestens seit den großen Streiks der Jahre 1979 - '81 bestehende, Konflikt zwischen dem basisorientierten - in seinem Selbstverständnis "authentischen", heute der PT (Partei der Arbeiter) nahestehenden - Gewerkschaftsflügel und dem, innergewerkschaftlich dominierenden, PMDB - (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens) Flügel zutage.

Bekanntere Symbolfiguren sind für die basisorientierte Fraktion der Parteipräsident der PT, Lula, ehemaliger Vorsitzender der Metaller von São Bernardo, und für die PMDB-Richtung Joaquinão, ein "Alt-Pelego" (etwa: gelber Gewerkschafter), der, 1964 von den Militärs eingesetzt, inzwischen jedoch von 400 000 Metallern gewählte Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo ist, eine der mitgliederstärksten Ortsgewerkschaften Brasiliens. Während er jahrelang als treuer Büttel der Militärs deren Politik in gewerkschaftliche Praxis umsetzte, ist er heute darum bemüht, das Stigma des Peleguismo abzuschütteln, wobei er von der traditionell in den Gewerkschaften stark verankerten PCB (Kommunistische Partei Brasiliens) und sogar von der "albanistischen" PC do B sowie den "gemäßigten" Kräften unterstützt wird.

Beim Streikaufruf machte sich dieser innergewerkschaftliche Konflikt zunächst daran fest, daß die PT zum 'Generalstreik' aufrief, während Joaquinão einen 'nationalen Streiktag' proklamierte. In der Durchführung wollten die Basisgewerkschafter eine Massenmobilisierung vor den Fabriktoren und auf den Straßen erreichen und somit an ihre großen Erfolge von 1979 - '81 anknüpfen sowie ihrem Protest gegen die PMDB-Regierung São Paulos Ausdruck verleihen.

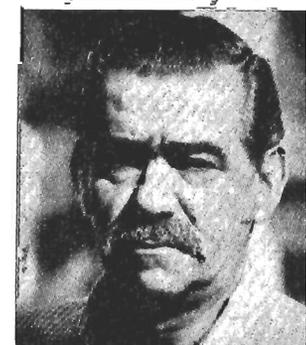
Im Gegensatz hierzu beabsichtigte der Flügel um Joaquinão, eine Art zusätzlichen Feiertag zu schaffen, indem er die Leute aufforderte zu Hause zu bleiben, um Provokationen zu vermeiden, v.a. wohl um den Gouverneur von São Paulo nicht in noch größere Bedrängnis seitens der Militärs zu bringen.

Ausgehend von derart unversöhnlichen Ansätzen und der Verbissenheit, mit der sie ausgetragen werden, kann man es vielleicht schon als Erfolg werten, daß ein gemeinsamer Aufruf zu dem Streik erfolgte. Auch der Mobilisierungsgrad - 80% der Metallproduktion São Paulos waren lahmgelegt - gibt nicht nur zu Enttäuschung Anlaß. Doch das

Resultat, so wie es in den brasilianischen Medien erscheint, und das offensichtliche Aufatmen in Brasília wird wohl weitere innergewerkschaftliche Dispute nachschieben.

Als der medienwirksame "Gewinner" jedenfalls scheint z.Zt. Joaquinão aus dem Streik hervorgegangen zu sein: Mit seiner Weigerung vor dem Streik zwecks seiner Verhinderung in Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium zu treten und dem aktiven Vorantreiben dieses Ausstands hat er sich in der Öffentlichkeit als Gegner der Militärs profiliert. Mit seiner Kritik an der repressiven Strategie des PMDB-Gouverneurs Montoro gegen die Streikenden vollzog er eine weitere Annäherung an den linken PMDB-Flügel. Daß er hingegen die Leute aufforderte, Provokationen jeglicher Art während des Streiktags zu vermeiden, prädestiniert ihn als vorraussichtlichen Ansprechpartner innerhalb der Gewerkschaften für die Militärs in Brasília, da er 'schließlich das Schlimmste zu vermeiden wußte'. Besonders zeigt sich der Regierungsbonus für Joaquinão auch daran, daß die Gewerkschaftsinterventionen am 21. Juli ausschließlich in PT-nahen Ortsgewerkschaften stattfanden und zwar mit Begründungen, die ebensogut für jede andere Gewerkschaft gegolten hätten.

Ein weiteres Anzeichen für die zunehmende Virulenz von Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften ist die Nachricht, worin die mögliche organisatorische Trennung der beiden skizzierten Gruppierungen angekündigt wird im Zusammenhang mit der Gründung der CUT (Central Unica dos Trabalhadores), wobei es wieder um den Einfluß der oberen Gewerkschaftshierarchie auf die Bildung dieser Organisation geht.



Jacó Bittar (PT-naher Gewerkschaftsführer der Erdölarbeiter von Campinas) und Joaquinão, Vertreter der zwei verschiedenen Strömungen in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung.

## Die schwierige Gratwanderung des PMDB

Da die wichtigsten Bundesstaaten des Südostens, wie São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais, seit dem 15. März von der Opposition regiert werden, drohte Brasília mit direkter Intervention, sollten die Gouverneure nicht imstande sein, die Ruhe in den Bundesstaaten zu gewährleisten. Für diesen Fall hätte der Oberbefehlshaber der Armee in jedem Bundesstaat die Befehlsgewalt über alle Polizeieinheiten übernommen.

Der angesagte Streik trug dazu bei, die Widersprüchlichkeit der PMDB-Regierung von São Paulo noch deutlicher werden zu lassen. In der Regierung Montoro sind alle Flügel der PMDB vertreten - von gemäßigten Liberalen über Christdemokraten bis hin zu den kommunistischen Parteien.

Während der Sicherheitschef Pimentel, der noch aus der vorigen PDS-Regierung übernommen wurde, da er über gute Verbindungen zu den Sicherheitsorganen verfügt (sic!), von Gouverneur Montoro einen harten Kurs gegenüber den Streikenden forderte, mit Hinweis auf die drohende Bundesintervention, rief die Partei zum Streik auf.

Vor allem die PMDB Linken unterstützten die Bewegung: Der Sekretär für metropolitane Angelegenheiten, Almino Affonso, versprach z.B. den U-Bahnangestellten im Falle eines Streiks keine Sanktionen zu verhängen. Um diese Form der Unterstützung von einigen Regierungsstellen zu verhindern, veranlaßte Pimentel z.B. die Telex-Verbindungen zwischen den Polizeikommissariaten zu unterbrechen und alle Verhafteten der Bundespolizei zu übergeben, damit der linke Justizsekretär, Jose Carlos Dias, nicht die sofortige Freilassung der Verhafteten veranlassen könnte.

D.h. Am 21. Juli wurde São Paulo praktisch militärisch besetzt. Anders als noch im April, als die Versammlungsfreiheit respektiert wurde, ließen die Polizeikräfte es diesmal erst gar nicht zu Versammlungen kommen. Jede Regung wurde im Keim erstickt. Streikposten wurden verhaftet. Besonders hart ging die Polizei in den ABC Städten vor, wo sie u.a. mit Tränengas, Knüppeln und Schußwaffen in eine Kirche eindrang, in die sich Streikende vor Polizeiübergriffen in Sicherheit brachten. Bilanz des Tages: Über 300 Verhaftete und ungezählte Verletzte. Nur in Rio und Porto Allegre drückte sich der Protest in Massenversammlungen und Großdemonstrationen aus.

Die erhoffte nationale Massenmobilisierung blieb also aus oder wurde doch zumindest nicht sichtbar. Aus diesem Grunde feierte man den Streiktag in der PDS und anderen rechten Kreisen auch als einen Fehlschlag, der nichts als Verantwortungslosigkeit und schwindenden Einfluß der PT bezeuge.

Gouverneur Montoro wurde von der Armee gelobt und traf sich dann mit General Pires zum Essen...

Diese Abwendung der sozialen Spannungen wird jedoch nur vorläufig sein. Der Spielraum der brasilianischen Regierung ist durch die Verhandlungen mit dem IWF, die noch nicht abgeschlossen sind (der IWF hat die zweite Tranche des "Jumbo"-Kredits blockiert), den immer stärker werdenden sozialen Protest sowie den politischen Druck, selbst aus den eigenen Reihen, eingeengt.

Aber auch die PMDB hat in der augenblicklichen Situation wenig Manövriermöglichkeiten: Die verschiedenen Tendenzen drohen sich an tagespolitischen Fragen (alternative Regierungspolitik, Präsidentennachfolge etc.) aufzureiben.

Ob die abertura, die demokratische Öffnung, dem Druck dieser Entwicklung standhalten kann, bleibt abzuwarten.

(Quellen: Folha de São Paulo, Isto E, Veja)

## PARAGUAY

### Nazis in Paraguay

#### Besondere Aspekte des repressiven Stroessner-Regimes

Paraguay gehört zu den wenigen Ländern, die Naziverbrechern bis heute ganz offen einen sicheren Unterschlupf gewähren. Dies hängt mit der jüngeren Geschichte Paraguays und den dort herrschenden politischen Verhältnissen zusammen.

Mit der Machtübernahme Morinigos in Paraguay im Jahre 1940 schlug auch die Stunde der deutschen Siedler, die, wie Morinigo selbst, überzeugte Anhänger Hitlers waren.

Schon 1929, also vier Jahre vor der "Machtergreifung" des Faschismus in Deutschland, gründeten Deutsche in Paraguay erste nationalsozialistische Zirkel. Die deutschstämmigen Hitleranhänger traten öffentlich auf, verfügten über eine der SA nachgebildete Truppe und hatten sogar eine eigene Gerichtsbarkeit: paraguayische Gerichte durften keinem Deutschen den Prozeß machen.

Im I. Weltkrieg zwangen die USA General Morinigo jedoch, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und 1945, kurz vor Kriegsende, Deutschland den Krieg zu erklären.

Gegen Morinigo und seine Regierungspartei - die bis heute regierende Colorado-Partei - erhoben sich zwei Militärgarnisonen. Daraus entstand 1947 ein blutiger Bürgerkrieg. Nur mit Hilfe des damaligen Präsidenten Argentinien, Perón, - eine Schlüsselfigur für die Einschleusung der Nazis nach Südamerika - konnte sich die angeschlagene Regierung behaupten.

Bewaffnete Banden der Regierung und der Colorado-Partei begannen daraufhin eine bestialische Verfolgung der Zivilbevölkerung. Da Morinigo aber in der Colorado-Partei die Unterstützung verlor, wurde er 1948 kurzerhand abgesetzt. Es begann eine Zeit unkontrollierter Repression, der Verfolgung und des Terrors, der durch die Milizen des faschistischen Flügels der Colorado-Partei ausgeübt wurde.

Nachdem sich in rascher Folge Colorado-Präsidenten zur persönlichen Bereicherung die Macht übergeben hatten, wurde 1949 der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der Colorado-Partei, Federico Chavez, zum Präsidenten gewählt. Es folgte eine kurze reformerische Periode, in der u.a. die 1936 beschlossene und bereits 1937 wieder gestoppte Agrarreform neu belebt wurde. Aber das Land war verarmt und der Einfluß Peróns aus Argentinien allmächtig.

1953 kam es zu einem Treffen zwischen Perón und Chavez, bei dem der argentinisch-paraguayische Freundschaftsvertrag ausgehandelt wurde, der wegen seiner weitreichenden Folgen heftigen Widerstand gegen Chavez in seiner Partei auslöste.

Es kam schließlich zum Putsch Alfredo Stroessners, der vom faschistischen Flügel der Colorado-Partei mitgetragen wurde. Wurde in den 40er Jahren Morinigo von den Colorados benutzt, so jetzt die Colorados von Stroessner.

Stroessner setzte dem argentinischen Einfluß sofort ein Ende (wobei ihm der Sturz Peróns im Jahre 1955 sicher entgegenkam) und stellte die ehemals guten Beziehungen zum Rivalen Argentinien, Brasilien, wieder her, die übrigens bis heute anhalten.

Stroessner, Sohn eines bayerischen Einwanderers, aus Hof, öffnete den aus Deutschland geflohenen Nazis Tür und Tor. Dabei konnte er mit der aktiven Sympathie des deutschstämmigen Bevölkerungsteils in Paraguay rechnen.



72.000 Deutsche leben heute in Paraguay, einem Land mit 100 (einhundert) deutschen Schulen!!! Fast alle Deutschen stehen in Paraguay ultra-rechts und hinter dem deutschstämmigen Diktator, der endlich "Ruhe und Ordnung" geschaffen hat.

Die "Blut- und Bodenideologie" der Deutschen in Paraguay ist ebenfalls sprichwörtlich. Das den Indianern weggenommene Land hält man fest und verteidigt es "bis zum letzten Atemzug" - der Indianer!

1945 nahmen viele der "deutschen Dörfer" (z.B. der Ort Hohen, der zu 95% aus Deutschen besteht) die aus Deutschland geflohenen Gestapo-Offiziere und andere Naziverbrecher auf. Spricht man von Nazis in Paraguay, so zählen dazu nicht nur die aus dem zusammengebrochenen III. Reich Geflohenen, sondern die meisten dort Lebenden Deutschen. Der nationalsozialistische Einwanderungsstrom hat in Paraguay deutliche Spuren hinterlassen. "Heil Hitler" ist ein Gruß, den man auch heute noch in Paraguay hören kann - selbst bei Indianern, die für Deutsche arbeiten. Hakenkreuzanhänger und Nadeln werden an der Goethe-Schule in Asunción unter Schülern gehandelt. Keiner der tausenden von Nazis, die nach Südamerika geflohen sind, hatte hier Schwierigkeiten, nicht einmal Verbrecher wie Mengele oder Eichmann, die sich ebenso zeitweise in Paraguay aufhielten wie Barbie. Der größte Teil von ihnen fühlte sich unter den Deutschen in Paraguay wohl und geborgen - eben unter Gleichgesinnten.

Zwei Ereignisse waren es, die den Zustrom von Nazis nach Paraguay noch verstärkten: zum einen der Sturz des Nazifreundes Perón 1955 (wodurch die Lage für die deutschen Faschisten in Argentinien eine Zeit lang problematisch und unsicher wurde) und zum anderen die Entführung Eichmanns aus Argentinien im Mai 1960. Sie schreckte die Nazis bis zur Panik - und erneut flüchteten viele von ihnen aus Argentinien nach Paraguay.

Einer der prominentesten Verbrecher ist Dr. Josef Mengele, der 1959 die paraguayische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, die ihn vor den deutschen Auslieferungsanträgen schützte. Mit der Entführung Eichmanns war es nämlich vorläufig mit dem sorglosen Leben unter dem Schutz faschistischer Diktaturen vorbei. Doch Mengele konnte sich mit Hilfe seines mächtigen Freundes Stroessner in Paraguay immer noch sicher fühlen. So versuchte ein israelisches Kommando kurz nach der Eichmann-Entführung, Mengele zu fangen. Er konnte jedoch entkommen, da das Kommando verraten und die Israelis auf sein Betreiben hin ermordet wurden. Auf Druck der jüdischen Lobby in den USA mußte Stroessner 1979 Mengele die Staatsbürgerschaft zum Schein entziehen. Trotzdem kann er bei den deutschstämmigen Mennoniten, einer fanatischen Wiedertäufersekte, leben. Die Mennoniten betrachten ihn als politischen Flüchtling.

Wie Mengele leben viele andere Nazis weiterhin ungestört in den deutschen Dörfern und Siedlungen Paraguays; und wer es wagt, ihnen auf die Spur zu kommen, wird u.U. ermordet, wie es kürzlich einem Österreicher geschah, der im Auftrage Simon Wiesenthals unterwegs war.

Die Nazis sind nicht nur die Nutznießer des faschistischen Systems in Paraguay, sie haben auch einen wesentlichen Anteil daran, daß General Stroessner mehr als 28 Jahre lang seine Herrschaft ausüben konnte. So sind "Sicherheitsorgane" des Landes unter maßgeblicher Beteiligung von Nazis aufgebaut worden. Ebenso waren die Nazis behilflich bei der Ausbildung von Folterern und beim Aufbau des Propagandanetzes. So ist denn auch eine der wichtigsten Ursachen für die reibungslose Aufnahme der Nazideutschen die Strukturähnlichkeit des paraguayischen Repressionsapparates mit der faschistischen Diktatur im III. Reich.

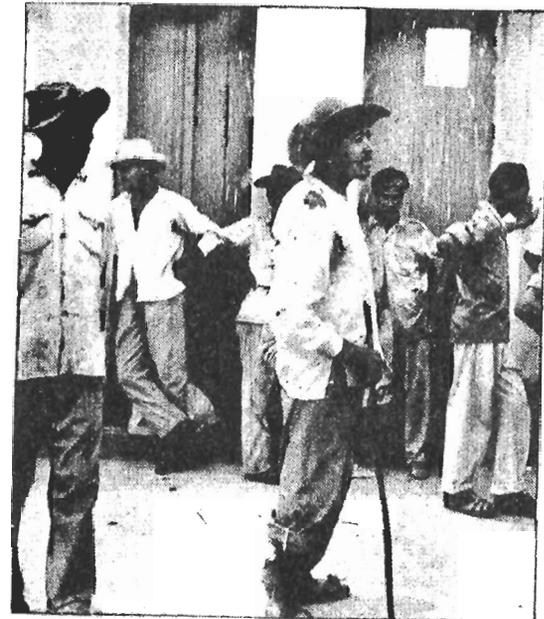
### Allgemeine Situation der Menschenrechte in Paraguay

In Paraguay sind die "Menschenrechte" zwar durch die Verfassung garantiert, aber seit 1940 lebt das paraguayische Volk fast ununterbrochen im Ausnahmezustand; Merkmal "moderner" faschistischer Staaten.

### Militär und Partei

Der Militärapparat wurde von Stroessner zur wichtigsten Stütze seiner Herrschaft ausgebaut. Seit der "Machtergreifung" im Jahre 1954 besetzt Stroessner bis heute selbst die Posten der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Ebenso unterstehen die Geheimdienste der verschiedenen Waffengattungen direkt dem Präsidenten.

Die Militärdivisionen, über das ganze Land verteilt, sind nicht in die Kasernen zurückgezogen, sondern nehmen in großem Maße Kontroll- und Unterdrückungsfunktionen gegenüber dem Volk wahr. Ihre Macht ist sehr groß, und sie werden besonders bei Landvertreibungen von campesinos eingesetzt (vgl. LN Nr. 91 vom März 1981!)



Arbeitslose Landarbeiter

Neben dem Militär ist ohne Zweifel der Apparat der Regierungspartei der wichtigste Teil des ganzen Systems. Wie ein Polyp hat sich die Partei bis in die kleinsten Ortsverbände über das ganze Land ausgebreitet, ohne daß eine wirkliche Kontrolle seitens des Volkes oder durch die Justiz gewährleistet wäre. Die Chefs der Ortsverbände üben im gesamten Landesinneren eine absolute Kontrolle über Lehrer, Schulen, Beamte, Familien, Aktivitäten der Oppositionsparteien und der Polizei aus. Die Überwachung der Menschen ist lückenlos und in der Effektivität durch die obligatorische Parteimitgliedschaft aller Lehrer der Staatsschulen, aller Beamter und Angestellten im öffentlichen Dienst noch gesteigert. Die Mitgliedschaft allein aber genügt Stroessner nicht mehr: alle müssen einen Treu-Eid auf ihn ablegen und militant an den Aktionen und Aktivitäten der Partei teilnehmen.

Der Parteiapparat spaltet das Volk ideologisch und kulturell, entpolitisiert es und macht es dadurch zu einer gefügigen Masse für die Interessenpolitik des Regimes. So kommt es, daß Stroessner auch bei der letzten (Schein-)Wahl im Februar 1983 erneut mit über 90% der Stimmen wiedergewählt wurde.

### Polizei und Justiz

Um den "Frieden" und den "Fortschritt" in Paraguay zu erhalten, hat sich Stroessner eine gefürchtete Untersuchungspolizei aufgebaut. Die Verhöre aller politischen Gefangenen werden mit den brutalsten Foltermethoden durchgeführt, die man sich denken kann. Viele sind in Paraguay unter der Folter gestorben. Und niemand ist vor der Folter sicher: sogar Kinder, Greise und schwangere Frauen werden gefoltert.

Die Justiz ist nach dem Text der Verfassung auch in Paraguay unabhängig, in Wirklichkeit aber dem Willen Stroessners unterworfen und von diesem selber kontrolliert. Gegangnahmen, jahrelange Inhaftierungen, Folter, Entführungen, Mord, Drohungen, Vertreibungen, Deportationen, Verbannungen und Ausbürgerungen werden nicht per Gesetz oder nach richterlichem Beschluß ausgeführt, sondern schlicht auf Befehl des "Führers" der Nation oder eines seiner Schergen. Da gibt es natürlich keinen Richter, der sich auf Verfassung und Gesetze beruft, um den Präsidenten zur Rechenschaft zu ziehen.

### Der Ausnahmezustand

"Den Frieden gegenüber subversiven Aktivitäten zu erhalten und gegen die Kommunisten zu kämpfen", ist der Vorwand, um ein Volk bereits 28 Jahre nach dem Willen eines einzigen Mannes zu regieren. Stroessner setzt die Verfassung und die Gesetze für die Dauer des Ausnahmezustands außer Kraft und damit den Schutz der Bürger gegenüber den repressiven Organen des Staates.

Auf internationalen Druck wurde zwar formell der Ausnahmezustand auf die Hauptstadt eingeschränkt, doch besteht er faktisch im ganzen Land weiter, da die willkürlich auf dem Lande Festgenommenen einfach in die Hauptstadt gebracht werden.

Ein anderes wirksames Mittel ist die ständige Antikommunismuspropaganda, um jegliche Ansätze zur Bildung oppositioneller Gruppen dadurch zu unterbinden. Die Regierung veranstaltet ständig antikommunistische Kongresse, an denen Parteimitglieder, besonders die Jugend, teilnehmen müssen. Im November 1981 nahm Gerhard Löwenthal an einem von der deutschen Ludwig-Frank-Stiftung unterstützten antikommunistischen Seminar teil, deren Hauptredner Dr. Dr. Filbinger (CDU) und Herr Dr. Aigner (CSU) waren. Die Themen ihrer Referate: "Die Gefahr des Kommunismus für die freie Welt" und "Kann der Westen in Freiheit überleben?"

Der Kreis scheint sich zu schließen. Weitere Kommentare sind, vorerst, überflüssig.

## BOLIVIEN

### Das Volk fordert Brot und Mitbestimmung

#### Die politische Krise

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, Bolivien steckt in einer seiner tiefsten Krisen, seit der Staat 1825 gegründet wurde. Die seit Januar offen zu Tage getretene Regierungskrise, die durch den Rücktritt der MIR-Minister als Reaktion darauf (vgl. LN 112) deutlich wurde, konnte seither nicht beigelegt werden. Bei jedem Anlauf, die Kabinettskrise zu lösen und die Regierung wieder auf eine breitere Basis zu stellen, verstärkte sich der Zwist zwischen den Parteien. Innerhalb der Parteien begannen Diskussionen um eine evtl. Mitverantwortung an der Regierung oder bei den rechten Parteien, wie die Regierungsgewalt übernommen werden könnte. Bevor die Putschkarte ins Spiel gebracht wurde, haben alle recht laut über einen parlamentarischen Coup nachgedacht. Im Parlament sollte der Minderheitsregierung das Vertrauen entzogen werden und mit den Stimmen aller Rechten, die zusammen über eine Mehrheit verfügen, möglicherweise Paz Estenssoro zum Präsidenten gewählt werden.

Nach einigen Anläufen und Gesprächen und einem intensiven Briefwechsel zwischen Siles und dem MIR über eine erneute direkte Beteiligung an der Regierung, kam der MIR am 21. Juli zur abschließenden Entscheidung, an dieser Regierung nicht teilzunehmen. In der ausführlichen Stellungnahme wird der Präsident und seine Politik z.T. direkt angegriffen und konsequent auf die Grundsätze des UDP-Programms gepocht. Diese Entscheidung des MIR ist ein Austritt aus der UDP, vor allem, da er sich jetzt in die Reihen der Opposition begab.

Auch in der Regierungspartei selbst, dem MNRI von Siles, kam es zu offenen Auseinandersetzungen zwischen den rechtsstehenden 'Legalisten' und der PalastklIQUE, den 'Offizialisten'. Die Diskussion drehte sich aber nur indirekt um das politische Konzept, es ging vor allem um parteistrategische Fragen. Die Haltung zum MNRH von Paz Estenssoro und die Wiedervereinigung der MNR-Parteien standen im Vordergrund. Natürlich haben diese Flügelkämpfe für die Orientierung und die Gewichtung der Regierungspolitik große Bedeutung, vor allem, wenn es um Bündnisse mit anderen Parteien geht, um der Regierung eine handlungsfähige Mehrheit zu verschaffen.

Der Präsident hat in dieser verworrenen Situation, die auch seine eigene Partei nicht aussparte - lediglich die kommunistische Partei machte einen stabilen Eindruck und hielt sich weitgehend aus den Querelen und Diskussionen heraus - die wichtigen Entscheidungen weitgehend selbst getroffen und die Parteiämter und Regierungsentscheidungen sich vorbehalten. Siles scheint es jetzt besonders wichtig zu sein, die Kommunisten an die Regierungsverantwortung zu binden, weil diese ein stabilisierendes Element sind. Sie haben bei Teilen der Arbeiter wichtigen Einfluß und verfügen selbst über eine stabile Parteiorganisation. Bisher liegt von den Partei-

en aber kein Konzept oder Programm, sei es ein Sofortprogramm oder eine längerfristige Strategie, vor, mit Lösungsvorschlägen für die gegenwärtige Krise. Aus der politischen Krise ist regelrecht ein politisches Vakuum geworden.

Folgerichtig hat die COB in dieser Situation ihre bereits mehrfach aufgestellten Forderungen wiederholt und eine Beteiligung an der Regierung verlangt, wie dies vage formuliert schon im Regierungsprogramm vom Oktober 1982 enthalten ist. Auf das konkrete Verhandlungsangebot des Präsidenten, der im 'Co-Gobierno' eine - die vielleicht letzte - Möglichkeit sah, seine Regierung zu retten oder zu festigen, hat die COB einen umfangreichen Forderungskatalog zur Bedingung gemacht. Diese Aneinanderreihung von Forderungen und Grundsätzen ist zwar noch kein kohärentes Programm zur Krisenbewältigung, aber sie machen die Stoßrichtung und den politischen Willen der Gewerkschaften in Richtung Sozialismus, die im Unterschied zu jeder einzelnen Partei oder Koalition den weitaus größten Teil der Bevölkerung repräsentieren, deutlich. Ausdrücklich wurden diese Forderungen auf allen Gewerkschaftsversammlungen dieses Jahres gebilligt und unterstützt, und zwar von allen Bereichen, Bauern, ebenso wie Bergleuten.

Diese teilweise sehr weitgehenden Forderungen, wie 51% der Ministerposten, Stundung der Auslandsschulden und Vertragsbeendigung mit den US-Ölkonzernen, sowie weitgehende Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, wurden von Siles nicht angenommen. Diese Ablehnung macht zwei Sachen deutlich. Zum einen haben die Gewerkschaften ihren Preis für eine Beteiligung hoch angesetzt; sie wollen nicht eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis, zumal die Lage äußerst verfahren ist und kaum Möglichkeiten zuläßt, sich politische Lorbeeren zu verdienen. Zum andern wagt es Siles nicht, die Großunternehmer und die Militärs herauszufordern, was mit einer Regierung nach dem Geschmack der Gewerkschaften sicher ist. Die Antwort des Unternehmerverbandes auf die COB-Forderungen waren dafür deutlich genug. Durch die ständige Rücksichtnahme auf die Militärs und die Einbeziehung der Putschgefahr ins politische Kalkül lähmt sich aber diese Regierung selbst, und es ist nicht abzusehen, wie in dieser Konstellation Strukturen in Bolivien verändert werden können. Deshalb drängt sich die Frage auf, weshalb in der UDP von vorneherein auf die Forderung, das Militär aufzulösen, verzichtet wurde.

### Wirtschaftlich unter Druck

An der politischen Krise trägt die fast ausweglose wirtschaftliche Situation einen wesentlichen Anteil. Die von vorneherein schwache Regierung ohne parlamentarische Mehrheit hatte kaum Möglichkeiten, einschneidende und strukturverändernde Entscheidungen zu treffen. Die wirtschaftliche Krisensituation, in die die Militärregierungen das Land manövriert hatten, war vor einem Jahr damals der wohl wichtigste Grund für die Übergabe der Regierung an zivile Politiker. Von der UDP erhofften sich die unterschiedlichsten Gruppen der Bevölkerung nicht nur eine demokratische Regierung, sondern vor allem eine Lösung oder zumindest Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Eine der Hoffnungen richtete sich auf die Kreditströme, die dem Land zufließen würden, alleine schon dadurch, daß die demokratischen Spielregeln wieder geachtet werden und Anstrengungen unternommen würden, die Kokainproduktion einzuschränken. Inzwischen

haben sich aber die Hoffnungen nicht erfüllt, im Gegenteil, die Situation ist mittlerweile so katastrophal, daß ein Ausweg kaum in Sicht ist, um es realistisch zu sagen. Die unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen der in der UDP zusammengeschlossenen Parteien erschwerten eine konsequente Wirtschaftspolitik. Man kann aber die Schwächen der bolivianischen Regierung nicht alleine für die Krise verantwortlich machen; genauso wie man sich nicht der Illusion hingeben darf, ein ausgereiftes Konzept nationaler Wirtschaftspolitik könnte die Lösung bringen.

Die internationale Krise wirkt deshalb verstärkend auf Bolivien, weil die niedrigen Rohstoffpreise und die fallende Nachfrage nach Metallen die Verkaufserlöse in Devisen deutlich begrenzen. Dadurch, daß in Bolivien große Mengen von Agrarprodukten für den Export angebaut werden und gleichzeitig Nahrungsmittel in großen Mengen importiert werden müssen, hängt die Versorgung der Bevölkerung von der Verfügbarkeit von Devisen ab. Dadurch, daß die Industrie zu einem großen Teil aus Montagebetrieben oder Erzeugern von Halbfertigprodukten besteht, ist die Produktion im Land extrem importabhängig. Diese kurzen Beispiele machen die starke internationale Verflechtung der bolivianischen Wirtschaft deutlich, ohne die die jetzige Situation nicht gesehen werden kann.



Der Devisenmangel und die hohe Auslandsverschuldung haben in den letzten Wochen dazu geführt, daß die Nahrungsmittelversorgung nur noch für wenige Wochen gesichert ist. Dann, so ist aus den Informationen zu entnehmen, sind endgültig keine Nahrungsmittel mehr da, aber auch keine Devisen zu erwarten, mit denen Importe bezahlt werden könnten. Aus dieser Sackgasse wurde bisher kein Weg heraus gefunden. Die Handelsbilanzprobleme wurden in diesem Jahr durch die Naturkatastrophen noch verstärkt. Das Tiefland wurde von starken Regenfällen und langandauernden Überschwemmungen heimgesucht, während im Hochland, wo gewöhnlich der größte Teil der nicht exportierten Nahrungsmittel angebaut wird, seit Monaten kein Tropfen Regen gefallen ist. Regierungsangaben zufolge wird landesweit eine

um 57% gegenüber 1982 zurückgegangene Ernte erwartet. Zusätzlich verschwinden viele Produkte, die im Land dringend für die Versorgung benötigt werden (Treibstoff, Brennstoff, Lebensmittel etc.) über Schmuggel in die Nachbarländer. Mit den dafür erlösten Devisen kann aber die bolivianische Wirtschaft nicht rechnen, da diese für die Spekulation und Luxusgüter verwendet werden.

In dieser Situation sind die sattsam bekannten Wirtschaftspakete nach dem Rezept des IWF ein reiner Hohn. Maßnahmen wie im März mit gezielten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel, Transport, Elektrizität etc. werden für die nächste Zeit erneut erwartet, da eine IWF-Delegation zu Verhandlungen über einen 300 Mio US\$ Kredit nach Bolivien kommt. Für die Exportsteigerungen, die Teil dieses Konzeptes sind, fehlen die Produktionsmöglichkeiten, da Maschinen, Ersatzteile und Vorprodukte nicht importiert werden können. Die Wirtschaftspolitik hat nicht nur die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung merklich beschleunigt, sondern auch die kleinen Unternehmen in ernste Schwierigkeiten gebracht. Dadurch nimmt die Zahl der Arbeitsplätze ständig ab; - von der erhofften Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten ist nichts zu erkennen, statt dessen herrscht Hunger im ganzen Land, wie dies in Bolivien vielleicht noch nie der Fall war.

### Harte Kritik von der COB

Spätestens, nachdem das Wirtschaftspaket der Regierung Mitte März auf dem Tisch lag, war für den mächtigen Gewerkschaftsdachverband COB klar, daß auf diese Weise weder der Wirtschaftskrise noch der sich ständig verschlechternden Versorgungslage der Bevölkerung wirksam zu begegnen sei. Schaf kritisierte die COB das Fehlen einer zusammenhängenden Regierungspolitik und die nach ihrer Ansicht viel zu kurz greifenden Maßnahmen. Sie warf das Thema "Moratorium für weitere Schuldentzahlungen an das Ausland" wieder in die Debatte und forderte, jegliche Wirtschaftsmaßnahme der Regierung müsse "auf der Strategie beruhen, den Hunger des Volkes" zu befriedigen. Daß die COB das Wirtschaftspaket der Regierung so hart attackiert, obgleich Mitglieder der Kommunistischen Partei sowohl in der Regierungsverantwortung sitzen als auch in der COB-Führung an prominenter Stelle vertreten sind, und obwohl Finanzminister Flavio Machicado ehemals Wirtschaftsberater der Arbeiterschaft war, zeigt, wie tiefgreifend die politischen Divergenzen zwischen der organisierten Arbeiterschaft und der Teil-UDP-Regierung sind.

In der Tat stellten schon damals die spezifischen Forderungen der COB zur Begegnung der Krise, namentlich der Ankurbelung der Produktivität in den Staatsbetrieben der Minen- und Energiewirtschaft, mehr dar als nur ein Sanierungsprogramm: Die Realisierung dieser geforderten Maßnahmen bedeuten eine grundsätzliche Veränderung der wirtschaftlichen Ordnung. Ein erster Schritt in Richtung Sozialismus. Ein Schritt, dem weder die Bourgeoisie noch die Militärs ungerührt zusehen werden.

Die COB präsentierte ihre alte Forderung nach Arbeiterkontrolle und -selbstverwaltung in den Leitungsgremien der Staatsfirmen sowie verschiedenen anderen staatlichen Einrichtungen. Durch die aktive und verantwortliche Teilhabe der Arbeiter an Planung, Verwaltung und Führung der Betriebe sollte endlich Schluß gemacht werden mit Korruption und privater Bereicherung, bürokratischem Schlendrian und Ineffektivität in Forschung und Ver-

waltung. Zugleich sollte damit der Prozeß der Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, der mit der Revolution von 1952 eingeläutet, aber nie vollzogen worden war, endlich durchgeführt werden. Darüberhinaus fordert sie aktive Entscheidungsgewalt der Arbeiter innerhalb des Staatsapparates, vor allen Dingen im ökonomischen Bereich.

Auch auf den privaten Sektor soll - entsprechend dem COB-Forderungskatalog - die Arbeiterkontrolle ausgedehnt werden: Bei der Knappheit der Dollarreserven müsse sichergestellt werden, daß die von der Regierung den privaten Unternehmern zur Verfügung gestellten Dollar tatsächlich als Investitionen den Betrieben zugute kämen und nicht auf Schweizer Bankkonten flössen oder zu Spekulationszwecken auf dem Schwarzmarkt verwendet würden. Mißtrauen gegen die privaten Unternehmer ist durchaus begründet. Die Dollarspekulation und Devisenverschlebung treibt wahrhaft Blüten.

Präsident Siles lehnte in den folgenden Monaten bei den Verhandlungen mit der COB diese Arbeiterforderungen stets ab. Was er anbot, war ein Modell paritätischer Mitbestimmung in der Leitung der staatlichen Minengesellschaft COMIBOL und der Erdöl- und Erdgasgesellschaft YPFB.

Auch eine weitere Forderung der Arbeiterschaft wurde bisher nicht erfüllt: Garantie eines Mindestlohnes bei automatischer Anpassung an die Preisentwicklung, gemessen an den Ausgaben für die "canasta familiar", dem "Warenkorb". Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigen die davongaloppierenden Preise. Die im März festgelegten Mindestlöhne reichen schon längst nicht mehr zur Ernährung der Familien. Mittlerweile wurde zwar eine neue Lohn-erhöhung angekündigt, aber bevor sie überhaupt durchgeführt wurde, schnellten die Preise weiter in die Höhe.

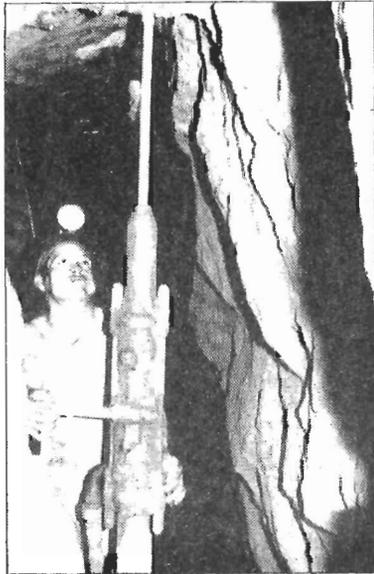
All diese Forderungen der COB sind nicht neu. Sie waren bereits 1971 Ergebnis der Beratung der von der Nationalen Vollversammlung der Bergarbeitergewerkschaft FSTMB eingesetzten Kommission. Auf dem letzten Nationalen Kongreß der Minenarbeiter in Huanuni wurden diese Kommissionsvorschläge beschlossen. Die Forderungen sind also nicht die abgehobene Politik hoher Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre, sondern der entschiedene Wille großer Teile der Arbeiterschaft im Lande.

Dies erklärt auch die Solidarität, mit der die übrigen bolivianischen Arbeiter und ebenso die Bauern eine Aktion verfolgten, die seit April zu einer Kraftprobe zwischen Siles und der COB geworden ist. Es handelt sich um die Besetzung der Verwaltung der staatlichen Bergwerksgesellschaft COMIBOL durch die Gewerkschaft. Sind auch der Verlauf und das derzeitige ausgehandelte Zwischenergebnis zweifelhaft, ja, erwies sich die lange Belagerung der Verwaltungszentrale z.T. als Bumerang, so drückt doch die Besetzung andererseits den Willen aus, endlich vollendete Tatsachen zu schaffen und dadurch die Regierung auf den "Weg des Volkes" zu zwingen.

### Besetzung der COMIBOL

Mitte April besetzten Minenarbeiter der FSTMB die Verwaltungsetage der staatlichen Minengesellschaft COMIBOL in La Paz. Juan Lechín Oquendo, der COB-Vorsitzende selbst, führte die Besetzer an. Grund für den Schritt der Mineros war ein tagelanger Ausstand von COMIBOL-Technikern und Bürokraten, den der Präsident Siles Zuazo nicht in der Lage war, beizulegen, und der enorme Produktivitätseinbußen zur Folge hatte. Deshalb

hatten auch bereits die Minerros der großen Mine und Zinnverhüttung La Palca die Verantwortung für die gesamte Fabrikation übernommen. Die Minerros wollten ihren Betrieb inganghalten. Aber zugleich war dieser Streik der white-collar-Arbeiter Anlaß für die Kumpel, ihren jahrelang vergeblich vorgetragenen Unmut über die miserabile ökonomische und technische Leitung der Staatsbetriebe auf den Tisch zu packen und mit Nachdruck auf ihren Forderungen nach co-gestión, auf Selbstverwaltung, zu bestehen.



Die COB-Zentrale, die sozialistische Partei PS-1, der MIR, die zur Regierungskoalition UDP gehörende PC unterstützten die Aktion. Auch von Seiten der Bauerngewerkschaft CSUTCB kam Applaus.

Der Präsident war empört über diese Herausforderung. Ihre Intervention in die COMIBOL sei illegal, es sei eine Aktion von unverantwortlichen "anarcho-synikalisten", die mit dieser Aktion nur der Rechten in die Hände arbeiten würden, einen Putsch provozierten, die neugewonnene Demokratie wieder in den Untergang trieben. Harte Worte des Präsidenten gegenüber seinem alten

Rivalen Lechín. Siles forderte als Vorbedingung für Verhandlungen die sofortige Räumung der Verwaltungszentrale. Er sei nicht bereit, unter Druck zu verhandeln. Im übrigen verwies er auf das Regierungsprogramm der UDP, in der die paritätische Mitbestimmung Bestandteil ist.

Doch die Minerros waren nicht zum Abzug bereit. Die Besetzung hielt über Monate an. Mitte Mai machte die Regierung kleine Zugeständnisse. Sie kündigte an, die COMIBOL-Struktur vollständig zu reformieren. In der Mitbestimmungsfrage jedoch blieb sie hart. Die COB nahm das Regierungsmodell nicht an, die Zentrale blieb weiterhin besetzt.

Mitte Juni zwang dann die Regierung den Minerros eine provisorische Übereinkunft auf. Sie sperrte sämtliche finanziellen Mittel der COMIBOL. Die Besetzer, die doch während des Streiks der Angestellten die Produktion weiter garantieren wollten, sahen sich nun in die Enge getrieben. Es kam zu Ausständen, die Produktivität sank weiter rapide ab. Unter diesen Bedingungen mußten sie die "Provisorische Übereinkunft" akzeptieren. Demnach sollte der Staatsbetrieb COMIBOL von einem paritätisch besetzten Direktorium und einem Vizepräsidenten geleitet werden. Also einem Stimmverhältnis 4:4:1. Stein des Anstoßes war die Position des Vizepräsidenten. Er sollte ein hochqualifizierter Spezialist sein mit mindestens zehnjähriger Arbeitserfahrung im Bereich. Bei der Nominierung dieses Kandidaten haben die Minerros allerdings Vorschlagsrecht.

Vorerst eine Niederlage. Aber auch ohne die Erpressung der Regierung hatten die Besetzer der Verwaltungsetage bereits die bittere Erfahrung gemacht, daß sie mit der bloßen Übernahme eines Staatsbetriebes solange unterliegen, wie sie nicht innerhalb der Regierung politisch beteiligt sind.

Sie mußten erfahren, wie sie abgeschottet wurden von notwendigen Informationen, wie ihnen Verwaltungswissen fehlte, spezielle technische Kenntnisse nicht zur Verfügung standen. Der riesige zentralisierte Apparat stellte sie vor einen Wust von Problemen, denen sie so schnell nicht gewachsen waren. Zugleich wurden sie überrannt von den tagtäglichen Problemen der Arbeiter, die nun damit zu ihnen kamen, so daß die Manager-Zentrale zeitweise mehr einer Sozialhilfestation glich.

Während sie über die Monate hinaus standhaft zu ihren Forderungen hielten, begann sich auch in den übrigen Staatsbetrieben etwas zu regen. Der Funke war übersprungen. Mit der Kompromißlösung kann die Forderung keineswegs als erledigt betrachtet werden.

### Kampfstimmung auch bei den Bauern

Während die Bergarbeiter die COMIBOL-Zentrale besetzten, blockierten die Campesinos die Zufahrtswege zu den Städten. Die Lage der Kleinbauern hatte sich in der ersten Hälfte des Jahres weiterhin enorm verschlechtert (siehe LN Nr. ). Die Preise für alle Produkte, die sie kaufen müssen, steigen ständig, ihre eigenen Produkte hingegen werden durch Preiskontrolle künstlich niedrig gehalten. Verschlimmert wird ihre Situation noch durch die verheerende Dürre im Hochland und die sinflutartigen Regefälle im Tiefland.

Mit den Straßenblockaden im April wollte die Bauerngewerkschaft CSUTCB ihren wiederholten Forderungen Nachdruck verleihen. Die Überlandstraßen wurden wieder freigegeben, als noch im gleichen Monat Siles versprach, einige der Forderungen zu erfüllen: In Zukunft soll sichergestellt sein, daß die Campesinos an der Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten beteiligt sind. Staatsland soll an dörfliche Gemeinschaftsbetriebe, nicht an Einzelbauern übergeben werden. Der Staat organisiert eine Umfinanzierung der Schulden der Kleinbauern. Endlich soll eine direkte Transportverbindung für Agrarprodukte in die Städte unter Ausschaltung des Zwischenhandels eingerichtet werden. Das Problem der industriellen Verarbeitung von Coca, etwa zu medizinischen Zwecken, soll neu überprüft werden.

Mit diesen Zusagen waren aber die unmittelbaren Probleme der Campesinos keineswegs gelöst.

Das Elend wird von Tag zu Tag größer. Immer mehr Campesinos strömen in die Stadt. Verkaufen, was sie auf dem Leibe tragen, verkaufen ihre Kinder für den Gegenwert von ein paar Dollar. Es fehlt seit Monaten an Brot und Grundnahrungsmitteln, Transportmittel sind unerschwinglich. Die Kindersterblichkeit aufgrund von Unterernährung und mangelnden Medikamenten steigt wöchentlich. Die Stimmung in der Stadt ist explosiv. Elend und Unzufriedenheit setzen sich in Aggression um.

### Nicht mehr nur Stimmvieh sein

Ende Juni, Anfang Juli hielt die Bauerngewerkschaft CSUTCB ihren 2. nationalen Gewerkschaftskongress ab. Schon rein äußerlich war zu erkennen, daß sich viel verändert hat im Bewußtsein der Campesinos. Wo früher Kirchenmänner und Christdemokraten auf der Ehrentribüne saßen, saß diesmal ein Vertreter aus Cuba, neben ihm der aus Nicaragua, daneben der Vertreter von FDR/FMLN. Zwar gab es auch einen Kirchenvertreter und einen Delegierten des christ-demokratisch orientierten lateinamerikanischen Gewerkschaftsbundes CLAT, aber das Gewicht hatte sich eindeutig nach links verschoben. Entsprechend war auch das Wort Sozialismus nicht mehr tabu in der politischen Debatte.

In ihrer Entschließung sprachen sich die Delegierten eindeutig für das co-gobierno aus und forderten für sich entscheidende Beteiligung an der Ausübung der Regierungsgeschäfte. Als Mehrheit der Bevölkerung und Nahrungsmittelproduzenten der Nation lehnten sie es ab, weiterhin als manipulierbares Stimmvieh angesehen zu werden. Die UDP wurde aufgerufen, dem co-gobierno zuzustimmen, um so die zunehmend schwindende Unterstützung bei der Bevölkerung zurückzugewinnen. Nur so sei ein effektives Instrument zur Verteidigung des demokratischen Prozesses zu schaffen.

Der Kongreß gab ein eindrucksvolles Bild der unabhängigen bolivianischen Bauernbewegung Tupaj Katari. Zum ersten Mal in der noch kurzen Geschichte der Bauerngewerkschaft waren alle Departements vertreten. Ganz offensichtlich hatten die officialistischen Bauernorganisationen jeglichen Einfluß verloren.



"Und die Stärksten sind die Frauen", sagte ein Teilnehmer. "Sie zeichnen sich aus durch die Fähigkeit, über persönliche Ressentiments und Rivalitäten hinweg und mit langfristiger politischer Perspektive zu diskutieren. Der Einfluß ihrer Organisation "Bartolina Sisa" innerhalb der Bauerngewerkschaft ist erheblich gewachsen."

Der Bauernkongreß war in dieser Zeit der angespannten politischen Lage, des Massenelends und der Furcht vor dem nächsten Putsch einer der wenigen Lichtblicke im politischen Leben.



### Und die Rechte? Und das Militär?

Die Putschgerüchte wollen nicht verstummen. Der Präsident selbst fordert die Bevölkerung auf, den Demokratisierungsprozeß gegen einen drohenden Militärputsch zu verteidigen. Wie sollen sie das tun, hungrig und ohne Waffen?

Zwar wurde die in den Putsch von 1980 verwickelten Kommandanten der Streitkräfte ihrer Posten enthoben, und loyale Militärs stehen an ihrer Stelle, aber ist das eine Garantie? Und zahlreiche Militärs mit den rechten Kontakten machen handfeste Politik.

Einige Militärs initiierten eine Kampagne gegen die Regierung: Sie werfen ihr vor, kommunistischer Unterwanderung zum Zwecke der "Vietnamisierung des Landes" nicht Einhalt zu gebieten. Sie fordern den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen.

Zwar verurteilten Zivilpolitiker und die oberste Führung der Streitkräfte diese Kampagne, aber schon steht ein nächster bereit, der sie wieder aufnimmt. Carlos Serrate Reich, zweiter Mann nach Paz Estenssoro in der MNR-H mit Ambitionen auf die Präsidentschaftskandidatur, fordert Wahlen für 1984. Die Agitatoren der Rechten schlagen immer schärfere Töne an, während die Unzufriedenheit im Volk mit dem jetzigen Kurs der Regierung wächst. So mancher rechte Politiker wie z.B. Paz Estenssoro oder Serrate Reich, aber auch Alt-Diktator Banzer, rechnen sich da Chancen aus.

Quellen: Aqui, Nr. 74 bis 99; SAGO Nr. 43; Asamblea Nr. 5 u. 6  
LAW März bis Juli; LA regional report März bis Juli  
LA commodities report 24.6.83; TAZ; Presencia; el dia  
(Mexiko) März bis August.



## "CHILE KÄMPFT"

### 10 JAHRE

Militärdiktatur  
Arbeitslosigkeit  
Bankrott  
Unterdrückung

### 10 JAHRE

Nach dem Putsch des Diktators  
Pinochet kämpft Chile auf den  
Straßen für »Brot, Arbeit,  
Gerechtigkeit und Freiheit«.

medico international  
ruft auf zur Unterstützung von  
Selbsthilfeprojekten in den  
Slumgebieten Chiles.

Wir bitten um Spenden!

**medico  
international**

Hanauer Landstraße 147-149  
6000 Frankfurt/Main 1

Stadtparkasse Frankfurt  
Konto-Nr. 182

## PERU

### Der Herbst der "Demokraten"

*Während die bundesdeutschen Medien sich alle Mühe geben, ein Perubild zu vermitteln, das sich unter die Schlagzeile "terroristische Desperados bedrohen die demokratische Ordnung" subsumieren läßt, nähert sich die peruanische Realität beängstigend schnell dem manchmal etwas überstrapazierten Klischee eines im wirtschaftlichen und politischen Chaos versinkenden Landes, in dem bürgerliche Ordnung und Schuldendienst an die internationalen Finanzorganisationen nur noch mittels brutaler staatlicher Repression aufrecht zu erhalten sind.*

*Seit geraumer Zeit mehren sich die Stimmen nicht nur aus der Opposition, die einen Bürgerkrieg befürchten, falls nicht ein grundsätzlicher Wandel der Regierungspolitik eintritt.*

*Dafür allerdings gibt es kaum Anzeichen, im Gegenteil die Entwicklungen der letzten beiden Monate deuten auf eine Verschärfung des Konfrontationskurses gegenüber der gesamten Opposition hin.*

### Die Rechte festigt ihre Position

Am 28. Juni hat Präsident Fernando Belaunde Terry - Repräsentant des demokratischen Scheins, in Wirklichkeit längst zur Gallionsfigur einer im Hintergrund agierenden Kamarilla von Finanzstrategen und Bürgerkriegsgenerälen verkommen - den Ausnahmezustand über das Land um weitere zwei Monate verlängert und damit die formalen Voraussetzungen einer allumfassenden Repression geschaffen, die sich längst nicht mehr nur gegen die im Hochland agierende Guerilla, sondern in wachsendem Maße auch gegen die gesamte Oppositionsbewegung von Gewerkschaften bis hin zur Presse richtet.

In der Region Ayacucho hat der kommandierende und quasi alleinherrschende General Clemente Noel ein Verbot der Oppositionszeitungen "El Diario", "La Republica" und "Equis X" verfügt. Korrespondenten, die sich weigern die Region zu verlassen, werden mit dem Tode bedroht oder, wie im Fall des "Equis X"-Korrespondenten de los Rios, verhaftet und gefoltert.

Aber auch an der Küste sind die zuständigen Stellen eifrig dabei, der linken Presse den Garaus zu machen. Zwar wird hier noch Rücksicht auf die Pressefreiheit, die ob ihrer Freizügigkeit lange Zeit als Aushängeschild der peruanischen "Demokratie" herhalten mußte, genommen, jedoch dürften die hier etwas subtiler angewandten Methoden, wie z.B. die Weigerung des staatlichen Papierherstellers, "El Diario" mit preisgünstigem Papier zu beliefern, so daß "El Diario" auf teures Importpapier zurückgreifen und seine Seitenzahl erheblich einschränken mußte, langfristig die gewünschte Wirkung nicht verfehlen.

Ein weiteres Indiz für die künftige Kompromißlosigkeit der Regierung sind die Kabinettsbildungen, die im Juni/Juli stattgefunden haben. Neben den Umbesetzungen im Industrie- und im Justizministerium, die mit Ivan Riveira und Abacy Grundy zwei Erzkonervative an ihrer Spitze sehen, ist vor allem der Wechsel im Arbeitsministerium von Bedeutung. Der als moderat geltende Grados Bertorini, der gegenüber

den anwachsenden Massenprotesten Verhandlungsbereitschaft signalisiert und offenbar eine Strategie des sozialen Ausgleichs bevorzugt hatte, wurde durch den ultra-rechten PPC-Abgeordneten Patricio Ricketts Rey de Castro ersetzt. Der virulente Antikommunist verfügt nicht nur über beste theoretische Kenntnisse der Linken, sondern besitzt auch langjährige praktische Erfahrung bei der Durchsetzung imperialistischer und großkapitalistischer Interessen, u.a. als Direktor der berüchtigten International Petroleum Corporation (IPC), der Moravco und des Unternehmensverbands SNI. Bereits die ersten Tage seiner Amtszeit ließen denn auch keinen Zweifel aufkommen, in welcher Weise der neue Arbeitsminister die sozialen Konflikte zu lösen gedenkt. Kurz nach seiner Amtseinführung ließ er eine Demonstration von Bauarbeitern vor seinem Ministerium von Polizeieinheiten mit Hilfe von Tränengas und Schlagstock auflösen, wobei er gleichzeitig deutlich machte, daß er Entscheidungen über Polizeieinsätze durchaus nicht nur dem vergleichsweise gemäßigten Innenminister Perovich überlassen will.

### Tiefste Krise seit dem Pazifikkrieg

Unterdessen verhandelte eine peruanische Delegation, der neben Regierungsvertretern auch Mitglieder der oppositionellen APRA angehörten, mit dem "Club de Paris" über die Modalitäten eines Umschuldungsverfahrens. Zwar konnte die Delegation erreichen, daß die kurzfristigen Fälligkeiten Perus über einen Zeitraum von acht Jahren - zu einem entsprechend höheren Zinssatz, versteht sich - umgeschuldet werden, eine Besserung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation ist davon jedoch nicht zu erwarten. Zu verheerend sind die Auswirkungen eines halben Jahrzehnts IWF-diktierter Austeritätspolitik, als daß die neu bewilligten 450 Mio. US-\$ Kredite die peruanische Krise lösen könnten.

Allein die von der Regierung veröffentlichten Zahlen zur wirtschaftlichen Lage machen deutlich, daß sich die Wirtschaftskrise längst zur nationalen Katastrophe ausgewachsen hat.

Der Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist mittlerweile auf 52% angestiegen, wobei die Statistik hier nur diejeniger erfasst, die bereits einmal in einem Arbeitsverhältnis standen.

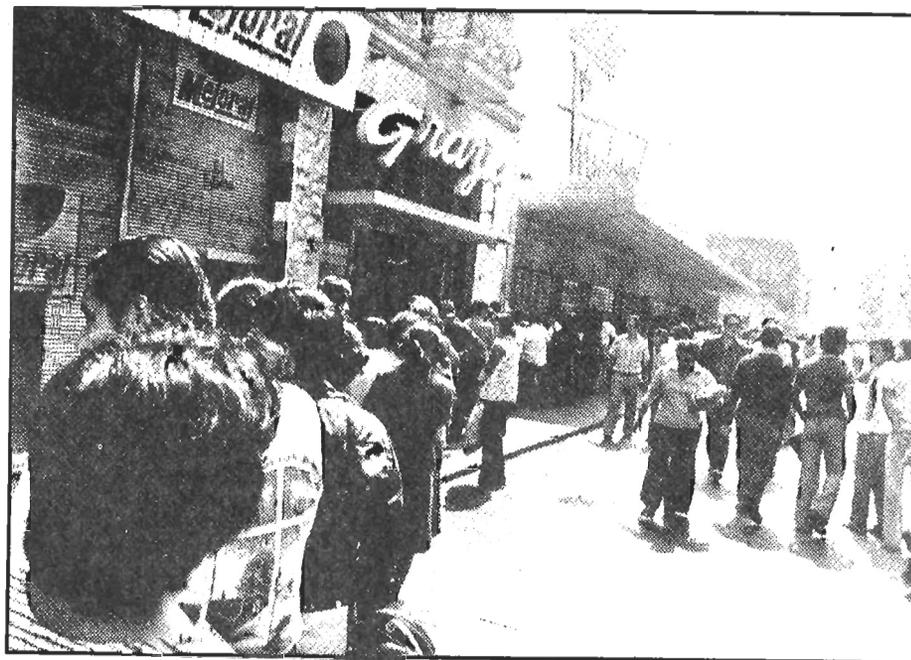
Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts wird von der Regierung in diesem Jahr auf etwa 5% geschätzt, eine höchst optimistische Annahme, berücksichtigt man die Tatsache, daß der Rückgang von Januar - April bereits knapp 10% im Vergleich zum Vorjahr betrug. Besonders gravierend wirkt sich hierbei aus, daß die neben dem Agrarsektor wichtigsten Bereiche der peruanischen Wirtschaft Rückgangsraten verzeichnen, die weit über dem Durchschnitt liegen. Die Fischereindustrie ging um 44%, die Bauindustrie um 30%, der Bergbau um 16% und die Industrie um 11% zurück. Da es sich hierbei abgesehen vom Baugewerbe, um die wichtigsten Bereiche des Exportsektors handelt, bedeutet dies für den chronisch defizitären Staatshaushalt nicht nur einen ca. 15%-igen Steuereinnahmeverlust; der Rückgang der Exporterlöse engt zudem die Möglichkeiten der Schuldentrückzahlung noch weiter ein.

Für die Bevölkerung wirkt sich der galoppierende Niedergang der Wirtschaft in astronomisch anmutenden Preissteigerungen aus. Die Inflationsrate betrug im Juni im Vergleich zum Vorjahr 130%; monatliche Raten von 7 - 10% sind an der Tagesordnung. Von Juni auf Juli stiegen die Preise für Nahrungs- und Genußmittel um 10,4%, für Mieten, Benzin und Elektrizität um je 7%. Dabei geben diese Zahlen nur einen Teil der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten, mit der sich die Bevölkerung konfrontiert sieht, wieder. Denn nicht nur die Inflation trägt zur Steigerung der Lebenshaltungskosten bei, darüberhinaus versuchen auch zunehmend ausländische Konzerne, unterstützt von den Behörden, von der Krise zu profitieren.

Am Beispiel des Grundnahrungsmittels Reis läßt sich verdeutlichen, daß es sich hierbei keineswegs um bloße Randerscheinungen handelt.

Betrug die Preissteigerungsrate für den gebräuchlichen "arroz popular" zwischen Juni und Juli schon rund 15%, so kommt nun noch hinzu, daß dieses weit verbreitete Grundnahrungsmittel aufgrund fahrlässiger oder gezielter Mißwirtschaft der

staatlichen Reisproduktion fast vollständig aus den Regalen verschwunden ist. Statt dessen ist die Bevölkerung jetzt gezwungen den aus den USA importierten, etwa viermal teureren Markenreis zu kaufen. "Arroz popular" wird - so überhaupt noch vorhanden - von den Händlern nur noch an Stammkunden und in Verbindung mit anderen Produkten abgegeben.



Käuferschlange in Lima: Alle hoffen, doch noch ein paar Pfund "arroz popular" zu erhalten.

Die Zerstörung der Grundlagen der nationalen Produktion, in erster Linie des staatlichen Sektors, ist beileibe kein Zufall, sondern Ziel einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die sich die radikale Reprivatisierung der peruanischen Ökonomie und damit die vollständige Auslieferung der produktiven Bereiche an die Interessen der multinationalen Konzerne zur Aufgabe gemacht hat. Im Augenblick richtet sich diese Politik gegen die Fischereindustrie und die Stahlindustrie.

Die staatliche Pescaperu die aufgrund mangelnder Ersatzinvestitionen schon in den 70er-Jahren gegenüber den privaten Unternehmen ins Hintertreffen geraten war, sieht sich seit Anfang dieses Jahres mit einer restriktiven Exportpolitik der Regierung konfrontiert, die den Export von Fischkonserven den Privatunternehmen vorbehält, während Pescaperu die Belieferung des Binnenmarktes zur Auflage gemacht wurde, ein Markt, auf dem der Konsum von Fischkonserven weitgehend ungebräuchlich ist, was zu erheblichen Absatzschwierigkeiten und zu einem weiteren Ansteigen der Verluste von Pescaperu geführt hat, das mittlerweile schon nicht mehr in der Lage ist, die Betriebsrenten auszuführen.

Auf ähnliche Weise wird die Liquidierung des staatlichen Stahlproduzenten SIDERPERO betrieben. In den letzten beiden Jahren beliefen sich die Verluste von SIDERPERO auf 75 Mio. US-\$, obwohl das Unternehmen nach einhelliger Ansicht von Arbeitern, Angestellten und Managern durch höhere Kapazitätsauslastung - die im Augenblick bei nur 35% liegt - sowohl in der Lage wäre, rentabel zu produzieren, als auch die In-

landsnachfrage zu über 90% zu befriedigen. Verhindert wird dies durch die Preis- und Zollpolitik der Regierung, die die Produkte von SIDERPERU mit Steuern bis zu 40% belegt mit der Folge, daß SIDERPERU gegenüber dem zu Dumpingpreisen auf den peruanischen Markt gebrachten Importstahl, der zudem mit lediglich 6% Importzoll belegt wird, nicht konkurrenzfähig ist. Hinzu kommt, daß die Regierung, anstatt wie von den ca. 5000 Beschäftigten gefordert, sich an der Finanzierung von Modernisierungsinvestitionen zu beteiligen, es vorzieht, die us-amerikanisch-peruanische Unternehmensgruppe Armando Cillóniz beim Aufbau einer konkurrierenden Stahlindustrie in Pisco zu subventionieren.

### Der Widerstand nimmt zu

Die fast hoffnungslose Situation hat aber auch zu einem Anwachsen der Massenproteste geführt, die sich auch durch Repression und Ausnahmezustand kaum mehr eindämmen lassen.

Seit dem 28. Juni befinden sich die 30.000 Minenarbeiter der kleinen und mittleren Minen in einem landesweiten, unbefristeten Ausstand dem sich am 5. Juli auch die Arbeiter der großen Minen angeschlossen haben. Anlaß des Streiks ist die verzweifelte Lage der Minenarbeiter von Cata Acari, Aquila und Camaria, die vor fast einem Jahr zu einem Protestmarsch nach Lima aufgebrochen waren, um gegen die Schließung ihrer Minen zu protestieren. Seitdem leben sie mit ihren Familien in Lagern vor den Toren Limas. Während ihre Kinder langsam verhungern, ignoriert die Regierung bis heute ihre Forderungen.

Neben der Forderung nach Wiedereröffnung der geschlossenen Minen, richtet sich der Protest der Minenarbeiter vor allem gegen die Verhängung des Ausnahmezustands und gegen die Wirtschaftspolitik, die die Liquidierung des staatlichen Bergbaus betreibt.

Da die Regierung auf die Streiks mit der Verhaftung zahlreicher Gewerkschafter reagiert hat, hat die CGTP vor der ILO in Genf Anklage wegen "schwerer Arbeitsrechtsverletzungen" eingereicht. (Zu den Verhaftungen siehe auch den Artikel über Menschenrechtsverletzungen.)

Gegen den Ausnahmezustand und die Wirtschaftspolitik richtet sich auch der Streik der 16.000 Universitätsangehörigen, die sich ebenfalls seit Juni im landesweiten und unbefristeten Ausstand befinden. Darüberhinaus fordern sie die Anpassung der Gehälter der Universitätsangestellten an die Preisentwicklung, sowie die Garantierung der universitären Freiheiten.

Die Streikwelle, die durch die Aktionen der Minenarbeiter und Universitätsangehörigen ausgelöst wurde, hat mittlerweile auch die Arbeiter der Sozialversicherung, die Bauarbeiter und seit 21. Juli die Stahl- und Metallarbeiter erfaßt, deren Gewerkschaften unbefristete Streiks ebenfalls in erster Linie gegen den Ausnahmezustand und die Wirtschaftspolitik der Regierung richten.

Vor diesem Hintergrund fand vom 15. - 17.7. der VII. Kongreß des Gewerkschaftsverbands CGTP statt. Trotz der sich zuspitzenden Situation wurde in der Hauptfrage, der weiteren Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, keine Fortschritte erzielt. Weder die Frage der Aufnahme der Bauerngewerkschaft CCP noch die Spaltung der Lehrer- sowie der Metallarbeitergewerkschaft konnte gelöst werden. So blieb als einzig zählbares Ergebnis des Kongresses die einhellige Absicht, in absehbarer Zeit einen weiteren Generalstreik nach dem Vorbild des 10. März zu organisieren.

Wie gerade im Radio zu vernehmen ist, haben für heute - 25.8. - alle gewerkschaftlichen Organisationen Perus zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen, der - nach chilenischem Vorbild - nicht nur die arbeitende Bevölkerung erfassen soll, vielmehr sind alle Peruaner aufgerufen, ihren Protest gegen die wirtschaftliche und politische Situation durch "Kochtopfkonzerte" und ähnliche Formen "zivilen Widerstands" zu bekunden.

Im Gegensatz zur IU-nahen Gewerkschaftsbewegung, in der die verhärteten Fronten der einzelnen Organisationen eine Weiterentwicklung verhinderten, ist es in der APRAnahen CTP zu einer Radikalisierung eines Teils der Gewerkschaften gekommen. Mit der Begründung, die "sozialpartnerschaftliche" Gewerkschaftsspitze kollaboriere mit der Regierung und verhindere die innergewerkschaftliche Demokratie, sind 11 Einzelgewerkschaften, darunter die Transport-, Hafen-, und Metallarbeiter, aus der CTP ausgetreten.

In dieselbe Richtung deutet das gemeinsame Vorgehen der Bauerngewerkschaften CCP und CNA auf dem nationalen Agrarkongress gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung.

Überhaupt scheint sich innerhalb der APRA und den ihr nahestehenden Massenorganisationen eine Linksentwicklung zu vollziehen.

Zwar hat der ultrarechte Flügel um Andrés Townsend vor kurzem die Partei verlassen und dient sich jetzt unter dem Namen "Movimiento de Bases Apristas" (MBA) der Regierung als Bündnispartner im Kampf gegen den "Terrorismus" an, die Mehrheit der APRA hat aber inzwischen wohl begriffen, daß die Politik der Regierung auch ihre Anhängerschaft ins Verderben stürzt und bemüht sich, sich als oppositionelle Kraft zu profilieren.

In einem Interview mit "El Diario" äußerte APRA-Generalsekretär Alan García, daß die wirtschaftliche und politische Situation eine engere Zusammenarbeit von APRA und IU erforderlich mache.

Die Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit sah er vor allem im gewerkschaftlichen Bereich, sowie bei der Organisation des Kampfs gegen Ausnahmezustand und wirtschaftliche Konzeption der Regierung. Darüberhinaus ließ er die Bereitschaft seiner Partei, nach den Wahlen 1985 eine Koalition mit der IU einzugehen, erkennen, machte jedoch gleichzeitig deutlich, daß die APRA ihre programmatische Eigenständigkeit bewahren wolle und eine Volksfront oder ein ähnlich enges Bündnis für ihn nicht zur Diskussion stehe.

Innerhalb der IU sind die Annäherungsversuche der APRA mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen worden.

Die Vorschläge der APRA zur Intensivierung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit liegen ebenso im Interesse der IU, da sich dadurch vielleicht neue Perspektiven für die Schaffung einer nationalen Einheitsgewerkschaft ergeben, wie das Angebot gemeinsamen Vorgehens gegen Ausnahmezustand und Wirtschaftspolitik. In dieser Frage sind jedoch verschiedene Organisationen, insbesondere PCR und VR eher skeptisch, da sie die Unterschiede sowohl in der aktuellen Zielsetzung als auch in der Programmatik als zu gravierend einschätzen, als daß sich über die Forderung nach der Aufhebung des Ausnahmezustands hinaus genügend Gemeinsamkeiten zur Formulierung einer tragfähigen politischen Alternative finden ließen.

### Quo vadis, IU?

Die Diskussion über die APRA weist auf eine umfassende Diskussion über die künftige bündnispolitische Orientierung der IU hin, die in den letzten Wochen in Gang gekommen ist.

Offiziell, d. h. auf der Ebene des gemeinsamen Leitungsgremiums gilt zwar immer noch die Linie des im Augenblick eher auf den ökonomischen Bereich konzentrierten Abwehrkampfes gegen Ausnahmezustand und Austeritätspolitik sowie die Orientierung auf die Wahlen 1985, für die die Kommunalwahlen im Herbst ein erster entscheidender Prüfstein sein sollen.

Unterhalb dieser Ebene existieren jedoch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die künftige Richtung der IU.

Ein Teil der IU hält weiterhin die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und die Eroberung der politischen Macht im Rahmen des parlamentarischen Systems für die Hauptaufgabe der mittelfristigen Politik und sucht hierfür das Bündnis nicht nur mit der APRA, sondern auch mit anderen Teilen des Bürgertums.

Darauf deuten neben dem bereits erwähnten Interview mit Alan García eine Reihe weiterer Interviews mit prominenten bürgerlichen Politikern, u.a. Grados Bertorini und Ex-Präsident Gn. Morales Bermudez, hin, die in den letzten Wochen von "El Diario" publiziert wurden.

In dieselbe Richtung deutet auch der Vorschlag aus UDP-Kreisen, eine Allparteien-notstandsregierung in Ayacucho zu bilden, die den Dialog mit Sendero Luminoso aufnehmen soll.

Auf der anderen Seite stößt diese Linie auf den massiven Protest, vor allem von PCR, VR und MIR, die eine Annäherung an die bürgerliche Opposition weitgehend ablehnen und stattdessen - wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Erfolge von Sendero Luminoso - die Eigenständigkeit der Organisationen der Arbeiterklasse und die Intensivierung des politischen Kampfs fordern.

Einen ersten Schritt hierzu haben diese drei Parteien Ende Juli getan, als sie sich zur "Partido Mariatequista Unificado" (PMU) zusammenschlossen.

Es bleibt abzuwarten ob die PMU tatsächlich in der Lage sein wird, der Linken neue Impulse zu geben, und sich vor allem in den Provinzen als Interessensvertreterin der Arbeiter und Bauern zu verankern vermag, oder ob es sich bei diesem Zusammenschluß doch wieder nur um die Tat einiger limensischer Funktionäre handelt.

Innerhalb der IU mehren sich nämlich die Spekulationen über einen massiven Verlust der Massenbasis, da die IU bislang nicht in der Lage gewesen ist, den spontanen Massenprotesten eine einheitliche politische Richtung zu geben. Wie im Vorfeld der Kommunalwahlen deutlich wird, hat die IU offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten, sich auch an der Basis als geschlossene Organisation zu konstituieren. So wissen oftmals selbst prominente IU-Mitglieder nicht, wo und wann die Parteiversammlungen ihres Distriks stattfinden, obwohl diesen gerade jetzt, da es um die Kandidatennominierung geht, im Hinblick auf die Verankerung der IU als Massenorganisation und das demokratische Selbstverständnis erhebliche Bedeutung zukommt.

Einigen Aufschluss über den Zustand der IU können hoffentlich die Wahlen im November geben, in die die IU und ihr Spitzenkandidat Barrantes mit dem Ziel ziehen, die Bürgermeisterwahl in Lima zu gewinnen.

Auch in den Provinzen, in denen Sendero Luminoso in den letzten Monaten an Einfluß gewonnen hat, werden die Wahlen ein wichtiger Indikator über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse sein.



Seit Ende Juni streiken die Minenarbeiter gegen den Ausverkauf des Bergbaus an die Interessen der multinationalen Konzerne und Banken.

Ob aber im November überhaupt Wahlen stattfinden werden, wird von Tag zu Tag ungewisser. Am 19. August hat Belaunde Terry den Ausnahmezustand um weitere zwei Monate verlängert, und in die Auseinandersetzungen zwischen Militär und Polizei auf der einen, und Opposition und Guerilla auf der anderen Seite greifen mittlerweile verstärkt paramilitärische Banden ein, die die Unterstützung der offiziellen Stellen genießen.

## Der Terror der Paramilitärs

*In letzter Zeit werden immer mehr Informationen über die Existenz paramilitärischer Organisationen bekannt, die eine genauere Einschätzung der blutigen Auseinandersetzungen auch im Hochland ermöglichen.*

Danach scheint zumindest ein Großteil der bislang dem Sendero Luminoso angelasteten Morde und Massaker in Wahrheit von Spezialeinheiten der Streit- und Sicherheitskräfte sowie paramilitärischen Mörderbanden ausgeführt zu werden, unter denen vor allem die "gente que mata gente" (Quechua: "runa huanuchiq runa" = menschen-tötende Menschen) für ihre bestialische Grausamkeit bekannt geworden sind. So gehen u.a. auch die Kindermorde von Huaychao mit den anschließenden Journalistenmorden in Uchuraccay (vgl. LN 115) auf das Konto dieser seit drei Jahren operierenden Todesschwadronen. Angeführt werden die "runa huanuchiq runa" angeblich von dem Gefängnisdirektor von "Los Cebitos No. 51", einer als Folterzentrum berüchtigten Militärkaserne in Ayacucho, die gleichzeitig Amtssitz des berüchtigten Generals Roberto Clemente Noel Moral und politisch-militärische Kommandozentrale der unter Kriegsrecht stehenden Gebiete ist.

Die Mitglieder der Todesschwadronen werden teils aus geheimdienstlich organisierten Untergrundorganisationen und V-Männern der Polizeikräfte, teils aus den "Organizaciones de los Licenciados" (=paramilitärisch organisierte Wehrdienstabsolventen) und den "Comités de Defensa de la Revoluci6n" (unter den Präsidenten Velasco und Morales Bermudes gegründete "Bürgerwehren") rekrutiert. Die Gründung dieser Organisationen geht auf die Kennedy-Ära zurück, als das C.A.E.M. (= Zentrum für höhere militärische Studien) in Kooperation mit dem CIA nach bolivianischem Muster im Rahmen der Pläne "Camelot", "Simpático" und "Colony" umfangreiche anthropologische und psychologische Studien auch im peruanischen Hochland durchführte, um daraus eine präventive Counterinsurgency-Strategie zu entwickeln, die jetzt in vollem Umfang zum Tragen kommt. Im Zusammenhang mit der Aktivierung dieser Strukturen kam es bereits Ende der 70er Jahre zu einer ganzen Reihe mysteriöser Morde im Hochland, die von paramilitärischen Banden verübt wurden. (u.a. die Fälle Patricia Quillas 1979 in Cerca de Huanta und 1978 Marcelino Castro in Pujas/Vilcashuamán).

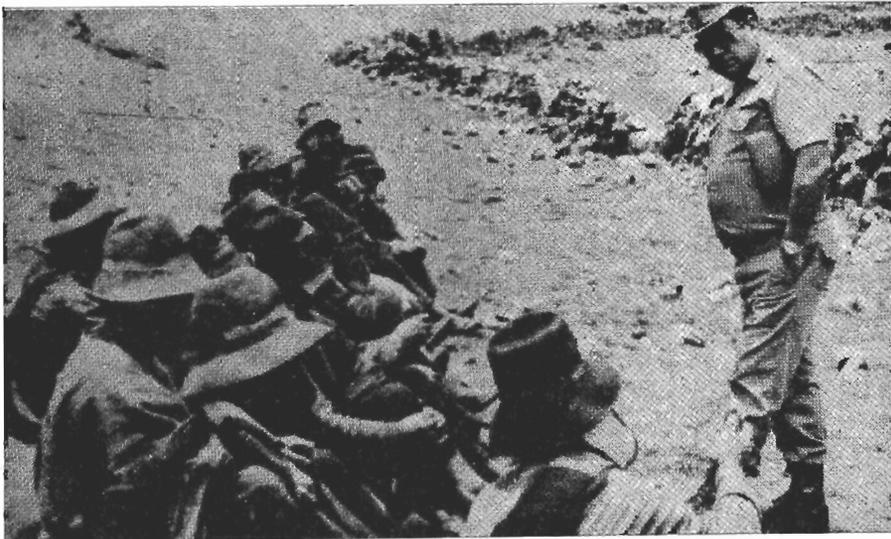
Neben den "runa huanuchiq runa" agieren - vor allem im Norden Perus und in einigen Gegenden von Andahuylas - Teile sogenannter "rondas campesinas" (=ursprünglich z.T. autonome Bürgerwehren der Bauern), die von den Spezialeinheiten der Streit- und Sicherheitskräfte mit Drohungen, Versprechen und Gewalt indoktriniert und zu paramilitärischen Banden umfunktioniert wurden. Der IU-Abgeordnete Manuel Dammert berichtete nach einem Informationsaufenthalt in Ayacucho am 16.7.1983 in der Tageszeitung "El Diario", daß Hochlandbewohner - z.T. nach Gewaltanwendung und vorangegangener Verhaftung - von den Streit- und Sicherheitskräften erst für paramilitärische Aktionen eingesetzt und später geköpft würden, um die Verbindungen zwischen Paramilitärs und Staatsorganen zu verschleiern.

Sowohl in der Planung als auch der Durchführung der zahllosen Folterungen, Morde und Massaker arbeiten die paramilitärischen Gruppen mit den Spezialeinheiten der Streit- und Sicherheitskräfte aufs Engste zusammen: Namentlich bekannt geworden sind hierbei insbesondere die "Sinchis" (Spezialtruppe der Guardia Civil), die "Llapan Atiq" (Spezialeinheit der Guardia Republicana) und die "Gurkhas", eine militärische Spezialeinheit (Marineinfanterie), der eigens geschulte Folterspe-

zialisten angehören und enge Verbindungen zu Israel nachgesagt werden.

Der z.Z. im spanischen Exil lebende Pastor Anaya Cuadros, Vorstandsmitglied der der UDP nahestehenden Bauerngewerkschaft CCP beschrieb im März 1983 in einem Interview mit der Peru-Gruppe Bielefeld z.B. das Vorgehen der Spezialeinheiten folgendermaßen:

*"... Die 'Sinchis', eine im antisubversiven Kampf gegen Guerillas geschulte Spezialeinheit, gehen auf zügellose und unmenschliche Weise vor, sie verüben Morde, Plünderungen und Verbrechen. Dazu verkleiden sie sich selbst als campesinos und versuchen, durch die Ermordung anderer Campesinos Aktionen des Sendero Luminoso vorzutäuschen. Andererseits verkleiden sie sich wiederum als Senderisten und führen Angriffe auf Dorfgemeinschaften durch, um Zwietracht zu säen und die Guerilla zu isolieren. Auf diese Weise wurde: beispielsweise auch ein Genosse, der Vertreter der Bauernliga von Cangallo im Gebiet Moyobamba ermordet ... Neuerdings haben auch die 'Llapan Atiq' ihre Tätigkeit aufgenommen, eine zweite weit aggressivere Antisubversions-Spezialeinheit der Guardia Republicana, die von repressiven US-Einheiten hervorragend geschult wurden. Daneben bedient sich die Regierung durch Organisation von Reservisten in paramilitärischen Einheiten einer weiteren Repressionsform: Sie rekrutieren Bauern, die in den letzten Jahren ihren Militärdienst absolviert haben, und bilden aus ihnen die 'gente que mata gente'-Kommandos ... Außerdem haben die Großgrundbesitzer, die 'gamonales', mit Erlaubnis der Regierung auf eigene Rechnung eine eigene paramilitärische Organisation gegründet ..."*



Ein Sinchi-Ausbilder bei der "Unterweisung" paramilitärischer Bauernmilizen.

Im städtischen Bereich macht - neben der seit dem Anschlag auf die Parteizentrale mit Feuerwaffen ausgerüsteten AP-Ordnertuppe "Koyoten" - vor allem das rechtsradikale, paramilitärisch organisierte "Comando Indoamericano" des "Bufalo" Arturo Pacheco Girón von sich reden. Dieses "Kommando" verfügt nach eigenen Angaben über 1 800 militärisch ausgebildete Bewaffnete, die bereits in Mexiko und Panama sowie in Nicaragua gegen die Sandinisten kämpften und teilweise von argentinischen Söldnern geführt werden. Finanziert wird die Organisation laut "Bufalo" Pacheco durch sozialdemokratische Kreise aus Nachbarstaaten, namentlich aus Venezuela. Es gibt jedoch auch Informationen, nach denen die Paramilitärs u.a. auch von Mormonen, der extrem konservativen katholischen Laienorganisation Opus Dei und dem Bayer-Konzern mit Geld- und Sachspenden unterstützt werden.

Das "Comando Indoamericano" trat erstmals öffentlich in Erscheinung, als "Bufalo" Pacheco am 14.7.83 in Lima seine Truppe in vollem Wuchs aufmarschieren ließ und ganz ungeniert der Regierung "zum Kampf gegen den Terrorismus" andiente. Pacheco war früher Mitglied des reaktionär-militanten APRA-Flügels, der die Partei in den 60er Jahren beherrschte, und wurde von der Militärregierung des Landes verwiesen, als seine Verfilzung mit den von der Agrarreform betroffenen Großgrundbesitzern bekannt wurde. Nach einem Aufenthalt in Mexiko, wo er das "Comando Indoamericano" aus Söldnern, Ex-Somozisten, Gewalttätern und arbeitslosen Jugendlichen zusammenstellte, befindet sich Pacheco offiziell seit 1980 wieder in Peru, wo er als Leibwächter des Vizepräsidenten Javier Alva Orlandini (AP) arbeitete und seine Männer an Firmen vermietete, die ihre illegalen Geschäftsinteressen gewaltsam gegen Dorfgemeinschaften durchsetzen ließen.

Pacheco soll auch enge Beziehungen zu deutschen Alt-Nazis und Neofaschisten unterhalten und arbeitet mit Pedro Richter Prada, dem Ex-Innenminister der Morales-Bermudes-Ara, zusammen, der als einer der Großverdiener in der Kokain-Mafia bekannt ist und - gemeinsam mit dem AP-Drogenabgeordneten Parodi - große Teile der nordöstlich von Ayacucho gelegenen Koka-Anbaugelände kontrolliert.

### Kein Recht auf Menschenrecht

*Von Menschenrechtsverletzungen kann in Peru angesichts der täglichen Presseberichte über willkürliche Verhaftungen und Morde, Folterungen, Entdeckungen von Massengräbern sowie Hinrichtungsstätten und Leichenteilen besonders in den Hochlandregionen der Zentralsierra eigentlich kaum noch die Rede sein. Vielmehr scheint es, als ob mit Verhängung des landesweiten Ausnahmezustandes die Staatsorgane und das Militär jetzt auch den letzten Versuch eingestellt haben, wenigstens einen letzten Rest von demokratischem Schein zu wahren:*

Nach übereinstimmenden Aussagen von Betroffenen, ihren Angehörigen, zufälligen Augenzeugen sowie Parlamentariern, Menschenrechtskommissionen und Journalisten befinden sich im ganzen Land zahlreiche Folterzentren: Namentlich bekannt geworden und herüchtigt sind u.a. besonders die Militärkaserne "Los Cabitos No. 51" und das PIP-Revier in Ayacucho, das Stadtstadion (Estadio Municipal) in Huanta, die DICOTE-Zentrale in Miraflores (Lima), der Gefängnisstrakt im Justizpalast von Lima, das Zentralgefängnis (Centro Penal) in Cuzco und das Stadtgefängnis (CRAS) in Cerro de Pasco. Die bekannt gewordenen Folterungen reichen von Mißhandlungen mit brennenden Zigaretten, kochendem Wasser, rotglühenden Eisen, Schlägen mit Plastikknüppeln und Elektroschocks über tagelanges Aufhängen an den Gliedmaßen, Vergewaltigungen, simulierte Hinrichtungen durch Erhängen oder Ertränken, Verstümmelungen und Abhacken von Extremitäten bis hin zu raffiniert verfeinerten Foltermethoden z.B. durch blutdrucksenkende Injektionen, die Todesängste verursachen und bereits zahlreiche Häftlinge in den Wahnsinn getrieben haben sollen.

Dabei beschränken sich die Folterungen und Morde nicht mehr - wie noch zu Beginn des Jahres - in erster Linie auf Bauernführer, Gewerkschafter, Studenten, Campesinos und Arbeiter; die Repressionswelle überrollt mittlerweile ausnahmslos Peruaner jeden Alters, Geschlechts und Standes: So häufen sich in letzter Zeit die Meldungen von verschleppten, gefolterten oder ermordeten Frauen, Kindern, Notaren, Richtern, Lehrern, Staatsanwälten, Journalisten und Vertretern von Menschenrechtskommissionen. In "Los Cabitos" wurden u.a. minderjährige Schülerinnen von "Gurkhas" mehrfach vergewaltigt und sechs- bis zwölfjährige Kinder vor den Augen ihrer Eltern grausam gequält, um Zeugenaussagen aus ihnen herauszupressen. Vorher waren die Kinder gezwungen worden mitanzusehen, wie Marineinfanteristen ihre Eltern folterten. - Im Distrikt Vinchos ermorden Armeeeingehörige und "Sinchis" zehn Campesinos. - U.a. in Chanchacanoa, Uchumo, Pomabamba und Paras werden grauenhaft

verstümmelte Leichen aufgefunden. - In Lima wird eine Demonstration von ca. 3 000 gegen die ständigen Fahrpreiserhöhungen protestierenden Schülern von Zivilgardisten mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas zum wiederholten Mal niedergeknüppelt; achtzig Schüler werden verhaftet. - Im Distrikt Carhuanga massakrieren "Sinchis" 15 Kinder, eine Frau und zwei Männer; drei weitere Männer und eine Frau werden durch Schußwunden schwer verletzt.

In Totos (Cangalló) entdecken Bauern aus Para in der Nähe eines Massengrabes eine Hinrichtungsstätte militärischer Spezialeinheiten, in der sich die konservierten Leichen eines Ausländerpaares sowie zahlreiche gepfählte Köpfe befinden. - In der Provinz Huanta wird etwa 35 km von Huamanguilla ein weiteres von Marineinfanteristen betriebenes Folterzentrum entdeckt; in dem Folterzentrum beim Stadtstadion sollen mehrere Schüler der Schule Nucleo Educativo Comunal No. 04 grausam mißhandelt und der Schüler Hurtado Ludeña ermordet worden sein. - Als Bauern verkleidete Marineinfanteristen ermorden am 1.7. zehn unbewaffnete Jugendliche in Quinrapa (ca. 5 km von Huanta). - Am 5.7. werden in Huanta, Cangari und Azángaro erneut zahlreiche, z.T. stark verwesene Leichen gefunden; die Sicherheitskräfte weigern sich, die Leichen zu bergen, da die Fundorte "in befreiten Zonen der Guerilla liegen". - Mehrere Fälle von Studentinnen der Universität Ayacucho (UNSC) werden bekannt, die nach sadistischen Folterungen irrsinnig geworden sind. -

In Chancay wird ein Priester ermordet und auf den Bischof von Puno von rechtsradikalen Paramilitärs ein Attentat verübt. - Im ganzen Land soll es seit den ersten Verhaftungswellen zu Beginn des Ausnahmezustandes Zehntausende von Verhaftungen gegeben haben; Opposition, Journalisten und Menschenrechtler sprechen einstimmig von Konzentrationslagerartigen Haftbedingungen besonders in den Gefängnissen von Callao und El Frontón, in denen ein Großteil der politischen Häftlinge einsitzt. - Nach Berichten von "El Diario" ermorden Marineinfanteristen und "Sinchis" 23 Einwohner in Uchuraccay.

Unterdessen klagen die verzweifelten Hinterbliebenen der acht in Uchuraccay ermordeten Journalisten die ermittelnden Untersuchungsrichter Juan Flores Rojas und Hugo Molina Ordoñez öffentlich wegen Unterdrückung von Beweismitteln und Zeugenaussagen, Rechtsbeugung, Amtsmißbrauch und fehlerhafter Prozeßführung an. Obwohl zahlreiche Schlüsseldokumente zu dem Fall "verschwunden" sind, belegen Zeugenaussagen eindeutig die Urheberrolle von Militäreinheiten und "Sinchis".

Die mexikanische Tageszeitung "El Día" spricht von der "argentinisierten Repression des Belaúnde-Regimes" und einer blutigen "Militärdiktatur des Generals Roberto Clemente Noel Moral im unter Kriegsrecht stehenden Gebiet". Ein Funkpruch Noels, Gefangene erst zu verhören und dann ausnahmslos umzubringen, wird abgehört und in der Oppositionspresse veröffentlicht. Der Vizepräsident der parlamentarischen Menschenrechtskommission und IU-Abgeordnete Javier Díez-Canseco erhebt beim peruanischen Generalbundesanwalt formal Anklage gegen den politisch-militärisch verantwortlichen General Noel Moral - übrigens ein Vetter des Kriegsministers Oscar Brush Noel - wegen Mord, Entführung, Folterung, Plünderung, Raub und Amtsmißbrauch gegen zahlreiche Personen und sogar ganze Dorfgemeinschaften des Bürgerkriegsgebiets. In der 17seitigen Anklageschrift wird u.a. die Erschießung von 23 Personen - unter ihnen Minderjährige - durch Militärs und Paramilitärs in Totos, Paras, Pichurimi, Usutapampa und Matará sowie Chuschi belegt, an denen sich auch Zivilisten beteiligten. Ferner werden die Fälle von 30 Kindern und ihrer Eltern angeführt, die seit ihrer Verhaftung spurlos "verschwunden" sind. Díez-Canseco erhält daraufhin postwendend Morddrohungen durch Geheimdienst und PIP (Staatssicherheitsdienst). Trotzdem bezeichnet er die Ermordung von 374 "subversiven Delinquenten" und 66 Zivilisten, die von Noel per Pressemitteilung bekannt gegeben werden, in aller Öffentlichkeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Entgegen den Aussagen von Parlamentariern und Journalisten behauptet Noel Moral die Ermordeten seien "bei den Kämpfen" ums Leben gekommen. "El Diario" spricht vom "Völkermord in Ayacucho". Dazwischen beschuldigt Belaúnde stereotyp, pauschal und ohne jeden Beweis "ausländische Drahtzieher" - u.a. die Konrad-Adenauer-Stiftung - für den "Terrorismus" verantwortlich zu sein, und sein vierter Innenminister Percovich schiebt Noel Moral die alleinige Verantwortung für Völkermord und Totschlag in die Schuhe.

## Sendero Luminoso: Dynamit und Luftballons

Derzeit sind in der Region Ayacucho schätzungsweise 4 000 Polizisten und 6 000 in-Einsatz; für den Einsatz im Kriegsrechtsgebiet werden Zivilgardisten rund 20 000 Soles (ca. 40 DM) pro Tag zusätzlich angeboten; trotzdem scheint es ein Großteil der Polizisten vorzuziehen, sich für Summen bis zu 1 500 US-\$ von diesem Kommando freizukaufen und ärmere Kollegen an die Front zu schicken. Gleichzeitig nehmen in diesem Gebiet die Desertionen von Soldaten und Polizisten erheblich zu, die sich entweder der Guerilla anschließen oder in der Küstenregion untertauchen.

Dazwischen kommen immer wieder Zeitungsmeldungen von Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Guardia Civil und PIP, die sich gegenseitig erschießen und Stützpunkte in die Luft jagen. Bei diesen Feindseligkeiten scheint es sich offensichtlich um alte Rivalitäten zwischen den Polizei- und Militärstreitkräften zu handeln, die mit allen Mitteln ausgetragen werden.



"pasa montanas" werden die in den Anden zum Schutz gegen die Kälte benutzten Mützen genannt, mit denen sich die Senderisten - hier ein Guerillero im Interview mit Julio Cabrera Morena, Chefredakteur der Zeitschrift "Equis X" - in der Öffentlichkeit präsentieren.

Trotz der verstärkten Präsenz der Repressionskräfte gehen die Aktionen der Guerilla weiter: In den Departements Lima, Ayacucho und Huancayo scheinen die Senderisten nach Belieben durch Sprengungen von Elektrizitätsmasten den Strom ein- und ausschalten zu können; auch die Angriffe auf Polizeiposten, Truppenteile usw. finden weiterhin statt.

Allerdings sind die Presseberichte, die von der Eröffnung einer zweiten und dritten Guerillafront in Cerro de Pasco bzw. La Libertad sprechen, mit Vorsicht zu genießen: aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich hierbei lediglich um eine Intensivierung der Aktionen in strategisch wichtigen Gebieten, wie sie u.a. bereits schon in Cuzco beobachtet werden konnte. Auch die verstärkte Repression in diesem Gebiet ist noch kein schlüssiger Beleg hierfür. Wie nervös die Guardia Civil jedoch bereits ist, zeigt sich an der Stationierung von Spezialeinheiten in Juliaca, wo sie aufgrund der starken Mobilisierung der Bevölkerung ein weiteres Zentrum von Sendero Luminoso vermutet.

Nachdem sie tags zuvor zwei Radiosender besetzt hatten, organisierten Senderisten am 25.7. in Huanta einen Streik gegen Noel Morals Menschenrechtsverletzungen, der die ganze Region lahmlegte. Am 26. und 27. wiederholte sich das Ganze in Ayacucho: Laut einer Umfrage von "El Diario" unter der Bevölkerung, die dem Streikaufruf zu 100% Folge leistete, fühlte sich keiner der Streikenden in irgendeiner Weise zur Teilnahme gezwungen. Während des Streiks soll Ayacucho mit Guerillafahnen übersät gewesen sein. Gleichzeitig mußten größere Truppeneinheiten abkommandiert werden, um am Himmel schwebende rote Luftballons mit dem Hammer- und -Sichel-Zeichen und daranhängendem Propagandamaterial der PCdeLP abzuschließen (die Trefferquote soll erstaunlich gering gewesen sein).

Diese und ähnliche Aktionen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit einer psychologischen Offensive der Guerilla, die sich vornehmlich an Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte und die Spezialeinheiten wendet. Hauptsächlich auf Flugblätter wird dabei an Soldaten und Polizisten appelliert, nicht länger gegen das eigene Volk zu kämpfen und sich der militärischen Vorbilder der Nationalhelden aus Salpeterkrieg, Grau und Caceres, zu erinnern, die ihre Kriegsgefangenen stets fair behandelten.

Diese neuerdings im Hochland eingeschlagene Taktik steht in krassem Gegensatz zu dem der PCdeLP zugeschriebenen Sprengstoffanschlag auf die Parteizentrale der regierenden Acción Popular in Lima, bei dem, begleitet von einer ganzen Welle weiterer Kommandounternehmen, am 12.7. in Lima zwei Menschen ums Leben kamen und 25 weitere verletzt wurden. Dieses Attentat erregte landesweite Empörung und wurde auch seitens der Oppositionsparteien aufs schärfste verurteilt.

Trotzdem scheint die PCdeLP auch weiterhin über einen gewissen Zulauf zu verfügen: aus Presseberichten geht jedenfalls hervor, daß die Splitterpartei Puca Llaccta (Quechua für "Rotes Vaterland") ihre Organisation aufgelöst und sich dem Sendero Luminoso angeschlossen hat. Auch der Umgang zwischen Izquierda Unida und PCdeLP scheint moderater zu werden: in letzter Zeit sind in den Oppositionsparteien nahestehenden Zeitungen eine Reihe von Leitartikeln veröffentlicht worden, die auf eine differenziertere Betrachtungsweise von Sendero Luminoso schließen lassen.

In einer europäischen Großstadt hat Ende Mai ein "Erster internationaler Solidaritätskongreß" stattgefunden, bei dem sich die Delegierten von mehr oder weniger marxistisch-leninistisch-maoistisch orientierten Parteien aus acht Ländern für aktive Solidaritätsmaßnahmen mit dem "Krieg des peruanischen Volkes" ausgesprochen haben. Eine zweite Konferenz mit Teilnehmern aus zahlreichen weiteren Ländern ist noch in diesem Jahr geplant.

Quellen: El Diario, Equis X, Versión, Gente, Bandera Roja (1970)(alle Peru), El Día (Mexico), FAZ, Handelsblatt



Am 10. Mai 1983 wurden in El Frontón die politischen Gefangenen Velorio de Américo Solorzávo und Angel Botoneró von Angehörigen der Guardia Republicana ermordet. Das obere Foto zeigt Familienangehörige und Parteifreunde bei der Mahnwache mit den aufgebahrten Särgen der Ermordeten. Bei ihrem Begräbnis wurden im Trauerzug Transparente der Permanenten Menschenrechtskommission und des Komitees der Familienangehörigen Politischer Gefangener mitgeführt, auf denen gegen die zahllosen Menschenrechtsverletzungen protestiert und die Schließung der Folterzentren und Konzentrationslager gefordert wurde.

## Zustände wie in Mittelamerika

Zur Situation der Menschenrechte in Peru und zum "Fall Uchuraccay" erreichte uns der folgende Korrespondentenbericht aus Lima:

*Bereits in den LN 112 haben wir über Menschenrechtsverletzungen in Peru berichtet. In den vergangenen Monaten hat sich die Situation eher noch verschlechtert. Es vergeht kein Tag ohne dementsprechende Meldungen, vor allen Dingen aus dem Vom Bürgerkrieg heimgesuchten Regionen, den Provinzen Ayacucho, Huanaavelica und Apurimac in den südlichen Anden. Überfälle auf Dorfgemeinschaften von als Senderisten verkleideten Militärs und Sinchis oder von Senderisten, die sich als Soldaten ausgeben - Meldungen, die von hier aus schwer zu beurteilen sind. Morde an Bauern; Verhaftungen von Gewerkschaftern, Lehrern, Priestern und anderen unbequemen Personen unter dem Verdacht der Subversion; Folter und Mord an Gefangenen ... In den letzten Wochen häufen sich jedoch vor allem Informationen über ein bisher weitgehend fehlendes Verbrechen: politische Entführungen.*

### "Verschwinden"

Am 4. August 1983 veröffentlichte die linke Tageszeitung "El Diario" eine Liste mit den Namen von ca. 100 "Verschwundenen" aus der Region Ayacucho. Betroffene Familienangehörige dieser Personen hatten die Liste dem amtierenden Staatsanwalt ausgehändigt mit der Aufforderung, unverzüglich Auskunft über den Aufenthaltsort der Genannten zu geben. Die Angelegenheit wurde dem Befehlshaber der Zone, General Noel Moral, übergeben.

Die Familienangehörigen der vermißten Personen gaben an, daß ihre Angehörigen während polizeilicher Operationen wie Razzien und Hausdurchsuchungen von Polizei- bzw. Militärkräften verhaftet worden waren und seitdem spurlos verschwunden sind.

In einer Pressekonferenz am gleichen Tag brachte Innenminister Percovich Roca, der jegliche Verantwortung auf General Noel Moral abschob, die Meinung zum Ausdruck, daß die meisten der Verschwundenen entweder in einem der zahlreichen Zusammenstöße zwischen Senderisten und Polizeikräften umgekommen (eine Behauptung, die man z.B. auch von den argentinischen Militärs allzu gut kennt!) oder bereits wieder frei oder einem Richter vorgeführt worden seien. Beweise dafür konnte er allerdings nicht erbringen.

In Huancayo (Zentralsierra) brachten Familienangehörige die Fälle von 25 verschwundenen Personen an die Öffentlichkeit, darunter Gewerkschafter und Mitglieder des linken Wahlbündnisses Izquierda Unida (IU). Nach Aussagen ihrer Familienangehörigen wurden sie von als Senderisten verkleideten Polizeikräften entführt und sind bis heute nicht mehr aufgetaucht.

Allein in Lima wurden zwischen dem 3. und 7. August mehrere Entführungen bekannt. Erstes Opfer wurde die Ehefrau eines Bankfilialeiters. Die Entführer gaben sich als Sendero-Kommando aus und verlangten für die Freilassung ein hohes Lösegeld. Hierbei schien es sich um einen mit politischen Motiven getarnten Raub zu handeln, während die Entführung der Bibliothekarin Silvana Salazar Ayllón sicher ein politischer Fall war. Eine Gruppe von Paramilitärs drang auf Anweisungen des Staatsschutzes (Dirección de Inteligencia) an ihrem Arbeitsplatz in der Staatsbibliothek

ein und nahm sie unter Gewaltanwendung mit. Die Entführte wurde mehrere Stunden festgehalten und verhört, bevor sie freigelassen wurde. Silvana Salazar Ayllón ist die Schwester von Nelly Salazar, die zu den meistgesuchten Sendero-Aktivisten gezählt wird. (El Diario, 5.8.83)

### Der Fall Fortunato Gavilán

Fortunato Gavilán war Führer der Dorfgemeinschaft Uchuraccay, in der im Januar 1983 acht Journalisten während Nachforschungen von Dorfbewohnern ermordet wurden. Er galt als Urheber des Massakers und war in seiner Gegend als Paramilitär bekannt, der in verschiedene Auseinandersetzungen mit anderen Dorfgemeinschaften verwickelt war.

Obwohl genug Beweise gegen Fortunato Gavilán im Mordfall der Journalisten vorlagen, wurde er - unter Schutz von General Noel Moral - niemals festgenommen, sondern "verschwand" aus der Gegend.

Anfang August tauchte in einem Dorf, ca. 80 km von Ayacucho entfernt, eine Leiche auf, die ein Schild um den Hals trug: "Ich bin Fortunato Gavilán, Führer von Uchuraccay". Augenzeugen, die nach Ayacucho kamen, wollten gesehen haben, wie Besagter von einem Sendero-Kommando vor den Augen von 100 Personen hingerichtet worden ist.

Solcherlei Aussagen und Informationen lassen in der Zwischenzeit aber immer mehr Zweifel aufkommen. Spätestens seit dem Auftauchen der Filme eines der ermordeten Journalisten ist klar geworden, daß die Version des spontanen Angriffs der Dorfbewohner auf die angeblichen Senderisten eine Lüge ist. Die Fotos beweisen, daß die Journalisten Zeit hatten, sich vorzustellen, mit den Leuten zu reden, sogar beim Dorfführer eingeladen waren. Bekannt wurde auch, daß Tage zuvor Sinchis in der Gegend aufgetaucht waren und die Bewohner instruiert hatten, alle auftauchenden Fremden umzubringen.

Wenig ist bisher zur Aufklärung des wirklichen Tathergangs getan worden. Zum Abschluß der gerichtlichen Untersuchungen, 6 Monate nach dem Massaker, geben die frustrierten Hinterbliebenen in der Öffentlichkeit bekannt, daß die Nachforschungen so gut wie nichts erbracht, geschweige denn Schuldige vor Gericht gebracht hätten - während Herr Vargas Llosa, renommierter peruanischer Schriftsteller und Leiter der "unabhängigen" Kommission jetzt seine Version von terroristenjagenden Dorfgemeinschaften bereits in europäischen und nordamerikanischen Zeitungen zum Besten gibt. (So z.B. im STERN Nr. 34/1983: "Die unschuldigen Mörder") Der Staatsanwalt der Region hat gegen 17 am Massaker Beteiligte Haftbefehl erlassen, konnte jedoch angeblich nur zweier habhaft werden. Der Rest gilt - wie sein Chef Fortunato Gavilán - als "verschwunden", und das trotz strengster militärischer Kontrolle in dieser Gegend.

Aufgetaucht sind hingegen im Laufe dieser Monate die Leichen von ca. 30 Personen, die ebenfalls an diesem Blutbad beteiligt gewesen sein sollen. Als für den Tod dieser Zeugen verantwortlich gilt Sendero Luminoso. So soll z.B. am 20. Mai ein Kommando von Sendero in Uchuraccay eingedrungen sein und acht Dorfbewohner umgebracht haben. Darunter auch die Ehefrau von Fortunato Gavilán, die in der blutigen Geschichte eine wichtige Rolle spielte.

Die Militärbehörde ist jedoch viel zu sehr in den Fall Uchuraccay verstrickt, als daß man der Version Glauben schenken will, daß mehr und mehr wichtige Kronzeugen des Massakers durch die rächende Hand von Sendero verschwinden. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß sich die eigentlichen Urheber des Verbrechens - Sinchis und Militärs - der lästigen Mitwisser ihrer gesetzlosen Methoden entledigen wollten. Schließlich waren die 8 Journalisten den wahren Hintergründen eines ähnlichen Blutbades, das kurz vor ihrem eigenen Tod stattgefunden hatte, auf der Spur. Irgendjemand wollte sich nicht in die Karten schauen lassen ...

In der Zwischenzeit wurde von offizieller Seite erklärt, daß es sich bei dem als Fortunato Gavilán bezeichneten Toten nicht um den Genannten handelte, sondern um einen Unbekannten. Der "Chef" bleibt weiterhin verschwunden ...

Lima, 14.8.1983



Alltag in Peru: Sinchis verhaften einen "verdächtigen" Jugendlichen. Der Terror richtet sich längst nicht mehr nur gegen die Guerilla, sondern gegen nahezu alle Teile der Bevölkerung.

## SOLIDARITÄT

### Grüne gegen Entwicklungshilfe für Argentinien

1981 beschloß der Landtag von Baden-Württemberg ein "Entwicklungs"-hilfeprojekt für Argentinien: die Diktatur sollte durch die Einführung des REFA-Systems und die Gründung eines "Instituts für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation" beglückt werden. Die GRÜNEN im Landtag haben nun die sofortige Einstellung dieser Leistungen gefordert; das Geld soll stattdessen an das Projekt "Barrio 2 de Abril" (vgl. LN 116) überwiesen werden.

Betr.: Einstellung der Entwicklungshilfe des Landes Baden-Württemberg an Argentinien

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen

1. das Entwicklungsprojekt "Einführung des REFA-Systems in Argentinien und Entwicklung eines Instituts für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation" sofort einzustellen.
2. Mit den dadurch freiwerdenden Geldern soll folgende geplante Maßnahme finanziell unterstützt und ermöglicht werden:  
Projekt: "Siedlung 2. April" - Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner in den Bereichen Ernährung, Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen.  
Projekträger: - Ateneo Libertad / Buenos Aires (Argentinien)  
- Medico International Frankfurt

#### Begründung

Die Durchführung des Projekts "Einführung des REFA-Systems in Argentinien und Entwicklung eines Instituts für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation" wurde 1981 beschlossen (Drucksache 8/433) und begonnen. Die Kosten wurden damals mit 3 Mio. DM angegeben bei einer Laufzeit bis 1985. Im Bericht über entwicklungspolitische Maßnahmen im Zeitraum 1980/81 war bereits von 3,8 Mio. DM die Rede, im Bericht von 1982 von 4 Mio. DM (dann bis Ende 1982 ausgegeben: 2,7 Mio DM).

Bereits im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr (Sitzung vom 22.10.1980, Drucksache 8/519) und in zwei Kleinen Anfragen der Abgeordneten Kretschmann, Grüne (Drucksache 8/905), bzw. Enderlein, FDP/DVP (Drucksache 8/787) wurden Bedenken hinsichtlich des entwicklungspolitischen Charakters dieses Projekts und seiner Rahmenbedingungen in einem von einer staatsterroristischen Militärdiktatur beherrschten Land geäußert.

Im Lichte der politischen Entwicklung in Argentinien seit Beginn des REFA-Projekts - insbesondere das Auffinden anonymer Massengräber und die Toterklärung der Verhafteten bzw. Verschwundenen, deren

Zahl von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf 30 000 geschätzt wird, durch die Militärjunta, am 28.4.1983 sowie deren Eigen-Amnestie - gewinnen die Bedenken von damals an erneuter Aktualität. In Anbetracht der laufenden gravierenden Verletzungen von Menschenrechten durch die Militärjunta, die in der o.g. Toterklärung ihren bisherigen Gipfel fanden, fordern wir die Landesregierung auf, aus Solidarität mit den Verschwundenen, deren Angehörigen sowie dem argentinischen Volk das bestehende Entwicklungsprojekt (...) sofort abzubrechen und die freiwerdenden Gelder für das unter Punkt 2 aufgeführte Projekt zu verwenden, bei dem gewährleistet ist, daß es einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung menschlicher Grundbedürfnisse leisten würde.

Es handelt sich dabei um ein gemeinsam von Medico International (Frankfurt) und der argentinischen Initiative Ateneo Libertad geplantes Projekt in der Siedlung "2. April", etwa 20 km von Buenos Aires entfernt. Diese Siedlung besteht seit 1981. Entstanden ist sie dadurch, daß Tausende von Arbeitern und deren Familien aufgrund der katastrophalen Wirtschaftspolitik der Militärregierung ihre Arbeit verloren haben, ihre Mieten aufgrund der Inflationsrate von 20% im Monat nicht mehr zahlen konnten. Diese Ereignisse haben dazu geführt, daß sich - vorwiegend auf staatlichen Grundstücken - "Landbesetzungen" organisierten, um neue Siedlungen zu bilden. "2. April" ist eine der größten von insgesamt 8 solcher Siedlungen. Mit Hilfe des von Medico International geplanten Projekts soll die dringend benötigte "Hilfe zur Selbsthilfe" in den Bereichen Ernährung, Gesundheits- und Bildungs- und Wohnungswesen geleistet werden.

## Ateneo Libertad

### Der Versuch der Koordinierung von Basisgruppen in Buenos Aires

Am Widerstand gegen die Militärdiktatur in Argentinien sind auch viele Jugendliche - besonders Studenten - beteiligt. Auf ihre Initiative hin wurde in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Basisgruppen, Menschenrechtsbewegungen und Gruppen aus dem Bereich des Kampfes um Wohnungen der ATENELO LIBERTAD gegründet. In der Selbstdarstellung des ATENELO LIBERTAD heißt es:

"Das Ziel des Ateneos ist, zur Wiederherstellung von FREIHEIT und DEMOKRATIE beizutragen, in der die Mehrheit des Volkes über den Weg entscheidet, wie die schweren Probleme unseres Landes gelöst werden sollen.

Der Ateneo will Koordinationszentren schaffen, in denen gemeinsame Aktionen mit denen organisiert werden, die heute gegen das Militärregime kämpfen. Dabei werden weder ideologische, parteiliche noch religiöse Unterschiede gemacht. Man versucht Alternativen zu zeigen, die die Möglichkeit von rationalen und menschlichen Lösungen auf-tun, um FRIEDEN, BROT, ARBEIT und FREIHEIT für alle Einwohner zu garantieren.

Der Ateneo funktioniert auf der Basis einer offenen, allgemeinen Kommission, an deren Sitzungen alle Mitglieder mit gleichem Recht teilnehmen können und wo die Vorschläge für gemeinsame Aktionen diskutiert und entschieden werden.

Um eine bessere Effektivität bei der Erarbeitung von Vorschlägen und dem Erreichen der Ziele zu erlangen, arbeiten spezielle Kommissionen. Deren Aufgabe ist es, Zwischenglied zwischen dem Ateneo und allen Sektoren zu sein, die direkt oder indirekt an dessen Arbeit interessiert sind. So gibt es z.B. eine Kommission für Stadtteil- und Gewerkschaftsarbeit, eine Kommission für Menschenrechte, für Studenten, Akademiker, Kunst und Kultur, Presse etc.

Außerdem benutzen verschiedene Organisationen, die zwar keine Mitglieder sind, deren Ziele jedoch in die gleiche Richtung gehen, wie die des Ateneo, seine Räumlichkeiten. So z.B. die Mütter vom Plaza de Mayo, Mediziner-gewerkschaft, Gewerkschaft der privaten Telefongesellschaft, Koordinationsorgan von Gymnasiasten und Kommissionen von Fabriken und Gremien."

In enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen arbeitet der ATENELO LIBERTAD derzeit vor allem an drei Projekten. Das erste Projekt ist die Unterstützung des Barrio "2 de abril" (vgl. LN 116).

### Gewerkschaftsprojekt

Der gewerkschaftliche Widerstand gegen Reallohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlassungen wird vor allem auf der Ebene von Fabrikkommissionen organisiert. Das Problem für diese Bewegung an der Basis der Gewerkschaft besteht u.a. darin, daß die verschiedenen Basisorganisationen nur wenig Kommunikationsmöglichkeiten untereinander haben. Eines der Ziele des Gewerkschaftsprojekts des ATENELO LIBERTAD ist die Förderung der horizontalen Kommunikation zwischen den gewerkschaftlichen Basisgruppen sowie mit Stadtteil- und anderen demokratischen Organisationen.

"Das Projekt besteht darin, durch die Gründung von ZENTREN FÜR KÄMPFENDE ARBEITER gemeinsame Aktionen zu stärken. Es sollen u.a. auch Veröffentlichungen, Kurse zur gewerkschaftlichen Bildung, öffentliche Veranstaltungen organisiert werden.

Heute wird diese Aktivität von einem Kampffond finanziert, der einzig aus den persönlichen Beiträgen seiner Anhänger besteht. Daraus unterstützte man schon verschiedene Arbeitskonflikte (u.a. bei Volkswagen), Veröffentlichungen, Interviews und öffentliche Akte.

Um diese Aktivität weiterführen zu können, aber auch, um einen Teil der unzähligen, notwendigen Aufgaben zu erfüllen, brauchen wir solidarische Hilfe von Leuten und Organisationen, die heute unter besseren wirtschaftlichen Bedingungen leben als wir.

### Studentisches Projekt

Die Studentenbewegung in Argentinien wurde bereits vor dem Putsch von 1976 von der peronistischen Regierung verfolgt. Die Repression verschärfte sich nach dem Putsch erheblich. Nicht nur wurden die Organisationen der Studenten und Gymnasiasten unterdrückt und die Mitglieder verhaftet, gefoltert und ermordet, sondern durch eine "Reform" des Erziehungssystems und die wachsende wirtschaftliche Not der Bevölkerung sank die Zahl der Studenten um 60%, die der Gymnasiasten um 30%.

Schüler und Studenten wehrten sich durch die Gründung illegaler Kommissionen an Gymnasien und Fachbereichen, durch Flugblätter und Zeitschriften sowie durch kulturelle Aktivitäten in den Stadtteilen. Diese Aktivitäten erzwangen 1982 die Durchführung von Wahlen zu Studentenvertretungen an einigen Fachbereichen.

"Der ATENEO LIBERTAD hat Koordinierungs- und Vermittlungsaufgaben zwischen verschiedenen unabhängigen Sektoren übernommen, die für die Neuorganisierung der Studentenbewegung arbeiten.

Diese Koordinierungsarbeit zielt darauf ab, den Kampf gegen die bestehenden Beschränkungen bei der Vergabe von öffentlichen Studienplätzen und gegen die Repression gegen diesen Sektor zu stärken. Man organisiert Veröffentlichungen, Konferenzen, Seminare, öffentliche Diskussionen usw.

Die finanziellen Beiträge der Jugendlichen, die über keine Mittel verfügen, um an die Universität zu kommen, oder die gerade nur dies erreichen können, sind natürlich sehr begrenzt. Deshalb, und um dieser Aktivität Gewicht zu verleihen und eine Nichtausnutzung dieser Jahre der Opfer von Aktivisten und Studentenführern zu vermeiden, ist die Unterstützung aller, die sich mit dieser Aufgabe solidarisch fühlen, unerlässlich."

SPENDEN für die Arbeit des ATENEO LIBERTAD können auf folgendes Konto überwiesen werden:  
K. Geiss, BSG-Bank, Frankfurt, BLZ 500-101-11, Kto.Nr. 155 55 65 100

## Eine Bücherei für Masaya

Die Prozesse der Befreiung, die in Nicaragua begonnen haben, sind bedroht. Bedroht vor allem durch die nordamerikanische Intervention. Doch - Revolutionen werden nicht nur militärisch verteidigt, nicht allein die Waffen sind entscheidend, sondern auch, daß das, wofür gekämpft wird, bestehen bleibt. Der Sieg über die Somozisten bedeutete für einen Großteil der Bevölkerung neue Erfahrungen, löste ein neues Lebensgefühl aus: Selbstbewusstsein, das Zutrauen die eigenen Interessen zu organisieren, den Hunger nach Wissen und die Erfahrung, das eigene Schicksal in die Hand nehmen und die Geschichte beeinflussen zu können. Die Gefahr, die von den USA für das nicaraguanische Volk ausgeht, ist, neben dem offenen und/oder verdeckten Krieg, auch die innere Aushöhlung der zum Teil schon durchgesetzten sozialen Umwandlung. Die Gefahr ist auch, daß die zunehmende innere Militarisierung Nicaraguas zur Bildung neuer, sich verselbständigender Machtzentren führen kann. Die Qualität revolutionärer Veränderung läßt sich nicht allein in der Stärke der Milizen messen; sie besteht für uns in der ständigen, freiheitlichen Suche nach der eigenen sozialen, kulturellen und sexuellen Identität. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ohne staatliche Einschränkung, weiterdenken und Alternativen wahrnehmen zu können. Der Zugang zu Büchern ist für uns ein Teil dieser Suche und wir hoffen mit unserem Projekt, konkret dazu beitragen zu können.

Wir - eine autonome Gruppe von 8 Frauen - hatten der Stadt Masaya im Juli 83 den Vorschlag unterbreitet, eine Stadtbibliothek mitaufzubauen. Postwendend erhielten wir Antwort, daß eine Bücherei benötigt und gewünscht wird, daß die Leute aus Masaya schon auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten sind und uns demnächst eine Literaturliste zusammenstellen wollen. Von unserer Seite stellen wir uns ein breites Spektrum an Büchern, vor allem von lateinamerikanischen Autoren/innen, vor: Kinderbücher, Sachbücher, Politik und Poesie, Technik und Gedichte, und, natürlich Literatur von und über Frauen. Unser Beitrag besteht in der Beschaffung der Gelder, der Organisation der Bücher, die wir teils in Spanien, teils in Lateinamerika kaufen werden, einige eventuell in Nicaragua in Druckauftrag geben wollen. Anschließend - wahrscheinlich Januar/Februar 84 fliegen wir zur Katalogisierung für ca. 2-3 Monate nach Nicaragua. Danach wird die Stadt Masaya die Weiterführung der Bibliothek übernehmen. Zur Finanzierung des Projekts (ca. 20.000 DM) sind wir auf Spenden angewiesen, die ausschließlich für die Organisation der Bücher verwendet werden. Flug und Aufenthalt unserer Gruppe tragen wir selber.

Falls ihr spanischsprachige Literatur habt und sie entbehren könnt, bitten wir euch, diese bei den unten angegebenen Sammelstellen vorbeizubringen.

Nicaragua braucht gerade jetzt internationale Solidarität, die wir nicht als "Pflichtübung" verstehen, sondern die auf verbindenden Erfahrungen beruhen kann. Die Versuche, hier die US-Strategien der atomaren Erpressung zur Sicherung ihrer weltweiten Herrschaftsansprüche zu durchkreuzen, bringen uns - bei aller sozialer und kultureller Unterschiedlichkeit der Widerstandsformen - Nicaraguas Kämpfe "näher". Die gleichen US-amerikanischen Regierungen, die bei uns die Mittelstreckenraketen stationieren wollen, um angeblich Frieden und Freiheit für den westlichen Teil der Welt zu sichern, führen seit Jahrzehnten einen brutalen Krieg zur Sicherung ihrer eigenen, wirtschaftlichen Interessen gegen die Freiheit der Menschen der "Dritten Welt".

In diesem Sinne gilt auch für uns: No pasaran!

Für Nachfragen zu dem Projekt wendet euch bitte an:  
Ulrike Schütte  
Grimmstr. 6 1B/61 Tel. 030/ 6934937

Spenden sind zu richten an:  
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.  
Gneisenaustr. 2 1B/61 Postscheckkonto Berlin West 179966-104  
Stichwort: Bibliothek Masaya - Das FDCL ist gemeinnützig, daher sind Spenden absetzbar.

Die Sammelstellen für eure Bücher sind:  
FDCL, Gneisenaustr. 2 1B/61  
AL-Büro, Dritte-Welt-Bereich, Badensche Str. 29 1B/31  
1848 Buchladen, Jagowstr. 12, 1B/21  
das europäische Buch, Thielallee 34 1B/33

## Aufruf

### FREIHEIT FÜR CHILE - KEIN KRIEG IN NICARAGUA

Nach dreieinhalbjähriger Regierungszeit wurde die demokratische Regierung der "Unidad Popular" unter Führung von Salvador Allende am 11. September 1973 vom Militär blutig zerschlagen. Mit Hilfe des CIA kam die Diktatur General Pinochets an die Macht. Tausende starben auf den Straßen und in Konzentrationslagern. Während der nun 10-jährigen Diktatur wurden alle demokratischen Organisationen und Parteien verfolgt und verboten. Die Stabilisierung des Regimes war nur durch wirtschaftliche Hilfe und Rüstungsexporte der USA, der Bundesregierung und anderer westlicher Staaten möglich.

Die Öffnung des Landes für das internationale Kapital hat die nationale Wirtschaft Chiles ruiniert. Heute hat Chile mit fast 18 Mrd. Dollar die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt. Die Lebensbedingungen des chilenischen Volkes haben sich so verschärft, daß sich trotz des Faschismus ein starker Protest entwickelt hat. Dieser Widerstand wird heute von einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Kräfte getragen. Um den Widerstand frühzeitig zu ersticken, werden weiterhin brutalste faschistische Methoden angewendet. Wir vor 10 Jahren werden streikende Arbeiter entlassen, kommt es zu Massenverhaftungen, werden bei Demonstrationen Menschen erschossen.

Die gleichen US-Kräfte, die den Putsch Pinochets ermöglichten, haben heute einen Krieg gegen Nicaragua begonnen. Ähnlich wie in Chile die demokratische Regierung zerstört wurde, soll nun die Revolution in Nicaragua militärisch zerschlagen werden. Jede wirklich demokratische Entwicklung in Lateinamerika wurde und wird von den USA unterdrückt.

Unterstützen wir den Freiheitskampf der lateinamerikanischen Völker!

Wir rufen auf zur

landesweiten SOLIDARITÄTS - DEMO

Samstag 10. 9. 83 in MAINZ

Treff: Hauptbahnhof, 10 Uhr 30

Kontakt: Lateinamerika-Komitee Mainz  
Richard Moers, 06131 / 678820 und Charles Franck, 06135/3920

Spendenkonto zur Demo: ESG, Volksbank Gonsenheim (BLZ 55060417)  
Konto 604140931, Kennwort: Demo 10.9.

## REZENSIONEN

### Überlebenskampf und Selbstbestimmung

Zur Arbeiter- und Volksbewegung in kolumbianischen Städten  
Clarita Müller-Plantenberg  
Frankfurt/M. 1983

Anfang 1983 erschien das Buch "Überlebenskampf und Selbstbestimmung - zur Arbeiter- und Volksbewegung in kolumbianischen Städten" von Clarita Müller-Plantenberg. In diesem Buch versucht sie, die historische Notwendigkeit der Veränderung und des Umdenkens, anhand der Beziehungen der Arbeiter- und Volksbewegungen zu den Gewerkschaften, zu den bürgerlichen und nicht zuletzt zu den linken Parteien zu begründen.

Ihr Vorhaben basiert auf der ausführlichen Analyse der Rahmenbedingungen, die ermöglicht haben, daß die armen Schichten der Bevölkerung einerseits den Klassencharakter der kolumbianischen Gesellschaft im alltäglichen Umgang mit dem Staat und seinen Organen erkannt haben, oder sich mitten in diesem Lernprozess befinden, andererseits sich als Subjekt der Interessensvertretung in ihren Reproduktionskämpfen sehen.

Diese allmählich aufkommende Selbsteinschätzung der Volksbewegung - hiermit sind verschiedene Bevölkerungsschichten gemeint (Arbeitslose, Personen die wertschöpfend in nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen arbeiten, Straßenhändler ohne Kapital, Arbeiter) - als entscheidender verändernder Faktor und die Entdeckung neuer Kampfformen (zivile Streiks) tragen zur Entwicklung eines neuen Politikverständnisses bei.

Auffallend ist allerdings auch, daß die Autorin, obwohl sie über ausreichende Kenntnisse unseres Landes verfügt, eine so wesentliche Komponente dieser Volksbewegung, wie die politisch-militärischen Organisationen völlig außer Acht läßt, und sich mit dem Hinweis begnügt, die Organisationen arbeiteten laut der "Behauptung" ihrer Dokumentationen in den Städten und unterhielten dort Organisationen.

Widersprüchlich scheint uns auch die Behauptung, daß die verschiedenen Volksbewegungen "ohne parteipolitische Spaltungen und ohne fremde Analysen, die fremden machtpolitischen Interessen folgen, eher zusammenfinden können", wenn die Autorin gleichzeitig die Rolle der Intellektuellen als "Voraussetzung für eine kontinuierliche Reflexion und bewußte Erarbeitung ihrer Zielsetzung" hervorhebt.

Durchaus positiv ist dagegen die Darstellung und Betrachtungsweise der unabhängigen Gewerkschaften, die mit ihrem eindeutigen Klassencharakter seit über einem Jahrzehnt neue Akzente in der Politik zu setzen versuchen, da sie ihre Impulse direkt von der Basis, die sie vertreten und verkörpern, erhalten.

Zusammenfassend, ein Werk, das dem Verständnis der verwickelten politischen Konstellation Kolumbiens hilfreich sein kann, vorausgesetzt man nimmt es in seiner wahren Dimension, eben als Versuch, eine Erklärung zu finden aus der Sicht der Ausgegrenzten, der seit langer Zeit von jeglichen Analysen Verdrängten.

Heinz Schulze

## SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA:

### Solidarisieren - nicht integrieren

ag spak M 53, 2. überarbeitete Auflage 1983, 270 Seiten

Der Autor hat als Entwicklungshelfer drei Jahre lang in Peru gearbeitet - und das merkt man dem Buch an. Heinz Schulze schreibt über Sozialarbeit als einer, der konkret erfahren hat, was Sozialarbeit alles sein kann. Vor allem die in den Text eingestreuten Bemerkungen aus seinem "Notizbuch" beleuchten schlaglichtartig Erfahrungen, die der Entwicklungshelfer bei seiner Arbeit gemacht hat.

Das leicht lesbare Buch gliedert sich in drei Teile:

Im ersten Teil wird ganz kurz die Geschichte der Sozialarbeit in Lateinamerika angerissen, Institutionen und ihre theoretischen Ansätze werden dargestellt. Dabei wird besonderen Wert darauf gelegt, die Interessen zu beleuchten, die hinter bestimmten Ansätzen der Sozialarbeit stehen. Für den deutschen Leser ist das Kapitel über bundesdeutsche Stiftungen und ihre Aktivitäten besonders interessant. Ein Kapitel beschreibt Sozialarbeit im Sinne der Herrschenden konkret am Beispiel der Geburtenkontrolle. Dabei werden vom Autor auch die Fragen der Geburtenkontrolle als eines Rechtes der Frauen diskutiert: es geht nicht darum, einfach gegen die Geburtenkontrolle zu sein, weil dahinter die Interessen der Pharmakonzerne stecken, sondern darum, die Geburtenkontrolle so zu gestalten, daß die Frauen damit wirklich eine Verfügung über ihren eigenen Körper erlangen. Und eben nicht so, wie dies in einem Propagandafeldzug El Salvadors zugunsten von der Sterilisation von Männern gemacht wurde:

"Durch intensive Kampagnen sollte den Männern die Sterilisation, der sie aus Potenzverlust-Angst völlig ablehnend gegenüberstanden, mit 3 Hauptargumenten schmackhaft gemacht werden: 1. Die sexuelle Potenz wird nicht vermindert, sondern im Gegenteil erhöht. 2. Du erhältst mehr Kontrolle und Herrschaft über Deine Frau; denn wenn sie nicht will, hat sie nun keine Ausrede mehr, denn es ist ja sicher, und du könntest fremdgehen. 3. Du kannst dich mit jeder Frau vergnügen ohne Gefahr, daß sie von dir schwanger wird." (S. 76)

Nach diesem zweiten Teil, der die verschiedenen Einflüsse des Auslands auf die Sozialarbeit in Lateinamerika an konkreten Beispielen darstellt, werden im dritten Teil Ansätze zu einer befreienden Praxis der Sozialarbeit in Lateinamerika beschrieben. Der Autor beschreibt die konzeptionellen Ansätze emanzipatorischer Sozialarbeit und Beispiele der Umsetzung in die Praxis: Arbeit in den Elendsvierteln, mit Hausangestellten, im Krankenhaus, auf dem Land. Ein Kapitel behandelt die Probleme einer befreienden Volkserziehung (hier u.a. am Beispiel Nicaraguas). Ein informativer Anhang bringt auf wenigen Seiten einige wichtige gesetzliche und juristische Angaben zur Sozialarbeit in Lateinamerika.

Das Buch ist liebevoll mit vielen gut ausgesuchten Karikaturen bebildert.

"Sozialarbeit in Lateinamerika" ist sicher nicht nur für "Spezialisten" interessant, da es am Beispiel dieses Themas einen guten Eindruck über die Aktivitäten internationaler "Entwicklungs"organisationen und über die Probleme und Chancen von Sozialarbeit in Selbsthilfeorganisationen vermittelt.

## BRD UND BRASILIEN ENTWICKELN GEMEINSAM MITTELSTRECKENRAKETEN

Das Auswärtige Amt in Bonn hat auf Anfrage der britischen Zeitung New Statesman bestätigt, daß es seit 12 Jahren eine Zusammenarbeit mit Brasilien bei der Entwicklung von Nutzlast-Trägerraketen gibt. Eine mögliche militärische Verwendung der Systeme konnte das Amt nicht dementieren. (New Statesman vom 5.8.1983)

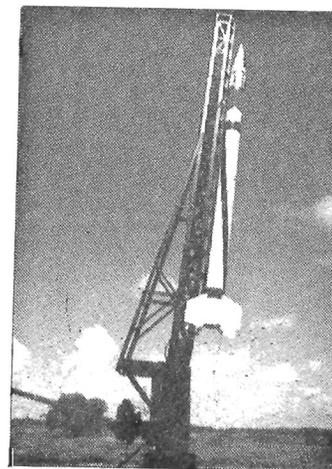
Die letzte Frucht der Zusammenarbeit, die als Höhenforschungsrakete ausgegebene SONDA IV, wird zur Zeit gemeinsam auf dem brasilianischen Testgelände Barreiro do Inferno getestet. Als ballistische Trägerrakete verwendet, könnte sie einen atomaren Sprengsatz von 300 kg über 1600 km ins Ziel tragen. Bei den Tests wurden u.a. "Rechnerprogramme zur Voraussage des Aufschlagpunktes von Höhenforschungsraketen weiterentwickelt und erprobt" (BMFT, 10 Jahre Zusammenarbeit BRD-Brasilien, Bonn 1979). Die Enthüllung des New Statesman beruht auf 2-jährigen Recherchen des Berliner Arbeitskreis Physik und Rüstung, der das Ergebnis soeben in einer

BROSCHÜRE: DIE BUNDESREPUBLIK ALS HEIMLICHER WAFFENEXPORTEUR  
Kontakt: Mario Birkholz, Karlsruher Str. 4, 1Bln 31

veröffentlicht hat.

Auf deutscher Seite sind beteiligt: die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), die Bundeswehrhochschule München und mindestens ein Privatunternehmen: 1982 wurde das Heckteil der SONDA IV in den Werken Ottobrunn und Lampoldshausen der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blom entscheidenden Systemtests unterzogen. (MBB Aktuell Nr. 5/82). Die Bundesregierung hat in der Antwort vom 9.6.83 auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion die Mitwirkung deutscher Firmen geleugnet, obwohl sie an MBB beteiligt ist.

Brasilianischer Partner ist das Zentrum für Weltraumtechnik der Luftwaffe (CTA), das international bereits durch die Entwicklung militärischer Raketen bekannt geworden ist. Der Atomphysiker Cerqueira Leite gab 1982 bekannt, das CTA arbeite am Bau der Atombombe. In Resende und Aracruz entstehen zur Zeit auf Grund des deutsch-brasilianischen Atomvertrags von 1975 Aufbereitungs- und Anreicherungsanlagen, die ab 1987 bombenfähiges Uran bzw. Plutonium liefern werden.



Wie weit die militärische Zusammenarbeit der beiden Partner schon gediehen ist, wurde von den Lateinamerikanern erstmals im September 1981 aufgedeckt, als sie von den ersten gemeinsamen deutsch-brasilianischen Flottenmanövern im Südatlantik berichteten. (vg. auch 'Spiegel' Nr 33/81).

Wenn die Atomanlagen planmäßig fertig werden und die Raketentests gelingen, steht einer atomaren Bewaffnung der beiden Partner zumindestens technisch nichts mehr im Wege.

Im Bild: die deutsch-brasilianische Höhenforschungsrakete "SONDA III"

## LESERBRIEF ZUR PERU-BERICHTERSTATTUNG

Liebe Leute von der LN-Redaktion:

selbst Lateinamerikaner, bin ich dieser Tage von einem längeren Peru-Aufenthalt zurückgekehrt und habe erst jetzt die Gelegenheit gehabt, Eure Artikelreihe "Sendero Luminoso - Pol Pot auf Quechua?" (LN 113 und 115) zu lesen, die mir auf verschiedenen Ebenen gar nicht zugesagt hat:

1. Obwohl ich die politischen Thesen und die meisten der Aktionen des SL für falsch halte, ist es durchaus legitim, daß diese Partei sich um "verstärkte internationale Solidarität bemüht" (LN 115, S. 69) und versucht, ihre Meinung bekannt zu machen.

Nicht legitim ist es, diese Meinung als scheinbar "objektive Analyse" der LN-Redaktion (bzw. eines Teils der Redaktion) verkläckert zu bekommen - denn es geht hier ohne Zweifel um mehr als um eine "gewisse Pro-Sendero-Tendenz" (LN 116, S. 3)

2. Da es sich aber formell doch um Artikel der LN handelt, finde ich die kritikalose Übernahme der SL-Positionen im Zusammenhang mit dem Rest der peruanischen Linken besonders problematisch. Nur aus der Sicht des SL kann man von den "etablierten Lima-Linken (die) ihr Meinungsmonopol zäh verteidigen" (LN 113, S. 57), von "Teilen der zerstrittenen Linken, (die) immer noch die Umschichtung nicht vorhandener Entwicklungsgelder (diskutieren)" (LN 115, S. 69) oder von "der im Parlament vertretenen 'revolutionären Linken' (Gänsefüßchen von Euch), die den bewaffneten Kampf aus einer Massenbewegung heraus führen möchte und auf eine friedliche Eskalation der allgemeinen Verelendung wartet ..." sprechen.

Ihr könnt eigentlich froh sein, daß diese Genossen - nicht besser und nicht schlechter als die Linken anderswo - nicht auch auf "historisch verankerte" Methoden in der politischen Diskussion zurückgreifen und diese gegen Euch einsetzen.

Hier noch ganz am Rande eine Bemerkung für Insider: in den LN 113, S. 55 kann man lesen: "1967 ist in Cuzco die Guerilla Hugo Blancos endgültig zerschlagen und ihre Focus-Strategie gescheitert". In diesem Zusammenhang kann ich nur sagen, daß ich überzeugt bin, daß es in der LN-Redaktion Leute gibt, die wissen, was die Focus-Strategie ist - aber in den Dokumenten des SL steht es wohl anders.

3. Unproduktiv finde ich den Versuch, die Linken in SL und ihre Gegner aufteilen zu wollen ("was uns bis heute nicht erreicht hat, sind fundierte Darstellungen aus eben dieser anderen linken Optik", LN 116, S.3), wieder eine absolute Oberbewertung des SL.

Wie überall auf der Welt diskutiert man in Peru heute über das Verhältnis Demokratie / Sozialismus, über die Rolle und Zukunft der revolutionären Organisationen, über das Verhältnis Partei / Masse, über den Stellenwert des sog. realexistierenden Sozialismus, über die wirklichen Inhalte des Marxismus-Leninismus usw. und selbstverständlich auch über die Anwendung des Gedankengutes Mariáteguis unter den heutigen Bedingungen (denn in ganz Peru würden nur Mitglieder des SL Euren Untertitel "SENDERO LUMINOSO: Mariáteguis Erben", LN 115, S. 53, nicht als Witz auffassen) .. Aber das wißt Ihr ja alles, denn Ihr erhaltet ja auch die wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften der peruanischen Linken ... Ohne Zweifel muß die gesamte Linke auch zu den Aktionen des SL Stellung nehmen, wie kürzlich nach dem Attentat auf das Parteilokal von Acción Popular (kostete zwei Menschen das Leben), wo nicht nur die Mitglieder der Izquierda Unida sondern auch die Mitglieder der trotzkistischen Organisationen deutlich machten, daß es sich hier nicht um eine Kampfform des Volkes handelte, eine deutliche Distanzierung der gesamten peruanischen Linken !!!

Zum Thema "Aktionen des SL" sind die Informationen sicherlich ausreichend; obwohl kein Zweifel besteht, daß versucht wird, gewisse Aktionen des Repressionsapparats dem SL in die Schuhe zu schieben (nebenbei eine alte Taktik der Counterinsurgency) gibt es eine ganze Menge Information über das, was SL wirklich macht; das Problem ist, wie schätzt man diese Politik ein; dazu einige allgemeine Thesen:

- a) Der Kampf für eine neue, gerechtere Gesellschaft kann nicht mit Mitteln geführt werden, die gerade diese neuen Konzepte in Frage stellen. DIES BEDEUTET NICHT, DEN BEWAFFNETEN KAMPF PAUSCHAL ABZULEHNEN, aber ja Grausamkeiten, sinnlose Morde, Ungerechtigkeiten, usw., Elemente die, wie Ihr sogar selber nachweist, ohne Zweifel in der Politik des SL vorhanden sind.
- b) In jeder Parteistruktur sind schon die Keime der neuen Gesellschaft vorhanden. Von einer autoritären, dogmatischen, vertikalistischen Organisation kann man niemals erwarten, daß sie zum Ausgangspunkt einer demokratischen Gesellschaftsordnung werden kann.
- c) Alles in allem ist eben Sozialismus mehr als die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln, es geht hier AUCH zentral um den NEUEN MENSCHEN, und Keime der Entwicklung dieses neuen Menschen müssen in der revolutionären Organisation vorhanden sein und auch in der Behandlung der Gegner zum Ausdruck kommen (ein Beispiel dafür ist auch heute noch Ernesto "Che" Guevara, aber auch viele der Handlungsweisen der sandinistischen Revolution).
- d) Der Versuch, die heutigen Kämpfe mit den Jahrhunderte alten Erfahrungen der betroffenen Völker zu verbinden, ist im Prinzip sehr sinnvoll, dies sollte allerdings nicht dazu führen, jede Art von Grausamkeit zu rechtfertigen.
- e) Jede militärische Form eines militärischen Kampfes kann nur als ein Teil der gesamten Auseinandersetzung verstanden werden, zentral bleibt der ideologisch-politische Kampf. In diesem Zusammenhang muß ich - im Gegensatz zu einigen Eurer Darstellungen - sagen, daß die Aktionen des SL fast immer nur eine militärische Dimension haben. Nur so ist es zu erklären, daß für viele Peruaner die Aktionen des SL eigentlich Aktionen der Ultrarechten sind, die versuchen, einen Militärputsch zu provozieren; auch Meinungen wie "wenn es den SL nicht gebe, würde die Regierung ihn erfinden" sind nicht selten vertreten. Die tragischen Ereignisse von Uchuraccay kann man auch unter diesem Gesichtspunkt betrachten - wie leicht scheint es dem Repressionsapparat zu fallen, Teile der Comunerós für sich zu gewinnen.

Ich bin mir bewußt, nicht auf einige der "politischen Thesen" des SL eingegangen zu sein, aber es gibt ja im Moment verschiedene Anzeichen, daß sich da Einiges am Verändern ist, während die von mir kurz angesprochenen Elemente beibehalten werden.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß ich Eure langjährige Arbeit für Lateinamerika sehr schätze und respektiere - sonst hätte ich diesen Brief gar nicht geschrieben. Allerdings habe ich öfters einen ungunstigen Beigeschmack im Zusammenhang mit der von Euch ja immer wieder betonten Objektivität und Wissenschaftlichkeit, "Sendero Luminoso - Pol Pot auf Quechua?" scheint da nur ein Extremfall.

Mit solidarischen Grüßen und fraternales saludos

P.H.C.

August 1983

Als wir damals (1979) begannen uns für El Salvador einzusetzen, hatten wir - von der Infostelle El Salvador München - uns vorgenommen keine "Sammelbüchsenbewegung" zu werden, sondern auch die politische Diskussion in Gang zu setzen (die uns bei Nicaragua ziemlich fehlte). Es ist uns allen gelungen. Über das Warum sollten wir mehr nachdenken. Wir sind aus der Tagespolitik herausgekommen.

Es kann nicht an der "politischen Unklarheit und wenige Informationen" liegen. Das wäre zu leicht. Abgesehen davon stimmt das mit den "wenigen Informationen" so auch nicht. Z.B. zu sagen: "Die Informationen über die Situation innerhalb der FMLN nach dem Mord und dem Selbstmord sind weiterhin gleich Null" ist nicht richtig! (Interview mit Samayoa: TAZ 24.6. oder mit Oscar Acevedo FMLN/FDR: AIB 7.8. u.a.) Vielleicht sind sie unzureichend.

Was Samayoa in seinem Interview sagt, geht eigentlich weiter als wir das sonst gewohnt sind (nicht nur von El Salvador), wenn wir davon ausgehen, wie schwer der Schlag letztendlich für die FPL war. Er stellt z.B. fest:

\* "Es wird überall in der Organisation untersucht: Wo irren wir in unseren Methoden? Wo liegen unsere Fehler in der Kontrolle der höheren Leitungsorgane?"

\* "Marcelos Positionen sind daher (Existenz einer inneren Diskussion) nicht alarmierend. Die Frage lautet vielmehr: warum mündete eine solche Auffassung in die Methode der militärischen Lösung?"

\* "Was in der FPL geschah, ist kein Problem zwischen Marcial und Ana Maria, sondern Problem der kollektiven Diskussion in der ganzen Organisation."

\* "Vermutlich ist er (Marcelo) der Meinung, die Positionen, die historisch Cayetano Carpio zugeschrieben werden, reiner zu Vertreten."

\* (Zum Selbstmord von Marcial): Auf jeden Fall hat er keine rein emotionale Entscheidung getroffen, also etwa aus Trauer über den Mord an seiner Mitkämpferin... Die politische Seite bestand wohl darin, daß man nicht nur ihn, sondern die ganze Organisation, die er repräsentierte wie niemand anders, mit dem Mord belasten würde. Das hätte eine sehr schwierige Lage für ihn ergeben. Denn das ganze Bombardement der Zweifel und auch Böswilligkeiten richtete sich auf ihn und wurde mit seiner Person verbunden. So zielte seine Handlung darauf ab, den Zusammenhang der Organisation nicht zu gefährden.

Warum sind seine Aussagen wenig überzeugend? Samayoa behauptet nirgends, daß der Hauptgrund des Mordes an der "Deformation der Auslandsfront" liege. Er schreibt allein: "Wir müssen auch das Verhalten unserer Leute an der Auslandsfront begreifen" und "Dazu kommen die Probleme mit der Front im Ausland".

Aber dieser sollte kein Brief zur Aufklärung der Ereignisse vom April werden, ich möchte vielmehr auf die Frage der "mangelnden Information" zurückkommen: Wieviele von Euch in Berlin (geschweige denn BRD) waren in den letzten drei Jahren nicht in Mittelamerika, wieviele gerade von Euch im FDCL beschäftigen sich nicht seit Jahren mit Lateinamerika und haben sogar darüber promoviert? Da müßten wir doch von Euch erwarten können, daß Ihr zumindest ansatzweise plausible Antworten auf Dinge die drüben passieren, geben könnt, die zwischen Anspruch hier und Wirklichkeit drüben unterscheiden. Noch nie gab es über einen revolutionären Prozeß, wie über den in El Salvador, so viele Informationen. Jede Woche treffen ca. 90 Seiten über Mittelamerika - das meiste zu El Salvador - beim MID in Frankfurt ein. Natürlich meistens keine Analysen, sondern Meldungen und auf Spanisch. Die Mühe sie auszuwerten müßte man/frau sich halt selber machen. Abgesehen davon erhaltet Ihr doch auch noch viele andere Publikationen aus England, USA etc. wie NACLA, Latin America Weekly Report usw., außerdem Briefe von Deutschen, die in Mittelamerika leben. Soll die FMLN/FDR die Analysen für uns schreiben? Da können wir lange warten! Es ist schon erfreulich, daß die der FMLN/FDR nahestehenden Nachrichtenagenturen bis jetzt nicht zu Hoßberichterstatteer verkommen sind. Die kritische Analyse müßt Ihr schon selbst schreiben. Außerdem, wie Ihr wißt, ist die FMLN/FDR eine Koordination und keine Einheitspartei und es gibt weiterhin Meinungsunterschiede, weshalb sich Analysen nicht immer unbedingt decken (was nicht heißen

soll, daß die Einheit nicht vorangekommen ist). Es ist ein schwieriger Prozeß (ist ja in der BRD völlig anders, oder?).

Obwohl Ihr Euch über mangelnde Informationen beklagt, stellt Ihr plötzlich selbstsicher Behauptungen auf, die Ihr in keiner Weise begründet; "Augenscheinlich" sagt nichts aus. De Satz: "wir wären jedenfalls sehr gespannt zu erfahren, ob Samayoa bereit wäre den 'ERP-Fall Montenegro' oder die 'FPL-Aktion Schaufelberger' zu einem grundsätzlichen Problem der Inlandsfront zu rechnen", ist nicht nur arrogant, sondern zeigt, daß Ihr das Interview nicht aufmerksam gelesen habt (s.o.).

Zur "FPL-Aktion Schaufelberger": Die Bekanntmachung einiger Aktionen der FPL haben nichts mit dem Zustand der Einheit zu tun, wie Euch jeder aus der FMLN bestätigen wird, noch weniger hat es mit irgendwelchen Fraktionen innerhalb der FPL zu tun. Diese Aktionen haben vielmehr mit dem derzeitigen Bedürfnis der FPL zu tun, zu zeigen, daß ihre Strukturen völlig handlungsfähig sind, Vertrauen in ihren Reihen zu fördern. (Siehe IDES Nr. 148)

Über die Politik der FPL in der BRD-Solibewegung kann man/frau sich streiten, aber die Stundenlohnkampagne ist bestimmt nicht an der "Schulen-Kampagne" eingegangen: wer das behauptet, sucht nur einen Sündenbock. Es gibt mehr Gründe warum die Stundenlohnkampagne eingeschlafen ist, vor allem, weil lange Zeit keine Quittungen und Berichte über die Verwendung der Gelder überkamen. Bevor die Schulen-Kampagne losging, gab es schon Überlegungen die Stundenlohnkampagne einzustellen. Jetzt gibt es aber die Berichte und Quittungen, und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der FMLN/FDR haben sich an diesem Punkt geklärt. Also steht der Arbeit mit den Gewerkschaften nichts mehr im Weg (nur die Gewerkschaften selber). Soviel ich weiß versuchen die Leute von der Schulen-Kampagne sich seit einiger Zeit mit der Stundenlohn-Kampagne zu koordinieren. Eine Stärkung der Kampagne und die Arbeit mit/in den Gewerkschaften ist notwendiger denn je zuvor. (Wenn Ihr in Zukunft Fragen an die FPL habt, dann solltet Ihr sie aufsuchen und ansprechen, um Mißverständnisse schneller aus dem Weg zu räumen.)

Zur Solibewegung: Die Debatte über die Ereignisse im April darf nicht enden, darin sind wir uns einig - hat sie aber schon wirklich ernsthaft begonnen? Debatte heißt nicht nur anderen Fragen, Spekulationen und Vorwürfe an den Kopf zu schmeißen! Euer letzter Artikel hilft uns nicht weiter. Der Absatz: "Sollten wir diesen Zusammenhang (der wurde mir in dem Artikel nicht ganz klar - lag wohl an mir) bei den Freunden und Genossen aus dem grün/alternativen/friedensbewegten Spektrum einbringen können, gewännen wir gegenüber den Befreiungsbewegungen ein Eigengewicht, das die Forderung nach mehr Transparenz real einklagbar (? d.V.) erscheinen läßt" finde ich einen guten Scherz. Aber Scherz beiseite. Wir können für unsere politische Praxis nicht von den Befreiungsbewegungen ausgehen, sondern müssen unsere Unterstützung dieser Bewegung erst als eine politische Praxis in unserem Land begreifen und das ist in vielen Komitees noch keine Selbstverständlichkeit. Diese Unterstützung darf auch kein Ersatz sein für eine Auseinandersetzung mit unserer eigenen Wirklichkeit, daß es oft noch so ist, zeigt die Schwierigkeit der Komitees mit der Friedensbewegung. Selbst die Zusammenarbeit zwischen den Komitees zu den verschiedenen Ländern Mittelamerikas läßt viel zu wünschen übrig, obwohl Reagan selbst sagt, daß es ihm nicht um El Salvador oder Nicaragua nur geht, sondern um Mittelamerika. Die Öffentlichkeitsarbeit gehört sicherlich zu unserer Arbeit, wir müssen aber noch mehr machen, wenn wir ernsthaft was erreichen wollen. Wir sollten genaue Vorstellungen entwickeln über wie und was für eine Politik wir heute machen müssen (lokal, bundesweit).

Wir müssen Antworten auf unsere Fragen fordern, aber nicht von den Befreiungsbewegungen politischen Nachhilfeunterricht erwarten, darum müssen wir uns schon selber kümmern. Oft wird über Verhandlungen in El Salvador gesprochen, wer kann aber - außer eine gewissen Beunruhigung zu empfinden - auch die Lehren ziehen, die Vietnam z.B. daraus gezogen hat und die vielleicht jetzt auch noch gültig sind? Andererseits weiß ich wie schwierig es für viele ist, die Entwicklungen drüben (Mittelamerika) aus ihrer Wesensart (auf Spanisch gibt es das gute Wort *idiosincrasia* dafür) zu verstehen. Ich habe auch große Schwierigkeiten, wenn ich versuche unseren mittelamerikanischen Freunden zu erklären, was die Spontis, Alternativen, Grüne, die Friedensbewegung, aber auch die BRD-DDR, die Berliner-Mauer sind bzw. ist. Dafür muß ich meistens im letzten Jahrhundert anfangen und die Geschichte Europas erzählen. Dann wollen sie auch noch

etwas über die "deutsche Wesensart" (uff...) wissen! Ich will hiermit nur sagen, daß es sehr schwierig ist die Entwicklungen, die Ereignisse usw. in anderen Ländern zu verstehen und daß wir nicht immer so leichtfertig bei unserer Beurteilung anderer Völker, ihrer Kämpfe etc. sein sollten. Es geht m.E. vielmehr darum diese Problematik mal zu begreifen und aus diesem Verständnis heraus erst Kritik zu üben. Wer meint die Entwicklungen in der 3. Welt wären klarer (Ausbeuter-Ausgebeutete) und weniger kompliziert, als hier, der täuscht sich gewaltig. Ich weiß: eine Binsenwahrheit, die wir aber oft vergessen (wollen?). Wir können es uns nicht leisten weiterhin bei jeder widersprüchlichen Nachricht hin und her zu schwanken und emotional überzureagieren.

Außerdem sollten wir versuchen unseren Pessimismus zu überwinden (auch Ausdruck unserer Perspektivlosigkeit, Hilfslosigkeit). Manchmal glaube ich, daß wir nur darauf warten, daß was "schief geht": Vietnam, China, Portugal, für einige auch schon Nicaragua. Wollen wir Scheitern anderer (was auch zur Debatte steht) unser eigenes Scheitern rechtfertigen? Es gibt ja einige die denken, daß Revolutionen in der 3. Welt sowieso nichts bringen, weil sie zwangsweise (wie die Geschichte zeigt - ?) "schief" gehen müssen. Spielt uns die Geschichte den immer einen Streich. Scheitern die Revolutionen oder unsere auf falsche Tatsachen beruhenden Erwartungen? Warum dieser Desillusionierungsprozeß immer? Es gibt viele Fragen, die nichts mit El Salvador zu tun haben müssen, auf die wir Antworten suchen müssen.

Die Solidarität mit El Salvador hat schon Mitte letzten Jahres nachgelassen, daß einiges (mangelnde Koordination zwischen Kampagnen usw.), was im letzten Jahr gelaufen ist, nicht immer dazu beigetragen hat sie zu stärken, kommt noch hinzu. Aber damit ist uns - bei unseren Überlegungen eine breitere und eine politischere (wir müssen ja nicht alle in einen Topf, oder?) Solibewegung zu schaffen - nicht geholfen.

Es gibt viel zu tun, dazu gehört in nächster Zeit - wie Ihr schreibt - (mit oder ohne "soziologischer Dimension") ein besseres Verhältnis zur Friedensbewegung zu schaffen. Aber es geht um mehr als nur ein Verhältnis, wir müssen begreifen, daß auch wir (3. Weltler) zur Friedensbewegung gehören und uns mit Rüstung, Nachrüstung usw. beschäftigen, nur so können wir eine gemeinsame Sprache finden, die von anderen in der Friedensbewegung verstanden wird. Es ist ein paar Stiefel, die der Imperialismus trägt.

Ich schätze Eure Arbeit sehr und weiß, daß Vieles in diesem Brief nichts Neues ist und daß Ihr es teilt. Trotzdem hoffe ich einen kleinen Beitrag zur notwendigen Diskussion geleistet zu haben.

Mit solidarischen Grüßen

H. S

## Zeitschriftenschau

AIB 7-8/83 Liebigstr.46, 3550 Marburg

Schwerpunkt: Atomkrieg und Dritte Welt; Mittelstreckenraketen und Dritte Welt - ein Streitgespräch/ Die schnelle Eingreiftruppe - Eckpfeiler im Atomkriegsplan Washingtons/ Wer plant den biologischen Krieg/ Kriegsschauplätze der Dritten Welt: Südliches Afrika, Libanon, Mittelamerika/ Die neue Friedensbewegung in Israel.

AIB-Sonderheft 1/83

Bundesrepublik und Dritte Welt; R.Falk, Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition/ Neokolonialistische Weltmacht BRD - eine Datenübersicht/ R.Falk, Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher/ Originalton CDU - aus der Regierungserklärung, CDU-Grundsatzprogramm zur Entwicklungspolitik, Verteidigungsminister Wörner über Nato-Aufgaben in der dritten Welt, CDU/CSU über Rüstungsexport, Entwicklungsminister Warnke über Vergabekriterien, Staatssekretär Kohler über die Neue Weltwirtschaftsordnung, FJ Strauß über Demokratie in der Dritten Welt, CDU/CSU über China, Afghanistan und Nahost, CDU/CSU-Afrikapolitik/ N.Biver, Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der dritten Welt/ Das Beispiel der Pharma-Konzerne/ W.Geissler, Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte/ Diskussion: Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik/ Aktions- und Materialhinweise/ Buchtips.

AIB-Sonderheft 2/83

10 Jahre Militärdiktatur in Chile; Analyse der aktuellen Konstellation in Chile/ Länder-Daten-Überblick/ Stand und Perspektiven der linken Opposition: Statements von Clodomiro Almeyda (PS), Gladys Dias (MIR), Anselmo Sule (PR)/ Hector Cuevas zur Rolle der Gewerkschaften/ Dokumente: Gründungsaufruf der CNT-Gewerkschaften, Erklärung der chilenischen Linken, Erklärung des Münsteraner Kongresses/ BRD und Chile: Beiträge von G.Stuby und H.O.Vetter/ Faktenübersicht.

Blätter des iz3w Nr.111 Aug.83; Postfach 5328 7800 Freiburg

US-Stützpunkte auf den Philippinen, Clark Air Base und Subic Naval Base/ Guatemala - ein Jahr nach dem Putsch/ OAU - wie geeint ist Afrika/ UNCTAD VI/ Indien - Die Chipko-Bewegung/ Palästina - Westbank und Gazastreifen, ist eine Umkehr noch möglich?/ Entwicklungspolitik der EG - Fortführung kolonialer Strukturen/ Sudan - Der Jonglei-Kanal/ Frauen - palästinensische Frauen, der alltägliche Kampf/ BUKO - Bericht vom 7.Bundeskongress in Hannover/ Indianer - Die Hopiindianer versuchen in der Öffentlichkeit Gehör zu finden/ Pestizide - Pflanzenschutzmittel ohne Grenzen/ Rezensionen: Ausländer in der BRD, Anmerkungen zu Senghaas "Von Europa lernen", Revolution und Klassenkampf in Äthiopien, Tanzania von unten.

FORUM NR: 69 FEA-Verlag Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

Schwerpunkt: Frieden - Dritte Welt - Herbstaktionen; Mittelstreckenraketen und 3. Welt/ Was ist der KK3W?/ Nicaragua braucht Frieden/ Pharma-Brief/ Freire -Brief/ Frauen - Frieden - Dritte Welt/ Es ist an der Zeit (Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zum Herbst 83)/ Antrag ans BMZ abgelehnt/ Ende der Streitigkeiten (FORUM-NEWS)/ Material- und Medienbörse/ Spendenaufrufe, Termine, Zeitschriften.

IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität  
Nr. 23 / Juli 83 Lerchenstr.84, 7000 Stuttgart 1

Schwerpunkt: Kulturzerstörung und Widerstand - Über die Aktualität von Frantz Fanon; Das Erwachen einer "nationalen Identität" und der Beginn einer neuen Kultur - zur Aktualität von Frantz Fanons revolutionärem Erbe auf den Antillen (M.Turki/J.Strempele)/ Wir wollen uns durch unsere Unterschiede bereichern - IKA-Interview mit Mitgliedern des "Cercle Frantz Fanon" ,Martinique/ Sistren - Frauentheater, Bewußtwerdungsarbeit und politischer Kampf in Jamaika ( H.Ford-Smith)

Zurück zu unseren (indoamerikanischen) Wurzeln - Interview mit dem mexikanischen Regisseur Nicolas Echevarria (A.Eichenberger)/ Miss Universum in Peru - Über die Filmarbeit der "Grupo Chaski" (D.Ziegert)/ Indianer Leben in Rudeln - Das Bild der nordamerikanischen Indianer in Kinder- und Jugendbüchern (S.Becker)/ Der Preis der Wahrheit - Literatur in Afrika (Ngugi wa Thiongo, Kenia)/ Glücklose Köpfe - Malerei von Ver-rückten in Nigeria (E.Czichy)/ Sammele deinen Zorn - aus einem Roman von Wessel Eberson, Südafrika/ Als die Sonne verschwand - Mission und Kulturzerstörung in Papua Neuguinea (D.Gillison)/ Über das Verbot Flöte zu spielen (Yauwe Maki)/ Wiederaufbau und Zerstörung - Der Borodudur-Tempel in Java, der Tourismus und die UNESCO/ Unsere Blumen sind stärker als die zionistische Gewalt - B.Karkutli über Israels kulturelle Mission im Libanon/ Wach auf, oh Mensch, sie haben das Lächeln erwürgt - Interview mit dem palästinensischen Sänger Mustapha El Kurd (M.Wolf-Maduschka)/ Magazin, Bücher, Zeitschriftenschau.

ILA-Info Nr.68 Juli/Aug. 83 Römerstr.88, 53 Bonn 1

Schwerpunkt: UNCTAD - Resolutionen, die den Weltmarkt verändern? Über die Versuche der Dritten Welt, Einfluß in die internationale Wirtschaft zu üben./ 10 Thesen der landesarbeitsgemeinschaft "Dritte Welt" der Grünen NRW zur Weltwirtschaftsordnung/ Ein Fließband um die ganze Welt - Arbeitsleben der Frauen in der Elektroindustrie/ Sklaven bei VW? - skandalöse Arbeitsbedingungen auf einer VW-eigenen Rinderfarm/ Panama in der Nach-Torrijos-Ära/ Landbesetzungen in Mexiko/ Nicaragua - Maßnahmen gegen Kapitalflucht; neue Phase der Agrarreform; neues Wohnungsgesetz/ El Salvador - Wahlen müssen Teil einer Verhandlungslösung sein/ Ländernachrichten zu Chile, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien/ Solidaritätsbewegung: Der Salvador-Deal - Wie Hamburg den Völkermord finanziert/ Der Fall der Deutsch-honduranerin Inés Murillo-Schwader - Ein Prüfstein für das Bonner Auswärtige Amt/ Es ist an der Zeit (Aufruf der Dritten Welt-Gruppen zu den Herbstaktionen 83)/ Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau, Materialliste (Ergänzung).

Informationsdienst südliches Afrika 7/8 Aug. 83 Blücherstr.14, 53 Bonn 1

Schwerpunkt: Namibia 1983/ Namibia - Initiative des Sicherheitsrats gefordert/ NGO-Treffen auf der Pariser Namibia-Konferenz/ Chronologie der Verhandlungen/ Erklärung des SWAPO-Repräsentanten in der BRD beim Friedenstag in Krefeld/ Soziale Lage/ Gewerkschaften/ Landwirtschaft/ Multis plündern Namibia/ Deutsch-Lutherische Kirche in Namibia/ Perverse Traditionspflege/ SODAFRIKA: Militärische Eskalation/ Bonner ANC-Vertreter zum bewaffneten Widerstand/ Labour in der Sackgasse/ Berichte zu Aktionen/ Rezensionen zu Namibia-Büchern/ Kurznachrichten.

Mittelamerika-Magazin Nr.30 Juli.83 Magazin-Verlag Königsweg 7 23 Kiel

El Salvador: Den Krieg in die Städte tragen/ Frauen im bewaffneten Kampf/ Interview - Pilot gegen Vietnam, Arzt für El Salvador/ Honduras - das Land das den Frieden international vorantreibt!/ Guatemala: Guatemala vor dem Putsch?/ Ukonomischer Mord/ Massaker durch Zivilpatouillen/ Flüchtlinge/ Nicaragua: Neue Enteignungen - neue Landverteilungen/ La Characa - ein Strafvollzugsexperiment im Kampfgebiet/ BRD: Die Weichen für die Wende sind gestellt - Mittelamerikapolitik der Bundesregierung/ Leserbrief/ Zeitschriften/ Rezensionen.

## TERMINE



Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Militärputsches von General Pinochet gegen die verfassungsmäßige Regierung der Unidad Popular unter Präsident Salvador Allende veransaltet die CHILE-KOORDINATION, in der sich alle chilenischen politischen Organisationen des Exils und verschiedene Solidaritätsgruppen sowie die LN und das FDCL zusammengefunden haben CHILE-TAGE. Diese zweiwöchige Veranstaltungsreihe hat das Ziel, das Interesse und Engagement für den nun zehnjährigen Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärdiktatur erneut zu wecken und zu stärken.

In über 20 kulturellen und politischen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Festen und Konzerten wird über die Situation in Chile informiert, über die Solidaritätsbewegung und ihre Aufgaben diskutiert, Eindrücke über die chilenische Volkskultur werden vermittelt.

### 8.9.: Zehn Jahre Widerstand und Opposition in Chile

Im Verlauf der letzten 10 Jahre hat sich die Form des Widerstandes sehr geändert. Die Rolle der politischen Parteien in den letzten Ereignissen der Nationalen Protesttage ist noch schwer zu bestimmen. Die Parteien stehen angesichts des sich immer weiter verbreiternden Widerstands vor schwierigen Fragen. In dieser Veranstaltung wollen wir gemeinsam mit Vertretern der chilenischen Parteien im Exil über die Perspektiven dieser Widerstandsbewegung diskutieren.  
Ort: Haus der Kirche, Goethestr. 27, Berlin 12. 19.30 Uhr

### 10.9.: "Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker"

Solidaritätsarbeit ist immer auch eine Form des kulturellen Austauschs. Unsere Solidaritätsarbeit ist nicht denkbar ohne das Kennenlernen der chilenischen Musik, der Literatur, Malerei, des Theaters. In dieser Veranstaltung soll der Aspekt des kulturellen Widerstands im Vordergrund stehen. Gerade am Abend vor dem Jahrestag des Putsches wollen wir nicht nur der brutalen Unterdrückung nach dem Putsch gedenken, sondern vor allem des langen Kampfes gegen die Diktatur. Es spielen die Liedermacher GERULF PANNACH und CHRISTIAN KUNERT, die bolivianische Gruppe CHACAL-TAYA und erstmals in Berlin die chilenische Gruppe LOS PIRAY.  
Ort: Alte Mensa der TU, Hardenbergstr. 34, Berlin 12. 19 Uhr

### 16.9.: Zehn Jahre Solidarität mit Chile

Solidarität ist eine komplizierte Angelegenheit, wo alle nicht nur politisch sondern zutiefst menschlich angesprochen werden. Viele tragen dazu bei, sie zu gestalten, und viele haben Probleme damit, weil sie auch voll Frust, Niederlagen und Enttäuschungen ist. Wir wollen gemeinsam - die alten Hasen und die Neuen - über diese Arbeit, die Daniel Viglietti einmal als eine Arbeit von Ameisen bezeichnet hat, reden und nachdenken, wie wir weitermachen wollen.  
Ort: Ufa-Gelände, Viktoriastr. 18, Berlin 42. 19 Uhr

## 17.9. PRESSEFEST DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Das Pressefest der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN hat seit einigen Jahren Tradition. 1983 haben wir einen besonderen Grund zu feiern: die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN existieren seit 10 Jahren; sie sind "älter als Pinochet", wie die TAZ bemerkte. 10 Jahre mit Erfolgen, Rückschlägen, Schwierigkeiten und Überwindung der Probleme. 10 Jahre Solidaritätsarbeit - das ist ein Grund zum Feiern. Im Mehringhof wollen wir in verschiedenen Räumen tanzen, trinken, essen, reden, informieren, lachen, diskutieren. Leser, Freunde, Neugierige, Alte und Junge sind zu unserem großen Fest eingeladen. Die Redaktion ist noch dabei, sich ein Programm mit Überraschungen auszudenken. Keine Überraschung sind die Musikgruppen: es spielen AYACUCHO, die von vielen Feten her bekannt ist, und TAMARUGO, die sicher viele als die Musikgruppe der "Murieta"-Aufführung der Theatermanufaktur in guter Erinnerung haben. Dieses Fest hat nicht zuletzt auch die für uns sehr wichtige Funktion, durch die Erlöse zum Weiterbestand der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN beizutragen.

Ort: Mehringhof, Gneisenaustr. 2. Berlin 61. Von 19.30 bis ???

Ein ausführliches Programm mit allen Veranstaltungsterminen ist im FDCL und in einigen Buchläden und Kneipen erhältlich.

## BERLIN

4.9. Tag der offenen Tür beim DED, Kladower Damm 299, 1 - 22

## MAINZ

10.9. Regionale Demonstration gegen US-Intervention in Nicaragua

## KIEL

11.9 Solidaritätsveranstaltung zum 10. Jahrestag des Militärputsch in Chile; um 20 Uhr in der Räumerei

## DUISBURG

24.10. Regionale Demonstration gegen US-Intervention in Nicaragua

21.10. - 23.10. Paraguay-Seminar in der Jugendakademie Wallberg/Bonn  
Anmeld.: Paraguay-AG Margarethenstr.11, 4050 Mönchengladbach

16.9 - 18.9 Perugruppentreffen in Fronhausen bei Marburg  
Anmeld.: H.Treibel Friedrichstr.25, 8000 München 40

## LATEINAMERIKA FOR ANFÄNGER

LA-Seminar 1: 21.10. - 23.10  
Indianerkulturen, Probleme der Indios / Ökologische Probleme des Sobradinho-Staudamms in Brasilien / Landwirtschaft in Lateinamerika / Alternative Wirtschaftsformen in der Landwirtschaft.

LA-Seminar 2: 9.12. - 11.12.  
Kernforderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung / Deutsche und US-amerikanische Investoren in Lateinamerika / Rüstungswirtschaft - volkswirtschaftliche Auswirkungen / Verschuldung der Entwicklungsländer.

Beide Seminare finden in Lohmar/Nähe Bonn statt.  
Anmeld.: Lateinamerikaseminar, c/o Dietmar Haake-Müller Weg zum Ehrenmal 18/  
Schulenburg, 4320 Hattingen

OTTO RENÉ CASTILLO  
**SELBST UNTER DER BITTERKEIT** Gedichte aus Guatemala

2. überarb. und erweiterte Auflage 1983  
227 Seiten, 26 Fotos, 18,5 x 13 cm, Paperback  
DM 14,80

Informationsstelle Guatemala  
Maistr. 29, 8000 München 2

spanisch/deutsch  
Mit einem Vorwort von Peter Paul Zahl  
und einem Nachwort von Roque Dalton

## Lieder der Trauer und Hoffnung

### Musik aus salvadorianischen Flüchtlingslagern

2 X 30 Minuten Musikkassette mit 24-seitigem Textheft



Dies "Medienpaket" soll die Unterdrückung in den Lagern in Honduras, aber auch den Lebenswillen der Flüchtlinge ein wenig hörbar, sichtbar und spürbar machen. Verschiedene Flüchtlingsmusikgruppen singen Lieder von ihrem Kampf und spielen auf selbstgebauten Instrumenten auch rhythmische und fröhliche Tänze. Flüchtlingskinder singen über ihre Erfahrungen und Hoffnungen, eine Erwachsenenklasse singt ihr Alphabetisierungslied. Im Begleitheft werden die wichtigsten Liedtexte übersetzt und ihr Hintergrund erläutert. Viele Fotos und Kinderzeichnungen, mehrere Karten und Originaldokumente machen das Textbuch auch zum Bilderbuch. Dabei steht nicht die Anklage der elenden Lebensbedingungen in Lager im Vordergrund, sondern die Erinnerung an die Gründe der Flucht und die Hoffnung auf ein neues El Salvador. Diese Hoffnung wird sichtbar in den beeindruckenden Formen der Selbstorganisation der Flüchtlinge, durch die sie nicht nur das Lager selbst kollektiv bewältigen, sondern sich aktiv vorbereiten auf die Rückkehr und den Wiederaufbau in El Salvador. Mindestens ein Drittel des Verkaufspreises soll deshalb den Flüchtlingen in den Lagern Mesa Grande und Colomoncagua als direkte Spende übergeben werden.

Die Kassette zusammen mit dem Begleitheft wird zugeschickt nach Überweisung von DM 12 an:

Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.  
Universitätsstr. 19, 4300 Essen 1  
Kto. 246 082 Stadtparkasse Essen  
BLZ 360 501 05, Absender nicht vergessen!

Stichwort: Tonbandkassette (Bei Bestellungen ab 4 Stück beträgt der Preis 10 DM, ab 10 St. 9 DM)

**regenbogen** Buchvertrieb  
 Seelingstr. 47-1000 Berlin 19  
 Telefon 030 / 327 5017

aus unserem  
 Versandprogramm:



**EL SALVADOR** — Der Weg ist lang  
 Thema dieses Buches ist der lange  
 und mühsame Weg eines Volkes zu  
 seiner Befreiung. Im Mittelpunkt steht  
 das » andere Sivadors«, die Aufständischen,  
 Die Guerilla, die Opposition, ihre  
 Erfolge, aber auch ihre Schwierigkeiten  
 und Fehler.  
 288 Seiten mit vielen Fotos 15.80 DM

**150 JAHRE KAMPF**  
 Die Gewerkschaftsbewegung in El  
 Salvador  
 In dieser Broschüre wird die Arbeiter-  
 bewegung El Salvadors in ihrer histo-  
 rischen Entwicklung seit der Unabhän-  
 gigkeit von Spanien 1821 bis zum  
 jetzigen Volksaufstand dargestellt.  
 Herausgegeben von der Informations-  
 stelle El Salvador, Köln  
 75 Seiten 5.- DM

Miguel Angel Asturias: WEEKEND IN  
 GUATEMALA  
 Den historischen Hintergrund dieser 8  
 Novellen bildet die 1954 vom amerika-  
 nischen Wirtschafts imperialismus in-  
 stallierte Militärdiktatur in Guatemala.  
 Innerhalb von zwölf Tagen war das von  
 Präsident Arbenz eingeleitete Reform-  
 Experiment besetzt. Asturias schildert  
 den Überfall der amerikanischen  
 Legionäre, das Wüten der Reaktion,  
 aber auch den spontanen Widerstand.  
 270 Seiten 21.20 DM

Gabi Weber: 'KRAUTS' EROBERN DIE WELT  
 Der deutsche Imperialismus in  
 Südamerika - in historischer Darstellung  
 der Einflüsse der deutschen Rüstungs-  
 industrie auf die Politik der lateinamerika-  
 nischen Staaten - Verquickungen des  
 Managements dt. Multis mit nach dem  
 Krieg geflüchteten Nazis u. a. an den Bei-  
 spielen Brasilien, Paraguay, Argentinien,  
 Chile.  
 284 Seiten 25 DM

Wir liefern diese Bücher (zuzüglich 2.-  
 DM für Porto und Verpackung) gegen  
 der Bestellung beigelegte Schecks,  
 Briefmarken, Scheine, oder gegen Vor-  
 ausüberweisung auf unser Post-  
 scheckkonto 1912 - 107 Bln W.  
 Gesamtverzeichnis anfordern!!

**links lesen**  
 ground zero

**Sondernummer Frieden**

Interview mit Dorothee Solle  
 Ute Volmerg: Kriegsangst  
 C. Leggewie: Friedensbewegung  
 in Frankreich  
 W.-D. Narr: Widerstand üben  
 H. Dahmer: Hattenbach und  
 atomare Gefahr  
 K. Segbers: Sowjetunion und Frieden  
 G. Krum: Friedensbewegung und Linke  
 E. Jahn: Gewaltfreie Aktionen  
 T. Blanke: Demonstrationsrecht  
 D. Diner: Streit um die nationale Frage

Sonderheft DM 4.- Einzelheft DM 3.-  
 Jahresabo DM 35.- inkl. Versand  
 Probeexemplare kostenlos.  
 Bezug Sozialistisches Büro  
 Postfach 591, 6050 Offenbach 4

**Einzelhefte  
 im linken Buchhandel!**

Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

**AG SPAK**

**Juan Acevedo**  
**WIE MAN COMIX MACHT**  
 189 Seiten m. zahlr. Abb., ISBN 3-923126-10-7 DM 15.-



Ein Rezensent von PUBLIK-FORUM schreibt über dieses  
 Buch: "Der Autor, Juan Acevedo, gehört zu den bekann-  
 testen Karikaturisten Lateinamerikas. In einem Elendsvier-  
 tel Limas ... leitete er 'Werkstätten zur Erarbeitung basis-  
 naher Comics'. Diese Erfahrungen aus der Praxis des 'Ma-  
 chens' arbeitete Acevedo methodisch aus zu einer hoch-  
 interessanten Anleitung... Jeden halbwegs begabten Al-  
 ternativling, Kreativling oder Hobbyzeichner juckt' s spä-  
 testens nach den ersten zehn Seiten in den Fingern. Von  
 einfachen Regeln des Körperzeichnens über die Psycho-  
 logie der Figur, Bild-Einstellungen, Lautmalerei ... bis zur  
 Montage ganzer Comicseiten reichen die praktischen  
 Übungen. ..." (aus: Heft 6, März 83)

**Heinz Schulze**  
**SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA**  
 solidarisieren -- nicht integrieren  
 2., neu überarbeitete und aktualisierte Auflage  
 272 Seiten, brosch., zahlreiche Abbildungen ISBN 3-923126-11-5 DM 18.-

**NEU**

**Aus dem Inhalt:**  
 Geschichtliche Entwicklung  
 der Sozialarbeit in Lateinamerika;  
 traditionelle Ansätze, Gemeinwesenarbeit,  
 Supervision, Sozialforschung und Sozial-  
 ,spionage', Marginalitätstheorie,  
 Programme der Geburtenkontrolle,  
 Einfluß deutscher Stiftungen,  
 nordamerikanischer Sekten und der  
 Kirchen. Krise und Neuorientierung  
 der Sozialarbeit, Ansätze solidarischer  
 Sozialarbeit und befreiender  
 Bildungsarbeit.

Ein Buch für alle Interessierten  
 im Bereich der Sozialarbeit,  
 Pädagogik und Erwachsenenbildung;  
 für Dritte-Welt-Gruppen,  
 Entwicklungshelfer und Leute,  
 die in Lateinamerika arbeiten  
 oder arbeiten werden.

Heinz Schulze  
**sozial  
 arbeit  
 in latein  
 amerika**  
**SOLIDARISIEREN - NICHT INTEGRIEREN**